

Chef vom Dienst.
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlags- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle - Auf Recyclingpapier gedruckt

Mittwoch, 1. Juni 1988

Blatt 1072

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Rundgang durch die U 6-Station „Philadelphiabrücke“ (1073)
- Smejkal: Die Kinder vom Karlsplatz brauchen die Toleranz und die Hilfe der Gesellschaft (1074)
- Grenzen der Spezialisierung in der Medizin (1076/1077)
- Woche der Wiener Berufsschulen (1078/1079)
- Mit den Verkehrsbetrieben zu Michael Jackson (nur FS)

Bezirke:

- Sitzungen von Bezirksvertretungen (1073)

Kultur:

- 65. Geburtstag von Trude Marzik (1075)

Rundgang durch die U 6-Station „Philadelphiabrücke“

Am Tramwaytag wieder Tunnelführungen

Wien, 1.6. (RK-KOMMUNAL) Die bei vergangenen Anlässen sehr beliebten Tunnelführungen durch U-Bahn-Baustellen finden anlässlich des Tramwaytages wieder statt: Diesmal ist es die künftige Station „Philadelphiabrücke“ der U 6, die im Rohbau bereits fertig ist und besichtigt werden kann.

Am 4. Juni gibt es von 10 bis 16 Uhr solche Führungen. Treffpunkt ist die U-Bahn-Baukanzlei am Meidlinger Schedifkaplatz, wo durchgehend Vorführungen von Filmen über den U-Bahn-Bau stattfinden (alle halben Stunden — bei Bedarf auch öfter). Dabei wird die zukünftige Gestaltung des Schedifkaplatzes vorgestellt, die in ihren Umrissen schon erkennbar ist. Der Innenausbau der Station Philadelphiabrücke ist bereits weit fortgeschritten, Wand- und Bodengestaltung können schon besichtigt werden. Ebenso sind die Verbindungen zu den anderen Verkehrsmitteln in diesem Bereich, vor allem zur Schnellbahn, schon zu begutachten. In diesem Stationsbereich bis zu den Tunnels des Abschnittes Pottendorfer Straße hin können auch sehr gut geschlossene und offene Bauweise nebeneinander vorgeführt werden.

Der Tramwaytag hat diesmal als Hauptveranstaltungsort die Remise Speising in der Hetzendorfer Straße 188. Dort gibt es neben viel Information seitens der Wiener Verkehrsbetriebe auch ein buntes Veranstaltungsprogramm. Am Tramwaytag gilt von neun Uhr bis Betriebsschluß Freifahrt in der Kernzone 100 mit einem in den Informations- und Vorverkaufsstellen erhältlichen Festtagsfahrchein. (Schluß) roh/bs

Sitzungen von Bezirksvertretungen

Sitzung der Bezirksvertretung Margareten

Wien, 1.6. (RK-BEZIRKE) Im Sitzungssaal des Amtshauses, 5, Schönbrunner Straße 54, findet am Dienstag, dem 14. Juni, 17 Uhr, eine Sitzung der Bezirksvertretung Margareten statt.

Sitzung der Bezirksvertretung Mariahilf

Im Festsaal der Bezirksvorstehung, 6, Amerlingstraße 11, findet am Mittwoch, dem 15. Juni, 17 Uhr, eine Sitzung der Bezirksvertretung Mariahilf statt.

Sitzung der Bezirksvertretung Neubau

Die nächste Sitzung der Bezirksvertretung Neubau findet am Mittwoch, dem 15. Juni, um 16 Uhr im Amtshaus 7, Hermannngasse 24-26, 1. Stiege, 2. Stock, Zimmer 208, statt.

Sitzung der Bezirksvertretung Floridsdorf

Die nächste Sitzung der Floridsdorfer Bezirksvertretung findet am Dienstag, dem 21. Juni, um 15 Uhr, im Sitzungssaal der Bezirksvorstehung 21, Am Spitz 1, 2. Stock, statt. (Schluß) red/bs

Smejkal: Die Kinder vom Karlsplatz brauchen die Toleranz und Hilfe der Gesellschaft

Tag des Lebens ist ein Anlaß über sozial Benachteiligte nachzudenken

Wien, 1.6. (RK-KOMMUNAL) Um Toleranz, Verständnis und Hilfe für die „Kinder vom Karlsplatz“ appellierte Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL anläßlich des „Tag des Lebens“ am 1. Juni an die Wienerinnen und Wiener.

Gerade Wien, mit seinem ausgezeichnet funktionierenden und überaus dichten sozialen Netz, sei mit vergleichsweise geringen derartigen Problemen konfrontiert, betrachte man andere europäische Hauptstädte, sagte Smejkal gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“. Man müsse sich der Tatsache bewußt sein, daß Phänomene, die weltweit bestünden, in Wien nicht ausgeradiert werden könnten. Man dürfe vor den Problemen der Menschen am Karlsplatz nicht kapitulieren, solle sie aber auch nicht zahlenmäßig überschätzen.

Wien sei seit Jahren mit Hilfe von Sozialarbeitern und allen zur Verfügung stehenden Hilfseinrichtungen darum bemüht, Hilfe zur Selbsthilfe für diese sozial schwer benachteiligte Gruppe von Menschen zu leisten. Neben finanziellen Hilfen und intensiver sozialarbeiterischer Betreuung, die bereits bei ersten, z.B. in der Familie auftretenden Krisen und nicht erst am Karlsplatz beginnen müssen, müsse man sich aber auch auf das Verständnis und die Toleranz der Bevölkerung stützen. Sie sei überzeugt, unterstrich Smejkal, daß die Hilfe zur Selbsthilfe, die z.B. die Streetworker und Sozialarbeiter der Stadt Wien leisteten, ein besseres und menschenwürdigeres Programm seien, als die von vielen Seiten geforderten Maßnahmen, wie sie das Berliner bzw. Münchner Modell der Sozialhilfe darstellten. Man könne diesen Menschen weder ihren Aufenthalt noch einen Arbeitsplatz verordnen, sondern nur anbieten, was die Stadt Wien auch tue, meinte Smejkal. Zwangsmaßnahmen seien keine Alternative. Man werde versuchen, bestehende Projekte für Langzeitarbeitslose und Jugendliche mit Problemen weiter auszubauen. Ziel aller Betreuungs- und Hilfsmaßnahmen müsse aber die Hilfe zur Selbsthilfe und nicht das „Aufbewahren“ gefährdeter Mitglieder der Gesellschaft sein. Man dürfe, erklärte Smejkal abschließend, über den derzeit akuten Problemen aber vorbeugende Maßnahmen, wie sie durch die Aktivitäten des Jugend- und Sozialamtes gesetzt würden, nicht übersehen. Jeder einzelne müsse in einer funktionierenden Gemeinschaft darum bemüht sein, Probleme dann zu erkennen, wenn sie erstmals auftreten, und nicht erst dann zur Kenntnis zu nehmen, wenn sie sich auf dem Karlsplatz der Öffentlichkeit präsentieren. Die Verantwortung, die Familien, Lehrer, Nachbarn usw. gegenüber diesen jungen Menschen hätten, könne nicht zur Gänze von öffentlichen Einrichtungen ersetzt werden. (Schluß) jel/bs

65. Geburtstag von Trude Marzik

Wien, 1.6. (RK-KULTUR) Die Mundartdichterin Trude Marzik wurde am 6. Juni 1923 in Wien geboren. Von Beruf Angestellte, veröffentlichte sie 1971 erstmals unter dem Titel „Aus der Kuchlkredenz“ einen Band mit Mundartgedichten. Es folgten 1971 „A bissl Schwarz a bissl Weiss“, 1973 „Parallelgedichte“, 1974 „Trude Marziks Wunschbüchl“, 1976 der Lyrik- und Prosaband „Zimmer, Kuchl, Kabinett“, 1979 „Das g'wisse Alter“ und 1981 „A Jahr is bald um“.

Trude Marzik schrieb auch Texte für zahlreiche Lieder und Chansons sowie, gemeinsam mit Fritz Muliari, das Buch „Wenn Sie mich fragen“. 1984 erschien der Prosaband „Hochzeitsreise '45“, in dem die Autorin ihren Erinnerungen an das Kriegsende nachgeht.

1986 hat die Autorin das „Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien“ erhalten. (Schluß) red/gg

Grenzen der Spezialisierung in der Medizin

Stacher für Trennung von Lehre und Forschung

Wien, 1.6. (RK-KOMMUNAL) Im Rahmen der Aktion „Medizin und Gesundheit 2000“ fand Dienstag im Wiener Rathaus ein Diskussionsabend zum Thema „Grenzen der Spezialisierung“ statt. Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER stellte fest, daß sich die Medizin in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten immer mehr spezialisiert habe. Zum Teil ist das eine Folge der medizinischen Entwicklung, zum Teil auch eine Folge der Erfahrung, die zur Diagnose und Behandlung schwieriger oder seltener Krankheiten erforderlich ist. Man muß aber doch darüber diskutieren, wie weit die Spezialisierung noch gehen kann.

Er sei zum Beispiel dagegen, so Stacher, daß spezialisierte psychosomatische Abteilungen eingerichtet werden, weil die Psychosomatik die gesamte Medizin betrifft, also überall berücksichtigt werden muß. Ähnlich problematisch sei die Spezialisierung in geriatrischen Abteilungen, weil ältere Menschen häufig nicht nur eine, sondern mehrere Krankheiten haben.

Der Gesundheitsstadtrat warf auch die Frage auf, ob die wissenschaftliche Forschung, die Lehre und die Betreuung der Patienten im Spitzenniveau heute überhaupt noch von einer Person wahrgenommen werden können. Es gebe eben Mediziner, die ein größeres Talent zur Forschung haben, und andere, denen mehr die Lehre und der Unterricht am Krankenbett liegt. Man sollte über eine Trennung der Funktionen nachdenken und auch darüber, wie man das Image der Lehre auf der Universität anheben könnte.

Eine echte Chance für eine neue Wiener medizinische Schule sieht Professor Stacher in einer Verbindung der Schulmedizin mit der komplementären (alternativen) Medizin. Ohne die Spezialisierung in Frage zu stellen, darf die Medizin nie nur Teile des Körpers sehen, sondern muß immer den gesamten Organismus erfassen.

Absehbare Gremien des Spezialisierens

Der Vorstand der II. Medizinischen Universitätsklinik in Wien, Univ.-Prof. Dr. Georg GEYER, sprach über die „Heute absehbaren Grenzen der Spezialisierung“. Professor Geyer erklärte, daß die Struktur der Kliniken im alten Allgemeinen Krankenhaus vielfach kritisiert worden sei. Daher sei auch eine Neustrukturierung für das neue AKH erarbeitet worden, die wahrscheinlich das medizinische System in ganz Österreich beeinflussen werde. Er unterstrich, daß die Notwendigkeit der Spezialisten in der Medizin außer Frage stehe. Das gelte sowohl für die Forschung wie auch für die Versorgung der Patienten. Spezialisten hätten ein großes Wissen auf einem bestimmten Krankheitsgebiet und auch eine besondere Fertigkeit bei der Behandlung der Patienten, etwa beim Einsatz medizinisch-technischer Geräte zur Diagnose oder zur Therapie.

Bezogen auf das Beispiel der internen Medizin, betonte Professor Geyer aber, daß es in keinem Krankenhaus möglich sei, die Versorgung nur mit Spezialisten durchzuführen. Etwa die Hälfte der Bettenkapazität sollte allgemeinen Einheiten, also der Breitenversorgung zur Verfügung stehen. Es müsse sozusagen eine breite, allgemeine internistische Muttereinheit vorhanden sein. Die Ärzte sollten zum Beispiel im Rotationsprinzip in den Spezialeinheiten arbeiten, sie müßten aber in der allgemeinen Einheit ausgebildet werden. Es müsse das Gesamtgebiet gelernt werden.

Außerdem sei zu beachten, daß reine Spezialisten nur in einer beschränkten Zahl gebraucht werden. Diese Zahl müsse geplant werden, um Fehlentwicklungen zu verhindern. Ebenso sei zu bedenken, daß die Spezialisierung vermehrte Kosten hervorrufe. Man müsse daher in jedem Fall über-

prüfen, ob eine weitere Spezialisierung notwendig sei, da sie zu einem Kostenfaktor werde.

Spezialisierungstendenzen im 19. Jahrhundert

Vorher hatte der Vorstand des Instituts für Geschichte der Medizin an der Universität Wien, Univ.-Prof. Dr. Helmut WYKLICKY, die „Spezialisierungstendenzen der Wiener medizinischen Schule im 19. Jahrhundert“ aufgezeigt. Der Vortragende erinnerte daran, daß es noch um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert in Wien nur eine interne, eine chirurgische und eine geburtshilfliche Klinik gegeben hat. Allerdings habe die medizinische Fakultät damals nicht nur die Professoren umfaßt, sondern alle praktizierenden Doktoren. Die Fakultät sei als zugleich Lehrinstitution und Standesorganisation gewesen.

Anfang des 19. Jahrhunderts seien an der Universität nach und nach Lehrkanzeln entstanden, die später Ausgangspunkt für die Entwicklung von Spezialfächern geworden seien. Als markante Daten nannte Prof. Wylicky:

- 1812 Einrichtung einer Universitätsklinik,
- 1821 außerordentliche Vorlesungen über Zahnheilkunde,
- 1837 Einrichtung des ersten Kinderspitals, aus dem sich später die Universitäts-Kinderklinik entwickelte,
- 1845 selbständige Abteilung für Hautkrankheiten,
- 1849 Abteilung für Syphiliskranke (diese beiden Fächer wurden später zusammengelegt),
- 1870 Gründung der ersten laryngologischen Klinik der Welt im AKH,
- 1870 Gründung der psychiatrischen Klinik,
- 1873 Gründung der Universitäts-Ohrenklinik als erste dieser Art auf der Welt.

Von der Chirurgie begannen sich im 19. Jahrhundert die Urologie und die Orthopädie abzuspalten, blieben aber noch in engem Zusammenhang mit dem Mutterfach. Auch die Fächer Anästhesiologie und Strahlenheilkunde haben ihre Wurzeln noch im 19. Jahrhundert. (Schluß) sc/bs

Forts. von Blatt 1076

Woche der Wiener Berufsschulen 1988

Wien, 1.6. (RK-KOMMUNAL) Viel Information über die Berufsausbildung in den Wiener Berufsschulen, einen Überblick über die Leistungen der Berufsschüler, Ausstellungen und Sonderveranstaltungen gibt es im Rahmen der „Woche der Wiener Berufsschulen 1988“, die vom 6. bis 11. Juni stattfindet. Über das Programm der Woche der Wiener Berufsschulen 1988, über die Ausbildung an den Wiener Berufsschulen, zukünftige Entwicklungen in der Berufsbildung und das Modernisierungsprogramm für die 34 Wiener Berufsschulen, die rund 28.000 Schülerinnen und Schüler besuchen, berichteten Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL und der amtsführende Präsident des Stadtschulrates für Wien, NAbg. Prof. Hans MATZENAUER, Mittwoch in einer Pressekonferenz. Das Motto der diesjährigen „Woche der Wiener Berufsschulen“ lautet „Berufsschule — aktueller denn je!“. Informationen über das Programm der Woche der Wiener Berufsschulen gibt es bei der Wiener Stadtinformation.

„Berufsschule – aktueller denn je!“

Die zahlreichen Veranstaltungen in der „Woche der Wiener Berufsschulen 1988“ sind ein eindrucksvoller Beweis für die Leistungen der Berufsschulen in Wien, sagte Präsident Matzenauer.

Trotz der ausgezeichneten Ergebnisse der Unterrichtsarbeit an den Berufsschulen sind für die Zukunft aber grundlegende Veränderungen notwendig, die die Schülerinnen und Schüler auf die künftigen Anforderungen der Berufswelt vorbereiten sollen. Strukturelle und inhaltliche Erneuerungen und Anpassungen werden dabei unerlässlich sein, kündigt Matzenauer an.

Neue Bildungsinhalte berücksichtigen

Die Ausbildung von Lehrlingen wird der Tendenz Rechnung tragen müssen, daß in Zukunft kein Arbeitnehmer seine gesamte Berufszeit in einem Beruf absolvieren wird. Berufsbilder mit ähnlichen Inhalten sollen deshalb zu Berufsfeldern zusammengefaßt werden. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung könnte ein Berufsgrundbildungsjahr sein, in dem die notwendigen Grundqualifikationen vermittelt werden.

Ebenso müssen neue Bildungsinhalte (z. B. EDV, Mikroelektronik) verstärkt berücksichtigt und bestehende Inhalte (z. B. Sprachen) erweitert werden. Deshalb soll für die Zukunft eine entscheidende Erweiterung der Berufsschulzeit angestrebt werden.

Europareife der Berufsbildung

Die in letzter Zeit geführten Diskussionen über die „Europareife der Berufsbildung“ dürfen nicht auf die höheren Schulen beschränkt bleiben. Die Europareife wird zu einem großen Teil von der Anhebung der Ausbildung im dualen Bildungssystem — schulische und betriebliche Ausbildung — abhängen. Durch eine deutliche Aufwertung der Berufsschule kann sichergestellt werden, daß Österreich auch in einem größeren Wirtschaftsraum konkurrenzfähig bleibt, unterstrich Matzenauer.

Modernisierung der Wiener Berufsschulen

Möglichst gute Lernbedingungen und eine optimale Lehreraus- und -fortbildung sind ein wichtiger Teil des pädagogischen Konzeptes der Wiener Berufsschulen, die im Rahmen des dualen Ausbildungssystems grundlegende theoretische Kenntnisse vermitteln, die betriebliche Ausbildung fördern und ergänzen und die Allgemeinbildung der Berufsschüler erweitern sollen, führte Vizebürgermeister Ingrid Smejkal aus. Als Schulerhalter trägt die Stadt Wien diesen Zielen mit einem umfangreichen Neubau- und

Modernisierungsprogramm Rechnung. Die 34 Wiener Berufsschulen mit rund 28.000 Schülern sind derzeit in 15 Gebäuden untergebracht. In vielen dieser Schulgebäude wurden in den letzten Jahren grundlegende Renovierungsarbeiten durchgeführt und umfassend modernisiert:

- Modernisierung der Berufsschule für Industriekaufleute 16, Panikengasse im Jahr 1978; Kostenaufwand: 15,4 Millionen Schilling
- Adaptierung eines ehemaligen Fabriksgebäudes 7, Apollogasse als 4. Zentralberufsschulgebäude für die Berufsschulen für Maschinenschlosser, Mechaniker und Optiker sowie Fertigungstechnik im Jahr 1980; Kostenaufwand: 130 Millionen Schilling
- Adaptierung eines ehemaligen Volksschulgebäudes 15, Meiselstraße für die Berufsschule für Bürokaufleute im Jahr 1983; Kostenaufwand: 21 Millionen Schilling
- Adaptierung eines ehemaligen Hauptschulgebäudes 13, Amalienstraße für die Berufsschule für Einzelhandel I mit einem voraussichtlichen Kostenaufwand von insgesamt 42 Millionen Schilling.

Rund 280 Millionen Schilling für die „Mollardburg“

Im größten der derzeit vier Zentralberufsschulgebäude in der Mollardgasse 8 in Mariahilf werden seit rund 14 Jahren im Zuge eines großangelegten Modernisierungsprogrammes Instandsetzungsarbeiten vorgenommen. Für die Arbeiten, die im 1. Zentralberufsschulgebäude bisher durchgeführt wurden, sind rund 144 Millionen Schilling aufgewendet worden. Die Gesamtkosten für die Renovierung und Modernisierung der „Mollardburg“ werden rund 280 Millionen Schilling ausmachen, berichtete Smejkal.

Rund 340 Millionen Schilling wird der Gesamtkostenaufwand zur Modernisierung des aus dem Jahr 1925 stammenden 2. Zentralberufsschulgebäudes in der Hütteldorfer Straße 7-17 in Rudolfsheim-Fünfhaus betragen.

Im 5. Zentralberufsschulgebäude wird ab Herbst unterrichtet

Für die Lehrlinge der KFZ-Berufe, das sind rund 3.000 Schüler, wird ab Herbst dieses Jahres ein neues — das fünfte — Zentralberufsschulgebäude zur Verfügung stehen, kündigte Vizebürgermeister Smejkal an. Die Kosten für dieses 5. Zentralberufsschulgebäude in der Scheydgasse 40 in Floridsdorf werden, einschließlich Grund- und Finanzierungskosten, insgesamt rund 470 Millionen Schilling betragen.

Weitere Modernisierungsvorhaben betreffen die Berufsschule für Gärtner und Floristen sowie die derzeit noch im 1. Zentralberufsschulgebäude untergebrachte Berufsschule für Bäcker und Konditoren und die Berufsschule für das Gastgewerbe.

Auch die technischen Einrichtungen in den Wiener Berufsschulen werden laufend verbessert und modernisiert. So wurden für die Anschaffung von Geräten für den EDV-Unterricht an den kaufmännischen Berufsschulen in den letzten zwei Jahren rund 2,3 Millionen Schilling aufgewendet. (Schluß) jel/gal

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Druckverlag: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus 3, Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
besetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Freitag, 3. Juni 1988

Blatt 1080

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

Gemeinden verlangen Anteil an der Kapitalertragssteuer (1085)

Kommunal/Lokal:

- Einbürgerungsfeier für neue österreichische Staatsbürger (1081/FS: 1.6.)
- Vorübergehende Sperre des Jörgerbades (1082/FS: 2.6.)
- Geänderte Störungsnummer bei den Wiener E-Werken (1082/FS: 2.6.)
- Terminvorschau vom 6. bis 17. Juni (1083/1084)
- Neue Straßenbahnmodelle sind da (1086)
- Vorübergehende Einstellung der Linie „J“ (1086)
- Nächtliche Verkehrsbeschränkung in Hietzing (1086)
- Wiener ÖVP fordert Bodenschutzkonzept (1088)
- Gegen Masern und Mumps impfen lassen! (1089)

Kultur:

- Ehrung für Blasmusiker (1081/FS 1.6.)
- „Rund um die Untere Alte Donau“ im Bezirksmuseum Donaustadt (1087)

Ehrung für Blasmusiker

Wien, 1.6. (RK-KULTUR/LOKAL) Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK überreichte am Mittwoch Mitgliedern der Wiener Regimentskapelle Infanterieregiment Nr. 4 Verdienstzeichen des Landes Wien. Kapellmeister Anton JANOSCH erhielt das Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien, Karl DORER, Erwin DRIESSLER, Johann EIBEL, Leopold HIEBNER und Karl RADAKOVITS wurden mit dem Silbernen Verdienstzeichen ausgezeichnet. (Schluß) gab/bs

Bereits am 1. Juni 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Einbürgerungsfeier für neue österreichische Staatsbürger

Wien, 1.6. (RK-KOMMUNAL) Über 200 neue österreichische Staatsbürger/innen kamen Mittwoch nachmittag zu der Einbürgerungsfeier ins Wiener Rathaus, zu der Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Stadträtin Christine SCHIRMER eingeladen hatten. Die Einbürgerungsfeier, die erstmals stattfand, soll den neu in Wien eingebürgerten Menschen auch symbolisch zeigen, daß sie von der Republik Österreich willkommen geheißen werden.

Bürgermeister Dr. Helmut Zilk wies in seiner Rede darauf hin, daß die österreichische Staatsbürgerschaft kein Geschenk sein könne, und bat die neuen Wiener/innen, über Probleme im Alltag hinaus das größere gemeinsame Ganze zu sehen. Sollten sie vielleicht da und dort auf Mitbürger stoßen, von denen sie diskriminiert würden, so mögen sie mit einem gewissen Maß an Stolz darauf hinweisen, daß sie Österreicher seien, sagte Zilk.

Die für das Staatsbürgerschaftswesen in Wien zuständige Stadträtin Christine Schirmer betonte, daß es Gespräche geben müsse, um die Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft einfacher, unbürokratischer und menschlicher zu machen. Schirmer erinnerte auch daran, daß es um die Jahrhundertwende 1,674.000 Einwohner in Wien gegeben hat und davon nur 965.000 „echte“ Wiener, rund 700.000 aber Menschen aus den Kronländern waren. „Für alle, die glauben, daß der Zuzug von Menschen aus anderen Ländern nicht positiv sei, möchte ich ausdrücklich darauf hinweisen, daß Wien von diesem Zuzug, den es immer schon gegeben hat, lebt“, erklärte Schirmer. Insgesamt wurden heuer bis jetzt bereits 1.234 Menchen durch die MA 61 eingebürgert.

Die Einbürgerungsfeier, die auf eine Initiative von Stadträtin Schirmer zurückgeht, fand heute Mittwoch erstmals statt. Als Ehrengäste nahmen an der Feier u.a. auch Stadträtin Dr. Ursula PASTERK, Stadtrat Dr. Erhard BUSEK, Klubobmann Dr. Erwin HIRNSCHALL und Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION, sowie mehrere Landtagsabgeordnete teil. (Schluß) hrs/bs

Bereits am 1. Juni 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Vorübergehende Sperre des Jörgerbades

Wien, 2.6. (RK-KOMMUNAL) Aufgrund der Umstellung des Bades auf „gleitende Fernwärme“ und gleichzeitig stattfindender Revisionsarbeiten an den technischen Anlagen muß das Jörgerbad im 17. Bezirk vom 6. Juni bis 21. Juni vorübergehend gesperrt werden. (Schluß) du/gg

Bereits am 2. Juni 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Geänderte Störungsnummer bei den Wiener E-Werken

Wien, 2.6. (RK-KOMMUNAL) Bedingt durch die Übersiedlung von der Oberen Donaustraße in die 7. Haidequerstraße ändert sich mit 6. Juni die Telefonnummer des Störungsdienstes für öffentliche Beleuchtung und Ampelanlagen auf

76 56 25/500.

(Schluß) roh/gg

Bereits am 2. Juni 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Terminvorschau vom 6. bis 17. Juni

Wien, 3.6. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 6. bis 17. Juni hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorgemerkt (Änderungen vorbehalten):

MONTAG, 6. JUNI:

9.00 Uhr, Eröffnung der „Woche der Wiener Berufsschulen 1988“
(12, Längenfeldgasse 13-15)

9.30 Uhr, Bäderpressefahrt mit StR. Häupl (Abfahrt Friedrich-Schmidt-Platz)

10.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Verkehr und Energie

11.00 Uhr, Eröffnung des neuen Forschungsinstituts im St.-Anna-Kinderspital durch StR. Stacher

11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Cafe Landtmann)

DIENSTAG, 7. JUNI:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

14.00 Uhr, Überreichung der Einsatzmedaille durch StR. Häupl an Alfred Selepa (Arb.-Zi, Häupl)

MITTWOCH, 8. JUNI:

14.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Stadtentwicklung und Stadtplanung

15.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Umwelt, Freizeit und Sport

15.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Wohnbau und Stadterneuerung

DONNERSTAG, 9. JUNI:

9.00 Uhr, Eröffnung Enquete „Triebentwicklung und Konflikt in der analen Phase“ (Ausbildungszentrum für Sozialberufe, 21, Freytaggasse)

10.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Konsumentenschutz, Frauenfragen, Recht und Bürgerdienst

10.30 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Pasterk an Kihachiro Onitsuka, Hideo Haga und Kimiko Sato (Roter Salon, Rathaus)

11.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Häupl, Präsentation des neuen Berge-löschfahrzeuges der Feuerwehr (Feuerwache Landstraße, Baumgasse 89)

18.00 Uhr, StR. Pasterk — Präsentation des Buches „Ernst Mach — Werk und Wirkung“ (Stadtsenatssitzungssaal, Rathaus)

19.00 Uhr, Wiener Vorlesungen: Univ.-Prof. Dr. Rudolf Haller: „Die Unrettbarkeit des Ich. Ernst Mach und der Aufstieg der wissenschaftlichen Weltanschauung“ (Stadtsenatssitzungssaal, Rathaus)

FREITAG, 10. JUNI:

11.00 Uhr, Pressekonferenz Vbgm. Smejkal, Enquete (Ausbildungszentrum für Sozialberufe, 21, Freytaggasse)

14.00 Uhr, Eröffnung Park-Denzelgründe (Vbgm. Mayr, StR. Häupl)
(6, Linke Wienzeile 24-32)

SAMSTAG, 11. JUNI:

15.00 Uhr, Österreichisches Blasmusikfest, Bgm. Zilk (Rathausplatz)

Forts. auf Blatt 1084

SONNTAG, 12. JUNI:

11.00 Uhr, Enthüllung von Gedenktafeln aus Anlaß des 50. Jahrestages der Zerstörung der Wiener Synagogen durch das nationalsozialistische Gewaltregime im Jahre 1938 an folgenden Orten:

- 2, Zirkusgasse 22 (Vbgm. Ingrid Smejkal)
- 8, Neudeggergasse 12 (Bgm. Zilk)
- 16, Hubergasse 8 (StR. Häupl)
- 20, Kluckygasse 11 (Landtagspräs. Hofmann)

MONTAG, 13. JUNI:

9.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Bildung, Jugend, Familie und Soziales

11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Cafe Landtmann)

11.00 Uhr, Überreichung von Einsatzmedaillen durch StR. Häupl an Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Deutsch-Wagram (Steinerne Saal, Rathaus)

12.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Kultur

DIENSTAG, 14. JUNI:

10.00 Uhr, Pressekonferenz Hetzendorf „Kollektion Modus 1988“ (Modeschule Hetzendorf)

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

14.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Verkehr und Energie

MITTWOCH, 15. JUNI:

9.30 Uhr, Presseführung durch die Ausstellung „Otto Wagner und das Kaiser Franz-Josef-Stadtmuseum. Das Scheitern der Moderne in Wien“. (Historisches Museum der Stadt Wien)

10.00 Uhr, Pressekonferenz Vbgm. Smejkal „Ferienspiel“

10.30 Uhr, Übergabe „Stadtarchäologen-Bus“ Länderbank-Stadt Wien, Mag.-Dior. Dr. Bandion (Rathaus, Arkadenhof)

11.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Stacher „10 Jahre Gersthof“ (Orthopädisches Krankenhaus Gersthof)

13.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an Gen.-Sekr. Dr. Rudolf Machacek (Arb.-Zi., Bgm.)

17.00 Uhr, Buchpräsentation StR. Stacher und Jugend & Volk „Ganzheitsmedizin“

19.30 Uhr, Eröffnung Modeschau Hetzendorf

FREITAG, 17. JUNI:

10.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Finanzen und Wirtschaftspolitik (Schluß) red/gal

Forts. von Blatt 1083

Gemeinden verlangen Anteil an der Kapitalertragssteuer

Österreichischer Städtebund zur Steuerreform

Wien, 3.6. (RK-POLITIK/WIRTSCHAFT) Den österreichischen Gemeinden droht durch die Steuerreform ein Verlust von rund 2,8 Milliarden Schilling. „Es geht nicht an, daß die schwächsten im Finanzausgleichssystem, nämlich die Gemeinden, die relativ größten Opfer zu bringen haben“, stellt dazu Bürgermeister Dr. Helmut ZILK fest. Zilk forderte als Präsident des Österreichischen Städtebundes für die Gemeinden einen Anteil von 28 Prozent an der neuen Kapitalertragssteuer. Derzeit ist keine Beteiligung der Gemeinden an der Kapitalertragssteuer vorgesehen.

Der Einnahmenentgang von 2,8 Milliarden Schilling würde 25 Prozent der für das Jahr 1989 insgesamt zu erwartenden Steuerausfälle ausmachen, obwohl die Gemeinden nur 13,5 Prozent Anteil am Steuerertrag haben. Beim Österreichischen Städtebund wurde stets betont, daß die Österreichischen Gemeinden durchaus bereit sind, an einer Steuerreform mitzuwirken, dies jedoch höchstens im Verhältnis ihres Anteils am Steuerertrag.

Aus der Sicht des Österreichischen Städtebundes wäre, wie dessen Finanzreferent Vizebürgermeister Hans MAYR erklärte, diese überproportionale Belastung völlig ungerechtfertigt und unverständlich und für die Gemeinden auch finanziell gar nicht verkraftbar. Der Bund müsse, so Mayr weiter, an die österreichische Finanzverfassung erinnert werden, derzufolge bei der Verteilung der Abgabenerträge auf die Gebietskörperschaften auch auf deren Leistungsfähigkeit Bedacht zu nehmen ist. Das vom Bund vorgelegte Zahlenmaterial entspreche überdies in keiner Weise der seinerzeit vom Bundesminister für Finanzen gemachten Zusage, die Gemeinden nicht überproportional zu belasten, stellte Mayr fest.

Wenn dies nicht der Fall sein soll, müßten die Gemeinden an der neuen Kapitalertragssteuer einen Anteil von 28 Prozent erhalten. Der Österreichische Städtebund ist sich in dieser Forderung mit dem Österreichischen Gemeindebund einig. Selbst bei dieser Regelung würden die Gemeinden noch immer 1,5 Milliarden zur Steuerreform beitragen.

Auch Ausfälle bei der Gewerbesteuer

Längerfristig befürchtet der Österreichische Städtebund auch beträchtliche Ausfälle bei der Gewerbesteuer, die mit einem jährlichen Aufkommen von sieben Milliarden Schilling zu den wichtigsten Gemeindeabgaben zählt. Die Steuerreform sieht eine Herabsetzung des Steuersatzes um zehn Prozent und gleichzeitig eine Erhöhung der Freigrenze für die Gewerbeertragsbesteuerung von 80.000 auf 160.000 Schilling vor. Generalsekretär Dr. Erich PRAMBÖCK: „Die beabsichtigte Regelung schafft unterschiedliche Steuerverhältnisse zwischen Klein- und Großbetrieben und läßt eine überdurchschnittliche Belastung der Gemeinden mit hohem Anteil an Klein- und Mittelbetrieben erwarten.“

Stadterneuerung gefährdet

Ein weiteres Problem, das die vom Österreichischen Städtebund vertretenen Gemeinden betrifft, ist die Frage der Stadterneuerung. Im Zuge der Verländerung der Wohnbauförderung hat der Bund seine Mittel für das Jahr 1988 gegenüber dem Vorjahr bereits um zehn Prozent gekürzt. Die Steuerreform wird im Jahr 1989 eine weitere Reduzierung um etwa zehn Prozent bewirken. Weiters ist eine Verschlechterung insofern zu erwarten, als steuerliche Begünstigungen im Rahmen des Stadterneuerungs- und des Denkmalschutzgesetzes (in beiden Fällen 50prozentige vorzeitige Abschreibung) gänzlich beseitigt und auch sonstige steuerliche Regelungen auf dem Gebiet des Wohnens verschlechtert werden. Dies wird sich zweifellos auf die Sanierungstätigkeit in den Städten auswirken. Für die Städte ist jedoch die Erneuerung der baulichen Substanz lebenswichtig, weshalb vom Österreichischen Städtebund steuerliche Instrumentarien, wie zum Beispiel die Einräumung eines Investitionsfreibetrages für die Sanierung von Altobjekten, gefordert wird. (Schluß) roh/gal

Neue Straßenbahnmodelle sind da

Wien, 3.6. (RK-KOMMUNAL) In der bei Kleinbahn- oder Straßenbahnfans, aber auch bei Sammlern sehr beliebten Modellreihe Wiener Straßenbahn- und U-Bahn-Garnituren gibt es nun wieder ein neues Modell: Erstmals wird am Wiener Tramwaytag (4. Juni, 10 bis 16 Uhr, Remise Speising, Hetzendorfer Straße 188) der sogenannte „Heidelberger“, ein Triebwagen der Type „A“, verkauft. Der Triebwagen kostet 75 Schilling, der dazugehörige Motorsatz ist um 300 Schilling erhältlich. Ab Montag, 6. Juni, ist dieses Modell auch in den Informationsstellen der Wiener Verkehrsbetriebe am Karlsplatz und am Stephansplatz zu bekommen.

Das Modell ist im Maßstab 1:87 nachgebaut (Baugröße HO). Mit dem Motorsatz kann es auf allen Zwei-Leiter-Gleisen mit einer Spannung von 12 bis 14 Volt eingesetzt werden.

Der „Heidelberger“ wurde im Zweiten Weltkrieg entwickelt, um beschädigte oder zerstörte Straßenbahnwagen rasch ersetzen zu können, und an viele Straßenbahnbetriebe im „Deutschen Reich“ geliefert. Da sich die Konstruktion trotz der sparsamen Bauweise bewährte, wurden bis 1949 in Heidelberg und in Uerdingen 667 Wagen hergestellt. Den Wiener Verkehrsbetrieben wurden 1944 30 dieser „Kriegsstraßenbahnwagen“ zugeteilt, die hier die Typenbezeichnung „A“ erhielten. Die Wagen konnten erst nach dem Einbau der elektrischen Einrichtungen ab 1945 nach und nach in Betrieb genommen werden, erst ab 1949 wurde die Lackierung in das traditionelle „Rot-Weiß“ geändert. Noch bis 1975 wurden die Garnituren, hauptsächlich auf der Mariahilfer Straße, im täglichen Personenverkehr eingesetzt. (Schluß) roh/gal

Vorübergehende Einstellung der Linie „J“

Wien, 3.6. (RK-LOKAL) Wegen der fortschreitenden Gleisbauarbeiten in der Ottakringer Straße muß der Betrieb der Straßenbahnlinie „J“ am 6. Juni, 9. Juni, 13. Juni und 16. Juni 1988 jeweils von 20 Uhr bis Betriebsschluß eingestellt werden.

Zwischen Ottakring und Dr.-Karl-Renner-Ring wird ein Schienenersatzverkehr mit Autobussen eingerichtet.

Die Wiener Verkehrsbetriebe informieren ihre Fahrgäste durch Aushänge an den Haltestellen der Linie „J“. (Schluß) roh/gal

Nächtliche Verkehrsbeschränkung in Hietzing

Wien, 3.6. (RK-KOMMUNAL) Im 13. Bezirk wird, beginnend in der Nacht von Montag, den 6. Juni, auf Dienstag, den 7. Juni, jeweils in der Zeit von 20 Uhr bis 5 Uhr früh, die Unterführung Kennedybrücke auf eine Fahrspur eingeengt. Diese Maßnahme, die voraussichtlich bis 30. Juni aufrechterhalten wird, ist durch die dringend notwendig gewordenen Sanierungsarbeiten an den mit Platten verkleideten Widerlagerwänden des Verkehrsbauwerks erforderlich. (Schluß) roh/gal

„Rund um die Untere Alte Donau“ Im Bezirksmuseum Donaustadt

Wien, 3.6. (RK-KULTUR) Im Bezirksmuseum Donaustadt, Kagraner Platz 54, ist vom 5. Juni bis 28. August die Ausstellung „Rund um die Untere Alte Donau“ zu sehen. Die Ausstellung stellt die Entwicklung dar, die die Alte Donau vom früheren Strombett zur heutigen Erholungslandschaft genommen hat. Weiters wird die Entstehung der vielen Rudervereine und damit die Entwicklung des Rudersports nach der Donauregulierung dargestellt.

Die Ausstellung, die Sonn- und Feiertag und Mittwoch jeweils von 9.30 bis 11.30 Uhr und von 17 bis 19 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet ist, wird am Sonntag, dem 5. Juni um 10 Uhr eröffnet. (Schluß) gab/gal

Wiener ÖVP fordert Bodenschutzkonzept

Wien, 3.6. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener ÖVP-Mandatare Landtagspräsident Univ.-Prof. Dr. Manfred WELAN und Landtagsabgeordneter Dr. Johannes HAWLIK sprachen sich am Freitag in einem Pressegespräch für ein Wiener Bodenschutzkonzept aus. Die Belastungen des Bodens durch Schadstoffe stammten aus industriellen und gewerblichen Anlagen, aus der Landwirtschaft und aus privaten Haushalten. Die wesentlichsten Probleme ergäben sich aus der Bodenversauerung durch die Schwermetallbelastung, die Stickstoffüberdüngung, die Altlasten und durch die Flächenverluste durch Bebauung. Das Wiener Bodenschutzkonzept solle mit dem Ziel erarbeitet werden, einen Ausgleich der vielfältigen Nutzungsansprüche zu schaffen, den Boden vor Schäden zu bewahren und Vorsorge gegen langfristige Gefahren und Risiken zu treffen sowie die Erhaltung der Bodenfunktionen sicherzustellen. Dazu sei, so die ÖVP-Mandatare, die Einführung einer Grundverkehrskommission, eines Landwirtschaftsförderungsgesetzes, eines Grünlandfonds sowie die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung bei Großprojekten nötig. Wien könne hier mit gutem Beispiel vorangehen, meinte Welan, da rund 50 Prozent der Wiener Bodenfläche im Eigentum der Gemeinde Wien stehen. (Schluß) fk/gal

Gegen Masern und Mumps Impfen lassen!

Zahl der Masernerkrankungen nahm zu

Wien, 3.6. (RK-LOKAL) In Wien hat die Zahl der an Masern erkrankten Kinder seit Anfang dieses Jahres stark zugenommen. So mußten bisher allein in der Kinderinfektionsabteilung des Wilhelminenspitals über 200 Kinder von ein bis 14 Jahren wegen Masern mit kompliziertem Krankheitsverlauf stationär aufgenommen werden. Normalerweise sind es pro Jahr für ganz Wien 300 bis 400 Kinder. Bei den Komplikationen handelt es sich zumeist um Lungenentzündungen, Ohrenentzündungen und in vereinzelt Fällen auch um Gehirnhautentzündungen. Da es sich bei Masern um keine meldepflichtige Krankheit handelt, liegen von den in häuslicher Pflege befindlichen erkrankten Kindern keine konkreten Zahlen vor. Nach Auskunft von Kinderärzten liegt aber auch hier die Erkrankungsquote weit über dem Durchschnitt.

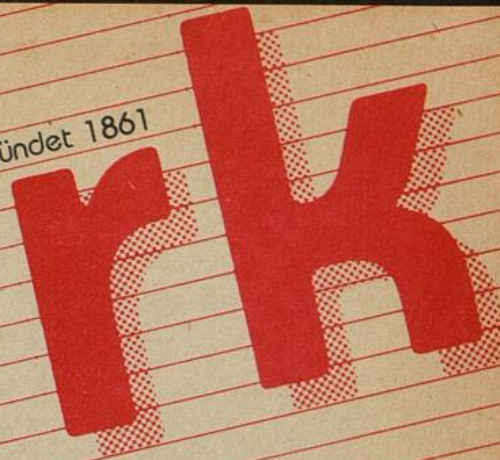
Impfung bietet Schutz

Sichersten Schutz gegen diese Krankheit bietet eine Impfung. So läuft gegenwärtig in den Wiener Bezirksgesundheitsämtern wieder eine Impfkampagne gegen Masern und Mumps, an der sich bis Ende April über 1.800 Kinder beteiligt haben. Geimpft wird in sämtlichen Bezirksgesundheitsämtern Dienstag und Freitag von 9 bis 11 Uhr, wobei in der „Außenstelle“ des Bezirksgesundheitsamtes 8, Schlesingerplatz 3, noch ein zusätzlicher Impftermin jeweils Mittwoch von 10 bis 12.30 Uhr besteht. Ferner gibt es die Möglichkeit, sich in der „Nachmittags“-Impfstelle 1, Neutorgasse 18, jeweils Donnerstag von 15 bis 17 Uhr impfen zu lassen. In Wien ist die kombinierte Masern-Mumps-Impfung für Kinder vom 14. Lebensmonat bis zum vollendeten 6. Lebensjahr kostenlos. Für Kinder über 6 Jahre bzw. Erwachsene beträgt der Kostenbeitrag 60 Schilling. (Schluß) zi/gg

Chef vom Dienst.
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Verlags- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
besetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt!

Montag, 6. Juni 1988

Blatt 1090

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Mitarbeiter des Bürgermeisterbüros retteten „Selbstmordkandidaten“ (1091/FS: 3.6.)
- 10.000 Besucher beim „Tramwaytag“ (1092/FS: 4.6.)
- Stadtrat Häupl zum Internationalen Umweltschutztag (1096/FS: 4.6.)
- „Schleudergefahr im Finanzamt“ (1097)
- Führung durch das Theresianum (1097)
- Freizeitspaß in den Wiener Sommerbädern (1098-1100)
- Rechnungsabschluß im Ausschuß genehmigt (1102)
- ÖVP-Kritik an der Kommunalpolitik (1103)
- Smejkal zur Auflösung des Vereins für Soziale Bildungsarbeit (1104)
- Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)

Bezirke:

- Bezirksvertretung für Schutzzone in der Brigittenau (1093/FS: 4.6.)

Kultur:

- Ausstellung „Ernst Paar“ im Bezirksmuseum Leopoldstadt (1094/FS: 4.6.)
- Studiensaal des Historischen Museums geschlossen (1094/FS: 5.6.)
- Wiener Vorlesung über Ernst Mach (1094/FS: 5.6.)
- „Arbeitswelt Circuszelt“ — Ausstellung im Circus- und Clownmuseum (1097)
- Beisetzung Ödön von Horvaths auf dem Heiligenstädter Friedhof (1097)
- Veranstaltungsreihe im Rahmen von „Imago Mexiko“ (1101)

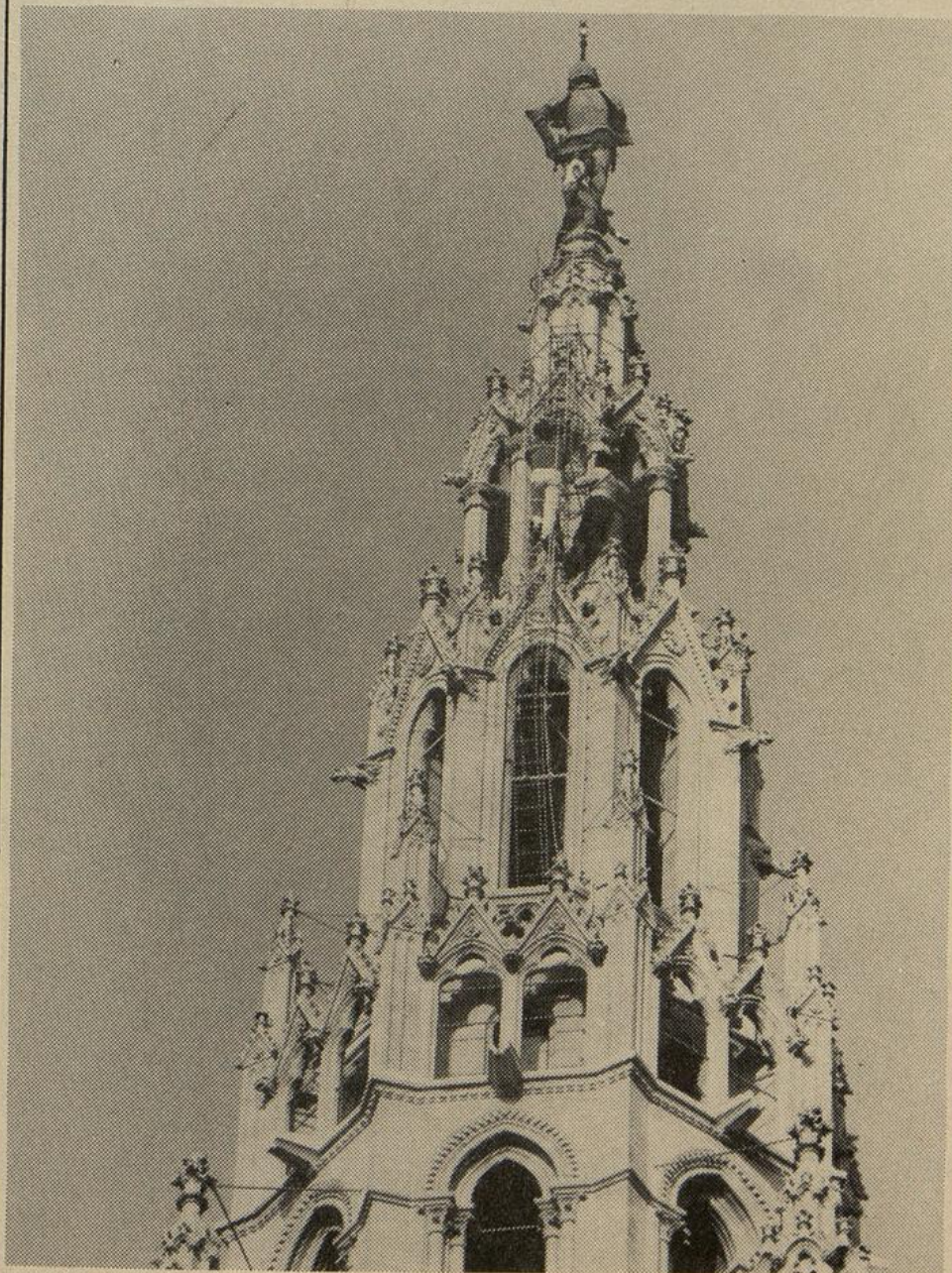
Sport:

- Dietmar Hauer gewann die 40. Österreich-Radrundfahrt (1095/FS: 5.6.)

Mitarbeiter des Bürgermeistersbüros retten „Selbstmordkandidaten“

Wien, 3.6. (RK-LOKAL) Zwei Mitarbeiter von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK, Ing. Gerhard SCHMIDT (31) und Peter HACKER (24) verhinderten am Freitag abend durch ihren selbstlosen Einsatz den Sprung eines Haftentlassenen vom Rathhausturm. Der etwa 24 jährige Peter W. war kurz vor 18 Uhr auf den Rathhausturm geklettert und hatte sich in rund 100 Meter Höhe am Rathausmann angeklammert. Wie er dorthingekommen ist, ist derzeit noch ungeklärt. Die beiden Mitarbeiter aus dem Bürgermeisterbüro bestiegen ebenfalls den Rathhausturm und konnten den potentiellen Selbstmörder schließlich davon überzeugen, daß er von seinem Vorhaben Abstand nehmen sollte. Um 19.45 Uhr war das Abenteuer vorüber; Peter W. gab auf und kletterte an einem Seil gesichert den Turm wieder hinunter. Er wurde in Polizeigewahrsam genommen. (Schluß) fk/bs

Bereits am 3. Juni 1988
über Fernschreiber ausgesendet!



10.000 Besucher beim „Tramwaytag“

Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Zu einer Tradition wird der Wiener Tramwaytag, der heuer bereits zum vierten Mal stattfand. Bis 14 Uhr wurden in der Remise Speising, die diesmal als Hauptveranstaltungsort diente, bereits rund 10.000 Besucher gezählt. Zu den Hauptattraktionen zählte wieder der Flohmarkt der Verkehrsbetriebe, an dem für karitative Zwecke alte Ausrüstungsgegenstände der Wiener Verkehrsbetriebe verkauft wurden, der Straßenbahn-Fahrstandsimulator, die Ausstellung historischer Fahrzeuge sowie das neue Straßenbahnmodell des „Heidelbergers“, das am Tramwaytag erstmals zum Verkauf kam. Es ist übrigens ab Montag in den Informationsstellen Karlsplatz und Stephansplatz der Verkehrsbetriebe um 75 Schilling (Motorsatz 300 Schilling) erhältlich. Viele der Besucher am Tramwaytag nutzten auch die Gelegenheit zu Diskussionen mit Verkehrsstadtrat Johann HATZL und leitenden Bediensteten der Wiener Verkehrsbetriebe über die Qualität des öffentlichen Verkehrs in Wien.

Zweite Attraktion am Tramwaytag waren wieder die beliebten „Tunnelführungen“ beim U-Bahn-Bau, diesmal durch die U6-Station Philadelphia-Brücke, die im Rohbau bereits fertig ist. 1.500 Interessenten überzeugten sich bis 14 Uhr vom Fortschritt der Innenausbauarbeiten dieser wichtigen Verbindungsstation zwischen U6 und Schnellbahn. Für Gruppen ab 15 Personen gibt es übrigens ständig die Möglichkeit, sich durch jede U-Bahn-Baustelle kostenlos führen zu lassen. Es genügt ein Besuch oder ein Anruf in der jeweiligen Baukanzlei, um sich für eine solche Führung anzumelden. (Schluß) roh/bs

Bereits am 4. Juni 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Bezirksvertretung für Schutzzone in der Brigittenau

Wien, 4.6. (RK-BEZIRKE) Einstimmig beschloß die Brigittenauer Bezirksvertretung einen Antrag, der die Festlegung einer Schutzzone im Gebiet rund um den Brigittaplatz und den Wallensteinplatz vorsieht. Damit soll der historische Kern des Bezirks in Bausubstanz und überliefertem Stadtbild erhalten bleiben.

Einstimmig beschlossen die Brigittenauer Mandatäre außerdem ÖVP-Anträge zur Umbenennung der S-Bahn-Station Traisengasse auf Traisengasse/Allerheiligenplatz, zur Aufstellung von geschlossenen Abfallcontainern am Hannovermarkt und zur Erneuerung der Fußgängerübergänge am Gaußplatz. Einstimmig wurde auch der SPÖ-Antrag zur Generalinstandsetzung der Brigittakapelle, die als Kulturdenkmal mit Geschichte und Namen des Bezirks verbunden ist, beschlossen. (Schluß) smo/gal

Bereits am 4. Juni 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Ausstellung „Ernst Paar“ im Bezirksmuseum Leopoldstadt

Wien, 4.6. (RK-KULTUR) Im Bezirksmuseum Leopoldstadt ist vom 6. Juni bis 15. Juli die Ausstellung „Aus dem Nachlaß von akadem. Maler Prof. Ernst Paar“ zu sehen. Es werden Ölbilder, Aquarelle, Grafik und Gebrauchsgrafik von Ernst Paar gezeigt, der Mitglied der Secession, des Hagenbundes und Mitbegründer der Künstlergruppe „Der Kreis“ war. Ernst Paar starb Anfang 1986 in Wien.

Die Ausstellung, die am Montag, dem 6. Juni von Bezirksvorsteher Heinz WEISSMANN eröffnet wird, ist zu folgenden Zeiten bei freiem Eintritt zugänglich: Mittwoch 17.15 bis 19 Uhr, Samstag 14.30 bis 17 Uhr, Sonntag 10 bis 12 Uhr. (Schluß) gab/gal

Studiensaal des Historischen Museums geschlossen

Wien, 5.6. (RK-KULTUR/LOKAL) Wegen Vorbereitungsarbeiten für die Ausstellung „Otto Wagner und das Kaiser-Franz-Josef-Stadtmuseum. Das Scheitern der Moderne in Wien“ ist der Studiensaal des Historischen Museums der Stadt Wien am Karlsplatz vom 7. bis 15. Juni geschlossen. (Schluß) gab/gg

Wiener Vorlesung über Ernst Mach

Wien, 5.6. (RK-KULTUR) Am kommenden Donnerstag, dem 9. Juni, findet ein weiterer Vortrag im Rahmen der Wiener Vorlesungen statt. Univ.-Prof. Dr. Rudolf HALLER spricht über das Thema „Die Unrettbarkeit des Ich. Ernst Mach und der Aufstieg der wissenschaftlichen Weltanschauung“. Die Moderation der Veranstaltung, die anlässlich des 150. Geburtstages des großen österreichischen Wissenschaftlers stattfindet, hat Bundesminister a. D. Franz KREUZER übernommen. Die Veranstaltung beginnt um 19 Uhr und findet im Stadtsenatssitzungssaal des Rathauses bei freiem Eintritt statt. Vor der Vorlesung präsentieren Stadtrat Dr. Ursula PASTERK und der Verlag Holder-Pichler-Tempsky das Buch „Ernst Mach — Werk und Wirkung“, herausgegeben von Rudolf Haller und Friedrich Stadler. (Schluß) red/gg

Bereits am 4. Juni 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Bereits am 5. Juni 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Bereits am 5. Juni 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Dietmar Hauer gewann die 40. österreich-Radrundfahrt

Wien, 5.6 (RK-SPORT) Wiens Sportstadtrat Dr. Michael Häupl konnte am Sonntag nachmittag in der Prater Hauptallee den Österreicher Dietmar HAUER als Sieger der Jubiläums-Radrundfahrt begrüßen. Mit Häupl feierten tausende Wienerinnen und Wiener den großartigen jungen Radfahrer, der seinen Sieg auf der „Tour d’Autriche“ gegen zahlreiche starke Radfahrer aus 11 Nationen errang. Den Grundstein zu seinem Sieg hatte Hauer auf der achten Etappe vom Klopeiner See nach Graz gelegt. Hauer verwies die DDR-Fahrer Audehm und Gottschling auf die Plätze zwei und drei. Mit seiner großartigen Leistung beim Zeitfahren in Purbach, am Sonntag, hatte Hauer seine Führung in der Radrundfahrt gesichert. (Schluß) fk/bs

Bereits am 5. Juni 1988
über Fernschreiber ausgesendet

Stadtrat Häupl zum Internationalen Umweltschutztag

Wien, 4.6. (RK-KOMMUNAL) Anlässlich des Internationalen Umweltschutztages am Sonntag, dem 5. Juni, erklärte Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL, daß Umweltpolitik in Wien nicht von anderen Bereichen städtischer Kommunalpolitik getrennt werden könne. Sie müsse ebenso Bestandteil der Wirtschafts- und Sozialpolitik sein, wie der Energie-, Verkehrs- und Wohnungspolitik. Umweltpolitik werde damit zu einem der wesentlichsten Grundprinzipien kommunaler Entwicklungspolitik. Umweltpolitik sei auch Vorsorgepolitik. Vorsorgende Umweltplanung ist besser und billiger als nachträgliches Reparieren von Umweltbelastungen, so notwendig sich diese Frage auch stellt.

Abschließend stellte Häupl fest, daß Umweltpolitik nicht nur für, sondern vor allem mit den Menschen gemacht werden müßte. Gerade für die Umsetzung demokratischer Umweltpolitik sei die Partnerschaft mit dem umweltbewußten Bürger dieser Stadt ebenso notwendig wie die Partnerschaft mit der Wissenschaft. (Schluß) du/gg

Bereits am 4. Juni 1988
über Fernschreiber ausgesendet

„Arbeitswelt Circuszelt“ - Ausstellung im Circus- und Clownmuseum

Wien, 6.6. (RK-KULTUR/LOKAL) Das Circus- und Clownmuseum in der Karmelitergasse 9 zeigt derzeit die Ausstellung „Arbeitswelt Circuszelt“. Die Ausstellung dokumentiert Auf- und Abbau der reisenden Stadt, Alltagsleben und Katastrophenfälle und stellt dabei auch die Vergangenheit der Gegenwart gegenüber. Neben der Sonderausstellung ist auch die ständige Schau des Circusmuseums zu sehen, das im Juni seinen 20. Geburtstag feiert. Das Circus- und Clownmuseum ist Mittwoch von 17.30 bis 19 Uhr, Samstag von 14.30 bis 17 Uhr und Sonntag von 10 bis 12 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet. (Schluß) gab/gg

„Schleudergefahr im Finanzamt“

Wien, 6.6. (RK-LOKAL) „Achtung Schleudergefahr“ gibt es kommenden Mittwoch, den 8. Juni, um 20 Uhr, im Hof des Finanzamtes im 8. Bezirk, Josefstädter Straße 39. Die Studenten-Kabarettgruppe „Achtung Schleudergefahr“ wird unter dem Titel „Handkuß für Ödipus“ zeit- und gesellschaftskritische Sketches, Szenen und Parodien zum Besten geben. Die Kabarett-Inszenierung wurde bereits mit großem Erfolg unter anderem im Metropol und beim Donauinsselfest aufgeführt. Veranstalter des Abends ist der Kulturverein „Freunde der Josefstadt“, Mitglied des Wiener Volksbildungswerkes. Der Eintritt ist frei. (Schluß) zi/bs

Führung durch das Theresianum

Wien, 6.6. (RK-LOKAL) Im Rahmen des Programms für das Sommersemester des Vereins für Geschichte der Stadt Wien findet als letzte Veranstaltung am Donnerstag, dem 9. Juni, um 15.45 Uhr, eine Führung durch das Theresianum statt. Es führt Baurat Dipl.-Ing. Dr. Erich SCHLÖSS. Treffpunkt: Theresianum, Wien 4, Favoritenstraße 15. Der Eintritt ist frei. (Schluß) am/bs

Beisetzung Ödön von Horvaths auf dem Heiligenstädter Friedhof

Wien, 6.6. (RK-KULTUR) Auf Wunsch der Nachkommen Ödön von HORVATHS wird der 1938 in Paris verstorbene Dichter in einem Ehrengrab der Stadt Wien auf dem Heiligenstädter Friedhof beigesetzt.

Anlässlich der Beisetzung findet am Dienstag, dem 7. Juni, um 13 Uhr eine Feier auf dem Heiligenstädter Friedhof statt. Es werden Prof. Dr. Michael KEHLMANN, Generalintendant Heribert SASSE, Univ.-Prof. Dr. Ulf BIERBAUMER, Maximilian SCHELL und Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK im Gedenken des Dichters sprechen. (Schluß) gab/bs

Freizeitpaß in den Wiener Sommerbädern

Wien, 6.6. (RK-KOMMUNAL) Freizeitstadtrat Dr. Michael HÄUPL berichtete am Montag bei einer Bäder-Pressefahrt u. a. über die Bäder als Freizeitzentren. Wiens 18 städtische Sommerbäder können bei entsprechender Witterung — trotz Donauinsel — nach wie vor auf ausgezeichneten Besuch verweisen und gelten bei der Bevölkerung als attraktive Freizeit- und Erholungseinrichtungen. Diesen Standard zu erhalten und laufend zu verbessern ist die Bäderverwaltung stets bemüht.

Durchschnittlich besuchen in jeder Saison rund 1,8 Millionen Gäste die 18 städtischen Sommerbäder, wobei aufgrund der Wetterlage Schwankungen zwischen 1,4 und 2,2 Millionen Besuchern zu verzeichnen waren.

Die städtischen Sommerbäder verfügen für Gäste, die in ihrer Freizeit Bewegung und Abwechslung suchen, in einzelnen Anlagen über große Sportbecken, Erlebnisbecken, Wasserrutschen, Wasserspiele, Wellenbad, Ballspielplätze, Minigolfanlagen, Tischtennistische und Tennisplätze, Sprungmatten, Boccia, Freiluftschach, eigene Kinderbereiche mit Kinderbecken und Spielgeräten und sonstigen Einrichtungen für Sport, Spiel und Spaß.

Allen jenen, die schattige Stille, erholsame Ruhe auf gemütlichen Liegewiesen oder Nacktbaden in Sonnenbädern oder FKK-Bereichen bevorzugen, bieten sowohl die großen und insbesondere die kleineren städtischen Sommerbäder geeignete Möglichkeiten zum Ausspannen.

Darüber hinaus läßt ein breites Angebot an Cafes, Restaurants, Buffets, Liegestuhlverleih, Bade- und Parfumerieartikelverkauf, Erfrischungskioske und dergleichen jeden Badetag zum rundum gelungenen Freizeitvergnügen werden.

Öffnungszeiten

Die städtischen Sommerbäder sind traditionsgemäß alljährlich von 2. Mai bis Mitte September, an Wochentagen von 9 bis 20 Uhr, an Wochenenden (Samstag und Sonntag) sowie Feiertagen von 8 bis 20 Uhr, in der Vor- und Nachsaison, bis Mitte Mai und ab Mitte August bis 19 Uhr geöffnet.

Schwerpunkte 1988

- Die Fertigstellung und Eröffnung des neuen **Sommerbades Döbling**, 19, Geweygasse 6, beim bestehenden Hallenbad.
- Die Generalsanierung des im Jahre 1928 eröffneten **städtischen Kongreßbades**, 16, Julius Meini-Gasse 7 A, umfaßt insbesondere die Sanierung des Eingangsbereiches und der beiderseits anschließenden Umkleidetraekte, unter Beibehaltung der alten, unter Denkmalschutz stehenden, typisch rot/weißen Holzkonstruktion, den Umbau des alten, 100 Meter langen Beckens in ein 50-Meter-Sportbecken und ein 49-Meter-Erlebnisbecken mit Wasserfall, Grotte, Wasserpilz und -kanone, Kleinwasserrutsche und Kletterhügel sowie die Einbeziehung des ehemaligen Kinderfreibades und Ausgestaltung desselben zu einem speziellen Kinder- und Familienbereich.
Gesamtkosten: ca. S 60.000.000,-
Die Fertigstellung und Wiedereröffnung des Kongreßbades ist für Mitte Juli 1988 vorgesehen.
- Im **städtischen Strandbad Gänsehäufel**, 22, Moissigasse 21, wurden heuer 96 neuerrichtete Kabinen — Vorbaukabinen mit überdachtem Vorplatz und kleiner Terrasse — an Saison Gäste vergeben. Des weiteren wird Ende Juni im FKK-Bereich die erste „Sauna im Grünen“ in Betrieb genommen werden. Dieser Prototyp einer kleinen Blocksauna in einem

Sommerbad stellt ein weiteres Serviceangebot dar. Sollte es von den Badegästen angenommen werden, ist an eine Erweiterung dieser Einrichtung auch in anderen Sommerbädern gedacht.

- Das **städtische Höpflerbad**, 23, Endresstraße 24-26, bietet seit Saisonbeginn 1988 eine neue 35-Meter-Wasserrutsche.
- Im **städtischen Laaerbergbad**, 10, Ludwig-von-Hähnel-Gasse 2, werden heuer das Sportbecken, einschließlich Filteranlage, Verrohrungen und sonstiger Nebeneinrichtungen, und der Sprungturm saniert und weiters wird der Anschluß an das Fernwärmenetz hergestellt. Wegen der Bauarbeiten im Bereich des Sportbeckens während der Sommersaison sind die Eintrittspreise heuer um 25 Prozent ermäßigt. Die Fertigstellung erfolgt zur nächsten Badesaison.
- Im **städtischen Krapfenwaldbad**, 19, Krapfenwaldgasse 65-73, wird während der heurigen Saison der obere Beckenbereich saniert. An Stelle des alten 33-Meter-Beckens werden ein 25-Meter-Sportbecken und ein Erholungsbecken mit Sitzmulden und Massagedüsen samt den entsprechenden Filteranlagen, Verrohrungen etc. errichtet. Aufgrund der Beeinträchtigungen des Badebetriebes durch das Baugeschehen sind die Eintrittspreise heuer um 50 Prozent reduziert. Fertigstellung ebenfalls Mai 1989.
- Im Anschluß an das bestehende **städtische Hallenbad Simmering**, 11, Florian-Hedorfer-Straße 5, wird im Herbst 1988 mit der Errichtung des freizeitorientierten **Sommerbades Simmering**, ähnlich dem Sommerbad Döbling, begonnen werden. Erstmals wird hier durch Kombination eines Sportbeckens mit einem Wellenbecken und einem Erlebnisbecken eine attraktive Beckenlandschaft mit rund 1.100 Quadratmeter Wasserfläche geschaffen werden. Mit Solarenergie vorgewärmtes Beckenwasser, eine 70-Meter-Großwasserrutsche, Kleinkinder- und Babybecken, 3 Sonnenbäder (Damen, Herren, Familien), eigene, separierte Ruhezone, Spielbereiche und sonstige Einrichtungen für Freizeitspaß, Spiel, Sport, aber auch ruhige Plätzchen werden das Angebot abrunden. Die Fertigstellung des Sommerbades Simmering, das rund 82 Millionen Schilling kosten wird, ist für die Sommersaison 1990 vorgesehen.
- Weiters werden heuer in den **städtischen Kinderfreibädern** wieder generell die verschiedensten Instandsetzungsarbeiten unter anderem an den technischen Einrichtungen, Filteranlagen etc. und sonstige Verbesserungsmaßnahmen durchgeführt.

Aktionen

An Aktionen und Animationsprogrammen für Jung und Alt wird in den städtischen Sommerbädern heuer folgendes geboten:

- **Schwimm & Gym im Sommerbad**
Musikgymnastik und Schwimmen als ideale Fitnesskombination für jedermann. Vorher Gymnastik, geleitet von TSA-Sportlehrern (ca. 30 Minuten), anschließend Auflockerung durch Schwimmen, jeden Samstag und Sonntag in 8 städtischen Sommerbädern, beginnend ab 11. Juni 1988.
- **Kunterbunter Bäderspaß**
Eine Reihe von freizeitpädagogischen und Kreativprogrammen wie freies Malen, Modellieren mit Ton, Spielanimation und vieles mehr für die jungen Bäderbesucher im Juli und August in einzelnen städtischen Sommerbädern.
- **Bäderkampagne der Magistratsabteilung 15 — Gesundheitsamt**
Einrichtung der sogenannten **Gesundheitsstraße** für Blutdruck-

Forts. von Blatt 1098

Forts. auf Blatt 1100

messen, Lungenfunktionstests etc. an jedem Sonntag im Juli und August in verschiedenen städtischen Sommerbädern.

- **Schwimmschule im Sommerbad**
Erstmals besteht heuer für Groß und Klein die Möglichkeit, im Strandbad Gänsehäufel und im Sommerbad Hietzing Schwimmunterricht zu erhalten.
- **Begünstigter Eintritt für Kinder und Jugendliche**
Während der Sommerschulferien können jeden Mittwoch und Sonntag die städtischen Sommerbäder und die städtischen Schwimmhallen (etwa bei weniger gutem Wetter) von Kindern (6-15 Jahren) unentgeltlich und von Jugendlichen (15-19 Jahre) zum Kindertarif besucht werden. (Schluß) du/ke

Forts. von Blatt 1099

Veranstaltungsreihe im Rahmen von „Imago Mexiko“

Wien, 6.6. (RK-KULTUR) In Begleitung der Ausstellung „Imago Mexiko“ findet eine Reihe von Veranstaltungen statt, die von der Lateinamerikanischen Künstler-Gesellschaft mit Unterstützung des Kulturamtes der Stadt Wien durchgeführt werden. Auf dem Programm stehen Vorträge, Lesungen, Filme und eine Gedenkveranstaltung „Österreicher im mexikanischen Exil“, anlässlich des heurigen Gedenkjahres. Die Reihe beginnt am 8. Juni. Folgende Veranstaltungen stehen auf dem Programm:

- Veranstaltungsreihe der „Lateinamerikanischen Künstler-Gesellschaft“ anlässlich der Ausstellung „Imago Mexiko“; „Sternstunden der mexikanischen Musik“, Vortrag von Dr. Kurt Pahlen (Schweiz), Klavier: Rafael Donnadio (Mexiko), 8. Juni, 19 Uhr, Ort: Österreichische Gesellschaft für Musik, 1010 Wien, Hanuschgasse 3, 1. Stock.
- Gedenkveranstaltung (1938-1988) „Österreicher im mexikanischen Exil“, Podiumsdiskussion mit Dr. Gertrud Elias, Dr. Fritz Hausjell, Dr. Christian Kloyber, Prof. Marcel Rubin, Leitung: Prof. Hugo Pepper, 15. Juni, 19 Uhr, Ort: Städt. Bücherei-Hauptanstalt, 1080 Wien, Skodagasse 20. In Zusammenarbeit mit dem Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes.
- Lesung: Bernhard Widder über Juan Rulfo; Aus den Texten liest Alexandra Sommerfeld, 16. Juni, 19 Uhr, Ort: Institut für Wissenschaft und Kunst, 1090 Wien, Berggasse 17/1.
- „Die gefiederte Schlange und das Kreuz“, Mag. Christian Zettl, Wandlungsprozeß des Glaubens in Lateinamerika am Beispiel des religiösen Synkretismus in Mexiko, 22. Juni, 19 Uhr, Ort: Städt. Bücherei-Hauptanstalt, 1080 Wien, Skodagasse 20.

Literatur

- „Schrift und Buch im Alten Mexiko“, Buchpräsentation von Ferdinand Anders und Maarten Jansen, 21. Juni, 19.30 Uhr, in der Ausstellung „Imago Mexiko“, Messepalast, Halle H.
- Von 6. Juni bis 24. Juni täglich: „Mexiko in der Literatur“, Ort: Buchhandlung Gerold am Graben, Octavio Paz, Juan Rulfo, Aldous Huxley, Graham Greene, Egon Erwin Kisch, u.v.a., Faksimili verschiedener Codici; Romane und Gedichte mexikanischer Autoren (Spanisch/Deutsch) Kunstbücher (F. Kahlo, Diego Rivera); Romane, Reiseberichte und Essays von Aldous Huxley, B. Traven, Egon Erwin Kisch, Ludwig Renn, Graham Greene, Anna Seghers, H.D. Lawrence, Bruno Frei, Malcolm Lowry, John Steinbeck u.v.a.

Filme

- „Los Olvidados“ (Die Vergessenen) (1950), Regie: Luis Bunuel, 11. Juni, 12 Uhr, 12. Juni, 11 Uhr;
- „Que Viva Mexiko“ (1932), Regie Sergej Eisenstein, 18. Juni, 12 Uhr, 19. Juni, 11 Uhr;
- „Frida Kahlo“ (Mexiko 1984), Regie Paul Leduc, 25. Juni, 12 Uhr, 26. Juni, 11 Uhr.

Diese Filme werden im Motiv-Kino, 9, Währinger Straße 12, gezeigt. (Schluß) gab/bs

Rechnungsabschluß im Ausschuß genehmigt

Wien, 6.6. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie hat Montag den Rechnungsabschluß 1987 der Wiener Stadtwerke mit Mehrheit genehmigt. Wie berichtet, haben die Wiener Stadtwerke das Jahr 1987 mit einem Verlust von 68,5 Millionen Schilling abgeschlossen. (Schluß) roh/gg

ÖVP-Kritik an der Kommunalpolitik

Wien, 6.6. (RK-KOMMUNAL/POLITIK) Kritisch äußerte sich am Montag ÖVP-Stadtrat Dr. Erhard BUSEK zur kommunalen Umwelt- und Planungspolitik in Wien. Die Äußerungen von Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL zum Rinter-Zelt kommentierte Busek mit dem Hinweis, die Volkspartei habe bereits seit mehr als acht Jahren auf das Desaster hingewiesen. Die Wiener ÖVP frage den neuen Umweltstadtrat, wann er endlich ein neues Müllkonzept vorlegen werde.

Vom designierten Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA erwarte sich die Volkspartei, so Busek, daß er raschest zu den Fragen Weltausstellung und Zentralbahnhof Stellung nehmen werde. Darüber hinaus sollte bei Großprojekten die begleitende Kontrolle eingeführt werden.

GR. Mag. Robert KAUER warf Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK Untätigkeit vor. Für Ende Mai sei die Bekanntgabe des neuen Festwochenintendanten versprochen worden. Kauer stellte die Frage nach der Zukunft der Wiener Festwochen und nach deren künftigen wienerischen Charakter. Wegen des Geldmangels fehlen die Mittel für die kleineren Kulturveranstaltungen, bedauerte Kauer, und meinte, daß die Bezirksfestwochen untergingen. Weiters fragte Kauer, wie es mit dem Wiener Kulturbetrieb weitergehen werde, wenn die „Vereinigten Bühnen“, das „Stadtkino“ und die „Szene Wien“ im Zuge der Holding-Privatisierung veräußert würden. Außerdem verlangte Kauer von Pasterk ein Engagement in Fragen Steuerreform. Die Steuerreform müsse, so Kauer, mehr Kunstförderung ermöglichen. (Schluß) fk/gg

Smejkal zur Auflösung des Vereins für Soziale Bildungsarbeit

Subventionen wurden nicht gekürzt

Wien, 6.6. (RK-KOMMUNAL) Gegen die Darstellung des „KURIER“ vom 6. Juni über die Auflösung des Vereins für Soziale Bildungsarbeit wandte sich Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL Montag in der „RATHAUS-KORRESPONDENZ“. Der Verein für Soziale Bildungsarbeit habe seit dem Jahr 1983 insgesamt rund 10,9 Millionen Schilling an Subventionen von der Stadt Wien erhalten. Von Subventionskürzungen könne in bezug auf den Verein für Soziale Bildungsarbeit und andere derartige Projekte — eine Auflistung habe es in der Fragestunde der letzten Gemeinderats-sitzung gegeben — keine Rede sein, unterstrich Smejkal. Dies gelte für den gesamten Sozialbereich der Stadt Wien, dessen Budget 1988 nicht gekürzt worden sei.

Zur Auflösung des Vereines sagte Smejkal, der Vorstand selbst habe diesen Beschluß gefaßt, nachdem mehrmalige Sanierungsversuche gescheitert seien. (Schluß) jel/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
Übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Verlags- und Informationsdienst (MR 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus
Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort: Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt

Dienstag, 7. Juni 1988

Blatt 1105

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Stacher eröffnete Forschungsinstitut für krebskranke Kinder (1106/FS: 6.6.)
- 10 Millionen Übernachtungen im Jahr 2000? (1107/FS: 6.6.)
- Modeschau im Technischen Museum (1108)
- Rechnungsabschluß 1987 mit den Stimmen der SPÖ angenommen (1109)
- Aktion gegen gefährliche Kleinwasserheizer: Fortsetzung bis zum 30. September 1988 (1110)
- Ab 1. Juli: Weibliche Amtstitel (1111)
- 9. Österreichisches Blasmusikfest (1112)
- Individualpsychologische Schule in Wien (1113)

Bezirke:

- Sitzungen von Bezirksvertretungen (1108)

Stacher eröffnete Forschungsinstitut für krebskranke Kinder

Finanzierung durch Spendenaktion

Wien, 6.6. (RK-KOMMUNAL) In Vertretung von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK eröffnete Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Montag vormittag das neue Forschungsinstitut für krebskranke Kinder, das im Dachgeschoß des St.-Anna-Kinderspitals untergebracht ist. Wie der Gesundheitsstadtrat hervorhob, ist die Nähe des Forschungsinstitutes zur Behandlungsstation für krebskranke Kinder in diesem Spital eine wichtige Grundlage für eine erfolgreiche wissenschaftliche Tätigkeit.

Die Errichtungskosten des Forschungsinstitutes betragen 22 Millionen Schilling für den Ausbau und bisher 6 Millionen Schilling für die Einrichtung. Die Mittel stammen von einer Spendenaktion, die von Massenmedien gestartet wurde. In der Folge kam es zu einer Flut von Unterstützungsaktionen, wie Schulsammlungen, Betriebsspenden, Privatspenden, Flohmärkten, Benefizkonzerten usw., die schließlich insgesamt rund 50 Millionen Schilling erbrachten.

Stadtrat Stacher bezeichnete diese Aktion als beispielgebend. Es sei nämlich gelungen, den Menschen bewußt zu machen, daß es um sie selbst und um ihre Angehörigen gehe. Das neue Forschungsinstitut sei ein gemeinsames Werk von Patienten und Angehörigen, von vielen Spendern und von Ärzten, die bereit sind, mehr zu tun als ihre Pflicht, und die forschen wollen, um die Medizin weiterzubringen. Das sei besonders jetzt wichtig, da eine neue Zeit in der medizinischen Forschung anbreche. Vor einigen Jahren haben die zytostatische Chemotherapie gewaltige Fortschritte bei der Krebsbekämpfung gebracht, nun könne man begründete Hoffnungen in die Entwicklung der Molekularbiologie setzen.

Der ärztliche Leiter des St.-Anna-Kinderspitals und Obmann des Forschungsinstitutes, Univ.-Prof. Dr. Helmut GADNER, stellte fest, daß in Zukunft das Wissen um den Entstehungsmechanismus bösartiger Erkrankungen einen wesentlichen Beitrag zur Beherrschung dieser Erkrankungen leisten werde. Das Forschungsinstitut für krebskranke Kinder im St.-Anna-Kinderspital werde vor allem drei Arbeitsgebiete haben: Die Tumorzytogenetik, die Molekularbiologie und die Zellbiologie. Dabei sollen Grundlagenforschung und klinisch angewandte Forschung einander ergänzen. Professor Gadner betonte die Notwendigkeit einer interdisziplinären Kooperation. Es gelte nun, die Fortschritte der vergangenen Jahre weiter zu führen und möglichst rasch für die krebskranken Kinder nutzbar zu machen.

Im Forschungsinstitut gibt es Arbeitsplätze für 15 Personen, derzeit arbeiten bereits drei Akademiker und drei medizinisch-technische Assistenten/innen im Institut. Auf 650 Quadratmetern sind fünf Labors, Nebenräume, ein Büro, Informatik, Dokumentation und ein Seminarraum untergebracht. Der Bau wurde in elf Monaten fertiggestellt. Die Kosten für den Betrieb des Forschungsinstitutes werden voraussichtlich etwa 5 Millionen Schilling im Jahr ausmachen. Auch dieser Betrag soll ausschließlich aus Spenden finanziert werden.

Die musikalische Umrahmung des Festaktes besorgten Mitglieder der Wiener Philharmoniker — aber nicht nur das, die Philharmoniker spendeten ihre Einnahmen aus einer Gedenkveranstaltung 1938-1988 in der Wiener Staatsoper — mehr als 380.000 Schillinge — dem neuen Forschungsinstitut. An der Eröffnungsfeier nahmen auch Nationalratspräsident Mag. Leopold GRATZ, Mag. Anna KOLDE in Vertretung des Bundesministers für Wissenschaft und Forschung, Univ.-Prof. Dr. Hans TUPPY, Klubobmann Dr. Heinz FISCHER und der Bezirksvorsteher des 9. Bezirks, Wolfgang SCHMIED, teil. (Schluß) sc/bs

Bereits am 6. Juni 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

10 Millionen Übernachtungen im Jahr 2000?

Wiener Fremdenverkehr berät seine Zukunft

Wien, 6.6. (RK-KOMMUNAL/WIRTSCHAFT) Unter dem Vorsitz von Vizebürgermeister Hans MAYR fand Montag im Rathaus die Wiener Fremdenverkehrs-enquete 1988 statt, bei der Wiens Landesfremdenverkehrsdirektor Dr. Helmut KREBS 180 Experten begrüßte, die in vier Arbeitskreisen über die Zukunft des Wien-Tourismus berieten. Vbgl. Mayr verwies auf die große Chance für Wien, dank „Glasnost“ und „Perestrojka“ intensiv von den kommenden Veränderungen in Osteuropa zu profitieren, unter anderem durch die gemeinsame Weltausstellung mit Budapest. Wirtschaftsforscher Egon SMERAL hatte die Praktiker der Branche einleitend mit der Prognose konfrontiert, um die Jahrtausendwende werde Wien — das derzeit pro Jahr ca. 6 Millionen Gästeübernachtungen erreicht — bis zu 10 Millionen Übernachtungen verkraften müssen.

Unter den zahlreichen Vorschlägen, Forderungen und Verbesserungswünschen, die die Tourismusvertreter trotz der hervorragenden, in den letzten zehn Jahren deutlich verbesserten Marktposition Wiens haben, befinden sich folgende wichtige Punkte:

- Statt über Engpässe bei den klassischen Attraktionen zu klagen, müssen neue, weltstädtische Unterhaltungsangebote geschaffen werden — wie z. B. die Musical-Serie der Vereinigten Bühnen Wien.
- Bei den großen Sehenswürdigkeiten sollte es weniger Bürokratie, jedoch mehr unternehmerische Freiheit und mehr Initiative geben. Die Öffnungszeiten der Bundesmuseen dürfen nicht weiter verkürzt werden, sondern sollen großzügig und international konkurrenzfähig gestaltet werden.
- Die Einkaufszeiten in Wien sollen völlig liberalisiert werden, wie dies z. B. in Paris oder Stockholm längst der Fall ist.
- Die 35-Stunden-Woche würde im Wien-Tourismus einen Preisschub bringen, der angesichts der großen Konkurrenz auf längere Sicht problematisch wäre und kritisch überdacht werden muß.
- Zur Forcierung des immer stärker unter Konkurrenzdruck geratenen Kongreßgeschäfts wird mehr Geld für Marketing und für Ausfallshaftungen benötigt. Außerdem sollen verstärkt nichtstaatliche internationale Organisationen in Wien angesiedelt werden.
- Für die Weltausstellung 1995 kann nur ein offener Markt der Meinungen alle schöpferischen Kräfte mobilisieren, die zum Erfolg führen. Sorgfältige Diskussion aller Pro- und Kontra-Argumente ist nötig.

Für den Kulturbereich kündigte Stadträtin Dr. Ursula PASTERK die Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen Kultur- und Tourismusmanagern an. Eine Verkaufszentrale für Restkarten steht dabei ebenso in Diskussion wie eine generell stärkere touristische Nutzung des vorhandenen, sehr vielfältigen Veranstaltungsangebots. (Schluß) wfv/gg

Bereits am 6. Juni 1988
über Fernschreiber ausgesendet

Modeschau im Technischen Museum

**Fachschule für Mode und Bekleidungstechnik der Stadt Wien
zeigt Leistungsschau**

Wien, 7.6. (RK-LOKAL) Das Technische Museum ist der Rahmen für die Präsentation von Arbeiten der Schülerinnen und Schüler der Fachschule für Mode und Bekleidungstechnik der Stadt Wien, 15, Siebeneichengasse 17. Die Modeschauen der Fachschule für Mode und Bekleidungstechnik finden am Donnerstag, dem 16. Juni, und am Freitag, dem 17. Juni, jeweils um 17 und um 19 Uhr im Technischen Museum, Mariahilfer Straße 212, statt. Auskünfte erteilt die Fachschule für Mode und Bekleidungstechnik, 15, Siebeneichengasse 17, Telefon 83 54 30. (Schluß) jel/bs

Sitzungen von Bezirksvertretungen

Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt

Wien, 7.6. (RK-BEZIRKE) Dienstag, den 14. Juni, findet um 16 Uhr im Sitzungssaal der Bezirksvorstehung, 2, Karmelitergasse 9, eine Sitzung der Bezirksvertretung Leopoldstadt statt.

Sitzung der Bezirksvertretung Währing

Donnerstag, den 16. Juni, findet um 17.30 Uhr im Sitzungssaal der Bezirksvertretung, 18, Martinstraße 100, eine Sitzung der Bezirksvertretung Währing statt (Schluß) end/bs

Rechnungsabschluß 1987 mit den Stimmen der SPÖ angenommen

Wien, 7.6. (RK-KOMMUNAL) In einer gemeinsamen Sitzung des Stadt-
senats und des Finanzausschusses wurden Dienstag die Rechnungsab-
schlüsse der Stadt Wien und der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1987 mit
den Stimmen der SPÖ angenommen. Wie berichtet, weist der Rechnungs-
abschluß der Stadt Wien Einnahmen von 79,9 Milliarden und Ausgaben
von 83,5 Milliarden aus, der Abgang beträgt 3,6 Milliarden. Die Wiener
Stadtwerke verzeichnen einen Verlust von 68,5 Millionen.

Öffentliche Einsichtnahme

Die öffentliche Einsichtnahme in den Rechnungsabschluß 1987 der Stadt
Wien ist vom 7. bis 21. Juni in der Magistratsabteilung 5, 1, Ebendorfer-
straße 2, 2. Stock, Tür 207, möglich und zwar jeweils Montag bis Freitag von
7.30 bis 15.30 Uhr. (Schluß) sei/bs

Aktion gegen gefährliche Kleinwasserheizer: Fortsetzung bis zum 30. September 1988

Wien, 7.6. (RK-KOMMUNAL) Die von den Wiener Gaswerken und der Landesinnung Wien der Sanitär- und Heizungsinstallateure sowie den Geräteherstellern ins Leben gerufene Umtauschaktion für gefährliche Fünf-Liter-Durchlauferhitzer ohne Abzug und ohne Sauerstoffmangelsicherung hat voll eingeschlagen. In den ersten zwei Monaten haben rund zehn Prozent der 130.000 Besitzer solcher Geräte von dem Angebot Gebrauch gemacht, ihr Gerät kostengünstig gegen ein sicheres Gerät umzutauschen. Deshalb wird die Aktion, die ursprünglich bis 30. Juni befristet war, nun bis zum 30. September verlängert. Dies gab Stadtrat Johann HATZL am Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters bekannt.

Die Gaswerke hatten alle 130.000 Besitzer dieser Durchlauferhitzer, die zwar bei richtigem Gebrauch keine Gefahr darstellen, leider aber allzu oft falsch eingesetzt werden, angeschrieben. Diese Geräte haben keinen Abzug, sodaß bei zu langer Verwendung, zum Beispiel zum Füllen der Badewanne oder bei gut abgedichteten Räumen es zu Sauerstoffmangel kommen kann. Zu einem Aktionspreis von 3.990 Schilling (inklusive Umsatzsteuer, ohne Montage), der fast ein Drittel unter dem normalen Listenpreis liegt, können die Geräte gegen neue, mit einer Sauerstoffmangelsicherung ausgestattete, ausgetauscht werden. Jenen Gerätebesitzern, die über einen entsprechenden Rauchfang verfügen, wird empfohlen, ein Gerät mit Abgasführung zu wählen. Dieses ist dann auch zur Warmwasserbereitung für ein Wannenbad oder zum Duschen geeignet.

Seitens der Gaswerke stehen für Rückfragen folgende Stellen zur Verfügung:

- 6, Mariahilfer Straße 63, Tel. 587 96 01, Beratungsstelle der Gaswerke
- 8, Josefstädter Straße 10-12, Tel. 4309/0, technische Abteilung
- 12, Theresienbadgasse 3, Tel. 83 35 41, technische Abteilung
- 20, Denigasse 39-41, Tel. 33 35 21, technische Abteilung.

Auch das Kundendienstzentrum der Wiener Stadtwerke im 9. Bezirk, Spitalgasse 5-9 steht für Auskünfte zur Verfügung. (Schluß) roh/gal

Ab 1. Juli: Weibliche Amtstitel

Wien, 7.6. (RK-KOMMUNAL) Ab 1. Juli 1988 hält die Gleichberechtigung auch bei den Amtstiteln der Stadt Wien Einzug: Ab diesem Tag führen Frauen in entsprechenden Funktionen Bezeichnungen wie Magistratskommissärin, Verwaltungsoffizialin oder Oberamtsrätin.

Diese Amtstitelverordnung wurde Dienstag auf Antrag des amtsführenden Stadtrates für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Personal in der Sitzung des Stadtsenates beschlossen. (Schluß) lf/bs

9. österreichisches Blasmusikfest

Wien, 7.6. (RK-LOKAL/KULTUR) Am kommenden Samstag, dem 11. Juni, findet in Wien das 9. Österreichische Blasmusikfest statt. Bürgermeister Dr. Helmut ZILK betonte am Dienstag im Bürgermeister-Pressegespräch, er sei stolz darauf, daß am diesjährigen Blasmusikfest auch Kapellen aus der CSSR, und zwar die Prager Militärmusik, sowie aus Südtirol und aus den Vereinigten Staaten teilnehmen. Insgesamt sind heuer 50 Musikkapellen dabei.

Zwischen 9.30 und 10.30 Uhr gastieren die Musikkapellen auf verschiedenen Plätzen in ganz Wien. Um 14 Uhr findet der musikalische Auftakt auf dem Rathausplatz statt. Um 15 Uhr marschieren die Musikkapellen vom Heldenplatz über die Ringstraße zum Rathausplatz, wo um 16 Uhr das Abschlußkonzert mit rund 2.500 Musikern den Höhepunkt des Blasmusikfestes bildet. (Schluß) red/gg

Individualpsychologische Schule in Wien

Schulmodell Oskar Spiels wird wieder aktiviert

Wien, 7.6. (RK-KOMMUNAL) Die Volksschule in Wien 15, Friesgasse 10, wird in Zukunft als „Individualpsychologische Schule“ geführt werden, gab Bürgermeister Dr. Helmut ZILK Dienstag bekannt. Damit wird an die schulreformatrische Tradition der Ersten Republik unter Otto Glöckel angeknüpft. Der Versuch, das Gedankengut des Gründers der Individualpsychologie A. Adler in der Schule anzuwenden, ist eine Pionierleistung des Pädagogen Oskar SPIEL. In den Jahren von 1920 bis 1934 und 1946 bis 1956 war an zwei Wiener Schulen versucht worden, Grundlagen der Individualpsychologie in den Schulalltag einzubringen.

Auf Initiative von Bürgermeister Dr. Helmut Zilk und des Amtsführenden Präsidenten des Stadtschulrates für Wien, Prof. Hans MATZENAUER, ist es nun gemeinsam mit den Professoren Erwin RINGEL, dem prominentesten Schüler Oskar Spiels, und Walter Spiel gelungen, einen Schulstandort zu finden, an dem ein adaptiertes Modell einer Schule mit individualpsychologischem Schwerpunkt verwirklicht werden kann. Das Modell wurde den geänderten sozialen und wirtschaftlichen Gegebenheiten der heutigen Gesellschaft angepaßt. Unverändert übernommen werden die individualpsychologische Grundausrichtung, die Betonung der Erziehung zum gemeinschaftsfähigen Individuum, das Herausstreichen der Leistung und der Freude am Können und eine differenzierte Handhabung der Gruppen- und Einzelarbeit. Es handelt sich bei diesem Vorhaben nicht um einen Schulversuch, sondern um ein Modell im Rahmen des Regelschulwesens. An der Volksschule Friesgasse soll eine Ökologie des Lernens umgesetzt werden, die den Menschen in seinen kognitiven, emotionalen und sozialen Dimensionen anspricht. Den Schülern soll Freude an der eigenen Leistung und an der Gemeinschaft vermittelt werden. Ein wesentliches Element ist auch die verstärkte Einbeziehung der Eltern. (Schluß) jel/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlags- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Mittwoch, 8. Juni 1988

Blatt 1114

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

- Gedenktafeln erinnern an zerstörte Synagogen (1119/1120)
- FPÖ: Neues Wiener Wohnbauförderungsgesetz enttäuschend (1124)
- Edlinger: Neues Gesetz nimmt auf sozial Schwache Rücksicht (1124)

Kommunal/Lokal:

- Smejkal zu Karlsplatz: Der eingeschlagene Weg ist richtig! (1115/FS: 7.6.)
- Neues VOR-Fahrplanbuch erschienen (1116/FS: 7.6.)
- Spenglerfirma behindert U 6-Bau (1117/FS: 7.6.)
- Einsatzmedaille für mutiges Eingreifen (1118/FS: 7.6.)
- Bandion: Optimale Vorbereitung von Entscheidungen im EDV-Bereich (1121)
- Wiener internationale Akademie für Ganzheitsmedizin (1122)
- Park auf den Denzelgründen wird eröffnet (1123)
- Heltau-Matinee in der Josefstadt (nur FS)

Smejkal zu Karlsplatz: Der eingeschlagene Weg ist richtig!

Wien, 7.6. (RK-KOMMUNAL) Der von der Stadt Wien eingeschlagene Weg, die Probleme am Karlsplatz zu lösen, sei richtig, sagte Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL Dienstag in der Pressekonferenz des Bürgermeisters. Erste Erfolge seien im bezug auf die beim Stadtgartenamt angebotenen Arbeitsplätze zu verzeichnen. Man werde auch weiterhin durch das Angebot von Arbeitsplätzen, Betreuung durch Sozialarbeiter und durch Hilfe bei der Unterbringung der Betroffenen zu helfen versuchen.

Verstärkte Kontrollen im bezug auf Drogen- und Medikamentenmißbrauch und -angebot seien vereinbart worden. Ab Herbst werde an den Wiener Pflichtschulen im Einvernehmen mit dem Stadtschulrat und mit Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Stacher eine Aufklärungskampagne über den Mißbrauch von Medikamenten durchgeführt, die sich auch an die Eltern von Schülern richtet. (Schluß) jel/bs

Bereits am 7. Juni 1988
über Fernschreiber ausgesendet

Neues VOR-Fahrplanbuch erschienen

Wien, 7.6. (RK-KOMMUNAL) Die neuen VOR-Fahrpläne, gültig seit 29. Mai 1988, sind wieder bei den gewohnten Verkaufsstellen erhältlich:

- Vorverkaufs- und Informationsstellen der Wiener Verkehrsbetriebe
- Bahnhöfe der ÖBB im Verbundraum
- Bahnhöfe der Badner Bahn
- Viele Wiener Trafiken
- Bahnhofsbuchhandlungen.

Der Preis beträgt, inklusive Verkehrslinienplan „Wien“, 35 Schilling. Jahreskartenbesitzer können mit dem ihnen zugesandten Gutschein das Fahrplanbuch bei den genannten Verkaufsstellen zum Preis von 20 Schilling beziehen.

Das Fahrplanbuch enthält nicht nur die seit der letzten Ausgabe eingetretenen Änderungen — wie Fahrzeitverkürzung auf der „S 45“ um zwei Minuten, verbessertes Angebot auf der „R 18“ (Gänserndorf — Obersdorf), Verdichtung der Intervalle auf vielen Straßenbahnlinien und Einrichtung neuer Autobuslinien in Wien — sondern auch bereits die Fahrzeiten der Eisenbahnlinien, die erst ab 1. September 1988 zum VOR-Tarif benutzt werden können.

Auch einzeln ist der Verkehrslinienplan „Wien“ zum Preis von 10 Schilling erhältlich. Dieser Plan wird weiterhin in einer Sommer- und einer Winterausgabe erscheinen und die entsprechenden Neuerungen beinhalten. (Schluß) roh/gg

Bereits am 7. Juni 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Spenglerfirma behindert U 6-Bau

Wien, 7.6. (RK-KOMMUNAL) Ein Spekulant, der sich auf Kosten der Steuerzahler bereichern will, blockiert derzeit den Weiterbau der U6 im Bereich Gaudenzdorf. Dies erklärte Dienstag Verkehrsstadtrat Johann HATZL im Pressegespräch des Bürgermeisters. Oberhalb eines Betriebes, der sich in einem der Stadtbahnbögen eingemietet hat, sollen Gleisbauarbeiten stattfinden und die Strecke saniert werden. Zum Schutz dieses Betriebes sollte ein Gerüst aufgestellt werden. Die Inhaber der Spenglerfirma „Bäck und Fischer“ haben nun auf dem Vorplatz des gemieteten Stadtbahn Bogens selbst ein Gerüst aufgestellt und sich daraufgesetzt, um die Arbeiten der Verkehrsbetriebe zu blockieren. Sie verlangen hohe Geldsummen für angebliche Nachteile, die ihnen entstanden sein sollen, von den Verkehrsbetrieben aber bestritten werden.

Schon seit 1982 laufen gerichtliche Verfahren gegen die Betriebsinhaber zur Räumung des Stadtbahn Bogens. Seitens der Verkehrsbetriebe wurden ihnen Abfertigungszahlungen, ein Ersatzquartier in Form von drei Stadtbahnbögen im Bereich Alser Straße und auch die Möglichkeit einer Betriebsuntersuchung mit Abgeltung des Verdienstentganges angeboten, wegen der hohen finanziellen Forderungen der Firma kam es aber zu keiner Einigung. Die Ersatzquartiere wurden abgelehnt. Nun versuchten die Verkehrsbetriebe, trotz der weiteren Anwesenheit der Firma, die Arbeiten an der U 6 fortzusetzen, indem auf Stehern, die außerhalb des Firmengeländes angebracht wurden, ein Schutzgerüst über das Firmengelände errichtet werden sollte. Dieses blockieren die Firmeninhaber derzeit unter Hinweis auf Rechte auf den Luftraum über den gemieteten Räumen. Sie verlangen Zahlungen unter anderem für die Zurverfügungstellung dieses Luftraumes, für Lärmbelästigungen, für angebliche Betriebsbehinderungen und dergleichen. Außerdem wird eine Ausweitung des Mietvertrages auf das Vorgelände des Stadtbahn Bogens verlangt, wo derzeit nur ein Zufahrtsrecht besteht. Stadtrat Hatzl dazu: „Wir können im Sinne der Steuerzahler den überhöhten Forderungen eines Spekulanten nicht nachgeben und werden einen anderen Weg finden müssen, um die Arbeiten fortzusetzen. Derzeit scheint jedoch der Fertigstellungstermin der U 6 gefährdet.“ (Schluß) roh/gg

Bereits am 7. Juni 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Einsatzmedaille für mutiges Eingreifen

Wien, 7.6. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Dr. Michael HÄUPL überreichte am Dienstag nachmittag die Einsatzmedaille des Landes Wien an Alfred SELEPA. Alfred Selepa hatte am 31. Dezember 1987 bemerkt, daß ein kleines Mädchen von einem Rottweiler angefallen wurde. Geistesgegenwärtig riß er den Hund von dem Mädchen weg und konnte ihn bis zum Eintreffen der Hundebesitzerin von dem Kind fernhalten, das bereits verletzt worden war. Selepa wurde im Kampf mit dem Hund ebenfalls verletzt. Für sein mutiges Eingreifen wurde er nun geehrt. (Schluß) du/bs

Bereits am 7. Juni 1988
über Fernschreiber ausgesendet

Gedenktafeln erinnern an zerstörte Synagogen

Wien, 8.6. (RK-POLITIK/KOMMUNAL) Aus Anlaß des 50. Jahrestages der Zerstörung der Wiener Synagogen durch das nationalsozialistische Gewaltregime im Jahr 1938 werden am kommenden Sonntag, dem 12. Juni, an vier Stellen in Wien, wo sich einst Synagogen befanden, Gedenktafeln enthüllt. In der berüchtigten „Reichskristallnacht“ (9./10. November 1938) wurden 49 Wiener Synagogen zerstört bzw. verwüstet. Nur der Seitentempel überstand die Katastrophe und konnte nach dem Krieg wieder instandgesetzt werden. Heute existieren in Wien insgesamt zwölf jüdische Andachtsstätten, abgesehen vom Stadttempel meist nur bescheidene Betstuben.



Die ehemalige Synagoge in Wien 16, Hubergasse

Der Bürgermeister, die Israelitische Kultusgemeinde und die Aktion gegen den Antisemitismus in Österreich laden zu folgenden Veranstaltungen — Beginn jeweils 11 Uhr — ein:

Forts. auf Blatt 1120

• **Wien 2, Zirkusgasse 22**

(Hier befand sich der 1887 im maurischen Stil erbauten „Türkische Tempel“ der sephardischen Gemeinde.)

Es sprechen Oberrabbiner Paul Chaim EISENBERG, Univ.-Prof. Dr. Erika WEINZIERL, Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL

• **Wien 8, Neudeggasse 19**

(Hier befand sich eine 1903 in neugotischem Stil errichtete Synagoge).

Es sprechen Vizepräsident Dipl.-Ing. Edmund REISS, Dr. Klaus LOHRMANN, Bürgermeister Dr. Helmut ZILK

• **Wien 16, Hubergasse 8**

(Die Synagoge in der Hubergasse war in einem renaissanceartigen Stil 1886 errichtet worden.)

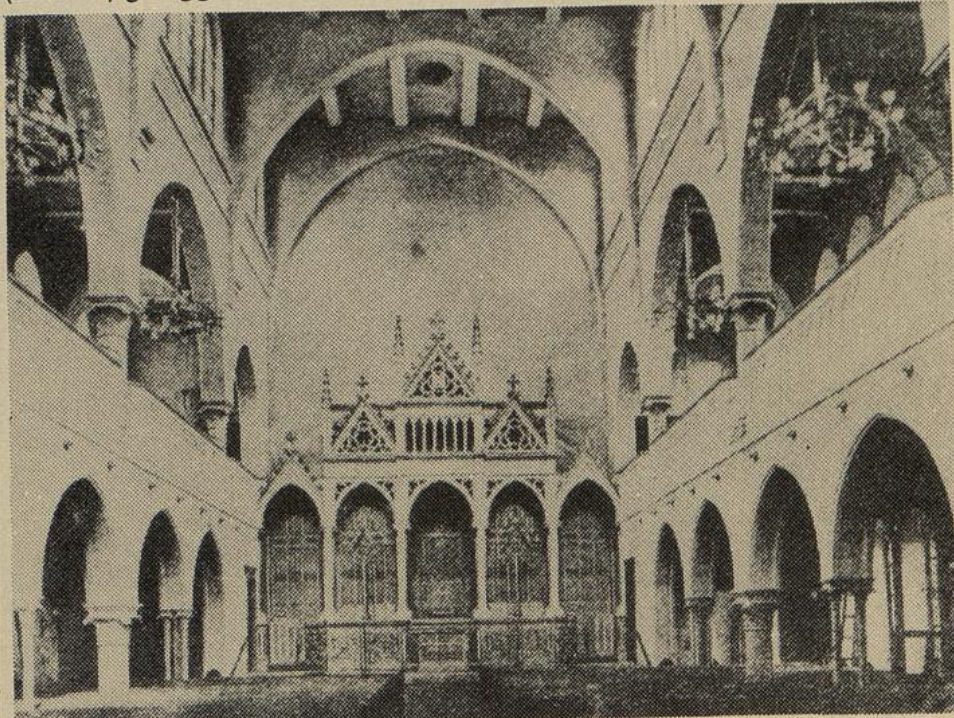
Es sprechen Präsident Paul GROSZ, Hofrat Dr. Franz DANIMANN, Stadtrat Dr. Michael HÄUPL

• **Wien 20, Kluckygasse 11**

(Die Synagoge war um die Jahrhundertwende gebaut worden.)

Es sprechen Vizepräsident Dr. Anton WINTER, Vizepräsident Kurt PORDES, Landtagspräsident Ing. Fritz HOFMANN.

Den Abschluß der Veranstaltungen bildet jeweils das Kaddisch-Gebet. (Schluß) ger/gg



Die ehemalige Synagoge in der Neudeggasse, Innenansicht.

Bandion: Optimale Vorbereitung von Entscheidungen im EDV-Bereich

200. Sitzung der EDV-Kommission

Wien, 8.6. (RK-KOMMUNAL) Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION begrüßte dieser Tage im Wiener Rathaus die Mitglieder der Beratenden EDV-Kommission der Stadt Wien, die zu ihrer 200. Sitzung zusammentrat, und dankte ihnen für ihre Tätigkeit. Bandion unterstrich bei diesem Anlaß, daß es kaum einen anderen Bereich der kommunalen Entscheidungsfindung gibt, wo eine derart umfassende Diskussion und Vorbereitung erfolgt wie beim Einsatz der Elektronischen Datenverarbeitung. Die 13 Mitglieder dieser Kommission — ad personam bestellte leitende Beamte verschiedener Dienststellen — repräsentieren nicht nur spezielles Fachwissen auf dem Gebiet der EDV, sondern in ihrer Summe das Gesamtwissen des Magistrats. Durch diese Konstruktion ist es möglich, optimale und umfassende Entscheidungsgrundlagen in dieser schwierigen und in einer rasanten Entwicklung begriffenen Materie zu erarbeiten.

Die Beratende EDV-Kommission besteht seit 1972; seit 1977 führt Magistratsvizepräsident Dr. Alfred PEISCHL den Vorsitz. Sie befaßt sich mit allen Fragen der Automatischen Datenverarbeitung im Bereich des Magistrats. Zu ihren wichtigsten Aufgaben gehört die jährliche Fortschreibung des (1979 erstmals erstellten) mittelfristigen EDV-Konzepts. Eine bedeutende aktuelle Neuerung ist die Erstellung eines Systemisierungsplanes für EDV-Anlagen, der ab dem nächsten Jahr dem Voranschlag der Stadt Wien angeschlossen sein wird, um vor allem die Information der politischen Entscheidungsträger über den EDV-Einsatz im Bereich der Stadt Wien noch weiter zu erhöhen. (Schluß) ger/gg

Wiener Internationale Akademie für Ganzheitsmedizin gegründet

**Gründungsversammlung in Oberlaa -
Gesundheitsstadtrat Stacher zum Präsidenten gewählt**

Wien, 8.6. (RK-KOMMUNAL) Im Tourotel in Wien-Oberlaa fand am Dienstagabend die Gründungsversammlung der „Wiener Internationalen Akademie für Ganzheitsmedizin“ statt. Die Schaffung einer solchen Akademie ist die logische Konsequenz aus den Erfahrungen des im vergangenen Jahr von der Wiener Holding und der Zentralsparkasse und Kommerzbank Wien veranstalteten Symposions über Ganzheitsmedizin, das weit über die Grenzen Österreichs hinaus große Beachtung gefunden hat.

Zweck der Akademie, die ihren Sitz in Oberlaa haben wird, ist die Förderung von Wissenschafts- und Gesundheitspflege im Bereich der Ganzheitsmedizin, wobei unter „Ganzheitsmedizin“ im Sinne der Akademie alle Sparten der Medizin, sowohl naturwissenschaftliche als auch komplementäre Methoden der Erfahrungsheilkunde, verstanden werden.

Erreicht werden soll dieser Zweck insbesondere durch die Errichtung, den Betrieb und die Finanzierung einer Fortbildungseinheit auf dem Gebiet der Ganzheitsmedizin, durch die Durchführung von Seminaren und Kursen für Interessenten, die Durchführung von Forschungsvorhaben sowie sonstiger wissenschaftlicher Untersuchungen durch nationalen und internationalen Erfahrungsaustausch, durch die Abhaltung nationaler und internationaler wissenschaftlicher Veranstaltungen sowie durch die Herausgabe von Publikationen.

Eine Zusammenarbeit mit einschlägigen medizinischen Gesellschaften wird angestrebt. Die Tätigkeit der Akademie ist gemeinnützig und nicht auf Gewinn gerichtet.

Bei der Gründungsversammlung wurde der Wiener Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER zum Präsidenten der Wiener Internationalen Akademie für Ganzheitsmedizin gewählt. Zu Vizepräsidenten wurden Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft, und der Rechtsdirektor der Wiener Holding, Dr. Kurt MAZANEK, bestellt. (Schluß) wh/bs

Park auf den Denzelgründen wird eröffnet

Wien, 8.6. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister Hans MAYR eröffnet am Freitag, dem 10. Juni, um 14 Uhr, in Anwesenheit von Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL und Bezirksvorsteher Mag. Kurt PINT den neuen Park auf den ehemaligen „Denzelgründen“, Wien 6, Linke Wienzeile 24-32. In diesem dichtverbauten Stadtgebiet kommt dem neuen Park, an dessen Entstehen eine Bürgerinitiative entscheidend mitgewirkt hat, große Bedeutung für die Erholung der Anrainer zu. Der „Denzelpark“ weist auf einer Fläche von rund 9.000 Quadratmetern sowohl eine Ruhezone als auch einen Spielbereich mit Ballspielplatz, Jugend- und Kleinkinderspielplatz auf. Unter den alten Bäumen befindet sich ein Trinkbrunnen. Die Bauzeit für den neuen Park betrug rund zwei Jahre, die Kosten belaufen sich auf ca. 7,500.000 Schilling. Im Rahmen der Parkeröffnung gibt es auch ein kleines Fest mit Blasmusik, Heurigem und Grill, Kinderaktionen, sowie den Blumenbus. (Schluß) du/bs

FPÖ: Neues Wiener Wohnbauförderungs- gesetz enttäuschend

Wien, 8.6. (RK-POLITIK/KOMMUNAL) Enttäuscht vom Entwurf des neuen Wiener Wohnbauförderungsgesetzes zeigte sich Mittwoch FPÖ-Stadtrat Dr. Rainer PAWKOWICZ. In einem Pressegespräch kritisierte er, daß der Entwurf neben einer gewissen Eigentumsfeindlichkeit eine deutliche Familienfeindlichkeit zeige und eine „Festschreibung des verpolitisierten Wohnungswesens“ in Wien bedeute.

Dr. Pawkowicz forderte einen Rechtsanspruch auf Wohnbauförderung und eine Favorisierung der Subjektförderung gegenüber der Objektförderung etwa in Form eines „Wohnbauschecks“. Schließlich verlangte Pawkowicz eine verstärkte Kontrolle der Wohnbauträger etwa durch das Kontrollamt der Stadt Wien. (Schluß) ah/bs

Edlinger: Neues Gesetz nimmt auf sozial Schwache Rücksicht

Wien, 8.6. (RK-POLITIK/KOMMUNAL) Das neue Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz nehme in vielen Punkten besondere Rücksicht auf sozial Schwächere, insbesondere im Bereich der Subjektförderung, erklärte Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER als Reaktion auf die Kritik der FPÖ am Gesetzesentwurf.

Das neue Gesetz sei keineswegs familienfeindlich, da die angemessene Wohnnutzfläche für eine Person mit 50 Quadratmeter, für die zweite mit weiteren 20 Quadratmetern und für jede weitere Person mit zusätzlichen 10 Quadratmetern definiere. Auch ein „Wohnbauscheck“ würde eine Verschlechterung der Förderung für Familien bedeuten: erstens wäre dies in Summe eine schlechtere Förderung als bisher, zweitens entstünde eine hohe Belastung durch die Restfinanzierung über den Kapitalmarkt. Gerade kinderreiche Familien wären gezwungen, in kleine und leistbare Wohnungen zu ziehen, meinte Edlinger. Es stimme darüber hinaus nicht, daß nur die Stadt Wien oder parteinahe Wohnbaugenossenschaften Förderung bekommen könnten. Das neue Gesetz eröffnet Möglichkeiten für neue und andere Wohnmodelle. Schließlich sprach sich Edlinger gegen eine Kapitalanlage in Form von Eigentum an Wohnungen aus, die durch die Steuergelder aller finanziert wird. (Schluß) ah/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr.
Samstag 10 bis 17 Uhr.
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr.
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Verlags- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Donnerstag, 9. Juni 1988

Blatt 1125

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- 3,5 Millionen für den „Tag der offenen Tür“ (1127)
- 15,7 Millionen für Fernwärme und Zentralheizungen (1127)
- Möbel für Schulen — Ausstattung von Kinderspielplätzen (1127)
- Spielgeräte für Kindertagesheime (1128)
- Republik „Konge“ — 60 Jahre Kongreßbad in Ottakring (1129)
- Neue Generation von Feuerwehrfahrzeugen (1131)
- Gasgebühren am Neubaugürtel — Verkehrsumleitung (nur FS: 8.6.)
- Samstag: Behinderungen für Verkehrsbetriebe (nur FS)

Bezirke:

- Sitzung der Bezirksvertretung Innere Stadt (1128)

Kultur:

- Nachlaß von Fritz Hochwälder an Stadt Wien übergeben (1126)
- Ehrung für Verdienste um die Kulturbeziehung zwischen Japan und Österreich (1130)

Wirtschaft:

- Zilk: SGP muß eigenständiges Unternehmen bleiben (1132)

Nachlaß von Fritz Hochwälder an Stadt Wien übergeben

Witwe des Dramatikers überbrachte Zilk das Gesamtwerk

Wien, 9.6. (RK-KULTUR) Susanne HOCHWÄLDER, die Witwe des verstorbenen Dramatikers Fritz HOCHWÄLDER, übergab gestern, Mittwoch, nachmittag den umfangreichen Nachlaß ihres Mannes der Stadt Wien. Sie überreichte Bürgermeister Dr. Helmut ZILK die Auszeichnungen, die Hochwälder von der Stadt Wien erhalten hat (er war u.a. Ehrenbürger der österreichischen Bundeshauptstadt), sowie das Originalmanuskript der „Jesuiten in Paraguay“, der um 1940 verfaßten Urfassung seines bekanntesten Bühnenstücks, dem „Heiligen Experiment“. Zilk bezeichnete die Übergabe des Nachlasses als „Heimkehr von Fritz Hochwälder in jene Stadt, die er verlassen mußte, aber trotzdem heiß geliebt hat“. Der 1911 geborene Dramatiker emigrierte 1938 in die Schweiz, wo er 1986 in Zürich starb. Er wurde in einem Ehrengrab der Stadt Wien auf dem Zentralfriedhof begraben.

Der Nachlaß Fritz Hochwälders wird nun in der Wiener Stadt- und Landesbibliothek aufgearbeitet. Er umfaßt etwa 20 Dramen bzw. Fragmente, darunter Stücke wie „Das Heilige Experiment“, „Die Himbeerpflücker“, „Donnerstag“ oder „Donadieu“, Theaterprogramme und Zeitungsausschnitte zu den Werken Hochwälders sowie seine Korrespondenz, vor allem den Briefwechsel mit Künstlerkollegen wie etwa Hans Weigel, Gottfried von Einem und Alexander Lernet-Holenia. (Schluß) red/bs



3,5 Millionen für den „Tag der offenen Tür“

Wien, 9.6. (RK-KOMMUNAL) Für die Durchführung des „Tages der offenen Tür“ am 17. September genehmigte der Gemeinderatsausschuß für Umwelt, Freizeit und Sport in seiner Sitzung am Mittwoch nachmittag die Summe von 3,5 Millionen Schilling. Dies ist gegenüber dem Vorjahr eine Verbilligung um rund 400.000 Schilling. Der „Tag der offenen Tür 1988“ wird unter dem Gesichtspunkt der internationalen Kooperation, im Hinblick auf eine Weltausstellung Wien — Budapest, gestaltet werden. (Schluß) du/gg

15,7 Millionen für Fernwärme und Zentralheizungen

Wien, 9.6. (RK-KOMMUNAL) Einen Betrag von 15,7 Millionen Schilling für Fernwärmeanschlußarbeiten und die Errichtung von Zentralheizungsanlagen in städtischen Wohnhäusern genehmigte der Gemeinderatsausschuß für Wohnbau und Stadterneuerung in seiner Sitzung am Mittwoch nachmittag. Außerdem genehmigte der Ausschuß die Auftragsvergabe für die Errichtung einer Hochspannungs- und Netzanlage im Sozialmedizinischen Zentrum Ost im Wert von 113,48 Millionen Schilling an zwei Wiener Firmen. (Schluß) ah/bs

Möbel für Schulen – Ausstattung von Kinderspielplätzen

**Sitzung des Gemeinderatsausschusses für Konsumentenschutz,
Frauenfragen, Recht und Bürgerdienst**

Wien, 9.6. (RK-KOMMUNAL) Den Ankauf von Schulmöbeln für allgemeinbildende und berufsbildende Pflichtschulen um etwas mehr als 6 Millionen Schilling genehmigte am Donnerstag der Gemeinderatsausschuß für Konsumentenschutz, Frauenfragen, Recht und Bürgerdienst. Wie im Ausschuß betont wurde, wurde bei der Auswahl der Möbel besonders auch auf ergonomische Kriterien Bedacht genommen.

Für die Ausstattung von Kinderspielplätzen werden Fallschutzplatten und Abdeckungen aus Gummi-Recycling-Material zur Verringerung der Verletzungsgefahr angeschafft; die Vergabe für den Zeitraum 1988/89 mit einem Erfordernis von 2,1 Millionen Schilling wurde im Ausschuß ebenfalls genehmigt.

Novelle der Wiener Landarbeitsordnung

Schließlich stand auf der Tagesordnung des Ausschusses noch eine Novelle der Wiener Landarbeitsordnung, die durch bundesgesetzliche Änderungen (Arbeitsverfassungsgesetz, Landarbeitsgesetz u. a.) notwendig wurde. Die Novelle, die nach der Zustimmung des Ausschusses noch dem Landtag zur Beschlußfassung vorgelegt wird, enthält in erster Linie Bestimmungen, die eine Stärkung der Stellung der Arbeitnehmervertreter zum Ziel haben. (Schluß) ger/gg

Spielgeräte für Kindertagesheime

Wien, 9.6. (RK-LOKAL) Seit 1979 stattet die Firma Mobil Oil jährlich einige Kindertagesheime der Stadt Wien mit für Freiflächen geeigneten Holzspielgeräten aus. Auch heuer wird diese Aktion fortgesetzt: Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL wird am Freitag die Spielgeräte im Kindertagesheim 10, Gimnigasse 1, symbolisch in Empfang nehmen. Insgesamt wurden bisher 41 Kindertagesheime der Stadt Wien von der Firma Mobil Oil mit Spielgeräten beschenkt. (Schluß) jel/bs

Sitzung der Bezirksvertretung Innere Stadt

Wien, 9.6. (RK-BEZIRKE) Mittwoch, den 15. Juni, findet um 14.30 Uhr im Festsaal des Alten Rathauses, 1, Wipplingerstraße 8, 2. Stock, eine Sitzung der Bezirksvertretung Innere Stadt statt. Auf der Tagesordnung stehen u. a. die Streckenführung der Autobuslinie „74 A“, die Oberflächengestaltung der Freyung und die Bildung einer Partnerschaft mit Taito-Ku, dem 1. Bezirk von Tokio. (Schluß) sti/gg

Republik „Konge“ – 60 Jahre Kongreßbad In Ottakring

Wien, 9.6. (RK-LOKAL) Sechzig Jahre besteht das legendäre Kongreßbad in Ottakring. Es wurde 1928 als „modernstes Schwimmbad Europas“ eröffnet und entwickelte sich rasch zum Treffpunkt der sportbegeisterten Jugend. Das Kongreßbad wurde das „klassische Arbeiterbad des Roten Wien“.

Derzeit wird das Kongreßbad generalrenoviert. Aus diesem Anlaß hat der Soziologe Dr. Hans HOVORKA im Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei das Buch „Republik Konge“ herausgegeben. Das Buch bringt Dokumente, Fotos, Interviews und Erinnerungen von Menschen aus dem Umkreis des Ottakringer Arbeiterbades.

Bürgermeister Dr. Helmut ZILK stellt das Buch bei einer Festveranstaltung am kommenden Samstag, dem 11. Juni, im Kongreßbad vor. Die Veranstaltung, bei der auch ein Hymnus für Chor und Orchester aufgeführt wird, beginnt um 13.30 Uhr im Kongreßbad-Buffer, 16, Julius-Meisl-Gasse 7 a. (Schluß) fk/bs

Ehrung für Verdienste um die Kulturbeziehungen zwischen Japan und Österreich

Wien, 9.6. (RK-KULTUR) Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK überreichte am Donnerstag an Persönlichkeiten Ehrenzeichen des Landes Wien, die sich um die kulturellen Beziehungen zwischen Japan und Österreich verdient gemacht haben. Präsident Kihachiro ONITSUKA erhielt das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien, Vizepräsident Hideo HAGA das Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien und Vizepräsidentin Kimiko SATO das Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien.

Präsident Kihachiro Onitsuka ist als Sportartikelimporteure nicht nur wirtschaftlich an den österreichisch-japanischen Beziehungen beteiligt, er unterstützt auch japanische Studenten, die in Wien Musik studieren, ist an der Finanzierung der in Wien erscheinenden Zeitung „Nippon“ beteiligt und wirkt als Vizepräsident in der japanisch-österreichischen Kulturvereinigung in Tokio.

Präsident Hideo Haga hat mit seinen Photos und Büchern über Österreich und Wien viel zur Popularisierung unserer Kultur in Japan beigetragen. Er hat aber auch dem Österreichischen Volksmuseum und dem Institut für Japanologie wertvolle Exponate aus Japan übermittelt und zur Gründung der Japanisch-österreichischen Kulturgesellschaft wesentlich beigetragen.

Frau Kimiko Sato, Vizepräsidentin des Vereines „Wiener Musikseminar“ und dessen Mitbegründerin, verhilft damit ausländischen Studenten zur Möglichkeit, in Wien zu studieren. Kimiko Sato ist Ehrenmitglied zahlreicher musikalischer Gesellschaften in Wien und auch von Tokioter Kulturvereinigungen. In all diesen Funktionen hat sie wesentliches für den kulturellen Austausch zwischen Japan und Österreich geleistet. (Schluß)
gab/gg

Neue Generation von Feuerwehrfahrzeugen

Bergelöschfahrzeug löst Rüstlöschfahrzeug ab

Wien, 9.6. (RK-KOMMUNAL) Die Feuerwehr rüstet einen wichtigen Teil ihres Fuhrparks um. Die Rüstlöschfahrzeuge werden von neuen sogenannten Bergelöschfahrzeugen abgelöst. Sie bieten einen neuen Standard sowohl für die Brandbekämpfung als auch im technischen Einsatz. Stadtrat Dr. Michael HÄUPL und Branddirektor Dipl.-Ing. Dr. Friedrich PERNER stellten diese neue Generation von Einsatzfahrzeugen am Donnerstag in einem Pressegespräch in der Hauptfeuerwache Landstraße vor. Die Fahrzeuge sind besser ausgerüstet und entsprechen auch den Anforderungen im Stadtverkehr besser, nicht zuletzt durch Automatikschaltgetriebe und permanenten Allradantrieb. Insgesamt schafft die Feuerwehr 70 bis 80 Einheiten dieses neuen Typs an. Stadtrat Häupl betonte die umfangreiche Innovation, die bei diesen neuen Fahrzeugen, in Zusammenarbeit zwischen Feuerwehr und Herstellerfirma, zum Tragen kommt.

Die Fahrzeugausstattung

Das Bergelöschfahrzeug ist mit einem 1.600 Liter fassenden Löschwassertank, einer leistungsfähigen Feuerlöschpumpe und auch thermostatregelten Tankheizungen ausgestattet, die das Einfrieren des Löschwassers bei niedrigen Temperaturen verhindern.

Mitgeführt werden weiters

- eine Seilwinde, die so ausgerüstet ist, daß in vielen Fällen, vor allem bei Verkehrsunfällen, der Einsatz von Kranfahrzeugen entbehrlich ist;
- ein Drehstromgenerator, der Tauchpumpe, Ventilator, Ketten- und Handkreissägen, Trennschleifer, Schlagbohrmaschinen, Motorhammer, Lichtfluter und anderes mit Energie versorgt;
- ein Hydraulik-Motorpumpenaggregat mit Rettungsspreizer, Rettungsschere und Rettungszylinder.

12 Tonnen schweres Fahrzeug fährt 95 km/h

Das Bergelöschfahrzeug bringt insgesamt 12 Tonnen auf die Waage. Ein „sportwagen-ähnlicher“ 210 PS starker 6-Zylinder-Turbomotor erlaubt eine Höchstgeschwindigkeit von 95 km/h. Das Fahrzeug ist den innerstädtischen Anforderungen entsprechend möglichst platzsparend und „leichtgewichtig“ gebaut. Das Automatikgetriebe hilft dem Fahrer, sich auf das Verkehrsgeschehen zu konzentrieren, Allradantrieb mit Längs- und Quersperren wird für den Einsatz im Winter und im Gelände gebraucht. Das Antiblockiersystem mit Einzelradregelung macht die Bremsregelung optimal.

Neues Rückgrat für den Fuhrpark

Bisher stehen neun solcher Fahrzeuge im Dienst, insgesamt werden es in Zukunft etwa achtmal so viele sein und dem Fuhrpark ein neues „Rückgrat“ geben. Derartige Fahrzeuge werden für etwa vier Fünftel der Einsätze herangezogen, erläuterte der für Fahrzeuge und Ausrüstung zuständige Referatsleiter der Feuerwehr, Oberbrandrat Herbert JENEWEIN. Sie repräsentieren pro Stück einen Wert von knapp vier Millionen Schilling, davon entfallen allein 3,3 Millionen auf das Fahrzeug mit Generator und Seilwinde.

Der Anschaffung der neuen Fahrzeuggeneration sind umfangreiche Tests an einem Prototyp vorangegangen, wobei berücksichtigt werden mußte, daß die Anforderungen der Wiener Feuerwehr weit über den Vorschriften des Kraftfahrzeuggesetzes und den EG-Richtlinien liegen. Es gab unter anderem Reifentests, Kippversuche, Zugversuche und natürlich auch umfangreiche Tests der Feuerlöschkreiselpumpe. (Schluß) and/bs

Zilk: SGP muß eigenständiges Unternehmen bleiben**Woltrons Schritt bekräftigt Bedenken gegen geplante „Linzer Lösung“**

Wien, 9.6. (RK-WIRTSCHAFT) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Vizebürgermeister Hans MAYR forderten Donnerstag, die SGP müsse ein eigenständiges Unternehmen im Rahmen der ÖIAG bleiben, eine Eingliederung in die geplante Maschinenbauholding könne wirtschaftlich nicht verantwortet werden. Die Entscheidung von SGP-Generaldirektor Dr. Klaus WOLTRON, nicht Chef der Maschinenbauholding zu werden, sei ein weiterer Hinweis dafür, daß in einem Zusammenspiel von Verstaatlichtenminister Dr. Rudolf STREICHER und Linzer Lokalinteressen die gut geführte SGP Schritt für Schritt ausgehöhlt werden solle. Es sei besonders bedauerlich, daß der Verstaatlichten-Minister entgegen seinen Zusagen die Demontage der SGP im Auge habe. Um weiteren wirtschaftlichen Schaden hintanzuhalten, müsse die SGP ein eigenständiges Unternehmen bleiben, bekräftigten Zilk und Mayr abschließend. (Schluß) sei/gg

nef vom Dienst:
2 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Son- und Feiertag 12 bis 17 Uhr.
Übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Verlag: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus 3, Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus
Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt

Freitag, 10. Juni 1988

Blatt 1133

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Finale des Bundesredewettbewerbes (1134)
- Sirenenerprobung am 15. Juni im 5. Bezirk (1136)
- Terminvorschau vom 13. bis 25. Juni (1137/1138)
- Arbeitstagung der Institute für Erziehungshilfe (1139)
- Datenbank erfasst nun 65.000 Grundstücke (1140)
- Häupl zu Flemming-Konzept: Ziele ok, aber Verbote nicht vergessen! (1141)
- 9. Österreichisches Blasmusikfest (nur FS)

Bezirke:

- Sitzungen von Bezirksvertretungen (1136)

Sport:

- 2,656.000 Schilling an Sportförderungsmitteln (1135)

Finale des Bundesredewettbewerbes

Im Rathaus kommen Jugendliche zu Wort

Wien, 10.6. (RK-LOKAL) Das Wiener Landesjugendreferat lädt zum Finale des 36. Bundesjugendredewettbewerbes am Montag, dem 13. Juni, in das Wiener Rathaus ein. Im Festsaal des Rathauses kommen im Rahmen dieser Veranstaltung die jeweiligen Landessieger der Jugendredewettbewerbe der Bundesländer zu Wort.

Bei diesem Finale werden die Sieger des Bundesjugendredewettbewerbes in den Gruppen Allgemeinbildende Höhere Schulen, Allgemeinbildende Mittlere Schulen und des Offenen Bewerbes ermittelt. Das Rahmenprogramm dieser Veranstaltung, die am Montag um 9 Uhr beginnt, bestreitet die Kabarettgruppe „Die Hektiker“. (Schluß) jel/bs

Sitzungen von Bezirksvertretungen

Sitzung der Bezirksvertretung Penzing

Wien, 10.6. (RK-BEZIRKE) Im Festsaal des Amtshauses Hietzing/Penzing, 13, Hietzinger Kai 1, findet am Mittwoch, dem 15. Juni, um 16 Uhr, eine Sitzung der Bezirksvertretung Penzing statt.

Sitzung der Bezirksvertretung Favoriten

Die Bezirksvertretung Favoriten tritt am 15. Juni, 17 Uhr, zu einer Sitzung im Amtshaus, 10, Keplerplatz 5, zusammen. Auf der Tagesordnung stehen u. a. die Genehmigung von 1 Million Schilling für Baumpflanzungen im Bezirk und 8,39 Millionen für Belagssanierungen und die Behebung von Straßenschäden. (Schluß) end/bs

2.656.000 Schilling an Sportförderungsmitteln

Wien, 10.6. (RK-SPORT) Der Gemeinderatsausschuß für Umwelt, Freizeit und Sport genehmigte in seiner letzten Sitzung, daß Wiener Verbänden und Vereinen Sportförderungsmittel in der Höhe von 2,106.000 Schilling zur Verfügung gestellt werden. Im Rahmen der Sonderaktion „Jahr der kleinen Wiener Sportvereine“ werden außerdem Subventionen von 550.000 Schilling bereitgestellt. (Schluß) hof/bs

Sirenenerprobung am 15. Juni im 5. Bezirk

Kein Grund zur Besorgnis

Wien, 10.6. (RK-LOKAL) Am Mittwoch, dem 15. Juni, werden zwischen 13.30 Uhr und 15.30 Uhr wieder vom Dach des Hauses Einsiedlergasse 2 aus Warnsirenen erprobt. Ein Netz derartiger Sirenen wird künftig dafür bereitstehen, um die Bevölkerung im Falle von Katastrophen zu alarmieren und aufzufordern, weitere Anweisungen via Rundfunk abzuwarten. Die Inbetriebnahme der Sirenen am 15. Juni dient nur der Entscheidung für das am besten geeignete System. Es besteht kein Grund zur Beunruhigung.

Teil eines flächendeckenden Alarmierungssystems

In Wien wird so wie in den anderen Bundesländern ein System von Warn- und Alarmeinrichtungen aufgebaut. Es ist eine Voraussetzung dafür, daß bei Katastrophen die Bevölkerung alarmiert und aufgefordert werden kann, weitere Anweisungen via Rundfunk abzuwarten. Mit Hilfe einer Reihe von Sirenenerprobungen soll die am besten geeignete Anlage gefunden werden.

Weitere Anlagen werden getestet

Ein erster Sirenentest dieser Art fand im vergangenen Dezember statt. Nun sollen weitere Anlagen getestet werden. Vorgesehen sind bei der neuen Erprobung vom Dach des städtischen Gebäudes in der Einsiedlergasse 2 etwa zehn Signale mit jeweils einer Minute Dauer. Zu hören sind abwechselnd Dauertöne sowie auf- und abschwellende Töne. Die Verantwortlichen rechnen damit, daß diese Sirenensignale im Umkreis von etwa 800 bis 1000 Meter zu hören sein werden. (Schluß) and/bs

Terminvorschau vom 13. bis 25. Juni

Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 13. bis 25. Juni hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorgemerkt (Änderungen vorbehalten):

MONTAG, 13. JUNI:

9.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Bildung, Jugend, Familie und Soziales

11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Cafe Landtmann)

11.00 Uhr, Überreichung von Einsatzmedaillen durch StR. Häupl an Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Deutsch-Wagram (Steinerne Saal, Rathaus)

DIENSTAG, 14. JUNI:

10.00 Uhr, Pressekonferenz Hetzendorf „Kollektion Modus 1988“ (Modeschule Hetzendorf)

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

14.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Gesundheits- und Spitalswesen

14.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Verkehr und Energie

MITTWOCH, 15. JUNI:

9.30 Uhr, Presseführung durch die Ausstellung „Otto Wagner und das Kaiser Franz-Josef-Stadtmuseum. Das Scheitern der Moderne in Wien“. (Historisches Museum der Stadt Wien)

10.00 Uhr, Pressekonferenz Vbgm. Smejkal „Ferienspiel“ (PID)

10.00 Uhr, Verlegung des dreimillionsten Meters des öffentlichen Wasserleitungsrohrnetzes (Zilk, Häupl, Schwarzenbergplatz, vor dem Hochstrahlbrunnen)

10.30 Uhr, Übergabe „Stadtarchäologen-Bus“ Länderbank-Stadt Wien, Mag.-Dior Dr. Bandion (Rathaus, Arkadenhof)

11.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Stacher „10 Jahre Gersthof“ (Orthopädisches Krankenhaus der Stadt Wien, 18, Wielemansgasse 28, Turnsaal)

13.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an Gen.-Sekr. Dr. Rudolf Machacek (Arb.-Zi., Bgm.)

17.00 Uhr, Pressekonferenz Stacher, Akademie für Ganzheitsmedizin (Rathauskeller)

19.30 Uhr, Eröffnung der Jahresausstellung der Modeschule der Stadt Wien (Vbgm. Smejkal, 12, Hetzendorfer Str. 79)

DONNERSTAG, 16. JUNI:

11.00 Uhr, Eröffnungsmodeschau der Fachschule für Mode und Bekleidungstechnik (Technisches Museum, 14, Mariahilfer Straße 212)

FREITAG, 17. JUNI:

9.30 Uhr, Festveranstaltung „100 Jahre Heim Lindenhof“ mit Vizebürgermeister Smejkal (Eggenburg, NÖ)

10.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Finanzen und Wirtschaftspolitik

10.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Edlinger, Mietermitbestimmung

15.00 Uhr, Überreichung der Nestroy-Ringe durch StR. Pasterk an Manfred Deix und Trude Marzik (Wappensaal, Rathaus)

SAMSTAG, 18. JUNI:

von 10 bis 18 Uhr: Familiensommerfest im Gänsehäufel

MONTAG, 20. JUNI:

11.00 Uhr, Vergabe der Förderungsmittel aus dem Med.-wissenschaftlichen Fonds des Bürgermeisters/Bgm. Zilk (Wappensaal, Rathaus)

11.00 Uhr, Pressegespräch der ÖVP (Cafe Landtmann)

13.30 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an Josef Wallentin, Prof. Maximilian Patat, Elfriede Faber, Karl Hauer und Michael Landrichter (Stein. Saal, Rathaus)

17.00 Uhr, Festveranstaltung Planungsgemeinschaft Ost mit anschließender Pressekonferenz Bgm. Zilk/Lhptm. Ludwig/Lhptm. Sipötz (NÖ-Landhaus)

DIENSTAG, 21. JUNI:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

19.00 Uhr, Wiener Vorlesungen: Univ.-Prof. Dr. Ernst Schwarz: „China — von Konfuzius zur Kulturrevolution und die Konsequenzen“ (Stadt-senatssitzungssaal, Rathaus)

Vom 22. bis 24. JUNI:

Wiener Gemeinderat (Rechnungsabschluß-Debatte)

SAMSTAG, 25. JUNI:

ab 15.00 Uhr, Blumenkorso im Volkssprater
(Schluß) red/gal

Forts. von Blatt 1137

Arbeitstagung der Institute für Erziehungshilfe

Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) Das gestörte Kind und der gestörte Jugendliche stehen im Mittelpunkt der Arbeit der Institute für Erziehungshilfe, die in ihrer Arbeitsweise an die psychotherapeutische Tradition Wiens, an Freud, Adler und Aichhorn anschließen. Die Mitarbeiter der fünf Institute für Erziehungshilfe beschäftigen sich mit den Problemen von Kindern und jungen Menschen, die das Sozial- und Lernverhalten ebenso betreffen wie psychosomatische Störungen und Fragen der Schul- und Berufsausbildung. Vom 9. bis 11. Juni findet nun im Ausbildungszentrum für Sozialberufe der Stadt Wien die 4. Arbeitstagung der Institute für Erziehungshilfe oder Wiener Child Guidance Clinics, wie sie auch genannt werden, statt, gab Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL Freitag im Rahmen einer Pressekonferenz bekannt.

1949 wurde die erste Wiener Child Guidance Clinic in Döbling, Heiligenstädter Straße, gegründet. Es folgte die Eröffnung von vier weiteren Instituten für Erziehungshilfe in den Bezirken 5., 10., 14. und 21. In ihrer Arbeitsmethode sind die Institute für Erziehungshilfe eine Ergänzung von tiefenpsychologisch orientierter Psychotherapie und „Einzelfallhilfe“.

Schon bei den ersten Gesprächen und später auch bei der Therapie, die ein bis drei Jahre dauern kann, beziehen die Mitarbeiter der Institute für Erziehungshilfe die wesentlichen Bezugspersonen des Kindes (in den meisten Fällen sind das die Eltern) mit ein. Die Diagnose ergibt sich aus Gesprächen mit Eltern und Kindern, die auch während der Therapie getrennt geführt werden, aus einem psychologischen Test und der Diskussion der Ergebnisse im Team, ging Smejkal auf die Arbeitsweise der Institute, die zur Gänze von der Stadt Wien subventioniert werden, ein.

500 Untersuchungen pro Jahr

Pro Jahr werden etwa 500 Kinder in den Instituten für Erziehungshilfe untersucht und zu einem Beratungsgespräch eingeladen. Etwa 200 Kinder und parallel dazu Eltern stehen in psychotherapeutischer Behandlung. Die Institute für Erziehungshilfe führen aber auch Elternrunden und Müttergruppen und z.B. Legasthenikerkurse durch. Darüberhinaus obliegen den Instituten auch Lehraufgaben. So absolvieren z.B. Sozialarbeiter, Bewährungshelfer und Psychologiestudenten dort ihre Praktika.

Die 4. Arbeitstagung der Institute für Erziehungshilfe beschäftigt sich mit Problemen der Triebentwicklung. Als Referenten zu dieser Tagung konnten Prof. Alexander HOLDER aus Hamburg, die Individualpsychologin Doz. Ulrike LEHMKUHL aus Heidelberg sowie Prof. Leon WURMSER aus den USA und Dr. Erich FRANZKE aus Schweden gewonnen werden. Mitarbeiter der Institute für Erziehungshilfe referieren ebenfalls über ihre Erfahrungen zum Thema.

Gerade die Triebentwicklung in der analen Phase unterliegt zahlreichen Tabus und führt deshalb zu vielen Störungen und Problemen, die über die Kindheit hinaus zu Erkrankungen, auch im Erwachsenenalter, Anlaß geben können. Es ist daher ein Anliegen der psychischen Hygiene, bereits die Anfänge derartiger Störungen zu verhindern bzw. bereits bestehende Probleme und Erkrankungen zu behandeln und damit eine normale oder eine Weiterentwicklung der Persönlichkeit zu ermöglichen, faßte Smejkal zusammen.

Weil gerade diese Problematik eng mit der Arbeit der Institute für Erziehungshilfe und deren Aufgabenbereich zusammenhängt, wird dieses wichtige Thema nun während der Arbeitstagung im Ausbildungszentrum für Sozialberufe behandelt und diskutiert. (Forts. mgl.) jel/bs

Datenbank erfaßt nun 65.000 Grundstücke

Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) Alle rund 65.000 Grundstücke der Stadt Wien sind nun in einer elektronischen Datenbank erfaßt. Mehrere Jahre Arbeit waren nötig, um jedes einzelne Grundstück nach Lage, Flächenmaß, Grundstücksnummer, Einlagezahl oder grundverwaltender Dienststelle zu erfassen. Denn die Stadt Wien besitzt immerhin über 631 Quadratkilometer Grundflächen. Rund die Hälfte davon sind die Wasserquellengebiete in Niederösterreich und der Steiermark.

Die Datenbank ermöglicht nun einen raschen Zugriff zu den wichtigsten Grundstücksdaten. Geführt wird diese zentrale Liegenschaftsevidenz von der Magistratsabteilung 40. (Schluß) ah/bs

Häupl zu Flemming-Konzept: Ziele ok, aber Verbote nicht vergessen!

Neue Pet-Kunststoff-Flaschen kontra Umweltschutz

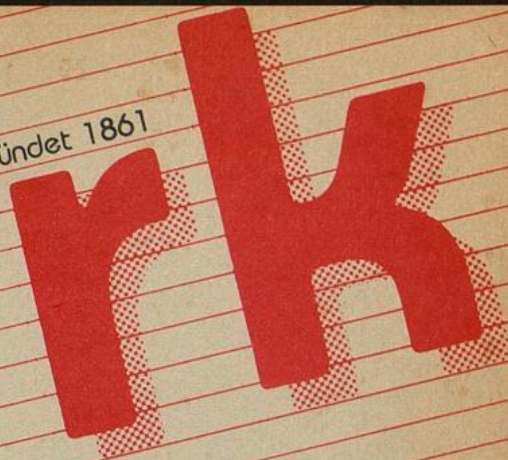
Wien, 10.6. (RK-KOMMUNAL) Grundsätzlich einverstanden zeigte sich Wiens Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL mit den Zielen und Prinzipien, die Bundesminister Dr. Marilies FLEMMING in einem Pressegespräch am Freitag vorgelegt hatte. Das betreffe insbesondere das Bekenntnis zur Abfallbewirtschaftung und zur Wiederverwertung sowie zum Recycling, zum Aufbau logistischer Systeme zur Verwertung der Altstoffe und zur Organisation des unmittelbaren Entsorgungsbereiches. Aber ein Wiener Politiker erwarte sich auch, daß die Voraussetzungen für ein Abfallwirtschaftsgesetz geschaffen werden, das Pfandsysteme und Verbote umweltgefährdender Produkte, wie von PVC im Verpackungsbereich, möglich macht.

Die Bedenken der Arbeiterkammer gegenüber der Einführung der neuen Pet-Kunststoff-Flasche teilt Umweltstadtrat Häupl. Die Einführung dieser neuen Flaschen für Getränke sei mit den Zielsetzungen zur Abfallbewirtschaftung nicht zu vereinbaren und in höchstem Maß kontraproduktiv. (Schluß) and/bs

chef vom Dienst.
2 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Postanschrift: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Druck: Satz in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Montag, 13. Juni 1988

Blatt 1142

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

Gedenktafeln zur Erinnerung an zerstörte Synagogen enthüllt (1146/1147/FS: 12.6.)

Kommunal/Lokal:

9. Österreichisches Blasmusikfest war großer Erfolg (1144/FS: 11.6.)

Ausstellung über Gürtel noch bis 19. Juni (1145/FS: 12.6.)

Wiener Heizungsmuseum jetzt regelmäßig geöffnet (1148)

Auszeichnungen für Feuerwehrleute (1150)

ÖVP-Kritik an Rechnungsabschluß (1151)

Mayr: Rechnungsabschluß ist positive Bilanz (1151)

Salmonellen in einem Brigittenauer Eissalon (1152)

Neue Telefonnummer für Stadtgartenamt: 712 21 71 (1152)

Brähd im Merkur Markt (nur FS/12.6.)

Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)

Pkw schleuderte auf Haltestelleninsel (nur FS)

Straßenbahnlinie „10“ entgleist (nur FS)

Am Mittwoch wird dreimillionster Meter Wasserrohr verlegt (nur FS)

Bezirke:

Verkehrssicherheit in Meidling (1148)

Kultur:

Pasterk zum Burgtheater-Konflikt (1143/FS: 10.6.)

1,95 Millionen für „lebende Musik“ in Gastlokalen (1144/FS: 11.6.)

Förderungen für wissenschaftliche Vereinigungen (1149)

Pasterk zum Burgtheater-Konflikt

Wien, 10.6. (RK-KULTUR) Die Kulturstadträtin von Wien, Dr. Ursula PASTERK, nahm Freitag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ zum Konflikt um den Burgtheaterdirektor Claus Peymann Stellung.

Dr. Pasterk hält es für eine „besorgniserregende Tendenz, inhaltliche Fragen und nicht zu leugnende gruppenspezifische Konflikte im Burgtheater zum willkommenen Anlaß zu nehmen, zur Ausländerfeindlichkeit, im gegebenen Falle einer Deutschen-Hetze aufzurufen“.

Die Wiener Kulturstadträtin erinnert in diesem Zusammenhang daran, daß „in der Vergangenheit oft berühmte deutsche Schauspieler und Direktoren das Profil des Burgtheaters mitbestimmt haben. Der Deutsche Heinrich Laube war fast zwei Jahrzehnte Direktor am Ring, und in keiner Ehrenliste der großen Burgmimen fehlen die Deutschen Raoul ASLAN oder Werner KRAUSS“.

Aufforderungen wie jene „Ab in die Klapsmühle mit Peymann“ lehnt Dr. Pasterk radikal ab. Sie würden „ein erschreckendes 'Zurück in die Vergangenheit' verraten, in eine Vergangenheit, die wir gerade 1988 überwunden glaubten“.

Besonders bedauerlich findet die Kulturstadträtin, daß selbst ein Doyen der österreichischen Literaturkritik in die eigene Vita zurückfalle und unqualifizierte Kommentare zu „Peymann und die Deutschenpolitik“ abgebe. „Solche Äußerungen bieten keine Lösungsansätze des Problems, sondern schütten Öl ins Feuer“.

Pasterk nahm auch Bezug auf „Peymanns ironisch gemeinten Vorschlag, das Burgtheater von Christo einpacken zu lassen“. Pasterk ist davon überzeugt, daß Peymann damit lediglich pointiert auf die für jede künstlerische Tätigkeit hinderliche Bürokratie im Theater hinweisen wollte.

Im übrigen, so Pasterk weiter, stehe diese Bemerkung in einer eigenen Tradition von verbalen Künstlerattacken gegen die Eigendynamik von Kunstverwaltungsapparaten. Wörtlich zählte die Kulturstadträtin auf: „Die Impressionisten versprachen, den Louvre anzuzünden, und Pierre Boulez forderte den Abriß der Pariser Oper. Heute ist Boulez ein gefeierter Opernchef“.

Dergleichen drastische Bilder für den einsichtigen Wunsch, versteinerte Strukturen aufbrechen zu wollen, buchstäblich zu nehmen, das signalisiere nach Pasterk einen bestürzenden Mangel an ästhetischem Verständnis.

Dr. Pasterk wies in dem Gespräch auf den positiven Aspekt der unter Peymann veränderten Publikumsstruktur des Burgtheaters hin. Er habe es geschafft, dem Theater neue Besucherschichten zu erschließen. „Es ist Peymann gelungen, bei der Jugend Schwellenängste, die gerade gegenüber den sogenannten Staatstheatern bestanden, abzubauen“. Außerdem sollte man — nach Pasterk — nicht Peymanns Interview, sondern seine künstlerischen Leistungen zum Maßstab einer Beurteilung des Burgtheaterchefs machen.

Auch wird zur Zeit völlig Peymanns reformerische Arbeit — etwa im technischen Bereich — außer Acht gelassen. Laut Dr. Pasterk ist es zum gegenwärtigen Zeitpunkt sehr wichtig für das Burgtheater und für die Belegung des österreichischen Theaters insgesamt, daß Claus Peymann Direktor des Burgtheaters bleibt. Alle seine bis jetzt in Gang gesetzten positiven Veränderungen wären durch seinen Fortgang gefährdet.

Das tatsächliche Problem sei heute im Burgtheater, nach Einschätzung der Wiener Kulturstadträtin, die Verschlechterung des Verhältnisses zwischen Ensemble und Direktion; wobei diese Schwierigkeiten aus oft leicht durchschaubaren Motiven noch künstlich aufgeheizt würden.

Abschließend appelliert Dr. Pasterk an alle Beteiligten, die Auseinandersetzung aus jeglichem parteipolitischen Positionskampf herauszuhalten. „So richtig es ist, daß Theater an sich eminent politisch ist, so falsch ist es, diese allgemeine gesellschaftspolitische Funktion von Theater als moralischer Instanz mit parteipolitischen Geplänkel zu verwechseln“. (Schluß)
red/gg

Bereits am 10. Juni 1988
über Fernschreiber ausgesendet

1,95 Millionen für „lebende Musik“ in Gastlokalen

Wien, 11.6. (RK-KULTUR/LOKAL) Der Gemeinderatsausschuß für Kultur beschloß die Förderung „lebender Musik“ in Gaststätten und Heurigenlokalen in der Gesamthöhe von 1,95 Millionen Schilling. Rund 40 Lokale erhalten Beträge zwischen 15.000 und 40.000 Schilling. Die Zuschüsse richten sich nach der Anzahl der beschäftigten Musiker. (Schluß) gab/gg

Bereits am 11. Juni 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

9. österreichisches Blasmusikfest war großer Erfolg

Wien, 11.6. (RK-LOKAL/KULTUR) Großen Anklang fand das 9. Österreichische Blasmusikfest, das Samstag in Wien stattgefunden hat. 50 Kapellen aus der CSSR, Italien, den USA und Österreich musizierten am Vormittag auf verschiedenen Plätzen in allen 23 Wiener Bezirken und erhielten für ihre schwungvollen Darbietungen viel Applaus. Am frühen Nachmittag spielten die Blasmusiker auf dem Rathausplatz und später beim Heldenplatz auf, von wo sie zurück zum Rathausplatz marschierten, wo das große Abschlußkonzert stattfand. Rund 2.500 Musiker boten dabei ein farbenfrohes Bild, sorgten für viel Stimmung und einen festlichen Ausklang des Blasmusikfestes. (Schluß) ull/gg

Bereits am 11. Juni 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Ausstellung über Gürtel noch bis 19. Juni

Bisher bereits 10.000 Besucher

Wien, 12.6. (RK-KOMMUNAL) Noch bis 19. Juni kann die Ausstellung über die Vorschläge zur Umgestaltung des Gürtels, der Süd- und Westeinfahrt im Foyer der Wiener Stadthalle besucht werden. Die Ausstellung, die bei freiem Eintritt Dienstag bis Freitag, von 9 bis 18 Uhr und Samstag von 9 bis 14 Uhr zugänglich ist, wurde bisher von ca. 10.000 Wienerinnen und Wienern besucht. Am letzten Ausstellungstag, am Sonntag, dem 19. Juni wird sie von 9 bis 14 Uhr geöffnet sein.

Im Rahmen der Ausstellung wird auch eine Befragung durchgeführt, mit der die Meinungen der am Planungsverfahren interessierten Bürger erhoben werden sollen. Da für einzelne Abschnitte im Planungsgebiet sehr rasch detaillierte Projekte im Einvernehmen mit den betroffenen Bürgern und Bezirken erstellt werden, sollen die im Rahmen der Ausstellung befragten interessierten Besucher so in den weiteren Planungsprozeß einbezogen werden.

Weitere Informationen über die künftige Vorangsweise im Zusammenhang mit den Planungen für Gürtel, Süd- und Westeinfahrt sind bei der Wiener Bundesstraßen AG, Tel. 63 02 73/0 erhältlich. (Schluß) lf/bs

Bereits am 12. Juni 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Gedenktafeln zur Erinnerung an zerstörte Synagogen enthüllt

Wien, 12.6. (RK-POLITIK/KOMMUNAL) 50 Jahre nach der Zerstörung der Wiener Synagogen durch das nationalsozialistische Gewaltregime im Jahre 1938 wurden Sonntag vormittag an vier Stellen in Wien, wo sich einst Synagogen befunden haben, Gedenktafeln enthüllt. In der berüchtigten „Reichskristallnacht“ am 9./10. November 1938 waren 49 Synagogen zerstört bzw. verwüstet worden, nur der Seitenstettentempel in der Innenstadt hatte die Katastrophe überstanden und konnte nach dem Krieg wieder in standgesetzt werden.

Bereits am 12. Juni 1988
über Fernschreiber ausgesendet!



Bürgermeister Dr. Helmut Zilk bei der Enthüllung der Gedenktafel im 8. Bezirk.

Bürgermeister Dr. Helmut ZILK erinnerte beim Platz bei der ehemaligen Synagoge in der Josefstadt, Neudeggergasse 12, eingangs daran, daß Wien schon immer eine gewisse Tradition beim Antisemitismus gehabt habe und nannte in diesem Zusammenhang den Namen von Bürgermeister Dr. Karl Lueger. Er gedachte der 65.000 Juden, die Wien entweder verlassen mußten oder deportiert wurden. Dennoch, so Zilk, sei der jüdische Einfluß auf das gesamte Leben Wiens auf praktisch allen Gebieten unbestritten. Zilk stellte fest, daß das Gedankengut des Antisemitismus leider noch immer nicht überwunden sei, so gebe es gegenüber Gastarbeitern ähnliche Tendenzen. Er, der in nächster Nähe der Synagoge, in der Lange Gasse 6, viele Jahre gewohnt hatte, schloß mit dem Zitat: „Wir haben viel zu tun, das Gestrige zu bewältigen und viel zu tun, das Heutige zu tun.“



Gedenktafel in der Neudeggergasse 12

Forts. auf Blatt 1147

Forts. von Blatt 1146

In der Hubergasse 8 in Ottakring sprach der Präsident der israelitischen Kultusgemeinde, Paul GROSZ, der selbst früher in nächster Nähe gelebt hatte. Er sagte, nach der Initiative des Wiener Bürgermeisters hätten weit- aus mehr Gedenktafeln angebracht werden sollen, doch habe es vielfach Widerstände dagegen von Hausbewohnern und -inhabern gegeben. Diese scheinen zu meinen, es sei besser zu vergessen nicht aus Rachsucht oder Haß, sondern weil nur das Wissen um die Zusammenhänge davor be- wahren könne, daß sich ein solcher Zusammenbruch der Normen des menschlichen Zusammenseins wiederholt. Wer seine Geschichte ver- leugne, sei dazu verurteilt, sie wieder zu erleben.

Stadtrat Dr. Michael HÄUPL formulierte, das Wissen um die Geschichte dürfe nicht in das Dunkel des Vergessens oder gar des Nicht-Wissens ver- fallen. Gerade das Nicht-Wissen habe jedoch ein erschreckendes Ausmaß angenommen. Geschichte müsse auch in den Zusammenhängen ge- sehen werden. In Wien sei es damals, vor der nationalsozialistischen Machtergreifung, nicht notwendig gewesen, den Antisemitismus von außen hereinzutragen. Alle politischen Bewegungen dieser Zeit trügen ihren Teil Schuld an den damaligen Ereignissen. Man dürfe sich nicht die „passenden politischen Rosinen herauspicken“. Es müsse auch der Kampf um Demokratie und Freiheit geführt werden, doch immer wieder würden sie von manchen Leichtfertigen als minderwertig eingestuft, obwohl sie unverbrüchliche Bestandteile der politischen Kultur seien. Auch wir müssen bereit sein, einmal vor den Fragen unserer Kinder zu bestehen, wie wir mit Demokratie und Freiheit umgegangen sind, wie wir unseren Beitrag zu Toleranz und gegen den Antisemitismus geleistet haben, schloß Häupl.

Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL verwies in der Leopoldstadt, Zirkus- gasse 22, auf die Verfolgung der Wiener jüdischen Gemeinde durch das nationalsozialistische Terrorregime und meinte, die jüdischen Mitbürger seien heute als ein Teil von uns zu betrachten. Und wir sollten nicht ver- gessen, wie diese Wiener Mitbürger gedemütigt, vertrieben und ermordet wurden. Smejkal rief dazu auf, den Wiener Juden heute zu vermitteln, daß sie hier zuhause sein können.

Univ.-Prof. Dr. Erika WEINZIERL gab einen historischen Überblick über das Wiener Judentum und vor allem der türkischen Gemeinde, deren Tempel an dieser Stelle gestanden sei. Weinzierl bewies an Hand histo- rischer Fakten, daß die Mitglieder dieser Gemeinde loyal zu Österreich gestanden seien.

Oberrabbiner Paul Chaim EISENBERG bemerkte, daß dieser Tempel 50 Jahre bestanden habe, das sei für ein Bauwerk eine kurze Zeit. Aber, so Eisenberg, es hätte auch 50 Jahre gedauert, bis eine Gedenktafel errichtet wurde, und das, so der Oberrabbiner, sei eine lange Zeit. Eisenberg er- innerte daran, daß allein in der Leopoldstadt, der „Mazzesinsel“, 1932 ins- gesamt 48 jüdische Bethäuser, davon zwei Großsynagogen existiert hät- ten.

In der Brigittenau, Kluckygasse 11, betonte Landtagspräsident Ing. Fritz HOFMANN, daß man immer wieder an die schrecklichen Ereignisse er- innern müsse, die vor 50 Jahren in unserer Heimat stattfanden. Denn nur wer die Geschichte kenne, könne aus ihr lernen. Nie wieder dürfe Wien zum Tummelplatz von Chauvinismus und blinden Vorurteilen werden, nie wieder dürfe es Krieg, Faschismus und Diktatur in unserem Land geben.

Den Abschluß der Veranstaltungen bildete bei allen vier Gedenktafel-Ent- hüllungen des Kaddisch-Gebet. (Schluß) red/gg

Verkehrssicherheit in Meidling

Sitzung der Bezirksvertretung Meidling

Wien, 13.6. (RK-BEZIRKE) Mit dem Thema „Verkehrssicherheit“ beschäftigt sich die Meidlinger Bezirksvertretung in einer außerordentlichen Sitzung am Freitag, dem 17. Juni, 13.30 Uhr. Anschließend tritt das Meidlinger Bezirksparlament um 14.30 Uhr zu seiner dritten ordentlichen Sitzung zusammen. Beide Sitzungen finden im Sitzungssaal der Bezirksvertretung, 12, Schönbrunner Straße 259, statt. (Schluß) end/rr

Wiener Heizungsmuseum jetzt regelmäßig geöffnet

Wien, 13.6. (RK-KOMMUNAL) Das Wiener Heizungsmuseum in der Berufsschule Längenfeldgasse in Meidling ist ab nun regelmäßig jeden Dienstag von 13 bis 18 Uhr geöffnet. Dieses erste und vorerst einzige Heizungsmuseum Europas kann aber auch gegen telefonische Voranmeldung (Telefon 43 50/741 Durchwahl) besichtigt werden. Das Heizungsmuseum zeigt die Entwicklung der Heizungstechnik seit der Jahrhundertwende anhand zahlreicher, oft sehr liebevoll restaurierte Ofenmodelle. (Schluß) ah/bs

Förderungen für wissenschaftliche Vereinigungen

Sieben Millionen für Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft

Wien, 13.6. (RK-KULTUR) Der Gemeinderatsausschuß für Kultur beschloß der Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft eine Subvention von sieben Millionen Schilling zu gewähren. Der Verband der wissenschaftlichen Gesellschaften Österreichs erhält eine Förderung von 600.000 Schilling.

Die Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft mit ihren insgesamt 78 Instituten und Forschungsstellen ist besonders um die Forschung in gesellschaftsrelevanten Bereichen wie der Volksgesundheit, der Altersforschung und der Suchtforschung bemüht. Weiters werden neue Wissenschaftsgebiete oder Grenzgebiete wie etwa die Homöopathie oder die Akupunktur im Forschungsprogramm besonders berücksichtigt.

Der Verband wissenschaftlicher Gesellschaften betreut unter anderem die Aktion „Ausländische Gelehrte in Wien“ und den angeschlossenen „Verein für Geschichte der Stadt Wien“. (Schluß) gab/rr

Auszeichnungen für Feuerwehrleute

Stadtrat Häupl ehrte niederösterreichische Feuerwehrmänner

Wien, 13.6. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Dr. Michael HÄUPL überreichte am Montag an acht Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr Deutsch-Wagram Einsatzmedaillen des Landes Wien. Die Ausgezeichneten sind Feuerwehrkommandant Walter SCHLEDERER, Johann KRENN (Leiter des Verwaltungsdienstes) sowie Hauptfeuerwehrmann Johann MÜHL, die Oberfeuerwehrmänner Hubert PEHAM, Norbert SCHILHART und Josef WITTMANN und die Feuerwehrmänner Reinhard MAYER und Karl-Heinz PEHAM. Stadtrat Häupl würdigte in diesem Zusammenhang die oftmals bewiesene gute und erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen der Wiener und den niederösterreichischen Feuerwehren.

Die Auszeichnungen wurden für die hervorragenden Leistungen dieser Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehr Deutsch-Wagram vergeben, die im vergangenen November nach einem schweren Verkehrsunfall mit vier beteiligten Fahrzeugen im Bereich von Wien-Süßenbrunn sehr rasch und effizient intervenierten und für die Bergung von sechs Verletzten sorgten.

An der Ehrung nahmen auch der Bürgermeister von Deutsch-Wagram Hans MUZIK, Gemeinderat Dr. Anton FÜRST und Branddirektor Dipl.-Ing. Dr. Friedrich PERNER teil. (Schluß) and/gg

ÖVP-Kritik an Rechnungsabschluß

Wien, 13.6. (RK-KOMMUNAL) Der Budgetvollzug 1987 sei arbeitsplatzfeindlich gewesen, kritisierte am Montag die Wiener ÖVP. Der Budgetvollzug, so ÖVP-Landespartei sekretär Dr. Ferdinand MAIER, in einer Pressekonferenz, sei das Spiegelbild einer schwerfälligen, nachlässigen und manchmal schlampigen Bürokratie und außerdem das Spiegelbild einer verfehlten Politik. Der Rechnungsabschluß zeige, daß das Budget 1987 falsch konzipiert gewesen sei, und, daß es die Wiener Sozialisten mit der Budgetwahrheit nicht genau nehmen. Das bewiese sich bei der überhöhten Gebührenpolitik. Weiters kritisierte Maier den Rückgang der Investitionsquote, die 1987 die negative Rekordmarke von nur 14,4 Prozent erreicht habe.

Weltausstellung am Nordbahnhof-Gelände

StR. Dr. Erhard BUSEK sagte, für die ÖVP habe das Nordbahnhof-Gelände für die geplante Weltausstellung Priorität. Die Vorzüge dieses Geländes seien in der Stadtnähe und in der günstigen Verkehrsaufschließung zu sehen. Außerdem liege das Vergnügungsgebiet, der Wurstelprater, in unmittelbarer Nähe dieses Geländes. Und bei allen Weltausstellungen, die er in letzter Zeit gesehen habe, sagte Busek, sei ein Vergnügungsviertel im unmittelbaren Einzugsbereich des Weltausstellungsgeländes zu finden. (Schluß) fk/bs

Mayr: Rechnungsabschluß ist positive Bilanz

Schade, daß ÖVP nur Schlagworte produziert

Wien, 13.6. (RK-KOMMUNAL) Es ist schade, daß die Wiener ÖVP selbst nach einer wochenlangen „Schrecksekunde“ zum Rechnungsabschluß 1987 nur Schlagworte produziert, erklärte Vizebürgermeister Hans MAYR Montag zur Kritik der ÖVP am Rechnungsabschluß 1987. Damit kann die ÖVP nicht die positiven Fakten des Rechnungsabschlusses vom Tisch wischen: so die Tatsache, daß sich der Schuldenstand um 7 Milliarden verringerte und heute auf dem Niveau von 1982 liegt, oder die Verbesserung beim Abgang um 3,3 Milliarden.

Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) hat Wien für 1987 eine ausgezeichnete Baukonjunktur bescheinigt — laut WIFO expandierte die Bauwirtschaft 1987 in Wien, Oberösterreich und Vorarlberg überdurchschnittlich. So arbeitsfeindlich kann das Wiener Budget und der Budgetvollzug also nicht gewesen sein, betonte Mayr abschließend. (Schluß) sei/gg

Salmonellen In einem Brigittenauer Eissalon

Geräte bereits desinfiziert

Wien, 13.6. (RK-KOMMUNAL) Nach dem Konsum von Speiseeis in einem Eissalon im 20. Bezirk traten vor zehn Tagen bei mehreren Personen Salmonellenerkrankungen auf. Das Gesundheitsamt veranlaßte sofort die Vernichtung der Ware und eine gründliche Desinfektion der Geräte. Das Verkaufspersonal ist nicht erkrankt.

Von bisher 39 Untersuchten war das Ergebnis bei 20 Personen, vor allem Kindern, positiv. Sechs Kinder wurden im Spital behandelt. (Schluß) sc/gg

Neue Telefonnummer für Stadtgartenamt: 712 21 71

Wien, 13.6. (RK-KOMMUNAL) Im Zuge der Umstellung der Wiener Telefonnummern hat auch das Stadtgartenamt, MA 42, eine neue Rufnummer erhalten. Die neue Nummer lautet 712 21 71. Die interne Kurznummer 842 bleibt unverändert. (Schluß) red/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlags- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus 3 Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3 Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle - Auf Recyclingpapier gedruckt

Dienstag, 14. Juni 1988

Blatt 1153

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Kinder machten ihren Schulhof grün (1154)
- Vierter Simmeringer Haidelauf (1154)
- Buslinien der Wiener Lokalbahnen in den VOR (1156)
- Drastischer Rückgang der Erträge der Wiener Stadtwerke (1157)
- Betonierarbeiten auf der A 23 vorzeitig beendet (1158)
- Zilk: „Arbeit für die Gemeinschaft“ als Strafersatz (1159)
- Modus 88 (1160)
- 100 Meter hohe Feuersäule in Inzersdorf (nur FS/13.6.)

Bezirke:

- Sitzung der Bezirksvertretung Alsergrund (1154)

Kultur:

- Orchestertage der österreichischen Musiklehranstalten (1155)

Kinder machten ihren Schulhof grün

„Park im Schulhof“ in der Kölblgasse fertig

Wien, 14.6. (RK-LOKAL) Drei Jahre haben die Kinder der Hauptschule in der Kölblgasse 23 im 3. Bezirk gearbeitet, um ihren Schulhof grün zu machen. Jetzt ist der „Park im Schulhof“ fertig. Aus diesem Anlaß findet morgen, Mittwoch, von 11 bis zirka 13 Uhr ein kleines Fest statt, an dem auch Umweltstadtrat Dr. Michael Häupl teilnehmen wird. (Schluß) and/rr

Vierter Simmeringer Haidelauf

Wien, 14.6. (RK-LOKAL) Am kommenden Samstag, dem 18. Juni, findet der vierte Simmeringer Haidelauf statt. Die Streckenlänge beträgt zwischen zwei und acht Kilometer. Der Start erfolgt ab 9 Uhr in Simmering an der Ecke Mitterweg/Oriongasse. Alle Teilnehmer, die die vorgeschriebene Wegstrecke innerhalb des Zeitlimits zurücklegen, erhalten eine Urkunde. Detaillierte Auskünfte erteilt die Bezirksvorstehung Simmering unter der Telefonnummer 74 75 41/Klappe 222 oder 224. (Schluß) red/rr

Sitzung der Bezirksvertretung Alsergrund

Wien, 14.6. (RK-BEZIRKE) Die Bezirksvertretung Alsergrund tritt am Mittwoch, dem 15. Juni, 17 Uhr, zu einer Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung stehen u. a. die Wahl eines Bezirksvorsteher-Stellvertreters und die Angelobung durch Vizebürgermeister Ingrid Smejkal sowie eine Stellungnahme zum Schenkungsvertrag Altes AKH. Die Sitzung findet im Sitzungssaal der Bezirksvorstehung, 9, Währinger Straße 43, statt. (Schluß) end/gg

Orchestertage der österreichischen Musiklehranstalten

Wien, 14.6. (RK-KULTUR) Mehr als 500 junge Musiker werden im Rahmen der erstmals stattfindenden „Orchestertage der österreichischen Musiklehranstalten“ vom 23. bis 26. Juni Gelegenheit haben, ihr Können unter Beweis zu stellen.

Die Orchester des Konservatoriums der Stadt Wien, Kärntens, Oberösterreichs, Tirols und Vorarlbergs und der Musikhochschulen von Graz, Salzburg und Wien werden im Großen Saal des Wiener Musikvereins mit Aufführungen von Werken von Dvorak, Mozart, Bartok, Grieg, Webern, Cimarosa, Bruch, Prokofieff, Hindemith, Fiorillo, Sibelius, Mahler, Beethoven, Mendelssohn, Mussorgsky und Ravel gastieren.

Die Orchestertage der österreichischen Musiklehranstalten sind kein Wettbewerb von Jugendorchestern, sondern sollen Ausdruck des Ensemblegeistes sein. Ziel dieser Veranstaltungsreihe ist es nicht nur, zum Orchesterspielen zu motivieren, sondern auch zu zeigen, wieviel Aufmerksamkeit die österreichischen Musiklehranstalten der orchestralen Ausbildung ihrer Studierenden widmen.

Informationen über dieses „Fest der musikbegeisterten Jugend“, das nun auf Initiative des Konservatoriums der Stadt Wien erstmals durchgeführt wird, gibt es im Konservatorium der Stadt Wien, der Wiener Stadtinformation und dem Wiener Musikverein.

Die Konzerte finden am Freitag, dem 24. Juni, und am Samstag, dem 25. Juni, jeweils um 19.30 Uhr statt. Weitere Veranstaltungen gibt es am Samstag, dem 25. Juni, um 15 Uhr und am Sonntag, dem 26. Juni, um 10 Uhr. (Schluß) jel/bs

Buslinien der Wiener Lokalbahnen in den VOR

Wien, 14.6. (RK-KOMMUNAL) Wie Verkehrsstadtrat Johann HATZL Dienstag ankündigte, wird am 15. Juni mit dem Abschluß des „Grundvertrages“, der die generelle zukünftige Zusammenarbeit der am Verkehrsverbund Ost-Region beteiligten öffentlichen und privaten Busunternehmen regelt, die Einbeziehung der WLB-Buslinien in die zweite Phase des Verkehrsverbundes Ost-Region in die Wege geleitet.

Die Aktiengesellschaft der Wiener Lokalbahnen wird damit ab 1. September 1988, nach Abschluß des derzeit noch in Verhandlung stehenden Kooperations- und Leistungsvertrages, mit ihren Buslinien und wie auch schon bisher mit ihrer Bahnlinie in den Verkehrsverbund Ost-Region integriert sein.

Seitens der Wiener Lokalbahnen als einem der wichtigsten Verkehrsträger im Ballungsraum südlich von Wien wurden damit die maßgeblichen Entscheidungen für eine weitere Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs in diesem Bereich gesetzt.

Im Buslinienverkehr der Wiener Lokalbahnen wurden 1987 über zwei Millionen Fahrgäste befördert. Die Kilometerleistung betrug dabei über 1,3 Millionen Kilometer.

Die Wiener Lokalbahnen erwarten sich für die Zeit nach dem 1. September 1988 ein rapides Anwachsen der Fahrgastzahlen. Im Bahnverkehr stieg die Benutzerfrequenz seit Einführung des Tarifverbundes 1984 um 70 Prozent. Die Bemühungen der Verkehrsverbund Ost-Region-GesmbH. um eine noch bessere Koordinierung der öffentlichen Verkehrsmittel im südlichen Wiener Raum gemeinsam mit den beteiligten Unternehmen sollen den Bewohnern zwischen Wien und Baden die Entscheidung, auf das eigene Auto zu verzichten, deutlich erleichtern. (Schluß) roh/rr

Drastischer Rückgang der Erträge der Wiener Stadtwerke

Wien, 14.6. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener Stadtwerke haben ihren Geschäftsbericht über das erste Quartal 1988 vorgelegt. Die Gesamterträge der Wiener Stadtwerke sind gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um 815 Millionen Schilling, das ist um rund 13 Prozent, zurückgegangen. Dies gab Dienstag Stadtrat Johann HATZL bekannt. Ursachen dafür sind im wesentlichen die starken Ertragsrückgänge bei den energiever sorgenden Unternehmen durch den milden Winter und die Tarifsenkungen bei den E-Werken und den Gaswerken, aber auch ein Rückgang beim Beförderungserlös der Wiener Verkehrsbetriebe, der sich durch das zunehmende Umsteigen auf günstige Netz- und Zeitkarten ergibt, wodurch die Einnahmen pro Beförderungsfall sinken.

Der Strombedarf im ersten Quartal 1988 war um knapp drei Prozent niedriger als im Vorjahr. Die nutzbare Abgabe der E-Werke betrug in den ersten drei Monaten des Jahres 1988 1,96 Millionen Megawattstunden. Die größte Netzbelastung wurde am 14. Jänner mit 1.313 Megawatt registriert, der höchste Tagesenergiebedarf am 19. Jänner mit 27.284 Megawattstunden. Die E-Werke haben einen Rückgang der Erträge um 165 Millionen Schilling verzeichnet.

Sehr stark zurückgegangen ist die Erdgasabgabe an Tarifabnehmer, sie lag um 19 Prozent unter der Vorjahresmenge. 270,7 Millionen Kubikmeter Erdgas wurden im ersten Quartal 1988 an Tarifabnehmer abgegeben. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres waren es noch 334,8 Millionen Kubikmeter. Dadurch und durch die Tarifsenkung am 1. Mai 1987 sind die Erträge der Gaswerke um mehr als eine halbe Milliarde Schilling (um mehr als ein Viertel) zurückgegangen.

Die Gaswerke haben im ersten Quartal 499 Millionen Kubikmeter Erdgas bezogen. Insgesamt 613 Millionen Kubikmeter wurden einschließlich des Bedarfs der E-Werke verbraucht. Dadurch verringerte sich der Erdgasvorrat in den Untertagespeichern um 114 Millionen Kubikmeter. Die Anzahl der Heizgasanträge ist gegenüber dem Vorjahr um 11,6 Prozent auf 4.895 gestiegen.

Steigende Fahrgastzahlen

Die Fahrgastzahlen der Wiener Verkehrsbetriebe sind gegenüber dem Vorjahr geringfügig gestiegen, nämlich um ein halbes Prozent auf knapp über 155 Millionen Fahrgäste in den ersten drei Monaten des Jahres 1988. Trotzdem haben sich die Erträge der Verkehrsbetriebe im ersten Quartal 1988 um 145 Millionen Schilling, das heißt um rund 15 Prozent, verringert. Das ist vor allem auf den vermehrten Gebrauch günstiger Netzkarten zurückzuführen. Der Durchschnittserlös pro Beförderungsfall ist damit deutlich gesunken, nämlich auf 445,3 Groschen gegenüber 451,7 Groschen im Vorjahr. Die Fahrleistungen sind um mehr als drei Prozent auf fast 22 Millionen „Wagenkilometer“ gestiegen.

Die Verkehrsbetriebe verfügten mit Ende März 1988 über 641 Straßenbahntriebwagen und 480 -beiwagen, über 75 Stadtbahnwagen und 145 U-Bahn-Doppeltriebwagen sowie 479 Autobusse.

Auch die Erträge der Wiener Bestattung sind um fünf Millionen Schilling zurückgegangen. Im ersten Quartal 1988 wurden 4.021 Erdbestattungen (minus 8,7 Prozent) und 858 Feuerbestattungen (minus 10,2 Prozent) durchgeführt. (Schluß) roh/gg

Betonierarbeiten auf der A 23 vorzeitig beendet

Wien, 14.6. (RK-KOMMUNAL) Bereits am Freitag, dem 17. Juni, vormittags — also noch vor dem Beginn der Wochenendspitze — wird ein wichtiger Baustellenbereich auf der A 23 (Südost-Tangente) wieder zur Gänze für den Verkehr offen sein.

Um zwei Wochen früher als vorgesehen werden die umfangreichen Arbeiten zum Austausch von Betonfeldern auf der Richtungsfahrbahn Süd ab der Anschlußstelle Favoriten fertiggestellt. Immerhin waren in diesem Bereich 11.500 Quadratmeter — sie schließen eine ursprünglich nicht vorgesehene Mehrleistung von 1.500 Quadratmeter ein — mit einer neuen, bis zu 26 Zentimeter starken, Betondecke zu versehen. (Schluß) pz/bs

Zilk: „Arbeit für die Gemeinschaft“ als Strafersatz

Wien, 14.6. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK befaßte sich am Dienstag in seinem Pressegespräch gemeinsam mit dem Wiener Polizeivizepräsidenten Dr. Günther MAREK mit dem Phänomen der Skin-Heads. Fünf der Studenten, die am Wochenende beim Grillfest auf der Donauinsel überfallen worden waren, schilderten den Vorfall. Zilk betonte, es gehe nicht darum, derartige Vorfälle aufzubauschen, man dürfe das aber auch nicht verniedlichen und verharmlosen. Als Landeshauptmann trete er dafür ein, daß Leib und Leben der Mitbürger geschützt werden. Hier seien die gesetzlichen und polizeilichen Möglichkeiten voll auszuschöpfen. Marek verwies darauf, daß die Belästigungen durch solche Gruppen oft subjektiv als sehr schwer empfunden würden, aber durch die Gesetzeslage nicht immer zu fassen seien (wenn es nicht zu echten Gewalttätigkeiten kommt).

Initiative des Bürgermeisters

Aufgrund dieser Vorfälle, habe er, Zilk, folgendes eingeleitet:

- 1) Es wird verlangt, das Jugendgerichtsgesetz dahingehend zu ergänzen, daß bei gerichtlich strafbaren Delikten gegen Jugendliche Strafverfahren unter Erteilung sogenannter „Auflagen“ vorläufig eingestellt werden können. „Auflagen“ sind beispielsweise die Teilnahme an Ausbildungskursen, die Erbringung unentgeltlicher gemeinnütziger Leistungen in der Freizeit usw. Zur Ergänzung wurde das Jugendamt der Stadt Wien angewiesen, in der nächsten Novelle zum Jugendschutzgesetz die Strafbestimmungen derart zu überarbeiten, daß die Behörde anstelle der Verhängung einer Geldstrafe verfügen kann, daß Jugendliche unentgeltliche Arbeiten für die Gemeinschaft erbringen (Gartenarbeit, Hilfsdienst im Spital usw.). Ähnliche Regelungen gibt es bereits in Oberösterreich, Salzburg und in der Steiermark.
- 2) In diesem Zusammenhang wird an den Bundesminister für Justiz der Vorschlag herangetragen, anlässlich der letzten Vorfällen bei geringfügigen Delikten ähnliches im Strafgesetz zu verankern (Arbeit für die Gemeinschaft).
- 3) Es wird allerdings eine der wichtigsten Aufgaben in der Zukunft sein, unter Ausnutzung aller bestehenden und noch zu schaffenden Strafmaßnahmen dafür zu sorgen, daß im Sinn einer Generalprävention mutwillige Delikte gegen Leib und Leben auch im Bagatellfall unnachsichtig und unter Ausnutzung aller Möglichkeiten geahndet werden. Diese strenge Verfolgung muß der Fehlmeinung entgegenwirken, daß es sich nur um Kavaliersdelikte handelt und damit geradezu Aufforderungscharakter gegeben ist. Neben der Wiederholungsgefahr führt in diesem Fall Nachsicht auch die an sich schwierige Tätigkeit der Polizei ad absurdum. (Schluß) red/bs

Modus 88

Modeschule der Stadt Wien präsentiert Modeschau und Jahresausstellung

Wien, 14.6. (RK-KOMMUNAL) „Modus 88“ ist der Titel, unter dem die diesjährige Modeschau und die Jahresausstellung der Absolventen der Modeschule der Stadt Wien im Schloß Hetzendorf steht.

Vom 16. bis 27. Juni zeigen Schülerinnen und Schüler täglich (außer bei Schlechtwetter) um 19.30 Uhr Modelle aus allen Klassen der Modeschule. Täglich von 10 bis 19.30 Uhr sind im Rahmen einer Ausstellung in den historischen Räumen des Schlosses die besten Arbeiten der „Hetzendorfer“ aus den künstlerischen Unterrichtsgegenständen, handwerkliche Abschlußarbeiten der Absolventen und Kollektionszeichnungen zu sehen.

Krepp-Revue

Den Abschluß der täglichen Modeschauen bildet die schon traditionelle Krepp-Revue. Unter dem Titel „Krepp-Meer — mehr Krepp“ haben die Schülerinnen und Schüler der 2. Klasse der Modeschule Kostüme aus Krepp-Papier gefertigt, die sie auch selbst auf dem Laufsteg präsentieren. Drei Wochen wurde an den Kostümen und der Schau gearbeitet.

Schloß Hetzendorf in neuem Glanz

Rechtzeitig zum Beginn der Modeschauserie präsentiert sich auch der Veranstaltungsort, das Schloß Hetzendorf, in neuem Glanz und ungewohnter Farbgebung. Im Zuge einer Generalsanierung des Schlosses, die nun abgeschlossen ist, wurde im Rahmen von Untersuchungen des Denkmalamtes festgestellt, daß die Originalfarben des Schlosses nicht das gewohnte „Schönbrunnengelb“, sondern eine Hellocker-Hellgrau-Farbgebung waren. Nach einem Jahr Bauzeit und mit einem Kostenaufwand von 11,8 Millionen Schilling ist das Hauptgebäude der Schloßanlage nun originalgetreu restauriert.

Informationen über Ausstellung und Modeschauen gibt es in der Modeschule der Stadt Wien im Schloß Hetzendorf, 12, Hetzendorfer Straße 79, Telefon 84 27 95. (Schluß) jel/rr

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Verlags- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Mittwoch, 15. Juni 1988

Blatt 1161

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

ÖVP: Probleme von Gemeindemietern (1169)

Kommunal/Lokal:

Billiger Stromtarif wird verlängert (1162)

Zum sechzehnten Mal Wiener Ferienspiel (1163)

Dreimillionster Meter Wasserrohr verlegt (1166)

Haltungsschäden und Wirbelsäulenerkrankungen nehmen zu (1167/1168)

14 Evakuierungen nach Gasaustritt (FS: 14.6.)

Kultur:

Liederabend und Matinee im Kloster St. Michael (1164)

Neue Ausstellung im Historischen Museum (1164)

Ein „mobiles Büro“ für Wiens Stadtarchäologen (1165)

Billiger Stromtarif wird verlängert

Wien, 15.6. (RK-KOMMUNAL) Die Stromtarifsenkung vom 1. Februar 1987, die ursprünglich bis 31. Dezember 1987 befristet war und dann bis zum 30. Juni 1988 verlängert wurde, wird nun nochmals verlängert. Der Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie hat eine weitere Erstreckung des billigeren Tarifes beim Strom bis Ende des Jahres 1988 beschlossen. Grund dafür ist, daß die für 1988 erwartete Preiserhöhung beim Verbundstrom nun voraussichtlich nicht eintreten wird. Der Arbeitspreis für Haushalte beträgt damit weiterhin 131,4 Groschen pro Kilowattstunde (ohne Mehrwertsteuer) und ist damit um sechs Groschen verbilligt. (Schluß) roh/bs

Zum sechzehnten Mal Wiener Ferienspiel

Bereits zum sechzehnten Mal in ununterbrochener Folge bietet das Wiener Landesjugendreferat allen Wiener Kindern und Jugendlichen, die ihre Ferien ganz oder teilweise zu Hause verbringen, ein abwechslungsreiches Freizeitprogramm, kündigte Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL Mittwoch an. Das „Wiener Ferienspiel 1988“ und die Aktion „Ferien in Wien“, die ein neuer Bestandteil des Wiener Ferienspiels ist, bieten zwischen 2. Juli und 4. September ein noch nie dagewesenes reichhaltiges Programm.

7.736 Einzelveranstaltungen

Im Rahmen des „Wiener Ferienspiels 1988“ gibt es nicht weniger als 113 Aktionen mit insgesamt 7.736 Einzelveranstaltungen. Würde man die Stunden, die die einzelnen Programmpunkte dauern, zusammenzählen, so käme man auf die gewaltige Summe von 28.056 Ferienspiel-Stunden. Und wenn man jeweils eine Ferienspiel-Veranstaltung nach der anderen durchführen würde, so könnte man 3 Jahre, 2 Monate und 13 Tage ohne Pause „ferienspielen“.

Ferienspiel-Eröffnungsfest auf dem Rathausplatz

Einen Vorgeschmack auf das „Wiener Ferienspiel 1988“ gibt es beim großen Eröffnungsfest, das am 26. Juni von 14 bis 18 Uhr auf dem Rathausplatz und im Rathauspark stattfindet. Informationen über dieses „Extrasriesenhollignolliferienspielfest“ gibt es beim Ferienspieltelefon unter 42 800/4100 DW und im Programm des Familiensonntags für den 26. Juni.

Neu: „Ferien in Wien“ für 11 bis 15jährige

Völlig neu ist heuer die Aktion „Ferien in Wien“, die parallel zum eigentlichen Ferienspiel läuft. Dieses Angebot, das immerhin 57 Aktionen mit 2.558 Einzelveranstaltungen beinhaltet, wendet sich speziell an die Altersgruppe der 11- bis 15jährigen. Weil diese Gruppe sich in der Vergangenheit oft nicht mehr so recht vom Kinderprogramm des „Ferienspiels“ angesprochen gefühlt hat, hat das Wiener Landesjugendreferat sich für die Sommerferien 1988 ein komplett eigenständiges Programm einfallen lassen, führte Smejkal aus. Die Organisatoren haben von Musical-, Stepp- und Jazztanzkursen über Straßentheater, Öko- und Medienworkshops bis hin zu Modedesign-, Foto- und Computerseminaren, Discoververanstaltungen und Sportaktivitäten einiges zu bieten.

Die Programmhefte zum „Wiener Ferienspiel“ und „Ferien in Wien“ erhalten alle Wiener Pflichtschüler noch vor dem Schulschluß von ihren Klassenlehrern in der Schule. Für nähere Informationen steht darüber hinaus das Wiener Ferienspieltelefon 42 800/4100 DW zur Verfügung.

Höhepunkte im Programm

Zu den Höhepunkten des Ferienspielprogramms, das an 140 Veranstaltungsorten durchgeführt wird, zählen sicherlich die Aktionen „Tanz im Park“ — im Märzpark kann man bei kurdischen, ungarischen, griechischen, orientalischen und natürlich auch österreichischen Volkstänzen zuschauen und mitmachen —, „Mozart für Kinder“ in der Szene Wien, „MUMO-Museum für morgen“, das im Rathaus von Kindern von heute eingerichtet werden soll, „Hula-GOGO-Hula“-Limbotanz im Stadionbad und der „Sportplatz der Offenen Tür“, bei dem sich die Ferienspieler bei „olympischen MINI-Spielen“ mit Olympia-Athleten messen können.

Für die 11 bis 15jährigen gibt es „Pferdesport“ hautnah in der Freudenu, ein „Öko-Spiel-Dorf“, „Müllionäre“, die mit dem Umweltbus der Müllentsorgung auf der Spur sein werden und „Heiß am Gleis“ im Disco-Zug oder die „Strand-Disco“. (Schluß) jel/rr

Liederabend und Matinee im Kloster St. Michael

Wien, 15.6. (RK-KULTUR) Ein Liederabend mit Kristin ENGELHARDT und eine Matinee mit Fritz LEHMANN finden Donnerstag, den 16. Juni, um 19.30 Uhr bzw. Sonntag, den 19. Juni, um 11 Uhr als Rahmenprogramm einer Ausstellung im Kloster St. Michael, 1, Habsburgergasse 12, statt. Im Kloster St. Michael ist derzeit eine Ausstellung mit dem Titel „St. Michael — 1288-1988. Stadtpfarrkirche und Künstlerpfarre von Wien“ zu sehen. Der Liederabend und die Matinee finden im Refektorium des Klosters statt. (Schluß) jel/rr

Neue Ausstellung im Historischen Museum

**„Otto Wagner und das Kaiser Franz Josef-Stadtmuseum.
Das Scheitern der Moderne in Wien“**

Wien, 15.6. (RK-KULTUR) Im Historischen Museum der Stadt Wien ist vom 16. Juni bis 28. August die Ausstellung „Otto Wagner und das Kaiser Franz Josef-Stadtmuseum. Das Scheitern der Moderne in Wien“ zu sehen. Die Schau kann täglich außer Montag von 9 bis 16.30 Uhr besichtigt werden.

Die Ausstellung, zu der auch ein umfangreicher Katalog zum Preis von 250 Schilling angeboten wird, beschäftigt sich mit einem Werk Otto Wagners, das über das Planungsstadium nicht hinausgekommen ist — das Kaiser Franz Josef-Stadtmuseum. Sie zeigt eindringlich auf, daß die damalige Niederlage Wagners und der Moderne Wien um ein mögliches Stück großartiger Jugendstilarchitektur gebracht hat. (Schluß) ull/rr

Ein „mobiles Büro“ für Wiens Stadtarchäologen

Wien, 15.6. (RK-KULTUR/KOMMUNAL) Ein Kleinbus für Wiens Stadtarchäologen hat die Österreichische Länderbank der Stadtverwaltung zur Verfügung gestellt. Der Stellvertretende Generaldirektor der Länderbank, Dr. Manfred DRENNIG, übergab das Fahrzeug am Mittwoch im Arkadenhof des Rathauses an Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION.

Drennig wies darauf hin, daß die Förderung der Stadtarchäologie durch die Länderbank auch Ausdruck der Identifikation mit der Stadt Wien sei. Das umfangreiche Baugeschehen in Wien erfordere es, die Stadtarchäologie „mobil“ zu machen.

Bandion bezeichnete diese Unterstützung einer wichtigen kommunalen Forschungsaufgabe durch das Kreditinstitut als Modellfall für die gute Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung und Wirtschaft. Gerade im wissenschaftlichen und kulturellen Bereich komme dem Engagement der Wirtschaft und der Erschließung neuer Finanzierungsmöglichkeiten wachsende Bedeutung zu, da nicht alles, was wünschenswert sei, nur aus Steuermitteln finanziert werden könne.

Gestiegener Stellenwert der Stadtarchäologie

Der Stellenwert der Stadtarchäologie ist in Wien in den letzten Jahren wesentlich gestiegen. Dem wurde, so Bandion, nun auch in organisatorischer Hinsicht Rechnung getragen: Dr. Ortoff HARL, Mitarbeiter des Historischen Museums, ist als eigenständiger Stadtarchäologe unmittelbar der amtsführenden Stadträtin für Kultur unterstellt.

Zu den spektakulärsten Erfolgen der Wiener Stadtarchäologie in letzter Zeit gehören die römerzeitlichen Funde beim Bau der Tiefgarage auf der Freyung, die mittelalterlichen Ausgrabungen im Zuge des U-Bahn-Baus — so wird etwa die alte Stadtmauer in die Gestaltung der künftigen U 3-Station Stubentor integriert — und die Arbeiten im Zusammenhang mit dem Renaissance-Schloß Neugebäude in Simmering. In Schönbrunn ist es Harl erst kürzlich gelungen, das ursprüngliche, 1683 zerstörte Schloß archäologisch nachzuweisen. Gegenwärtig arbeitet er an der Gestaltung eines „Kulturwanderweges“ im Liesingtal. Ein interessantes Projekt für die Zukunft zeichnet sich im Zusammenhang mit den Donauraum-Planungen ab.

Mit dem neuen Länderbank-Kleinbus verfügt Wiens Stadtarchäologe nunmehr über ein „mobiles Büro“ zur Betreuung der verschiedenen Ausgrabungsstätten. (Schluß) ger/bs

Dreimillionster Meter Wasserrohr verlegt

Neuer Trinkbrunnen auf dem Schwarzenbergplatz

Wien, 15.6. (RK-KOMMUNAL) Am Mittwoch wurde auf dem Schwarzenbergplatz, in nächster Nähe des Hochstrahlbrunnens, von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Stadtrat Dr. Michael HÄUPL im Rahmen einer kleinen Feier der dreimillionste Meter Wasserrohr in die Erde versenkt. Das „Jubiläums-Rohrstück“ gehört zu einer neuen Leitungsverbindung vom 4. in den 3. Bezirk. Sie trägt dazu bei, die Versorgungssicherheit in diesem Bereich zu erhöhen. Gleichzeitig wurde auch ein neuer Trinkbrunnen in Betrieb genommen — Hochquellenwasser, wie es durch den Hochstrahlbrunnen schießt, sprudelt hier jetzt auch in durstige Kehlen.

StR. Dr. Häupl sagte, die Verlegung des dreimillionsten Wasserrohres sei ein Signal dafür, wie sehr die Stadt Wien bemüht ist, die Bevölkerung mit hochwertigem Wasser zu versorgen. Angestrebt werde die Vollversorgung aller Siedlungsgebiete der Stadt. Wichtig sei es, die Bevölkerung darüber aufzuklären, daß sie mit diesem kostbaren, hochgeschätzten Trinkwasser sorgsam umgehen muß. Häupl würdigte die nun erzielte gute Zusammenarbeit mit dem Wasserwirtschaftsfonds, die im Interesse der Menschen liege.

Bürgermeister Dr. Zilk erinnerte an die umfangreichen Zerstörungen, denen die Wiener Wasserversorgungsanlagen im 2. Weltkrieg ausgesetzt waren, und unterstrich die Bedeutung der Versorgung mit Hochquellenwasser. Bei der Feier konnte Zilk auch Rudolf SCHWARZ aus Simmering begrüßen, der die Anregung für die Aufstellung des Trinkbrunnens neben dem Hochstrahlbrunnen gegeben hatte. Dies war einer von rund 4.000 Vorschlägen, die die Wiener im Jahr an den Bürgermeister herantrugen und von denen viele schon verwirklicht werden konnten.

125 Millionen Liter lagern unter den Wiener Straßen

Das unterirdische Versorgungsrohrnetz der Wiener Wasserwerke, das, aneinandergereiht, für die Überbrückung der Entfernung von Wien bis Lissabon reichen würde, ist ständig mit 125 Millionen Litern Wasser gefüllt. Zur Illustration: dieses „stille Reservoir“ würde für den Wiener Bedarf von etwa acht Stunden reichen. Insgesamt verbrauchen die Wiener Haushalte und Betriebe durchschnittlich 409.000 Kubikmeter — 409 Millionen Liter — Wasser pro Tag.

An der kleinen Feier nahmen unter anderem auch Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rainer PAWKOWICZ und der frühere Wiener Landtagspräsident Hubert PFOCH teil. (Schluß) and/bs

Haltungsschäden und Wirbelsäulenerkrankungen nehmen zu

10 Jahre Orthopädisches Krankenhaus Gersthof

Wien, 15.6. (RK-KOMMUNAL) Statistiken zufolge nehmen Erkrankungen der Bandscheiben und die damit verbundenen Haltungsschäden, sowohl bei Erwachsenen, als auch bei Jugendlichen ständig zu. So müssen bereits rund 20 Prozent der Invaliditätspensionen wegen Schäden des Bewegungsapparates — und davon wieder 50 Prozent wegen Wirbelsäulenerkrankungen — gewährt werden. Darüber hinaus haben Reihenuntersuchungen des Gesundheitsamtes ergeben, daß 40 Prozent der Wiener Volksschüler an Haltungsschäden, wie zum Beispiel Flachrücken, Rundrücken, Fehlhaltungen oder Fußfehlern leiden. Dies berichtete Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Mittwoch im Rahmen eines Pressegespräches anlässlich des 10jährigen Bestehens des Orthopädischen Krankenhauses Gersthof.

Zu wenig orthopädische Betten

Wie Stacher bei dieser Gelegenheit betonte, gab es seit vielen Jahren einen Mangel an orthopädischen Betten. So verfügt Wien bei der Erstellung des „Zielplanes für die Altenversorgung und Altenhilfe“ 1973 im städtischen Krankenhausbereich insgesamt nur über 210 Betten. Um dieses Manko zu reduzieren, wurde deshalb die ehemalige Frauenklinik Gersthof schrittweise in ein orthopädisches Krankenhaus umgewandelt. Mit dieser Maßnahme gibt es nun in den städtischen Krankenanstalten insgesamt 328 orthopädische Betten (davon 78 im AKH und 100 in der Baumgartner Höhe). Die durchschnittliche Bettenauslastung in der Orthopädie beträgt derzeit 83 Prozent, die durchschnittliche Verweildauer 14,4 Tage.

Künstliche Gelenke, Tumortherapie, „Moire-Methode“

Das Orthopädische Krankenhaus Gersthof verfügt, wie der ärztliche Leiter Univ.-Prof. Dr. Hermann NEUGEBAUER erklärte, über insgesamt 150 Betten. Die allgemeine orthopädische Abteilung (Vorstand Univ.-Prof. Dr. Martin SALZER) mit 90 Betten beschäftigt sich vorwiegend mit orthopädischen Eingriffen, wie etwa dem Einpflanzen von künstlichen Gelenken aus Metall und Kunststoff, aber auch mit Tumortherapie. Bekanntlich war die Orthopädie ursprünglich eine vorwiegend unblutige Chirurgie. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg trat die operative Behandlung besonders durch die Einführung der Arthroplastik mit Metall- und Kunststoffgelenken immer mehr in den Vordergrund. Die Abteilung für Wirbelsäulenerkrankungen und Haltungsschäden die von Univ.-Prof. Dr. Neugebauer selbst geleitet wird — übrigens die Erste dieser Art in Österreich — verfügt über 60 Betten. Im Rahmen dieser Abteilung wurde erstmals in Österreich die sogenannte „Moire-Topographie“ eingeführt. Mit Hilfe dieser Methode ist es möglich, ohne Einsatz von Röntgenstrahlen, Wirbelsäulenverkrümmungen optisch darzustellen und zu dokumentieren. Mit 1.300 Miederversorgungen in 10 Jahren liegt diese Abteilung ebenfalls an der Spitze im deutschsprachigen Raum. Zu den ergänzenden Einrichtungen des Orthopädischen Krankenhauses zählen unter anderem eine physikalische Therapie, Ergotherapie und Unterwassertherapie, sowie Möglichkeiten der Heilgymnastik.

Zahl der Operationen gestiegen – 20 Prozent Nicht-Wiener Patienten

Die Patientenfrequenz hat in den letzten Jahren ständig zugenommen. So ist etwa von 1977 bis 1986 die Zahl der Operationen von 1.435 auf 2.135, der jährlichen Röntgenuntersuchungen von rund 9.000 auf fast 15.000, der Pflage tage von 40.000 auf 46.000 und der Aufnahmen von 2.500 auf 3.200

gestiegen. Der Anteil der Patienten aus anderen Bundesländern bzw. aus dem Ausland liegt bei 20 Prozent und ist — mit Ausnahme des Allgemeinen Krankenhauses — im Bereich der städtischen Krankenanstalten nirgends größer als hier.

„Alternativkost“ für Patienten

Was die Verköstigung der Patienten betrifft, so wird seit kurzem — nämlich seit Inbetriebnahme der neuen Küche — eine zweite Normalkost in Form einer „Alternativkost“ mit Vollkorn, Gemüse, Salaten, Soja, usw. und weniger Fleisch angeboten, die sich bei den Patienten steigender Beliebtheit erfreut.

„Künstlerhaus“-Galerie eröffnet

Eine weitere neue patientenbezogene Maßnahme stellt auch die soeben gestartete Aktion „Künstlerhaus“-Galerie im Orthopädischen Krankenhaus dar. Aufgrund einer Zusage des Präsidenten des Wiener Künstlerhauses, Prof. Hans MAYR, wurden dem Krankenhaus insgesamt 50 Bilder — Landschaften, Stadt- und Blumenansichten österreichischer Künstler — als Leihgaben zur Verfügung gestellt. Bei den Aquarellen handelt es sich um teils gegenständliche, teils abstrakte Bilder, die sowohl in Patientenzimmern und Ambulanzbereichen, als auch im Verwaltungsbereich, ausgestellt sind. Seitens des Künstlerhauses hat man sich bereit erklärt, auch für einen regelmäßigen Wechsel der ausgestellten Bilder zu sorgen.
(Schluß) zi/bs

Forts. von Blatt 1167

ÖVP: Probleme von Gemeindemieterern

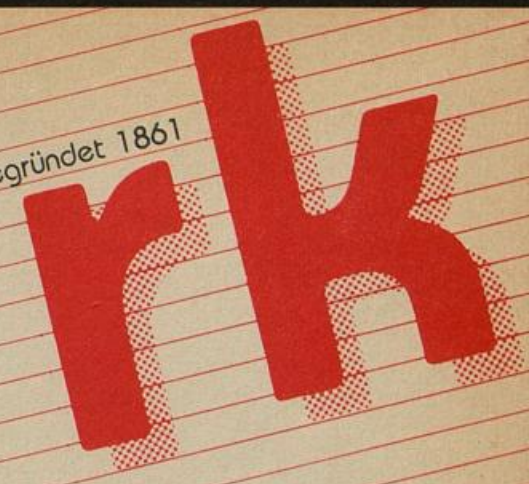
Wien, 15.6. (RK-POLITIK/KOMMUNAL) Eine Neuvermessung der Gemeindewohnungen und die Berechnung der Mietzinse nach dem Naturmaß und nicht nach dem Rohbaumaß verlangte ÖVP-Gemeinderat Georg FUCHS Mittwoch in einem Pressegespräch. Fuchs verlangte außerdem, daß die städtische Wohnhäuserverwaltung und die Gemeindewohnungen privatisiert werden.

Bezirksvorsteher DDr. LENGHEIMER forderte in seiner Funktion als Mieterbundobmann, daß das geplante Mietermitbestimmungsstatut für Gemeindemieter nicht zu mehr Bürokratie führen dürfe. (Schluß) ah/rr

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Verlags- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1088 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1088 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Donnerstag, 16. Juni 1988

Blatt 1170

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Etrich Taube vorgestellt (1171/FS: 15.6.)
- Großes Silbernes Ehrenzeichen für Dr. Machacek (1172/FS: 15.6.)
- 100 Jahre Heim „Lindenhof“ des Wiener Jugendamtes (1173)
- Akademie für Ganzheitsmedizin gegründet (1175)
- Zilk: Wien ist Zentrum der medizinischen Ausbildung (1176)
- Wien-Tourismus: Nächtigungszuwächse auch im Mai (1177)
- FPÖ-Kritik an Rechnungsabschluß (1178)
- Samstag Familien-Sommerfest im Gänsehäufel (nur FS)

Bezirke:

- Neuer BV-Stellvertreter im 9. Bezirk (1179)

Kultur:

- Freitag Überreichung der Nestroy-Ringe (nur FS/15.6.)
- Zwei Millionen für Sommerprogramme der Theater (1174)

Etrich Taube vorgestellt

Wien, 15.6. (RK-LOKAL) Eine originalgetreu nachgebildete Etrich Taube wurde Mittwoch vor der Wiener Oper der Öffentlichkeit vorgestellt. Die ursprüngliche Etrich Taube wurde in den Jahren 1912 bis 1914 in Wien bei der Firma Lohner in Serie gefertigt, sie war seinerzeit das beste und bekannteste Schul- und Beobachtungsflugzeug der Monarchie.

Der Wiener Wirtschaftsförderungsfonds wird die Etrich Taube ab Herbst für die Aktion „Einkauf in Wien“ einsetzen. Damit soll zweierlei erreicht werden: Die Aktion wird um eine Attraktion bereichert, und es wird ein Beitrag dazu geleistet, ein für die österreichische Luftfahrt historisch bedeutendes Flugzeug wiedererstehen zu lassen. (Schluß) sei/rr

Bereits am 15. Juni 1988
Über Fernschreiber ausgesendet!

Großes Silbernes Ehrenzeichen für Dr. Machacek

Wien, 15.6. (RK-KOMMUNAL) Landeshauptmann Dr. Helmut ZILK überreichte heute, Mittwoch, in seinem Arbeitszimmer an Dr. Rudolf MACHACEK, Mitglied und ständiger Referent des Verfassungsgerichtshofes, das Große Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien. Der Feier wohnten u. a. der Präsident des Verfassungsgerichtshofes Dr. Ludwig ADAMOVICH und Landesamtsdirektor Dr. Josef BANDION bei.
(Schluß) red/gg

Bereits am 15. Juni 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

100 Jahre Heim „Lindenhof“ des Wiener Jugendamtes

Seit 100 Jahren im Dienst von Wiener Kindern und Jugendlichen

Wien, 16.6. (RK-KOMMUNAL) Das Kinder- und Jugendheim „Lindenhof“ in Eggenburg, NÖ, feiert Freitag sein 100jähriges Bestehen. Der „Lindenhof“, 1888 als „Besserungsanstalt“ gegründet und heute eine moderne Wohnsiedlung für Kinder und Jugendliche, die nicht in ihren Familien verbleiben konnten und unter der Obhut des Wiener Jugendamtes stehen, bietet heute rund 160 Wiener Kindern Platz.

Für 124 Lehrlinge, die im Lindenhof betreut werden, stehen in elf Lehrwerkstätten moderne Ausbildungsplätze zur Verfügung. Auch die Berufsschule mit entsprechendem Abschluß kann im Heim „Lindenhof“ absolviert werden. Rund 40 Schulkinder besuchen die heiminterne Pflichtschule, in verschiedenen Projekten bemühen sich die Lehrer besonders um jene Kinder, die aus verschiedensten Gründen mit dem Schulbesuch Probleme haben. (Schluß) jel/bs

Zwei Millionen für Sommerprogramme der Theater

Wien, 16.6. (RK-KULTUR) Der Gemeinderatsausschuß für Kultur beschloß die Subventionierung der Sommerprogramme von insgesamt elf Wiener Theatern mit insgesamt 2,065.000 Schilling.

Zu den Bühnen, die Sommerprogramme bieten, zählen die Wiener Kammeroper, die im Schönbrunner Schloßtheater spielt, das Theater in der Josefstadt und die Kammerspiele, Vienna's English Theatre, die Komödie am Kai, das Ensemble Theater, das Theater beim Auersperg, die Kleine Komödie, das International Theatre, das Theater-Forum, das Theater Brett und die Pradler Ritterspiele. (Schluß) gab/rr

Akademie für Ganzheitsmedizin gegründet

Buch über Ganzheitsmedizin erschienen

Wien, 16.6. (RK-KOMMUNAL) Der Präsident der Wiener Internationalen Akademie für Ganzheitsmedizin, Wiens Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER, berichtete Mittwoch nachmittag in einer Pressekonferenz über die Gründung der Akademie. Zugleich wurde ein neues Buch vorgestellt: „Wiener Dialog über Ganzheitsmedizin“, eine Dokumentation der im vergangenen Oktober in Wien veranstalteten Tagung über Ganzheitsmedizin.

Stacher unterstrich die gesundheitspolitische Bedeutung der neuen Akademie. Unter Ganzheitsmedizin sei die gesamte Medizin zu verstehen, die Schulmedizin ebenso wie die Erfahrungsheilkunde. Es gehe darum, naturwissenschaftliche Methoden und komplementäre Methoden einander näherzubringen. Jede Methode habe ihren Platz dort, wo sie einen optimalen Erfolg erreichen könne.

Man werde sich, so Stacher, auf keinen Fall von der Medizin wegbewegen, sondern immer im ärztlichen Bereich bleiben. Therapien seien nur von Ärzten durchzuführen, Scharlatane sollen ausgeschlossen sein. An der Akademie sollen fertige Ärzte, die nach Möglichkeit auch schon Erfahrungen in der praktischen Medizin haben, weiter ausgebildet werden. Über die Kurse soll es Zeugnisse geben. Es soll sich nicht jedermann Akupunkteur oder Homöopath nennen können, sondern nur der, der eine entsprechende Ausbildung nachzuweisen hat.

Der Gesundheitsstadtrat sprach sich für eine enge Zusammenarbeit mit bereits bestehenden Gesellschaften aus und bot die Hilfe der neuen Akademie an. Er hoffe auf eine rasche Errichtung eines Zentrums für Ganzheitsmedizin in Wien — am Standort Oberlaa —, wo der Akademie die erforderlichen Schulungs- und Seminarräume zur Verfügung stehen werden.

Der 1. Vizepräsident der Akademie, Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION, betonte, daß es eine wichtige Aufgabe der Akademie sein werde, den Erfolg komplementärer Methoden im Sinne der Schulmedizin zu verifizieren. Das sei heute leichter als in der Vergangenheit, weil in der Gesellschaft eine größere Aufgeschlossenheit gegenüber den komplementären Methoden vorhanden sei.

Als ordentliche Mitglieder sind der Wiener Internationalen Akademie für Ganzheitsmedizin bisher folgende Institutionen beigetreten: Ludwig Boltzmann-Gesellschaft, Wiener Holding, Kurbetrieb Heilquelle Wien-Oberlaa, Jugend & Volk Verlagsgesellschaft, Zentralsparkasse und Kommerzbank Wien, Interessensgemeinschaft der Hersteller und Depositeure homöopathischer Arzneimittel sowie eine Reihe von medizinischen Gesellschaften und Arbeitsgemeinschaften, wie die Österreichische medizinische Gesellschaft für Neuraltherapie und die Österreichische wissenschaftliche Ärztegesellschaft für Akupunktur. Außerdem gehören der Akademie mehr als 100 Einzelpersonen als Mitglieder an.

Die im Verlag Jugend & Volk erschienene Dokumentation „Wiener Dialog über Ganzheitsmedizin“ gibt einen Überblick über die im Oktober 1987 veranstaltete gleichnamige Tagung. Das Buch beinhaltet Vorträge und Kommentare zu den Themen Mehrdimensionale Medizin, Akupunktur, Neuraltherapie und andere energetische Methoden, Homöopathie und andere komplementäre Heilmethoden, Ethnomedizin, Heilung durch verändertes Bewußtsein und Referate im Rahmen der begleitenden Veranstaltungen, Literaturhinweise und Kurzbiographien der Autoren. (Schluß)

sc/rr

Zilk: Wien ist ein Zentrum der medizinischen Ausbildung

Diplom-Jahrgang der Schwestern und Pfleger zu Gast im Rathaus

Wien, 16.6. (RK-KOMMUNAL) In Wien gibt es derzeit 2.222 Ausbildungsplätze in Krankenpflegeschulen. Im Jahr 1973 waren es nur 560 Plätze. In 15 Jahren hat sich also die Zahl der Ausbildungsplätze für Krankenschwestern und -pfleger knapp vervierfacht. 26 Prozent der österreichischen Krankenpflege-Ausbildungsplätze befinden sich in Wien. Das stellte Bürgermeister Dr. Helmut ZILK Mittwoch abend bei einem Empfang fest, zu dem er den Diplom-Jahrgang der 13 Wiener Krankenpflegeschulen eingeladen hatte.

Bürgermeister Zilk bezeichnete Wien in seiner Begrüßungsansprache als „Gesundheitsmusterstadt“: „Von Wien gingen und gehen viele bahnbrechende Entwicklungen aus, von der Wiener Medizinischen Schule ebenso wie von den großartigen sozialen Leistungen — von Tandler bis Stacher.“ Der Bürgermeister nannte einige Beispiele für die erfolgreiche Gesundheitspolitik der Stadt:

- Die Geschäftsgruppe Gesundheits- und Spitalswesen wird in diesem Jahr 16,4 Milliarden Schilling für die Gesundheit der Wiener (aber auch für viele Patienten aus den anderen Bundesländern) aufwenden.
- Die Psychiatriereform, eine außerordentliche Leistung des Gesundheitsstadtrates und seiner Mitarbeiter, ist weltweit als „Wiener Modell“ bekannt geworden.
- Das Wiener Institut für Umweltmedizin soll eine zentrale Stätte der Forschung und Ausbildung auf diesem Gebiet werden.
- Erst vor drei Wochen stand Wien im Mittelpunkt einer großen Tagung „Gesundheit in Städten“ der Weltgesundheitsorganisation und des Europarates.
- Kürzlich wurde die Wiener Internationale Akademie für Ganzheitsmedizin gegründet.
- Wien ist ein Zentrum der medizinischen Ausbildung, nicht nur für die Pflegeberufe: fünf von zehn Medizinstudenten erhalten in Wien ihre Ausbildung, jeder dritte Jungarzt absolviert in Wien seinen Turnus. 37 Prozent der Ausbildungsplätze für medizinisch-technische Dienste befinden sich in Wien.

Wie der Bürgermeister betonte, stammt etwa die Hälfte der Schülerinnen und Schüler der Wiener städtischen Pflegeschulen nicht aus Wien. „Ich hoffe aber, daß möglichst viele von Ihnen nach der Diplomprüfung in Wien bleiben! Die Pflege der Kranken ist ein sehr schwerer, aber auch ein schöner Beruf“, schloß der Bürgermeister, „weil er ein Dienst am Menschen ist.“ (Schluß) sc/gg

Wien-Tourismus: Nächtigungszuwächse auch im Mai

Wien, 16.6. (RK-KOMMUNAL) Der positive Trend im Wien-Tourismus setzte sich auch im Mai fort: Es wurden in der Bundeshauptstadt insgesamt 577.000 Gästenächtigungen registriert, was einem Zuwachs von drei Prozent gegenüber dem Mai 1987 entspricht. Die meisten Übernachtungen, 170.000 (+ 17 Prozent), entfallen auf Deutschland, an zweiter Stelle stehen die österreichischen Wien-Besucher mit 55.000 Übernachtungen (+ 6 Prozent), gefolgt von den Amerikanern, deren 49.000 Übernachtungen allerdings die leicht fallende Tendenz des Tourismus-Aufkommens aus den USA bestätigen (- 4 Prozent). An vierter Stelle stehen die Italiener mit 43.000 Nächtigungen (+ 3 Prozent).

Starke Zuwächse gab es bei den Nächtigungen der Ungarn (14.000; + 32 Prozent) und Japaner (16.000; + 19 Prozent), während aus der Schweiz (35.000; - 10 Prozent), Frankreich (22.000; - 14 Prozent) und Großbritannien (17.000; - 6 Prozent) und Spanien (9.000; - 2 Prozent) Rückgänge verzeichnet wurden. Betrachtet man Wiens Nächtigungsaufkommen von Jänner bis Mai, so ergab sich heuer bei 2,055.000 Nächtigungen ein Zuwachs von 14 Prozent gegenüber dem selben Zeitraum des Vorjahres.

Aufgrund des Bettenzuwachses in Wien (gegenüber Mai 1987 stieg die Kapazität um rund 2.500 Betten, das sind + 8 Prozent) sank die durchschnittliche Auslastung der Hotels trotz des positiven Mai-Ergebnisses von 57,6 Prozent (Mai 1987) auf 55 Prozent. Nur die 3-Sterne-Hotellerie wies eine leichte Auslastungssteigerung (von 55 Prozent auf 55,8 Prozent) auf. (Schluß) wfv/rr

FPÖ-Kritik am Rechnungsabschluß

Wien, 16.6. (RK-KOMMUNAL) Kritik übte Donnerstag FPÖ-Klubobmann Dr. Erwin HIRNSCHALL in einem Pressegespräch am Rechnungsabschluß 1987. Wie Hirnschall ausführte, wären wesentliche kommunale Investitionen, die vom Gemeinderat beschlossen worden waren, aufgrund von planerischem und organisatorischem Unvermögen nicht realisiert worden. Gleichzeitig wären tatsächlich erbrachte Leistungen weit hinter den Ankündigungen zurückgeblieben, wodurch die geplante Investitionssumme um 1,5 Milliarden Schilling unterschritten worden sei. Als Beispiele nannte er Minderausgaben von 520 Millionen Schilling beim U-Bahn-Bau, 119 Millionen Schilling bei der Trinkwasserversorgung, 264 Millionen Schilling bei der Instandhaltung städtischer Wohnhäuser, 84 Millionen Schilling beim Ausbau des Kanalnetzes, 56 Millionen Schilling bei der Müllbeseitigung und 410 Millionen Schilling beim AKH-Neubau.

Weiters sprach sich Hirnschall vehement dagegen aus, bei den Gebühren für kommunale Leistungen vom bisherigen Kostendeckungsprinzip abzugehen und Gewinne zu ermöglichen. Er forderte schließlich alle zuständigen Stellen auf, entschieden gegen die Einhebung einer Bundeszusatzsteuer bei der Müll- und Abwasserbeseitigung einzutreten. (Schluß)
ull/rr

Neuer BV-Stellvertreter im 9. Bezirk

Wien, 16.6. (RK-BEZIRKE) In einer Sitzung der Bezirksvertretung Alsergrund wurde am Mittwoch Ing. Josef BITZINGER (ÖVP) zum neuen Bezirksvorsteher-Stellvertreter gewählt. Der bisherige Bezirksrat tritt die Nachfolge von Frau Ilse HONDL an, die in Pension gegangen ist. (Schluß)
end/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
Übrige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Verlags- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Druck: Auf Recyclingpapier gedruckt

Freitag, 17. Juni 1988

Blatt 1180

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Mayr: Bereite keine Gebühren- und Tariflawine vor (1181/FS: 16.6.)
- Verkehrstadtrat Johann Hatzl: Wien kümmert sich um die Radfahrer (1182/FS: 16.6.)
- StR. Hatzl: Warum müssen Behindertenfragen mit Gewalt verpolitisiert werden? (1182/FS: 16.6.)
- Terminvorschau vom 20. Juni bis 1. Juli (1183)
- Gasrohrtauschung beim Türkenschanzpark (1184)
- Gleisbauarbeiten auf der Hohen Warte (1184)
- In Wien gibt es bereits Umweltärzte (1185)
- Kostenbeitrag für Spitalsaufenthalt (1186)
- „Musik aus Wien: Die Familie Strauß“ (1188)
- Wien präsentiert sich mit Großausstellung in Triest (1189)
- Mitbestimmung für Wiens Gemeindebauten (1191/1192)
- Mitarbeiter der Müllabfuhr bei Unfall verletzt (nur FS)
- Schienenersatzverkehr für Linie „J“ (nur FS)

Kultur:

- Neue Telefonnummer der Städtischen Museen (1188)
- Nestroy-Ringe an Trude Marzik und Manfred Deix (1190)

Wirtschaft:

- Wiener Hafen sucht Kooperation mit Hafen Shanghai (1187)

Mayr: Berelte keine Gebühren- und Tariflawine vor

Wien, 16.6. (RK-KOMMUNAL) Ein Abgehen vom Kostendeckungsprinzip bei den Wiener Gebühren und Tarifen könne kein Wiener Alleingang sein, erklärte Vizebürgermeister Hans MAYR Donnerstag zur Befürchtung des FPÖ-Klubobmannes Dr. Erwin HIRNSCHALL über eine bevorstehende Gebühren- und Tariflawine in Wien. Die Länder und Gemeinden sind nach der gängigen Spruchpraxis der Höchstgerichte an das Kostendeckungsprinzip gebunden, schon allein daraus ist ein Verlassen des Kostendeckungsprinzips nicht möglich, so Mayr.

Seine Überlegung, sich Gedanken über das Kostendeckungsprinzip zu machen, stehe somit in keinem aktuellen Zusammenhang. Vielmehr habe er in einem Referat über eine offensive Wirtschaftspolitik und das dafür notwendige Geld gemeint, Bund, Länder und Gemeinden sollten im Zusammenhang mit den kommenden Finanzausgleichsverhandlungen grundsätzlich einmal prüfen, ob das gegebene Kostendeckungsprinzip in allen Fällen noch zeitgemäß sei, und ob man den Gebietskörperschaften nicht auch eine Gewinnmöglichkeit — damit eine Änderung des Finanzverfassungsgesetzes — in dem einen oder anderen Fall zubilligen soll. Wieweit seine Überlegung überhaupt weiterverfolgt und aufgenommen wird, liegt an den anderen Partnern des Finanzausgleiches, dem Bund, den anderen Ländern und Gemeinden — ein Wiener Alleingang ist jedoch nicht aktuell, und daher wird es auch zu keiner Gebührenlawine in Wien kommen, betonte Mayr abschließend. (Schluß) sei/rr

Bereits am 16. Juni 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Verkehrsstadtrat Johann Hatzl: Wien kümmert sich um die Radfahrer

Wien, 16.6. (RK-KOMMUNAL) Im Zusammenhang mit der von ÖVP-Gemeinderat Mag. Robert KAUER erhobenen Forderung, Radfahrer auf bestimmten Schulwegen zu schützen, stellte Verkehrsstadtrat Johann HATZL fest, es sei ein von ihm stets betontes Anliegen, den Radfahrern in Wien bestmögliche Sicherheit zu bieten.

Zu den Aussagen von Gemeinderat Kauer im Zusammenhang mit den neun Schulen und Universitäten in unmittelbarer Nähe des Ring-rund-Radweges stellte Stadtrat Hatzl fest, daß er bereits in der Sitzung des Gemeinderatsausschusses für Verkehr und Energie am 14. Juni dieses Jahres, an der auch Kauer teilnahm, mitteilte, daß die Magistratsabteilung 46 den Auftrag erhielt, im Zusammenwirken mit den Betroffenen, also den Bezirksvertretungen und der Radfahrervertretung, in den nächsten zwei Monaten entsprechende Lösungsvorschläge zu erarbeiten.

„Es ist deshalb falsch, wenn Gemeinderat Kauer behauptet, es geschehe nichts“, sagte Hatzl. (Schluß) pz/rr

Stadtrat Hatzl: Warum müssen Behindertenfragen mit Gewalt verpolitisiert werden?

Wien, 16.6. (RK-KOMMUNAL) Zu den von der FPÖ-Abgeordneten Dr. Helene PARTIK-PABLE gemachten Behauptungen, man kümmere sich in Wien um Behinderte in öffentlichen Verkehrsmitteln zu wenig, sagte Verkehrsstadtrat Johann HATZL, es sei mehr als bedauerlich, daß ernstzunehmende Sachthemen, wie Behindertenfragen, in rein politisch motivierte Auseinandersetzungen gezerrt würden. Offenbar versuche Frau Partik-Pable sich mangels eigener Initiativen auf dem Rücken behinderter Mitbürger zu profilieren.

Bei einer gewissenhaften Behandlung des Themas müsse man sich beispielsweise die Frage stellen, wie etwa in einem Störfall Behinderten im Rollstuhl sicher und rechtzeitig aus einem U-Bahn-Tunnel herausgeholfen werden solle. Auch stelle sich die Frage, aus welchen Beträgen oder Tarifierhöhungen die Finanzierung eines kompletten Umbaues von Straßenbahn und Autobus auf niveaugleiche Ein- und Ausstiege erfolgen solle, unabhängig beispielsweise vom Problem der Sicherheit bei einer Notbremsung.

„Man muß bezweifeln, daß sich jemand, der die Behindertenprobleme in oberflächlicher und vordergründiger Weise als politisches Kleingeld benützt, ernsthaft und verantwortungsbewußt damit auseinandergesetzt hat“, schloß Hatzl. (Schluß) pz/rr

Bereits am 16. Juni 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Bereits am 16. Juni 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Terminvorschau vom 20. Juni bis 1. Juli

Wien, 17.6. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 20. Juni bis 1. Juli hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorgemerkt (Änderungen vorbehalten):

MONTAG, 20. JUNI:

11.00 Uhr, Vergabe der Förderungsmittel aus dem Med.-wissenschaftlichen Fonds des Bürgermeisters/Bgm. Zilk, StR. Stacher (Wappensaal, Rathaus)

11.00 Uhr, Pressegespräch der ÖVP (Cafe Landtmann)

13.30 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an Josef Wallentin, Prof. Maximilian Patat, Elfriede Faber, Karl Hauer und Michael Landrichter (Stein. Saal, Rathaus)

16.30 Uhr, Festveranstaltung 10 Jahre Planungsgemeinschaft Ost mit anschließender Pressekonferenz (ca. 17.45 Uhr), Lhptm. Zilk/Lhptm. Ludwig/Lhptm. Sipötz (NÖ-Landhaus)

DIENSTAG, 21. JUNI:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

15.30 Uhr, Überreichung der Preise der Stadt Wien durch StR. Pasterk an: Univ.-Prof. Dr.DDr.h.c. Fritz Schwind (Geistes- und Sozialwissenschaften) Univ.-Prof. Dipl.-Ing.Dr.DDr.h.c. Fritz Paschke (Natur- und Technische Wissenschaften)

Ärztl. Dir. Prim. Univ.-Prof.Dr. Andreas Rett (Medizinische Wissenschaften) Prof. Kurt Rapf (Musik)

Jutta Schutting (Literatur)
Hermann Langbein (Publizistik)
(Wappensaal, Rathaus)

19.00 Uhr, Wiener Vorlesungen: Univ.-Prof. Dr. Ernst Schwarz: „China — von Konfuzius zur Kulturrevolution und die Konsequenzen“ (Stadtsenats-sitzungssaal, Rathaus)

Vom 22. bis 24. JUNI:

Wiener Gemeinderat (Rechnungsabschluß-Debatte)

SAMSTAG, 25. JUNI:

10.00 Uhr, Eröffnung und Benennung des städtischen Wohnhauses 8, Tigergasse 22 in „Max Böhm Hof“ durch StR. Edlinger

ab 15.00 Uhr, Blumenkorso im Volksprater

MONTAG, 27. JUNI:

11.00 Uhr, Pressegespräch der Wiener ÖVP

19.00 Uhr, Bilanzpressekonferenz der Wiener Holding

DIENSTAG, 28. JUNI:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

15.30 Uhr, Überreichung des Preises der Stadt für Malerei und Graphik durch StR. Pasterk an Hermann Nitsch (Stein. Saal, Rathaus)

MITTWOCH, 29. JUNI:

9.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Personal

10.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Edlinger „Neues Stadterneuerungsgebiet Kalvarienberg“

FREITAG, 1. JULI:

10.00 Uhr, Pressekonferenz Vbgm. Mayr und Präs. Dittrich (PID)
(Schluß) red/gal

Gasrohrtausch beim Türkenschanzpark

Wien, 16.6. (RK-KOMMUNAL) Im Zuge der laufenden Erneuerung des Versorgungsnetzes der Gaswerke ist im 18. Bezirk in der entlang des Türkenschanz Parks verlaufenden Max-Emanuel-Straße die Auswechslung eines Hauptrohrstranges notwendig geworden. Die Arbeiten werden am Montag, dem 20. Juni, beginnen und voraussichtlich bis in die zweite Augustwoche dauern.

Diese Baumaßnahmen machen auch eine geänderte Verkehrsführung erforderlich, und zwar wird die Max-Emanuel-Straße stadtauswärts von der Peter-Jordan-Straße bis in Richtung Hasenauerstraße nur als Einbahn befahrbar sein. Für den stadteinwärts fließenden Verkehr ist die Umleitungsstrecke Hasenauerstraße — Gregor-Mendel-Straße — Peter-Jordan-Straße vorgesehen. (Schluß) pz/rr

Gleisbauarbeiten auf der Hohen Warte

Wien, 17.6. (RK-KOMMUNAL) Ab kommenden Montag, den 20. Juni, wird es im 19. Bezirk auf der Hohen Warte wegen Gleisbauarbeiten der Wiener Verkehrsbetriebe bis auf weiteres keine Durchfahrtsmöglichkeit geben. Die Arbeiten im Abschnitt zwischen Barawitzkagasse und Silbergasse werden voraussichtlich bis 20. August dauern. Eine Zufahrt für Anrainer wird jederzeit möglich sein, allerdings nur in einer Richtung, von der Kreuzung Döblinger Hauptstraße/Barawitzkagasse kommend, hinauf zur Silbergasse. (Schluß) pz/gg

In Wien gibt es bereits Umweltärzte

Stacher begrüßt Aktivitäten der Ärztekammer

Wien, 17.6. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Gesundheitsstadtrat, Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER, begrüßte Freitag die Bestrebungen der österreichischen Ärztekammer, Umweltschutzärzte in Seminaren auszubilden. Der Gesundheitsstadtrat sieht darin eine Unterstützung der Arbeit des Wiener Instituts für Umweltmedizin, das vor einem Jahr gegründet worden ist und in dem bereits mehrere Umweltärzte tätig sind.

Zu einer der wichtigsten Aufgaben des Instituts für Umweltmedizin gehört ja, so Stacher, die Heranbildung spezialisierter Umweltärzte. Im Rahmen der Kurse für Amtsärzte werden schon seit zwei Jahren Umweltthemen behandelt, wie sie jetzt von der Ärztekammer vorgeschlagen werden. Es müssen darüber auch Prüfungen abgelegt werden. Die Kurse sind kostenlos.

Er hoffe, sagte Stacher, daß die Wiener Medizinische Fakultät die Voraussetzungen für ein entsprechendes Facharztstudium schaffen werde. Das könnte auch dazu beitragen, neue Arbeitsplätze für junge Mediziner bereitzustellen. Die Weiterbildung müsse schon deshalb auf hohem Niveau erfolgen, weil die Umweltärzte auch auf dem Gebiet der Forschung arbeiten sollten. Bisher gebe es nämlich noch sehr wenige wissenschaftlich gesicherte Erkenntnisse über die vielfältigen Einflüsse der Umwelt auf die Gesundheit der Menschen. (Schluß) sc/bs

Kostenbeitrag für Spitalsaufenthalt

Gesundheitsausschuß genehmigte Entwurf für Gesetzesnovelle

Wien, 17.6. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Gesundheits- und Spitalwesen beschloß in seiner letzten Sitzung, dem Wiener Landtag einen Antrag zur Änderung des Wiener Krankenanstaltengesetzes vorzulegen. Es handelt sich dabei um das Wiener Ausführungsgesetz zum Bundeskrankenanstaltengesetz, das ab 1. Juli 1988 vorsieht, daß der Rechtsträger einer Krankenanstalt von den Patienten der allgemeinen Gebührenklasse einen Kostenbeitrag von 50 Schilling pro Pflage tag einzuhellen hat.

Ausgenommen von der Leistung dieses Kostenbeitrages sind Patienten, die bereits nach den bisher geltenden Bestimmungen einen Selbstbehalt zu tragen haben, und Patienten, die zu einer Organspendestationär aufgenommen werden. Außerdem sind jene Patienten ausgenommen, für die eine besondere soziale Schutzbedürftigkeit, wie zum Beispiel die Befreiung von der Rezeptgebühr, gegeben ist.

Der Kostenbeitrag darf pro Patient für höchstens 28 Tage im Kalenderjahr eingehoben werden. Die Landesregierung hat den Kostenbeitrag zum 1. Jänner eines jeden Jahres nach dem Verbraucherpreisindex zu valorisieren.

Mit Hochdruck: Weiterbau des SMZ Ost

Mit Hochdruck wird am Schwerpunktkrankenhaus im Sozialmedizinischen Zentrum Ost weitergebaut. Der Gesundheitsausschuß genehmigte 73,5 Millionen Schilling für die Fassaden- und die Fensterarbeiten an den Bettenhäusern. Es werden auch schon die ersten Aufträge für die Einrichtungen erteilt. Da in der Anstaltsapotheke des neuen Krankenhauses unter anderem auch Infusions- und Dialyselösungen hergestellt werden sollen, wurde jetzt die Anschaffung der entsprechenden Einrichtungen, wie Wasserdestillationsanlage, Ansatz tanks und medizinische Waschmaschinen, um 6,7 Millionen Schilling bewilligt.

Modernisierung der älteren Wiener Spitäler

Neben dem Neubau des Wiener Allgemeinen Krankenhauses und des Schwerpunktkrankenhauses im SMZ Ost werden ständig beträchtliche Beträge in die Modernisierung der älteren Wiener Krankenhäuser investiert. So genehmigte der Gesundheitsausschuß für die Generalinstandsetzung und Modernisierung des Pathologisch-bakteriologischen Instituts im Krankenhaus Lainz einen Betrag von 36,6 Millionen Schilling.

Ebenfalls im Krankenhaus Lainz wird zum Pavillon VI (1. Chirurgische Abteilung) ein Zubau für die Angiologische Station errichtet. In der Angiologischen Station werden pro Jahr 4.000 bis 5.000 Angiographien und semistationäre Operationen durchgeführt. Die derzeitige Angiologische Station wird zu vier kleinen Krankenzimmern und einem Besprechungsraum für die Ärzte umgebaut. Die Kosten der Baumaßnahmen betragen 5,1 Millionen Schilling.

In der Krankenanstalt Rudolfstiftung muß die Kälteanlage, die die Klima- und Lüftungsanlagen versorgt, erneuert werden. Sie ist seit 1975 in Betrieb. Der Gesundheitsausschuß bewilligte für die Modernisierung 18,2 Millionen Schilling.

Das Elisabeth-Spital erhält um 10,4 Millionen Schilling ein Kompakt-Computertomographiegerät. Durch die Anschaffung dieses Gerätes kann eine Verlagerung von teils stark belastenden und aufwendigen Untersuchungen zu problemlosen modernen Untersuchungsmethoden erfolgen. Kosten und Risiken können vermieden werden. Pro Jahr sollen etwa 2.000 bis 2.500 Patienten mit dem neuen Gerät untersucht werden. (Schluß)

sc/gg

Wiener Hafen sucht Kooperation mit Hafen Shanghai

Erste Verhandlungen Ende Juni - Mehr Waren auf die Donau

Wien, 17.6. (RK-WIRTSCHAFT) Ende Juni wird eine hochrangige chinesische Delegation des Außenministeriums im Wiener Hafen erwartet, die erste Gespräche über eine Zusammenarbeit des Binnenhafens Wien mit dem Hochseehafen Shanghai führen wird. Die Delegation kommt über Einladung der Österreichisch-chinesischen Freundschaftsgesellschaft. Geplant ist, den Warenverkehr aus Mitteleuropa nach Shanghai über den Wiener Hafen zu leiten, wo das Substrat mit Schiffen über die Donau und den Cernavoda-Kanal nach Constanta gebracht werden soll. Von dem rumänischen Schwarzmeerhafen bieten rumänische und chinesische Linien regelmäßige Dienste — mit mehreren Abfahrten pro Woche — nach Shanghai an.

„Da der Großteil der Waren nach China derzeit über Nordseehäfen verschifft wird, ergeben sich durch die Wahl der Donauroute erhebliche Kosteneinsparungen“, erklärte der Direktor des Wiener Hafens, Kommerzialrat Sigmund KRÄMER. „Außerdem könnte es uns gelingen, wieder mehr Waren auf dem Wasserweg Donau zu transportieren, was aus wirtschaftlichen und ökologischen Gründen anzustreben ist.“

Krämer sieht als Einzugsgebiet für die Zusammenarbeit mit dem „Schwesterhafen“ Shanghai neben Österreich vor allem Süd- und Mitteldeutschland sowie die Schweiz. Im Wiener Hafen können die Waren bereits seemäßig verpackt werden, sodaß beim Umladen in Constanta keine Zeitverluste entstehen.

Zudem ist im Wiener Hafen der größte Containerterminal Österreichs.
(Schluß) wh/rr

Neue Telefonnummer der Städtischen Museen

Wien, 17.6. (RK-KULTUR) Die Museen der Stadt Wien (Magistratsabteilung 10) haben ab Montag, den 20. Juni, eine neue Telefonnummer: 505 87 47. Die Klappen bleiben unverändert. (Schluß) red/gg

„Musik aus Wien: Die Familie Strauß“

Wien, 17.6. (RK-LOKAL) Das Wiener Stadt- und Landesarchiv zeigt ab 30. Juni bis Ende September (Montag bis Freitag von 8 bis 18 Uhr) im Arkadenhof des Rathauses die Ausstellung „Musik aus Wien: Die Familie Strauß“. Die kleine Schau versucht, die wichtigsten Stationen der Mitglieder dieser Musikedynastie zu dokumentieren. (Schluß) am/rr

Wien präsentiert sich mit Großausstellung in Triest

Anläßlich des 40-Jahre-Jubiläums der Triestiner Messe

Wien, 17.6. (RK-KOMMUNAL) Donnerstag abend eröffnete der Wiener Landtagspräsident Ing. Fritz HOFMANN gemeinsam mit dem Präsidenten der Triestiner Messe, Prof. Gianni MARCHIO, die Großausstellung „Vienna a Trieste“ im Triestiner Palazzo dei Congressi Stazione Marittima. Anlaß für diese Präsentation ist das 40-Jahre-Jubiläum der Fiera di Trieste, die von 17. bis 29. Juni stattfindet und Österreich einen Themenschwerpunkt widmet.

Die vom Wiener Fremdenverkehrsverband zusammengestellte Wien-Ausstellung präsentiert Österreichs Hauptstadt auf 1.000 Quadratmetern anhand von über 200 Bildtafeln, einem Modell der Wiener Altstadt und einer Multivision. Zusätzlich wird eine kleine Ausstellung unter dem Titel „Wien und Triest um 1900“ gezeigt, die aus Originalplakaten, teilweise auch Unikaten der Plakatsammlung der Wiener Stadt- und Landesbibliothek besteht. Ein echtes Wiener Kaffeehaus bietet den Besuchern Kaffee- und Mehlspeisspezialitäten.

Landtagspräsident Hofmann nützte seinen Aufenthalt auch zu einem längeren Gespräch mit Triests Bürgermeister Giulio STAFFIERI, bei dem hauptsächlich Verkehrs- und Umweltfragen erörtert wurden.

Bei der Eröffnung der Triestiner Messe wurde Wiens Fremdenverkehrsdirektor Dr. Helmut KREBS die Goldene Ehrenmedaille der Fiera di Trieste für langjährige verdienstvolle Zusammenarbeit überreicht. (Schluß) wfv/rr

Nestroy-Ringe an Trude Marzik und Manfred Deix

Wien, 17.6. (RK-KULTUR) Die Johann Nestroy-Ringe der Stadt Wien 1987 überreichte Freitag nachmittag Kulturstadtrat Dr. Ursula PASTERK an die Mundartdichterin Trude MARZIK und den Karikaturisten Manfred DEIX. Der Johann Nestroy-Ring wurde anlässlich der 175. Wiederkehr des Geburtstages von Johann Nestroy gestiftet. Kriterien für die Zuerkennung dieser Auszeichnung sind außerordentliche Leistungen in der Pflege satirisch-kritischer Darstellungen des Wesens dieser Stadt und ihrer Bevölkerung im Sinne Nestroys.

Die ersten Nestroy-Ringe wurden 1976 vergeben.

Trude Marzik, Österreichs meistgelesene Mundartdichterin, wurde 1923 in Wien geboren. Ihr erster Gedichtband „Aus der Kuchlkredenz“ wurde 1971 veröffentlicht, viele ihrer Gedichte wurden — unter anderen von Peter Wehle, Toni Stricker und Richard Österreicher — vertont. Zu den berühmtesten Interpreten von Gedichten Trude Marziks zählen Elfriede Ott, Louise Martini, Richard Eybner, Heinz Conrads, Fritz Muliari und Alfred Böhm.

Manfred Deix, 1949 in St. Pölten geboren, absolvierte seine Ausbildung an der Akademie der Bildenden Künste in Wien. 1972 veröffentlichte er erste Karikaturen in den Magazinen „profil“, „trend“ und „Economy“. Die Deixschen Kommentare zur österreichischen Mentalität sind seit 1977 auch in den Zeitschriften „Spiegel“, „Stern“, „Pardon“, „Playboy“ und anderen zu finden. Mit „Cartoons von Manfred Deix“ und „Cartoons de luxe“ eroberte Deix auch den Buchmarkt. (Schluß) jel/rr

Mitbestimmung in Wiens Gemeindebauten

Wien, 17.6. (RK-KOMMUNAL) Das Wohnen ist eine Lebensgrundlage des Menschen. Dennoch gibt es in diesem wichtigen Lebensbereich zu wenig Mitbestimmungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten für die „Betroffenen“.

Demokratisierung unserer Gesellschaft verlangt daher auch eine Erweiterung der Mitbestimmung im Wohnbereich. Denn was im Arbeitsleben bereits seit Jahrzehnten funktioniert — Organisation von Interessen zur besseren Vertretung, Betriebsräte als Interessenvertreter usw. — das muß auch im Wohnbereich möglich sein, erklärte Wiens Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER Freitag in einer Pressekonferenz.

Nach einer längeren Vorbereitungs- und Diskussionsphase liegt jetzt ein Entwurf für ein „Statut für die Mietermitbestimmung in Wohnhausanlagen der Stadt Wien“ (kurz: Mietermitbestimmungsstatut) vor. Mit diesem Modell der Mietermitbestimmung für die rund 220.000 Gemeindewohnungen will die Stadt Wien als größter Hausverwalter der westlichen Welt einen wichtigen und beispielhaften Schritt in Richtung Demokratisierung des Wohnbereichs gehen. Dieses Modell steht international bis jetzt ohne Vergleich da.

Erst vor wenigen Tagen wurden die letzten Gespräche und Diskussionen zwischen Vertretern der städtischen Wohnhäuserverwaltung, politischen Funktionären und Vertretern der wichtigsten Mieterorganisationen Wiens (Mietervereinigung, Mieterbund, Mieterschutzverband, Arge Mieterinitiativen) über das Mietermitbestimmungsstatut erfolgreich abgeschlossen und viele Anregungen und Ideen (etwa Erleichterungen für Großwohnanlagen) in den ursprünglichen Entwurf aufgenommen.

Gesetzliche Verankerung muß folgen

Bereits der ursprüngliche Entwurf der Wohnhäuserverwaltung (Magistratsabteilung 52) wurde von allen Gesprächsteilnehmern grundsätzlich begrüßt und als wichtiger Schritt zu einer anzustrebenden Verankerung der Mitbestimmung im Mietrechtsgesetz erachtet.

Da nun der Diskussionsprozeß praktisch abgeschlossen ist, wird das Mitbestimmungsstatut vom Wiener Gemeinderat voraussichtlich im September beschlossen werden und unmittelbar darauf in Kraft treten können.

Die Mietermitbestimmung in Wiens Gemeindebauten kann aber nur ein erster Schritt sein. Jetzt geht es in einem nächsten Schritt darum, daß auch gemeinnützige Wohnbaugesellschaften, die öffentliche Förderungsmittel in Anspruch nehmen, derartige erweiterte Mieterrechte zulassen. Ähnliches wird bereits für den Bereich der öffentlich geförderten Wohnhausanierung überlegt. Vor allem aber sollte eine nach Möglichkeit gemeinsame Beschlußfassung des Mietermitbestimmungsstatutes im Wiener Gemeinderat in eine Willenskundgebung an den Bundesgesetzgeber münden, da Demokratie unteilbar ist und demokratische Rechte nicht nur für Gemeindemieter, sondern auch für die viel größere Zahl der Mieter in privaten Wohnhäusern gelten müssen.

Wenig Bürokratie – Viele Rechte

Die Mietermitbestimmung soll gemeinsam mit der bereits angelaufenen Dezentralisierung der städtischen Wohnhäuserverwaltung vor allem die Partnerschaft und Kommunikation zwischen Bewohnern und Hausverwaltung fördern und verbessern. Die bereits jetzt im Mietrechtsgesetz verankerten Rechte des einzelnen Mieters bleiben voll gewährleistet und werden in keiner Weise berührt oder gar eingeschränkt. Die Rechte der Mietergemeinschaft finden ihre Grenze dort, wo sie die Rechte des Einzelnen einschränken könnten.

Der Entwurf für ein Mietermitbestimmungsstatut erhält daher nur wenige organisatorische Grundsätze etwa über die Wahl der Mietervertreter. Es läßt daher für die konkrete Art und Weise der Interessensorganisation und -vertretung, für die tägliche praktische Arbeit der Mietervertretung großen Gestaltungsfreiraum.

Unnötige Bürokratie oder formale Erfordernisse sollen auf ein absolut notwendiges Mindestmaß reduziert bleiben, sodaß auch praktisch kaum Kosten entstehen werden. Mitbestimmung ist ein demokratisches Grundrecht, das sich jeder — auch der Schwächste — leisten können muß! Das Statut enthält daher auch eine „Unterstützungspflicht des Vermieters“, durch die beispielsweise Drucksorten oder Anschlagtafeln zur Verfügung gestellt werden müssen.

Zu den zentrale Punkten des geplanten Mietermitbestimmungsstatutes für Wiens Gemeindebauten zählen:

- die demokratische Wahl von Mietervertretern
- das Recht der Mietervertreter zur Prüfung, ob die Mietzinse korrekt berechnet und verwendet werden mit voller Einsicht in alle Aufzeichnungen, Abrechnungen, Zahlungsbelege und sonstigen Unterlagen
- umfassende Vorschlagsrechte über die Beseitigung von Mängeln, mögliche Verbesserungsmaßnahmen und die Koordination der entsprechenden Arbeiten oder Maßnahmen zur Senkung der Heiz- und Betriebskosten
- eine Informations- und Beratungspflicht der Wohnhäuserverwaltung bei größeren Erhaltungsarbeiten hinsichtlich des Umfangs, der Dauer, der Kosten oder der geplanten Ausschreibung der Arbeiten
- eine Verständigungspflicht der Hausverwaltung bei der Kündigung von Mietern
- Beschlußfassungsrecht der Mieterversammlung über Änderungen der Hausordnung oder die Nutzung von Gemeinschaftseinrichtungen.

Mit dem Mietermitbestimmungsstatut erklärt die Stadt Wien darüber hinaus auch ihre Bereitschaft, die künftigen Mieter bei der Gestaltung neuer Wohnungen mitwirken zu lassen, also die Mitbestimmung vom Verwaltungs- auf den Planungsbereich auszudehnen. Seit 1977 erprobt die Stadt Wien Mitbestimmungsmodelle auch beim Neubau von Gemeindefohnhäusern. Drei Projekte sind bereits fertiggestellt, elf in Bau und 17 in Planung oder Bauvorbereitung.

Ausstellung über Mitbestimmung im Wohnbereich im Oktober

Im kommenden Oktober wird im Karl-Marx-Hof eine große Informationsausstellung über Mitbestimmung im Wohnbereich stattfinden.

Dabei werden Mitbestimmungsbeispiele aus ganz Österreich vorgestellt.

Im Zuge der Ausstellung werden auch Seminare und Informationsveranstaltungen zum Thema Mitbestimmung im Wohnbereich angeboten und konkrete Mitbestimmungsmodelle in Wien vor Ort präsentiert. (Forts. mgl.)
ah/gg

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MR 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Montag, 20. Juni 1988

Blatt 1193

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Stacher ebenfalls für rasche Studienreform der Ärzte (1194/FS: 17.6.)
- Schwimmhalle und Sauna im Hallenbad Brigittenau gesperrt (1195/FS: 18.6.)
- „Seckendorff-Gudent-Weg“ in Hietzing (1195/FS: 19.6.)
- Wiener Ferienspiel: Museum hautnah erleben (1197)
- Tag der Offenen Tür im Jugendzentrum Margareten (1197)
- Zwei Milliarden für neue „Silberpfeile“ (1198)
- Instandsetzung der Stranzenbergbrücke über die Verbindungsbahn (1199)
- Rechnungsabschlußdebatte in Wiener Gemeinderat (1200)
- Keine „Methadon-Bremse“ in Wien (1201)
- 4,7 Millionen für Medizinische Forschung (1202)
- Wiener ÖVP: Durchzugsverkehr durch die Innenstadt unterbinden (1204)
- Häupl: Wiener Baumschutzgesetz wird neu überarbeitet (1205)
- Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)

Kultur:

- 5 Millionen Schilling für Filmförderung (1196/FS: 18.6.)
- Wiener Vorlesungen diesmal über China (1196/FS: 19.6.)
- Offene Rechtsfragen bei „Denkmal gegen Krieg und Faschismus“ (1203)

Stacher ebenfalls für rasche Studienreform der Ärzte

Wien, 17.6. (RK-KOMMUNAL) Wie Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Freitag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ betonte, unterstütze er massivst das Drängen der Ärztekammer nach einer Reform des Medizinstudiums, wobei nicht nur eine Änderung des ersten Studienabschnittes notwendig sei, sondern unbedingt auch Überlegungen angestellt werden müssen, daß der Arzt mit dem abgeschlossenen Studium bereits die Möglichkeit hat, zumindest in gewissen Bereichen eine praktische Tätigkeit aufzunehmen. Die Tatsache, daß viele junge Ärzte vor der Tür der Spitäler stehen, aber auf Grund der Ausbildungsordnung ohne Turnus keine selbständige medizinische Tätigkeit durchführen dürfen, muß so rasch wie möglich beseitigt werden, zumal im Rahmen der Gesundheitsverwaltungen und in anderen Teilbereichen nach wie vor ein Ärztemangel besteht. (Schluß) red/rr

Bereits am 17. Juni 1988
über Fernschreiber ausgesendet

Schwimmhalle und Sauna Im Hallenbad Brigittenau gesperrt

Vom 21. Juni bis 5. Juli

Wien, 18.6. (RK-LOKAL) Wegen periodisch notwendiger Instandhaltungsarbeiten sind Schwimmhalle und Sauna des Hallenbades Brigittenau vom 21. Juni bis einschließlich 5. Juli gesperrt. Das Brausebad bleibt weiter in Betrieb. (Schluß) and/rr

Bereits am 18. Juni 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

„Seckendorff-Gudent-Weg“ In Hietzing

Wien 19.6. (RK-LOKAL) Der Gemeinderatsausschuß für Kultur beschloß die Benennung einer Verkehrsfläche in Hietzing, die von der Elisabethallee zur Forstlichen Versuchsanstalt führt, in „Seckendorff-Gudent-Weg“. Dr. Arthur Freiherr von Seckendorff-Gudent (1845-1886) war Professor der k.k. Forstakademie Mariabrunn und Leiter des forstlichen Versuchswesens in Österreich. (Schluß) gab/rr

Bereits am 19. Juni 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

5 Millionen Schilling für Filmförderung

Wien, 18.6. (RK-KULTUR) Der Gemeinderatsausschuß für Kultur beschloß, dem Wiener Filmförderungsfonds für die Fortsetzung seiner Tätigkeit einen Beitrag in der Höhe von 5 Millionen Schilling zu gewähren. Zu den in letzter Zeit vom Fonds geförderten Filmen zählen die Verfilmung des Schnitzler-Dramas „Weites Land“, „Borderline“ von H. ALLAHYARI und „Sternberg“ von Niki LIST. (Schluß) gab/bs

Bereits am 18. Juni 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Wiener Vorlesungen diesmal über China

Wien, 19.6. (RK-KULTUR) Die Veranstaltungsserie „Wiener Vorlesungen. Auf der Suche nach dem Gemeinsamen“, wird am Dienstag, dem 21. Juni, fortgesetzt: Univ.-Prof. Dr. Ernst SCHARZ spricht um 19 Uhr im Stadt- senatssitzungssaal des Wiener Rathauses über das Thema: „China — von Konfuzius zur Kulturrevolution und die Konsequenzen“. Der Eintritt zu der Veranstaltung, die von Bundesminister a.D. Franz KREUZER moderiert wird, ist kostenlos. (Schluß) ull/bs

Bereits am 19. Juni 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Wiener Ferienspiel: Museum hautnah erleben

Wien, 20.6. (RK-LOKAL) In manchen Schulen wird es noch keine Ferienspielpässe geben, demnach kann man sich jetzt schon zu einer der ersten Ferienspielaktionen anmelden.

„DA-KU-BA“ heißt das neue Projekt im Rahmen der Museums-Rallye des Wiener Ferienspiels, das schon am 4. Juli startet. „DA-KU-BA“ oder „Erfinderfinden“ ist für Kinder zwischen zehn und fünfzehn Jahren geeignet, und bietet die Möglichkeit, in einer Verknüpfung von moderner Kunst und Technik Museum „hautnah“ zu erleben. Für die Teilnahme an den ersten vier Tagen dieser Aktion — vom 4. bis 7. Juli — ist allerdings eine Anmeldung beim Museumspädagogischen Dienst, Telefon 96 40 10 erforderlich. Am 8. Juli gibt es dann Gelegenheit, an einer „DA-KU-BA“-Rätselfahrt teilzunehmen, und am 9. Juli sind Kinder und Eltern herzlich eingeladen, die während der Aktion entstandenen Erfindungen — z.B. soll eine „Nonsens-Maschine“ gebaut werden — in einer Ausstellung zu besichtigen.

Genauere Informationen über Termine und Spielregeln der „Museums-Rallye“ bietet der Museums-Rallye-Pass, der ab 27. Juni in der Stadtinformation des Rathauses und bei allen Ferienspiel-Stationen erhältlich sein wird. (Schluß) jel/bs

Tag der Offenen Tür Im Jugendzentrum Margareten

Wien, 20.6. (RK-LOKAL) Einblicke in seine vielfältigen Aktivitäten und Angebote bietet das Jugendzentrum Margareten im Rahmen eines Tages der Offenen Tür am Samstag, dem 25. Juni. Das Jugendzentrum in der Grünwaldgasse 4, das zu den ältesten Wiens gehört, hat sich auf vier Schwerpunktbereiche spezialisiert. So gibt es eine Reihe von Integrationshilfen für ausländische Frauen, Kinder und Jugendliche (z.B. Lernhilfe), Beratung und Betreuung von erwerbslosen oder von der Erwerbslosigkeit bedrohten Frauen und Mädchen durch MATZ (eine im Jugendzentrum beheimatete, eigenständige Initiative), Aktivitäten von Klubs und Vereinen im Jugendzentrum und Jugendbetrieb und Schülerparties.

Im Rahmen des Tages der Offenen Tür zeigt das Jugendzentrum Margareten unter anderem eine Fotoausstellung über die Aktivitäten und Projekte des letzten Jahres. (Schluß) jel/rr

Zwei Milliarden für neue „Silberpfeile“

Wien, 20.6. (RK-KOMMUNAL) Nachdem schon in der letzten Sitzung die Wagenkästen für 45 neue U-Bahn-Doppeltriebwagen bestellt worden waren, hat der Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie nunmehr die Vergabe von weiteren wichtigen Arbeiten für die auf der künftigen U-Bahn-Linie U 3 benötigten zusätzlichen „Silberpfeile“ genehmigt.

So werden von den Wiener Verkehrsbetrieben 50 Garnituren elektrischer Ausrüstungen bei der Firma Siemens bestellt. Kosten dafür: 362 Millionen Schilling.

Das beinhaltet unter anderem die Fahr- und Bremssteuerung, die Zugsteuerung, die Fehlererfassungs- und Registrierungseinrichtungen und die Beleuchtungs-ausrüstung. Fünf Garnituren sind Reservematerial, das benötigt wird, um die 45 Doppeltriebwagen ständig einsatzbereit zu halten.

Weiters bestellt werden unter anderem 50 Garnituren Kupplungen und Anlenkungen für die Doppeltriebwagen um 53 Millionen Schilling, 100 Stück Drosselkombinationen um 23 Millionen Schilling, 50 Garnituren Druckluftausrüstungen um 71 Millionen Schilling, 47 Garnituren Sitze für 19 Millionen Schilling sowie 50 Garnituren nachrichtentechnische Ausrüstung für die Silberpfeile um 15 Millionen Schilling.

Die Doppeltriebwagen werden von der Firma Simmering-Graz-Pauker AG, die auch die Wagenkästen erzeugt, in ihrem Simmeringer Werk gefertigt, die Komponenten von den Verkehrsbetrieben beigestellt. Ein U-Bahn-Doppeltriebwagen kommt inklusive Mehrwertsteuer auf rund 45 Millionen Schilling, ungefähr soviel wie 300 Mittelklasse-Autos. Insgesamt kosten die neuen Silberpfeile damit mehr als zwei Milliarden Schilling. Die U-Bahn-Linie U 3, für die die zusätzlichen Garnituren gebraucht werden, wird im Frühjahr 1991 auf ihrem ersten Streckenteil von Erdberg bis zum Volkstheater in Betrieb gehen. (Schluß) roh/rr

Instandsetzung der Stranzenbergbrücke Über die Verbindungsbahn

Wien, 20.6. (RK-KOMMUNAL) Im Rahmen der laufenden Brückenuntersuchungen durch die Magistratsabteilung 29 und des daraus resultierenden Bestrebens, etwaige Reparaturen nicht zuletzt im Interesse der Verkehrssicherheit so bald wie möglich durchzuführen, ist eine Instandsetzung der im 13. Bezirk im Zuge der Stranzenberggasse über die Verbindungsbahn führende Stranzenbergbrücke erforderlich.

Der Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie faßte in seiner letzten Sitzung einen entsprechenden Beschluß. Der Gesamtaufwand für die Instandsetzungsmaßnahmen, bei denen auch Bauteile erneuert werden müssen, beträgt 2,5 Millionen Schilling. (Schluß) pz/bs

Rechnungsabschlußdebatte im Wiener Gemeinderat

Wien, 20.6. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Gemeinderat tritt am Mittwoch, dem 22. Juni, zu der für drei Tage anberaumten Debatte über den Rechnungsabschluß 1987 zusammen. Die Sitzung beginnt am Mittwoch um 9 Uhr mit einer Fragestunde. Anschließend finden die Wahl des neuen Personal- und Planungsstadtrates (Dr. Hannes SWOBODA, SPÖ), die Angelobung eines neuen SPÖ-Gemeinderates sowie Neuwahlen für verschiedene Ausschüsse statt.

Die Debatte über den Rechnungsabschluß beginnt voraussichtlich um etwa 10.30 Uhr mit der Generaldebatte. Dann werden am Mittwoch die Kapitel „Finanzen und Wirtschaftspolitik“, „Wohnbau- und Stadterneuerung“ sowie „Bildung, Jugend, Familie und Soziales“ und „Konsumentenschutz, Frauenfragen, Recht und Bürgerdienst“ behandelt.

Für Donnerstag sind die Kapitel „Personal“, „Stadtentwicklung und Stadtplanung“, „Gesundheits- und Spitalswesen“ sowie „Kultur“ vorgesehen. Die Sitzung am Donnerstag wird um 16 Uhr wegen des Papstbesuches unterbrochen und am Freitag fortgesetzt.

Freitag wird mit einer Landtagssitzung begonnen. Im Anschluß daran sind die Debatte des Gemeinderates über das Kapitel „Umwelt, Freizeit und Sport“ sowie das Schlußwort des Finanzstadtrates vorgesehen. Dann folgt die Debatte über den Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1987. Weiters wird der Kontrollamtsbericht diskutiert. Im Anschluß daran findet noch eine Geschäftssitzung des Gemeinderates statt.
(Schluß) fk/bs

Keine „Methadon-Bremse“ in Wien

Stacher: Wiens Drogensüchtige haben niedrigste HIV-Infektionsrate

Wien, 20.6. (RK-KOMMUNAL) Es gibt keine „Methadon-Bremse“ in Wien, stellte Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER zu Meldungen fest, die Stadt Wien würde Methadon-freie Behandlungsprogramme eher fördern, als die Behandlung mit der Ersatzdroge.

Ob ein einzelner Patient mit oder ohne Methadon behandelt wird, ist eine Entscheidung des behandelnden Arztes, sagte Stacher. In Anbetracht mehrerer Todesfälle unter Methadon sind die Ärzte, aber auch Angehörige in der Anwendung der Ersatzdroge besonders vorsichtig geworden.

In Wien wird sowohl die Verwendung von sterilen Einmalnadeln als auch die Abgabe von Methadon seit längerem ermöglicht. Deshalb ist der Anteil HIV-Positiver unter den Süchtigen in Wien niedriger als der europäische oder der westösterreichische Durchschnitt. Mehrere Drogenbehandlungsstätten werden von der Stadt Wien unterstützt, die meisten verwenden auch Methadon, jedoch nur nach eingehender ärztlicher Untersuchung. Die Drogenambulanz im Allgemeinen Krankenhaus ist also nicht die einzige Stelle in Wien, die Methadon ausgibt, betonte Stacher.

Besonders scharf wandte sich der Gesundheitsstadtrat gegen die Einbeziehung der ärztlichen Entscheidungen in den parteipolitischen Hickhack. Politikeraussagen können medizinische Entscheidungen nicht ersetzen, erklärte dazu der Gesundheitsstadtrat. Sie verunsichern lediglich Patienten, Angehörige und Therapeuten. Die Stadt Wien wird die Unterstützung aller laufenden Therapieprogramme weiter fortsetzen, versicherte Stacher, und weiterhin auch auf die berufliche Integration erfolgreich behandelter Exsüchtiger größten Wert legen. (Schluß) zi/gg

4,7 Millionen für Medizinische Forschung

Wien, 20.4. (RK-KOMMUNAL) Förderungsmittel in der Höhe von 4,7 Millionen Schilling überreichte Montag Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER in Vertretung des Bürgermeisters an Wiener Ärzte. Dabei handelt es sich um Mittel aus dem „Medizinisch-Wissenschaftlichen Fonds des Bürgermeisters der Bundeshauptstadt Wien“, mit dem insgesamt 18 medizinisch-wissenschaftliche Projekte, die sich fast auf nahezu alle Gebiete der Medizin erstrecken, gefördert werden. Der Fonds war mittels Gemeinderatsbeschluß 1978 ins Leben gerufen worden. Präsident des Fonds ist jeweils der für das Gesundheitswesen zuständige amtsführende Stadtrat.

Höruntersuchungen bei Neugeborenen

Bei den 18 nun geförderten Projekten handelt es sich zum Teil um die Fortsetzung bereits laufender und zum Teil um neue medizinisch-wissenschaftliche Forschungsarbeiten. So wird im Rahmen eines eigenen Projektes ein Hörscreening bei sämtlichen in der Krankenanstalt Rudolfstiftung zwischen 1. Februar 1988 und 31. Jänner 1989 zur Welt gekommenen Säuglingen durchgeführt. Mit Hilfe spezieller Meßgeräte wird dabei die Hörleistung von ca. 2.000 Neugeborenen überprüft bzw. werden vorhandene Hörschäden bereits im Anfangsstadium behandelt. Ebenso sollen dabei sogenannte „Risikokinder“ erfaßt werden. Ferner gibt es unter anderem wissenschaftliche Arbeiten zur Behandlung von Frühformen der Arthritis bei Psoriatikern, neue therapeutische Möglichkeiten beim Gebärmutterhalskrebs und eine Fortsetzung der bereits laufenden Auswertung der Untersuchungen mit Hilfe der „Moire-Methode“ zur Früherkennung von Haltungs- und Wirbelsäulenschäden.

320 Projekte bisher gefördert

Von 1978 bis Frühjahr 1988 wurden durch das Kuratorium insgesamt 656 Anträge bearbeitet und dafür rund 1.300 Gutachten eingeholt. Bis Mitte dieses Jahres wurden für 320 Anträge Förderungsmittel in der Gesamthöhe von 111,3 Millionen Schilling bewilligt. (Schluß) zi/rr

Offene Rechtsfragen bei „Denkmal gegen Krieg und Faschismus“

Brief von Minister Tuppy an Bürgermeister ZILK

Wien, 20.6. (RK-KULTUR/LOKAL) In einem Brief an Bürgermeister Dr. Helmut ZILK drückt Wissenschaftsminister Prof. Dr. Hans TUPPY die Auffassung aus, daß die Errichtung des „Denkmals gegen Krieg und Faschismus“ auf dem Albertinaplatz den Bedingungen des aus dem Jahr 1973 stammenden Tauschvertrages widerspricht, mit dem die Stadt Wien das Grundstück erworben hat.

Gemäß diesem Vertrag habe sich die Stadt Wien verpflichtet, das Grundstück in jedem Fall unverbaut zu lassen. Diese generelle Bedingung treffe auch zu, wenn die ursprünglich beabsichtigte Errichtung einer Tiefgarage — die eigentlich auch Vertragsbestandteil sei — nicht realisiert werde.

Er habe — so Tuppy in dem Brief — die Finanzprokurator eingeladen, zu der von ihm vertretenen Auffassung ein Rechtsgutachten zu erstellen. Bis zum Vorliegen dieses Gutachtens richte er an die Stadt Wien die Bitte, hinsichtlich des Albertinaplatzes keine vollendeten Tatsachen zu schaffen.

Gemäß dem Ersuchen Minister Tuppys wird seitens der Stadt Wien mit der Errichtung des Denkmals bis zur Klärung der offenen Rechtsfragen abgewartet. (Schluß) gab/bs

Wiener ÖVP: Durchzugsverkehr durch die Innenstadt unterbinden!

Parkplatzpickerl für Bezirksbewohner

Wien, 20.6. (RK-KOMMUNAL/POLITIK) Der Bezirksvorsteher der Innenstadt, Dr. Richard SCHMITZ (ÖVP), sprach sich am Montag in einem Pressegespräch dafür aus, den „Durchschleichverkehr“ durch die Innenstadt probeweise auf ein Jahr zu unterbinden. Die bisherigen Schleifenlösungen hätten sich bestens bewährt. Nach Abschluß des Probeversuches sollte dann eine Bürgerbefragung stattfinden. Weiters sprach sich der City-Chef für die Einführung eines Parkpickerls für Bezirksbewohner aus. Nach Vorlage des Meldezettels und des Zulassungsscheines sollte eine Befreiung von der Kurzparkgebühr möglich sein, wobei gleichzeitig die Kurzparkflächen großzügig erweitert werden sollten. Schmitz meinte, eine derartige Lösung könnte für alle Bezirke innerhalb des Gürtels angepeilt werden, wobei dann die Befreiung von der Kurzparkgebühr für die jeweiligen Zonen gelten sollte.

Ein weiteres wichtiges Problem stelle für die Innenstadt die Belastung durch die Reisebusse dar. Derzeit laufe ein Versuch, mit sprachkundigen Studenten die Aus- und Einstiegstellen für die Busbenutzer zu überwachen. Das sollte künftig die Polizei übernehmen. In diesem Zusammenhang beklagte sich Schmitz darüber, daß in der Innenstadt — trotz der Eröffnung des neuen Wachzimmers in der Bräunerstraße — zuwenig Polizei den Dienst versehe.

Kontra Denkmal auf dem Albertinaplatz

ÖVP-Gemeinderat Peter NEUMANN sprach sich abermals gegen die Errichtung des Antifaschismusdenkmal auf dem Albertinaplatz aus. Neumann meinte, dieses Denkmal von Prof. HRDLICKA passe besser auf den Morzinplatz oder auf den Schwarzenbergplatz. Neumann meldete auch juristische Bedenken gegen die Errichtung des Denkmals an, da laut Vertrag zwischen Bund und der Stadt Wien dieser Platz als Grünfläche zu erhalten sei. (Schluß) fk/bs

Häupl: Wiener Baumschutzgesetz wird neu überarbeitet

Wien, 20.6. (RK-KOMMUNAL) „Der Entwurf für die Novelle des Wiener Baumschutzgesetzes soll einer grundsätzlichen Überarbeitung unterzogen werden“, erklärte am Montag Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“. „Diese Überarbeitung hat“, so Häupl, „selbstverständlich vom Schutz unserer Stadtbäume auszugehen, allerdings nur dort, wo diese einen Schutz auch brauchen.“

Daher hat ein verstärkter Schutz für den Baumbestand im dichtbebauten Gebiet zu erfolgen, wobei dies auch bedeutet, Obstbäume, die NICHT in Gartengebieten wachsen (das heißt in Höfen, Alleen etc.) unter Schutz zu stellen. Für Obstbäume, die in Kleingärten, Siedlungsgärten usw. zur Obsternte gepflanzt werden, soll die Regelung wie bisher bleiben, das heißt, sie sind vom Baumschutzgesetz ausgenommen.

Eine regionale Zonierung der Anwendung des Baumschutzgesetzes (dichtbebautes Gebiet — Grünland) soll ebenfalls diskutiert werden. Die Pflanzung von größeren Bäumen anstelle von mehreren kleinen Bäumen soll dazu führen, daß diese Ersatzpflanzungen am eigenen Grundstück möglich sind. Außerdem soll dadurch gewährleistet werden, daß so rasch wie möglich wieder ein ökologisch funktionierender Baum mit großer Krone zur Verfügung steht.

„Selbstverständlich sollen auch diese neuen Vorschläge im Herbst mit den Betroffenen diskutiert werden“, sagte Stadtrat Häupl abschließend, „denn wir haben kein Interesse daran, wirklichkeitsfremde Gesetze zu produzieren.“ (Schluß) and/bs

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlagsnummer: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt!

Dienstag, 21. Juni 1988

Blatt 1206

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

Erfolgreiche Zusammenarbeit Wien — Niederösterreich — Burgenland (1208)

Kommunal/Lokal:

Ehrenzeichen für Leiter von Bezirksmuseen (1207/FS: 20.6.)

Gemeinderatsauschuß beschloß umfangreiche Straßenausbauvorhaben (1209)

Fast 6 Millionen Schilling für neue Radwege (1209)

10 Jahre Aktion „Zahngesundheitserziehung“ (1211)

Verkehrsmaßnahmen anläßlich des Papstbesuches (1212)

Betriebskosten im neuen AKH: 3,9 Milliarden Schilling auf Basis 1983 (1213)

Schenkung des alten AKH an die Universität (1214)

Freiwillig Tempo 30 bis 40 in der Nacht! (1215)

Bezirke:

Sitzungen von Bezirksvertretungen (1212)

Kultur:

Veranstaltungen zur St. Michael-Ausstellung (1210)

Ehrenzeichen für Leiter von Bezirksmuseen

Wien, 20.6. (RK-LOKAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK überreichte am Montag im Wiener Rathaus an verdiente Leiter von Bezirksmuseen Ehrenzeichen. In seiner Laudatio hob der Bürgermeister die große Bedeutung der Bezirksmuseen besonders für die Schulen hervor.

Die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien erhielt der Kustos des Simmeringer Bezirksmuseums, Josef WALLENTIN. Das Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien erhielt der Leiter des Bezirksmuseums Döbling, Oberschulrat Prof. Maximilian PATAT. Das Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien erhielten die Leiterin des Bezirksmuseums Neubau, Dr. Elfriede FABER, der Leiter des Bezirksmuseums Landstraße, Karl HAUER sowie der Kustos des Bezirksmuseums Wieden, Prof. Michael LANDRICHTER.

Oberschulrat Richard PETRZICZEK, bereits 85 Jahre alt und seit vielen Jahren Leiter des Bezirksmuseums Mariahilf, sprach der Bürgermeister seinen besonderen Dank aus und überreichte ihm einen Abguß des Wiener Stadtsiegels.

An der kleinen Feier nahmen unter anderem Kulturstadtrat Dr. Ursula PASTERK, die Stadträte Maria HAMPEL-FUCHS und Dipl.-Ing. Dr. Rainer PAWKOWICZ sowie Bezirksvorsteher jener Bezirke teil, deren Museumsleiter geehrt wurden. (Schluß) fk/gg

Bereits am 20. Juni 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Erfolgreiche Zusammenarbeit Wien - Niederösterreich - Burgenland

Zehn Jahre Planungsgemeinschaft Ost

Wien, 21.6. (RK-POLITIK) Die Landeshauptmänner von Burgenland, Hans SIPÖTZ, von Niederösterreich, Siegfried LUDWIG, und von Wien, Helmut ZILK, würdigten am Montag in einem Pressegespräch die Leistungen der seit zehn Jahren bestehenden Planungsgemeinschaft Ost.

Ludwig verwies darauf, daß in diesen zehn Jahren zahlreiche Vorhaben verwirklicht werden konnten. Dazu zählen die gemeinsame Wienerwald-Deklaration ebenso wie der Müllvertrag zwischen Niederösterreich und Wien sowie die Vorarbeiten für den Nationalpark Ost.

Sipötz wiederum würdigte den Ausbau des Verkehrsverbundes Ost-Region, der für das Burgenland deshalb so große Bedeutung habe, da fast ein Drittel der Burgenländer außerhalb ihrer engeren Heimat arbeiten.

Wiens Landeshauptmann Zilk verwies auf die Zukunftsaspekte, die sich für die gesamte Region aus der geplanten Weltausstellung ergeben. Zilk hob die große wirtschaftliche Bedeutung der Ostregion hervor. Mit rund 42 Prozent der Bevölkerung Österreichs werden auf einer Fläche von nur 28 Prozent des gesamten Staatsgebietes 45 Prozent des Bruttoinlandsproduktes erwirtschaftet. (Schluß) fk/gg

Gemeinderatsausschuß beschloß umfangreiche Straßenausbauvorhaben

Wien, 21.6. (RK-KOMMUNAL) In der letzten Sitzung des Gemeinderatsausschusses für Verkehr und Energie wurden Beschlüsse über mehrere Straßenum- und Ausbauvorhaben gefaßt, die nicht nur der Instandsetzung dienen, sondern zum Teil eine erhebliche Verbesserung der bestehenden Verkehrsverhältnisse mit sich bringen werden. Der erforderliche finanzielle Aufwand beträgt rund 13 Millionen Schilling. Die Vorhaben im einzelnen:

Infolge des Ausbaues der „Höheren Technischen Bundeslehr- und Versuchsanstalt“ in Wien 3., Leberstraße, und des Zurückrückens in die Baulinie wurde es notwendig, die Leberstraße zwischen Hofmannsthalgasse und Grasberggasse auszubauen sowie die Hofmannsthalgasse zwischen Grasberggasse und Leberstraße zu verbreitern. Der finanzielle Aufwand für diese Maßnahmen macht 3,25 Millionen Schilling aus.

Im 9. Bezirk werden die Sechsschimmelgasse von der Sobieskigasse bis zum Währinger Gürtel und die Altmüttergasse von der Sechsschimmelgasse bis zur Fuchsthallergasse einen der Verkehrsbelastung entsprechenden, haltbareren Belag bekommen. Außerdem ist im Kreuzungsbereich Sechsschimmelgasse — Sobieskigasse eine Verbreiterung des Gehsteiges vorgesehen. Die Gesamtkosten betragen 1,2 Millionen Schilling.

Im Zuge von Gleiserneuerungsarbeiten im 16. Bezirk in der Ottakringer Straße im Bereich zwischen Wattgasse und Paltaufgasse erfolgt auch ein Umbau der Fahrbahnen und Gehsteige, wobei unter anderem eine teilweise Ausweitung des Straßenraumes für Baumneupflanzungen genützt wird. Die Aufwendungen für den Straßenumbau belaufen sich auf 8,5 Millionen Schilling.

Im 21. Bezirk findet sich der Straßenzug Shuttleworthstraße — Ruthnergasse — Siemensstraße, der einen Teil der Bundesstraße B 229 darstellt, in einem sehr schlechten Zustand und soll ehestmöglich ausgebaut werden. Der Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie faßte in seiner letzten Sitzung den Beschluß über die Erstellung eines entsprechenden Straßendetailprojektes; die Kosten für diese Projektierungsarbeiten belaufen sich auf 400.000 Schilling. (Schluß) pz/bs/rr

Fast 6 Millionen Schilling für neue Radwege

Wien, 21.6. (RK-KOMMUNAL) Der Ausbau des Wiener Radwegenetzes geht kontinuierlich weiter, die laufende Realisierung von Vorhaben in den einzelnen Bezirken bringt dies für jeden sichtbar zum Ausdruck. In der letzten Sitzung genehmigte der Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie für den Neubau von diversen Radwegen einen Betrag in der Höhe von 5,75 Millionen Schilling. (Schluß) pz/bs

Veranstaltungen zur St. Michael-Ausstellung

Wien, 21.6. (RK-KULTUR) Als Rahmenprogramm zur Ausstellung „St. Michael — 1288-1988 Stadtpfarrkirche und Künstlerpfarre von Wien“ finden in Kirche und Kloster St. Michael Veranstaltungen statt. Am Donnerstag, dem 23. Juni, und am Freitag, dem 24. Juni, jeweils um 19.30 Uhr, Requiem von Mozart in der Kirche St. Michael, 1, Michaelerplatz. Die Ausführenden sind Schola Cantorum, Leitung Wolfgang BRUNEDER. Weiters wird am Donnerstag, dem 30. Juni, im Refektorium St. Michael, 1, Habsburgergasse 12, ein Cello-Abend mit Fritz KLEINHAPPL veranstaltet, der ebenfalls um 19.30 Uhr beginnt. Bei allen drei Musikabenden beträgt der Eintrittspreis jeweils 50 Schilling. (Schluß) ull/rr

10 Jahre Aktion „Zahngesundheitserziehung“

In den Wiener Städtlichen Kindertagesheimen

Wien, 21.6. (RK-KOMMUNAL) Rund 60.000 Wiener Kindergartenkinder haben im Rahmen der Aktion „Zahngesundheitserziehung“, die seit nunmehr zehn Jahren in den Kindertagesheimen der Stadt Wien durchgeführt wird, den richtigen Umgang mit der Zahnbürste gelernt.

Das Jahr 1988 wurde vom Gesundheitsminister zum „Jahr der gesunden Zähne“ erklärt, weil es um die Zahngesundheitssituation der österreichischen Bevölkerung besonders schlecht steht. 98 Prozent der Erwachsenen, etwa 70 Prozent der Sechsjährigen und schon rund 50 Prozent der Dreijährigen zeigen Kariesbefall.

Schon vor zehn Jahren wurde in den Wiener Kindertagesheimen mit der Aktion „Zahngesundheitserziehung“ begonnen. Neben Tips für die Mundhygiene gibt es im Rahmen dieser Aktion, die sich an Kinder und Eltern richtet, auch Ratschläge für gesunde Ernährung.

Die Gesundheitserziehung ist ein wesentlicher Teil der Erziehungsaufgabe, die von den Kindertagesheimen wahrgenommen wird. Ärztliche Reihenuntersuchungen, Augen-, Ohren- und Zahnkontrollen sollen das frühzeitige Erkennen von Schäden ermöglichen. (Schluß) jel/rr

Verkehrsmaßnahmen anläßlich des Papstbesuches

Wien, 21.6. (RK-LOKAL) Wegen des Papstbesuches am Donnerstag, dem 23. Juni, muß der Betrieb der innerstädtischen Autobuslinien „1 A“, „2 A“ und „3 A“ ab zirka 16.30 Uhr eingestellt werden.

Darüber hinaus kann es von 17 bis 18 Uhr zu kurzzeitigen Behinderungen der Linien „1“, „2“, „21“ und „N“ im Bereich Schwedenplatz kommen.

Weiters ist es möglich, daß aus Sicherheitsgründen die U-Bahn-Station Stephansplatz kurzfristig gesperrt werden muß, und die Züge der U-Bahn-Linie U 1 diese Station nicht einhalten. In diesem Fall müssen die Fahrgäste in den Stationen Karlsplatz beziehungsweise Schwedenplatz aussteigen, um zum Stephansplatz zu gelangen.

Um die einzelnen Veranstaltungsorte werden von der Polizei Sperrkreise für den Verkehr gezogen. Dazu zählen die Bereiche Marienbrücke, Stephansplatz und Ballhausplatz. Autofrei gehalten werden der Josefsplatz, der Platz an der Burg und der Heldenplatz. (Schluß) roh/bs

Sitzungen von Bezirksvertretungen

Sitzung der Bezirksvertretung Brigittenau

Wien, 21.6. (RK-BEZIRKE) Mittwoch, den 22. Juni, findet um 18 Uhr im Sitzungssaal der Bezirksvorstehung 20, Brigittaplatz 10, eine Sitzung der Bezirksvertretung Brigittenau statt.

Sitzung der Bezirksvertretung Hietzing

Im Festsaal des Amtshauses Hietzing/Penzing, 13, Hietzinger Kai 1-3, 2. Stiege, 2. Stock, findet am Mittwoch, dem 29. Juni, 18 Uhr, eine Sitzung der Bezirksvertretung Hietzing statt. Auf der Tagesordnung stehen u. a. eine Stellungnahme der Bezirksvertretung zu einer Flächenwidmungs- und Bebauungsplanneufestsetzung sowie eine Diskussion mit Vertretern der MA 37 über Probleme der Stellungnahme der Bezirksräte bei Bauverhandlungen.

Sitzung der Bezirksvertretung Döbling

Die nächste Sitzung der Bezirksvertretung für den 19. Bezirk findet am Donnerstag, dem 30. Juni, um 15 Uhr, im Sitzungssaal der Bezirksvertretung, 19, Gatterburggasse 14, statt.

Sitzung der Bezirksvertretung Liesing

Donnerstag, den 30. Juni, findet um 16 Uhr im Festsaal des Amtshauses Liesing, 23, Perchtoldsdorfer Straße 2, eine Sitzung der Bezirksvertretung Liesing statt. Auf der Tagesordnung stehen u. a. ein Bericht der Verkehrskommission, der Budgetvorentwurf 1989 sowie Flächenwidmungen (Rosiwalgasse, Gebiet Amstergasse, Schellensee, Theophil-Hansen-Gasse). (Schluß) end/gg

Betriebskosten im neuen AKH: 3,9 Milliarden Schilling auf Basis 1983

Selbstverständlich Zusammenarbeit Bund – Stadt Wien

Wien, 21.6. (RK-KOMMUNAL) Zur Angabe der VP-Stadträtin Maria HAMPEL-FUCHS in einem „Presse“-Interview über die Betriebskosten im neuen Allgemeinen Krankenhaus stellte Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Dienstag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ fest: „Betriebskosten von 12 Milliarden Schilling sind eine Hausnummer. Die Berechnungen der VAMED auf der Basis eines angenommenen Betriebsjahres 1983 ergaben nämlich nur einen Betrag von 3,9 Milliarden Schilling für das neue Haus — allerdings auf Kostenbasis 1983“.

Im Jahr 1983 betrugen die tatsächlichen Betriebskosten im alten AKH rund 2,9 Milliarden Schilling. Für diese Betriebsbereiche hätten die Kosten im neuen AKH rund 3,3 Milliarden Schilling ausgemacht, also um rund 13,5 Prozent mehr als im alten Haus. Durch Mehrleistungen im neuen Haus ergibt sich zusätzlich eine Erhöhung der Betriebskosten um 557 Millionen Schilling, sodaß — auf der Basis von 1983 — die Betriebskosten im neuen AKH rund 3,9 Milliarden Schilling betragen hätten.

Die Mehrkosten von 557 Millionen Schilling ergeben sich vor allem

- durch Bereiche, die im neuen AKH zur Gänze neu beziehungsweise in stark vergrößertem Umfang eingerichtet werden, so zum Beispiel das Institut für Biomedizintechnik, die Transplantationsabteilung, das Institut für Nuklearmedizinische Pflege, das Institut für experimentelle Pathologie, usw. (rund 500 Millionen Schilling)
- und durch Kosten für Leistungsvermehrung im stationären Bereich (Steigerung der Belagstage um rund 3 Prozent). Hier belaufen sich die Kosten auf rund 57 Millionen Schilling.

Bei der Erhöhung der vergleichbaren Betriebskosten um 13,5 Prozent ist vor allem die Standardverbesserung zu berücksichtigen: der Wegfall der heute vorhandenen großen Krankenzimmer und die Schaffung von Zwei- und Dreibettzimmern. Sicherlich werden die Betriebskosten im neuen AKH bei der Inbetriebnahme höher sein als sie für 1983 berechnet wurden. Im gleichen Verhältnis stiegen und steigen aber auch die Betriebskosten im alten AKH. Diese allgemeinen jährlichen Kostensteigerungen gelten eben für alle Krankenhäuser.

Zur Zusammenarbeit Bund — Stadt Wien bei der Errichtung des neuen AKH betonte der Gesundheitsstadtrat, daß der Bund in die Gespräche über die Form des künftigen Betriebs natürlich voll informiert und eingebunden ist. Es wird auf jeden Fall einen Zusammenarbeitsvertrag über die Betriebsführung geben. (Schluß) sc/gg

Schenkung des alten AKH an die Universität

Wien, 21.6. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Stadtsenat hat heute, Dienstag, einstimmig die Schenkung des alten AKH-Geländes an die Wiener Universität beschlossen. Die Universität bekommt damit ein 95.719 Quadratmeter großes Areal mitten in der Stadt, das bestens geeignet ist, die drückende Raumnot der Universität zu beseitigen und damit den Universitätsstandort Wien aufzuwerten. Dies berichtete Vizebürgermeister Hans MAYR am Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters.

Die Schenkung ist an einige Bedingungen geknüpft. So darf die Universität

- das alte AKH nicht für medizinisch-klinische Zwecke benützen;
- das Gelände weder entgeltlich noch unentgeltlich veräußern;
- die Innenhöfe nicht verbauen (diese sind der Öffentlichkeit zugänglich zu halten).

Außerdem

- hat die Universität während der Übersiedlungsphase auf den noch bestehenden Spitalsbetrieb Rücksicht zu nehmen;
- hat die Stadt Wien bei der konkreten Planung der architektonischen Gestaltung des Geländes ein Mitspracherecht.

Der Schenkungsvertrag muß noch kommenden Freitag vom Wiener Gemeinderat beschlossen werden, die Universität wird danach sofort mit den Planungs- und Bauarbeiten beginnen. (Forts. mgl.) sei/gal

Freiwillig Tempo 30 bis 40 in der Nacht!

Wien, 21.6. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK kündigte am Dienstag in seinem Pressegespräch für den heurigen Sommer einen „freiwilligen Großversuch“ für Tempo 30/40 in der Nacht an. Zilk betonte ausdrücklich, daß es sich um eine FREIWILLIGE Richtgeschwindigkeit handle. Der Versuch soll mit 1. Juli beginnen und bis zum Herbst dauern. Die Reduzierung der Geschwindigkeit soll jeweils zwischen 24 Uhr und 5 Uhr eingehalten werden. Die Beginnzeit 24 Uhr ist gekoppelt mit der Halbierung der Straßenbeleuchtung. Die Aktion wird von einer Kampagne begleitet. Dafür gibt es u. a. Transparente auf Brücken und stark befahrenen Straßen, Fenstertücher, Kleber und Inserate. Die Fensterfahnen, gedacht für Bewohner stark befahrener Straßen, sind bei der Stadtinformation, Tel. 43 89 89, erhältlich. Sie werden per Post zugestellt. Die Kampagne wird von zwei großen Versicherungen mitfinanziert.

Der Verkehrsexperte Univ.-Prof. Dr. KNOFLACHER wird die Aktion wissenschaftlich überwachen und die Ergebnisse im Herbst vorlegen. Knoflacher verwies darauf, daß die Durchschnittsgeschwindigkeit tagsüber bei 27 Stundenkilometern liege. Die Reduzierung der Fahrtgeschwindigkeit bedeute also keinen Zeitverlust. Gleichzeitig verwies Knoflacher darauf, daß eine Reduzierung der Geschwindigkeit in der Nacht auch eine beachtliche Lärminderung sowie eine Verringerung der Unfallhäufigkeit (vor allem auch von schweren Unfällen) mit sich bringe. Damit, so Knoflacher und Zilk, könne die Lebensqualität des städtischen Lebens deutlich verbessert werden. (Schluß) fk/gg

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr.
Samstag 10 bis 17 Uhr.
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr.
Übrige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlagsnummer: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt!

Mittwoch, 22. Juni 1988

Blatt 1216

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Ferienspiel: Sonntag Eröffnungsfest am Rathausplatz (1218)
- Auch Wien verfolgt Ziele der Weltgesundheitsorganisation (1219/1220)
- Stadtrat Stacher appelliert: Jetzt zur Zeckenimpfung! (1221)
- Wiener Umweltdiplom für 4A der Volksschule Braunhubergasse (1222)
- Neuer Wien-Werbefilm „Location Vienna“ (1226)
- Gürtel-Ausstellung in Margareten (1226)
- Wiener Gemeinderat (1227ff.)

Kultur:

- Preise der Stadt Wien überreicht (1217/FS: 21.6.)
- Orchestertage der österreichischen Musiklehranstalten (1223)
- Vivaldis „Gloria“ in der Piaristenkirche (1223)
- Nurejew-Stipendien erstmals vergeben (1225)

Wirtschaft:

- Zentrum Hernals: Komplette ein „Hit“ (1224)

Preise der Stadt Wien überreicht

Wien, 21.6. (RK-KULTUR) Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK überreichte am Dienstag im Wiener Rathaus die Preise der Stadt Wien 1988 für Geistes- und Sozialwissenschaften, Natur- und Technische Wissenschaften, Medizinische Wissenschaften, Musik, Literatur und Publizistik, die an Univ.-Prof. Dr. DDDr. h.c. Fritz SCHWIND, Univ.-Prof. Dipl.Ing. Dr. DDr. h. c. Fritz PASCHKE, Äztl. Direktor Prim. Univ.-Prof. Dr. Andreas RETT, Prof. Kurt RAPF, Jutta SCHÜTTING und Hermann LANGBEIN gingen. Die mit je 75.000 Schilling dotierten Preise werden für das bisherige Gesamtwerk der Ausgezeichneten vergeben.

Pasterk wies auf die Bedeutung von Kunst und Wissenschaft als Freiraum der Gesellschaft, als Ort für neue Erfahrungen und neues Denken hin. Kultur dürfe nie an einem mittleren Anspruchsniveau gemessen werden, Kulturförderung müsse Mut zum Risiko beweisen, den Eigensinn der Kunst anerkennen.

Univ.-Prof. Dr. Schwind hat vor allem auf den Gebieten des Römischen Rechts, des österreichischen Privatrechts und des internationalen Familienrechts geforscht und zahlreiche Publikationen veröffentlicht.

Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Fritz Paschke hat neben seinen Forschungsaufgaben an der Technischen Universität Wien — vor allem im Bereich der Elektrotechnik — auch zahlreiche Entwicklungsaufgaben für die österreichische Industrie wahrgenommen.

Prim. Univ.-Prof. Dr. Andreas Rett hat in der Forschung und in der Behandlung hirngeschädigter und entwicklungsgestörter Kinder große Erfolge erzielt.

Prof. Kurt RAPF ist Komponist von Orchester- und Kammermusik, Organist und Dirigent. Er leitete lange Jahre das Musikreferat im Kulturamt der Stadt Wien.

Jutta Schutting zählt mit ihrer Lyrik und Prosa, mit Werken wie „in der Sprache der Inseln“ oder „Baum in O.“ zu den wichtigsten Schriftstellern der österreichischen Gegenwartsliteratur.

Hermann Langbein widmete sich der publizistischen Aufarbeitung seiner Erlebnisse in den Konzentrationslagern des Nationalsozialismus. Vor allem sein Buch „Menschen in Auschwitz“ hat wesentlich dazu beigetragen, die furchtbaren Verbrechen dieser Ära in Erinnerung zu behalten.

Der Feier wohnte auch Stadträtin Maria HAMPEL-FUCHS bei. (Schluß) gab/bs

Bereits am 21. Juni 1988
über Fernschreiber ausgesendet

Ferienspiel: Sonntag Eröffnungsfest am Rathausplatz

Wien, 22.6. (RK-LOKAL) Ein „Extrariesenholliknolliferienspielfest“ eröffnet das Ferienspiel 1988 des Wiener Landesjugendreferates.

Von 14 bis 18 Uhr gibt es am Sonntag, dem 26. Juni, am Rathausplatz und im Rathauspark zahlreiche Möglichkeiten, den Auftakt des Ferienspiels zu feiern. Eingeladen sind alle Wiener Kinder und ihre Familien.

Spielstraße am Rathausplatz

Biologisch und umweltfreundlich präsentiert sich ein Teil der Spielstraße am Rathausplatz am Sonntag mit einem Blumenflohmarkt, einer Ausstellung über „400 Jahre Kartoffel in Europa“, Informationen über die Sanierung der Ringstraßen-Allee-Bäume, einer Problemstoffsammelstelle und einem Waldklassenzimmer.

Das Haus des Meeres zeigt tropische Tiere und Schlangen. Zu Gast beim „Extrariesenholliknolliferienspielfest“ sind auch die Kuffner Sternwarte, Urania und Planetarium. Für technisch Interessierte gibt es eine Computerstation.

Musik, Tanz und Kindertheater

Musik, Tanz und Kindertheater gibt es auf verschiedenen Bühnen rund um das Rathaus zu sehen und zum Mitmachen.

Wer sich sportlich betätigen will, dem stehen neben einer Kletterwand und einer Sommerlanglaufloipe, ein Radparcours und Möglichkeiten zum Tischtennis, Korbball, Geschicklichkeitsfußball, Frisbee, Boccia, Tennis und Badminton zur Verfügung. Für Leseratten bietet sich ein Bücherbus an. Das „Extrariesenholliknolliferienspielfest“ findet bei jedem Wetter statt.

6. Familiensonntag

Das Eröffnungsfest des Wiener Ferienspiels 1988 ist aber nicht der einzige Programmpunkt des 6. Familiensonntags des Landesjugendreferates am 26. Juni. So ladet die Volkshochschule Ottakring zu einem „Friedenstag“ ein, am Pappelteich im Maurer Wald gibt es „Abenteuer im Wald“, und um 10 Uhr startet bei der Floridsdorfer Brücke auf der Donauinsel der „2. Floridsdorfer Donauinsellauf“. Auf der Lainzerbachwiese kann man „Familien-Wettspielen“, und im Kulturzelt Herderpark sind internationale Lieder aus der „Hitparade“ zu hören.

Informationen über das Eröffnungsfest des Ferienspiels 1988 und das Programm des 6. Familiensonntags gibt es beim Wiener Landesjugendreferat, Friedrich-Schmidt-Platz 5, Telefon 42 800/4100 DW. (Schluß) jel/rr

Auch Wien verfolgt Ziele der Weltgesundheitsorganisation

Stacher: Die 38 Einzelziele sind Richtlinien für die Wiener Gesundheitspolitik

Wien, 22.6. (RK-KOMMUNAL) In Wien begann Dienstag nachmittag eine auf vier Tage anberaumte Tagung über „Planung und Szenarien in der Gesundheitspolitik“. Der Wiener Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER hielt dabei ein Referat über die „Wichtigkeit und Praktikabilität der WHO-Ziele aus Wiener Sicht“. Die Stadt Wien hat sich zu Beginn dieses Jahres dem Projekt „Gesunde Städte“ der Weltgesundheitsorganisation angeschlossen. Die 38 Einzelziele des übergeordneten WHO-Projekts „Gesundheit für alle in Europa bis zum Jahr 2000“ sind daher auch Zielvorstellungen der Wiener Gesundheitspolitik.

Der Gesundheitsstadtrat gab eingangs einen Überblick über die Situation in Wien und stellte fest, daß mehrere Ziele zum Teil schon erreicht sind.

- Zur Verbesserung der Lage der Behinderten sind bereits zahlreiche Maßnahmen gesetzt worden.
- Die Säuglingssterblichkeit schwankt derzeit um 10 Promille und wird auf Grund des Mutter-Kind-Passes und anderer Maßnahmen laufend geringer.
- Die Zahl der Magenkrebsfälle ist um 40 bis 50 Prozent, die Zahl der Gebärmutterkrebsfälle durch die Vorsorgeuntersuchungen um 40 Prozent zurückgegangen (hingegen nahmen Prostata- und Brustkrebs um je 13 Prozent zu).
- Lungenkrebsfälle gingen bei Männern um 40 Prozent zurück, während die Zahl der daran erkrankten Frauen zunimmt.
- Die Zahl der Gefäßerkrankungen nimmt trotz aller Vorsorge- und Aufklärungsaktionen zu, wobei allerdings in der Todesfallstatistik die Gefäßkrankungen zurückgehen.
- Die Zahl der Selbstmorde nahm im vergangenen Jahr erstmalig ab, auch die Zahl einiger Infektionskrankheiten war — durch die Impfaktionen — rückläufig.
- Die Lebenserwartung bei der Geburt steigt weiterhin an: In Wien betrug sie 1986 für die Männer 70,4 Jahre, für die Frauen 77,2 Jahre.

Vorsorgemedizinische Maßnahmen

Professor Stacher verwies auf die zahlreichen vorsorgemedizinischen Maßnahmen, die das Wiener Gesundheitsamt durchführt, zum Beispiel auf die genetische Beratungsstelle für Schwangere, die sechs Familienplanungsstellen, vier Risikoschwangerenberatungsstellen, Schwangerenturnen, Familienhebammen, Geburtsvorbereitungskurse, die 62 Mutterberatungsstellen, die Ambulanz für pädiatrische Kardiologie und die beiden Spezialambulanzen für Risikokinder, die ärztliche Betreuung mit Hör- und Sehtests in den städtischen Kindergärten, die „Zahnputztanten“, den schulärztlichen Dienst einschließlich Impfungen, Sonderturnkurse für haltungsgefährdete Kinder, die vier Jugendzahnkliniken, die Vorsorgeuntersuchungen der Gesundenuntersuchungsstellen, das Vorsorgezentrum Herz-Kreislauf, die Ernährungsberatungsstelle und die zehn Raucherberatungsstellen, die Impfaktionen, die neun Tuberkulosefürsorgestellen, die Geschlechtskrankenberatung und die Teilnahme an verschiedenen Informations- und Aufklärungsveranstaltungen.

Umweltmedizin

Das vor einem Jahr gegründete Institut für Umweltmedizin nimmt einerseits Untersuchungen vor (Wasserkontrolle, Gutachten über Luftschadstoffe, Lärm, sanitäre Übelstände usw.), widmet sich aber andererseits auch der Forschung, da der Einfluß der Umwelt auf die Gesundheit noch

nicht oder nicht genügend erforscht ist. Außerdem bildet das Institut Umweltschutzärzte heran.

Wien hat erfreulicherweise eine hervorragende Wassersituation, die Luftqualität hat sich bereits wesentlich gebessert, und außerdem gibt es eine ausgezeichnete Lebensmittelüberwachung. Mehr muß jedoch bezüglich der Wohnungssituation, der Wohnmedizin und der Arbeitsmedizin gemacht werden. All das wird nun durch die Ziele der Weltgesundheitsorganisation erleichtert.

Psychiatriereform

Stadtrat Stacher bezeichnete die in Wien durchgeführte Psychiatriereform als ein Beispiel nicht nur für die Planung, sondern auch für die Durchführung gesundheitspolitischer Maßnahmen. 1976 gab es in den Wiener psychiatrischen Krankenanstalten 3.376 psychiatrische Patienten, die größtenteils unter unzumutbaren Verhältnissen untergebracht waren. Eine Reform sollte gewährleisten:

- eine menschlich und medizinisch einwandfreie Betreuung;
- eine Organisation, die sicherstellt, daß die Kranken, die keiner stationären Therapie bedürfen, außerhalb der Anstalten ordentlich versorgt werden;
- und eine die ganze Stadt flächendeckend erfassende Versorgung.

Dazu wurde Wien in acht Versorgungsregionen eingeteilt, denen jeweils eine Abteilung des großen psychiatrischen Krankenhauses zugeordnet wurde. Für jede Region wurden die notwendigen psychosozialen Stationen mit Tagesklinik, ärztlicher und sozialer Betreuung, dazu Wohnheime und ein sozialpsychiatrischer Notdienst rund um die Uhr geplant. Dieser Plan wurde vom Wiener Gemeinderat 1979 beschlossen. Für die Organisation der Außenstellen wurde 1980 der Fonds „Kuratorium für psychosoziale Dienste in Wien“ gegründet. Damit gelang es bis 1988, die Zahl der stationären Patienten um mehr als 2000 auf 1.295 zu reduzieren und alle anderen Kranken in viel humanerer Weise außerhalb des Krankenhauses bestens zu betreuen.

Zusätzlich wurde ein Berufsrehabilitationszentrum mit geschützter Werkstätte gebaut. Es versorgt rund 170 psychisch Kranke, von denen rund 30 Prozent wieder in normale Arbeitsstätten vermittelt werden können.

Die Kosten für die gesamten nichtstationären Dienste liegen derzeit bei 138 Millionen Schilling pro Jahr. Für die Krankenhäuser, in denen jetzt nur mehr Schwerkranke sind, betragen sie pro Jahr 575 Millionen Schilling. Die Lösung ist also nicht nur humaner, sondern auch kostengünstiger.

Die Psychiatriereform ist, so Stacher, ein Beispiel für die Umsetzung der Ziele der Weltgesundheitsorganisation. Nach dem gleichen System sind auch soziale Stützpunkte als Drehscheibe der sozialen Versorgung geschaffen worden. Nun sollen Verbindungen von den sozialen Stützpunkten zu den Hausärzten als Drehscheibe der medizinischen Versorgung hergestellt werden. Das soll schließlich zur bestmöglichen Krankenbetreuung zu Hause führen und damit die Spitäler von Leichtkranken — vor allem älteren Patienten — entlasten. (Schluß) sc/bs

Forts. von Blatt 1219

Stadtrat Stacher appelliert: Jetzt zur Zeckenimpfung!

Zecken heuer besonders aktiv und bißfreudig

Wien, 22.6. (RK-KOMMUNAL) Nach Mitteilung der Gesundheitsbehörden sind die Zecken heuer besonders aktiv und bißfreudig. So erhielten in Wien in den letzten Wochen durch den Ärztenotdienst bereits insgesamt 120 Personen nach Zeckenbissen eine passive Immunisierung. In Anbetracht der in Kürze beginnenden Urlaubssaison appelliert daher Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER an die Wiener Bevölkerung, rechtzeitig für einen entsprechenden Impfschutz zu sorgen. Bekanntlich kann der Zeckenbiß zu gefährlichen Folgen wie Gehirn- und Gehirnhautentzündung führen. Geimpft wird derzeit noch biseinschließlich 1. Juli in allen Bezirksgesundheitsämtern jeweils Dienstag und Freitag zwischen 9 und 11 Uhr, in der Zentrale des Gesundheitsamtes 1, Gonzagagasse 23 (Montag bis Freitag zwischen 8 und 12 Uhr), sowie in der „Nachmittags-Impfstelle“ des Gesundheitsamtes, 1, Neutorgasse 20, Donnerstag von 15 bis 17 Uhr. Die Teilimpfung kostet jeweils 130 Schilling.

Zwischen der ersten und zweiten Teilimpfung sollten etwa vier Wochen liegen, der Abstand zwischen der zweiten und dritten Teilimpfung beträgt ca. ein Jahr. Alle drei Jahre sollten Auffrischungsimpfungen durchgeführt werden.

Erkrankungen gingen zurück

In den Gesundheitsämtern haben sich heuer bisher 45.900 Personen impfen lassen. Das sind, verglichen mit dem Zeitraum des Vorjahres, um 18 Prozent mehr. Aufgrund der erfreulichen Impfbeteiligung ist auch die Zahl der Erkrankungen nach Zeckenbissen sowohl in Wien, als auch in Gesamtösterreich zurückgegangen. So erkrankten im vergangenen Jahr in ganz Österreich 215 Personen (1986 waren es 305) an Gehirnhaut- bzw. Gehirnentzündung. In Wien kam es in diesem Zeitraum zu 12 Erkrankungen (1986 waren es 25). Todesfall wurde glücklicherweise im Vorjahr keiner mehr verzeichnet. (Schluß) zi/gg

Wiener Umweltdiplom für 4 A der Volksschule Braunhubergasse

Wien, 22.6. (RK-KOMMUNAL) Mit dem Umweltdiplom zeichnete Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL am Dienstag nachmittag die Schüler der 4 A in der Volksschule Braunhubergasse 3 aus. Sie hatten im Rahmen eines Projektunterrichtes nachgedacht und gezeigt, was mit dem MÜLL geschieht, wie der Müllberg so klein wie möglich gehalten, und verwertbarer Rohstoff wiederverwertet werden kann.

Die Kinder begannen ihr Projekt mit „Grundlagenforschung“: In der Familie verzeichneten sie alles, was in den Hausmüll geworfen wird. In der Schule sortierten sie dann einen Abfallberg, errichteten in einem großen Glasgefäß einen „Komposthaufen“, suchten verwertbare Bestandteile aus den Abfällen und trennten sie schließlich von den unbrauchbaren oder umweltgefährdenden Resten. Bei Exkursionen erfuhren sie, wie Verpackungsmaterial gespart werden kann, was mit dem Sondermüll bei den Entsorgungsbetrieben Simmering geschieht und wie das Abwasser der Wiener gereinigt wird. In einer Ausstellung in der Schule zeigten sie schließlich ihren Kollegen, welche Erfahrungen sie gesammelt haben, und was man tun kann, um die Umwelt zu schützen. (Schluß) and/gg



Orchestertage der österreichischen Musiklehranstalten

Wien, 22.6. (RK-KULTUR) Von Mozart und Beethoven bis Dvorak, Grieg, Prokofieff, Mahler, Webern und Bartok reicht das Programm der Orchestertage der österreichischen Musiklehranstalten, die vom 24. bis 26. Juni im Musikvereinsaal stattfinden.

Rund 500 junge Musiker aus allen großen Musiklehranstalten Österreichs haben sich auf Initiative des Konservatoriums der Stadt Wien zusammengefunden, um gemeinsam zu musizieren.

Karten für dieser Veranstaltungsreihe sind an der Kasse des Musikvereins, bei der Kartenverkaufsstelle in der Wiener Stadtinformation und an der Kasse des Wiener Konservatoriums erhältlich. Das Programm der Orchestertage umfaßt vier Konzerte:

Freitag, 24. Juni, 19.30 Uhr

Landeskonservatorium Vorarlberg:
A. Dvorak — Zwei Slawische Tänze
W. A. Mozart — Klarinettenkonzert A-Dur

Konservatorium Innsbruck:
B. Bartok — Ungarische Bilder
E. Grieg — Lyrische Suite

Samstag, 25. Juni, 15 Uhr

Hochschule Wien:
A. Webern — Im Sommerwind
W. A. Mozart — 2 Konzertarien
D. Cimarosa — Konzert für 2 Flöten
M. Bruch — Romanze für Viola und Orchester
S. Prokofieff — Romeo und Julia

Samstag, 25. Juni, 19.30 Uhr

Kärntner Landeskonservatorium:
P. Hindemith — Fünf Stücke für Streichorchester
F. Fiorillo — Sinfonia concertante für 2 Oboen
J. Sibelius — Finlandia

Hochschule Mozarteum Salzburg:
G. Mahler — Symphonie Nr. 1

Sonntag, 26. Juni, 10 Uhr

Brucknerkonservatorium Linz:
L. v. Beethoven — Ouvertüre zu Egmont
F. Mendelssohn — Violinkonzert Nr. 2-d-Moll
Konservatorium Wien:
M. Mussorgsky/Ravel — Bilder einer Ausstellung
(Schluß) jel/rr

Vivaldis „Gloria“ in der Piaristenkirche

Wien, 22.6. (RK-KULTUR) Für Kenner und Liebhaber der Musik von Antonio Vivaldi gibt es kommenden Samstag, den 25. Juni, um 20 Uhr, in der Basilika Maria Treu, 8, Piaristengasse 43, ein spezielles Angebot. Der Kulturverein „Freunde der Josefstadt“, Mitglied des Wiener Volksbildungswerkes, veranstaltet mit Unterstützung des Kulturamtes eine Aufführung von Vivaldis „Gloria“.

Die Ausführenden sind das Wiener Kammerorchester und der Wiener Kammerchor unter der Leitung von Philippe ENTREMONT sowie Solisten der Wiener Staatsoper. Der Eintritt zu dieser Veranstaltung ist frei. (Schluß) zi/gg

Zentrum Hernals: Komplett ein „Hit“

**EKAZENT meldet Umsatzsteigerung in den Einkaufszentren -
Zentrum Großfeldsiedlung wird generalsaniert**

Wien, 22.6. (RK-WIRTSCHAFT/KOMMUNAL) Die Versorgungslücke in Hernals ist geschlossen. Diesen Schluß kann man nach Vorliegen der ersten Umsatzzahlen nach der Eröffnung des Bauteiles II im Zentrum Hernals ziehen. Das aus einem Selbstbedienungsmarkt, 25 Fachgeschäften und Dienstleistungsbetrieben, Postamt und Bankfiliale, Parkgarage und piazzaartiger Ruhezone bestehende Einkaufszentrum erreichte in den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres einen Gesamtumsatz von rund 60 Millionen Schilling.

Im Bauteil I des Zentrums Hernals kam man im Vorjahr, dem ersten vollen Geschäftsjahr, auf einen Umsatz von rund 70 Millionen Schilling. Seit der Eröffnung des Bauteiles II ist auch in Teil I eine enorme Steigerung zu verzeichnen. Von September 1987 bis Mai 1988 betrug die Steigerung gegenüber dem Vergleichszeitraum ein Jahr zuvor durchschnittlich 40 Prozent.

Bei der EKAZENT führt man den guten Branchenmix und die gemeinsam mit der Kaufleutevereinigung gestartete Werbung als Ursachen für die gute wirtschaftliche Entwicklung des Hernalser Zentrums an.

Zentrum Simmering + 12,7 Prozent

Trotz stärkerer Konkurrenz hält die Aufwärtsentwicklung des Zentrums Simmering an, das im Vorjahr mit einem Umsatz von 276,5 Millionen Schilling eine Steigerung von rund 12,7 Prozent zu verzeichnen hatte. Im Zeitraum Jänner bis April 1988 betrug der Umsatz im Zentrum Simmering 87,7 Millionen Schilling, um 13,4 Millionen oder 17,7 Prozent mehr als ein Jahr zuvor.

Das Großfeldzentrum — Umsatz 1987 rund 156 Millionen Schilling, + 2,5 Prozent — wird im Sommer des nächsten Jahres generalsaniert. (Schluß)
wh/gg

Nurejew-Stipendien erstmals vergeben

Wien, 22.6. (RK-KULTUR) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK überreichte am Dienstag nachmittag im Roten Salon des Wiener Rathauses die erstmals vergebenen Nurejew-Stipendien an drei junge Wiener Tänzer.

Das Hauptstipendium in Höhe von 55.000 Schilling erhielt Jörg MANNES (geboren 1969), die beiden Reisestipendien über jeweils 12.000 Schilling ergingen an Eva PETTERS (geb. 1971) und Harald Uwe KERN (geb. 1966). Die Preisträger wurden von Rudolf Nurejew ausgesucht. Als Sponsoren wirken die Casinos Austria, die Ottakringer Brauerei und die Imperial Hotels Austria. Generaldirektor Wallner, Direktor Wenckheim und Generaldirektor Engelhardt nahmen an der Überreichung teil. (Schluß)
chr/gg



Neuer Wien-Werbefilm „Location Vienna“

Tourismuswerbung jenseits aller Klischees

Wien, 22.6. (RK-LOKAL) Der Film „Location Vienna“, den Wiens Tourismuswerber ab Herbst in ihrer weltweiten Wien-Promotion einsetzen werden, wurde am Dienstag von Vizebürgermeister Hans MAYR und Fremdenverkehrsdirektor Dr. Helmut KREBS im Palais Ferstel vorgestellt. Der von der EPO-Filmges.m.b.H. durch das international mehrfach für Tourismus-Werbung preisgekrönte Team Curt FAUDON (Buch und Regie) und Dieter POCHLATKO (Produzent) realisierte Film unterscheidet sich deutlich von der Dutzendware gängiger Fremdenverkehrswerbefilme: Überraschend unkonventionell stellt er das Produkt Wien mit intellektuellem Touch und subtilem Understatement in Bezug auf typische Tourismus-Klischees vor. Für den Wiener Fremdenverkehrsverband als Auftraggeber ist „Location Vienna“ eine notwendige Ergänzung zu seinen bisher eingesetzten, konservativer gestalteten Werbefilmen.

Der Film wurde durch ein von der Stadt Wien bewilligtes Sonderbudget von drei Millionen Schilling verwirklicht und wird in drei Versionen zur Verfügung stehen: In einer 16minütigen Fassung als 16mm-Film, einer achtminütigen Kurzfassung als 16mm-Film oder Video-Kassette für alle gängigen Videosysteme sowie als vierminütiger Video-Clip zum von Gerd Schuller komponierten Titelsong. Die Wienerinnen und Wiener werden am 17. September, dem „Tag der offenen Tür“ im Rathaus, Gelegenheit haben „Location Vienna“, mit dem vor allem junge, an Modetrends orientierte Zielgruppen des Städtetourismus angesprochen werden, zu sehen. (Schluß) wh/rr

Gürtel-Ausstellung in Margareten

Wien, 22.6. (RK-KOMMUNAL/LOKAL) Teile der großen Gürtel-Ausstellung „Neue Wege für Wien“ sind seit heute bis einschließlich 22. Juli in der Gebietsbetreuung des Stadterneuerungsgebietes Margareten-Ost (5, Margaretenstraße 105) zu sehen. Anhand zahlreicher Pläne und Darstellungen wird der Teilbereich Margareten-gürtel und Inneres Wiental vorgestellt. Die Ausstellung ist wochentags von 8 bis 12 Uhr sowie von 13 bis 17 Uhr (Donnerstag bis 18 Uhr) geöffnet. (Schluß) ah/bs

Wiener Gemeinderat

Fragestunde

Wien, 22.6. (RK-KOMMUNAL) Mittwoch trat der Wiener Gemeinderat zu einer Sitzung zusammen, die mit einer Fragestunde eingeleitet wurde.

Auf die ERSTE ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) über die Absichten der Stadt Wien bezüglich des Verkaufs und der Sanierung des Palais Harrach sagte Bürgermeister Dr. ZILK, es habe zunächst ein Angebot der Firmen SEG und Immorent gegeben. Während Immorent aus dem Angebot ausgeschieden sei, sei die SEG während der gegebenen Frist nicht tätig geworden. Die Entscheidung, das Palais Harrach durch einen Verkauf an Oskar Schmidt zu einem Kulturzentrum zu machen, das die einzigartige Sammlung Schmidts aus den 50er und 60er Jahren beherbergen soll, sei der Stadt Wien schließlich leicht gefallen, zumal sich als Alternative nur das Harrach als Appartement-Hotel angeboten habe. Man habe mit Herrn Dr. Kallinger nur als Vertreter der SEG verhandelt, ein Angebot der Firma Kallinger beziehungsweise der Person Dr. Kallinger, sei der Stadt Wien nicht vorgelegen. Diesbezüglich könne man einer Prozeßdrohung Kallingers beruhigt entgegensehen. Der Verkauf an Oskar Schmidt garantiere eine kulturhistorisch einwandfreie Adaptierung dieses Bauwerkes. Bei Nichterfüllung des Vertrages — sollte Schmidt nach Erteilung aller benötigten Genehmigungen die Sanierung nicht innerhalb eines Jahres beginnen — könne die Stadt Wien wieder in ihre Rechte als Besitzer eintreten.

Zur ZWEITEN ANFRAGE von GR. Dr. GOLLER (ÖVP), ob die Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft an Claus Peymann im Interesse der Stadt Wien liege, sagte Zilk, seine persönliche Meinung sei nicht relevant. Der Antrag Peymanns werde so wie alle anderen Anträge — 4.458 im Jahr 1987 — entsprechend der gültigen Rechtslage behandelt.

Auf die DRITTE ANFRAGE von GR. DAMPIER (SPÖ), wie effizient gegenwärtig die Müllsortierung im Rinter-Zelt sei, antwortete Stadtrat Dr. HÄUPL (SPÖ), daß im heurigen Jahr allein 5.800 Tonnen Altstoffe und 81 Tonnen Sondermüll aus dem angelieferten Müll aussortiert werden konnten. Daraus lasse sich eine Verdoppelung der Effizienz der Müllsortieranlage gegenüber dem vergangenen Jahr hochrechnen. Durch die Sortierung konnten in diesem Jahr bereits 50.000 Kubikmeter Deponievolumen eingespart werden. Für viele wichtige Rohstoffe gebe es bereits Abnehmer und eine erfolgreiche Wiederverwertung. In der Sortieranlage gehe es nicht zuletzt auch um die Entgiftung der Abfälle.

Auf die VIERTE ANFRAGE von GR. JANK (SPÖ), wie weit die Vorbereitungsarbeiten für die Dezentralisierung der städtischen Wohnhäuserverwaltung gediehen seien, antwortete Stadtrat EDLINGER (SPÖ), daß für die Dezentralisierung und Neuorganisation der städtischen Wohnhäuserverwaltung die Zusammenarbeit zwischen Erhaltungs- und Verwaltungsdienststelle verstärkt wurde. Es gibt eine zentrale Stelle für Budget und Arbeitsplanung sowie fünf Gebietsgruppen, von denen bereits die erste an einen neuen, dezentralen Standort verlegt wurde. Weitere folgen in nächster Zeit. Hand in Hand mit der Dezentralisierung geht auch eine Mitarbeiterschulung. Edlinger bekannte sich dazu, daß die städtische Wohnhäuserverwaltung nicht nur nach ökonomischen, sondern auch nach sozialen Gesichtspunkten tätig werden müsse. Die Dezentralisierung werde auch die Mietermitbestimmung erleichtern.

Auf die FÜNFTE ANFRAGE von GR. NEUMANN (ÖVP), wieviel die Stadt Wien für angemietete Büroräumlichkeiten zu bezahlen habe, antwortete StR. EDLINGER (SPÖ), daß die Mieten je nach Lage zwischen acht und 134 Schilling pro Quadratmeter lägen. Auf die ZUSATZFRAGE, weshalb

angesichts so hoher Mieten ein der Stadt Wien gehörendes und von ihr renoviertes, 200 Quadratmeter großes Objekt im 1. Bezirk zum Kategoriezins von 24 Schilling pro Quadratmeter an den Verein „Klub neues Österreich“ vermietet worden sei, der, so Neumann, „keine andere Aufgabe hat, als den Bundespräsidenten zu diskriminieren“, antwortete Edlinger, die Vermietung sei völlig korrekt erfolgt. Ein Verein könne nicht mit Mietern verglichen werden, die das gemietete Objekt kommerziell nützen. Auch an andere Vereine seien Räumlichkeiten in erstklassiger Lage zum Kategoriezins vermietet worden.

Auf die SECHSTE ANFRAGE von GR. Ingrid KARIOTIS (FPÖ), wie die Stadt Wien die Attraktivität der Märkte verbessern wolle, antwortete StR. Christine SCHIRMER (SPÖ), dies sei vor allem Aufgabe der ansässigen Händler und deren Interessensvertretungen. Sie sei aber gerne bereit, Privatinitiativen zu unterstützen. Bisher sei kein Antrag einer Bezirksvertretung oder Interessensvertretung auf Schaffung eines zusätzlichen Marktes an sie gestellt worden. Im übrigen werde in nächster Zeit der Viktor-Adler-Markt im 10. Bezirk revitalisiert und so seine Attraktivität erhöht werden.

Auf die SIEBENTE ANFRAGE von GR. Dr. SALCHER (ÖVP) über die Situation der „Kinder am Karlsplatz“ betonte Vbgm. Ingrid SMEJKAL (SPÖ), daß die Stadt Wien neben den „Streetworkern“ das Projekt „Straßensozialarbeit“ als neues Angebot für Obdachlose initiiert habe. Es gehe darum, in Einzelarbeit den Betroffenen, ob Jugendliche oder Arbeitslose, zu helfen. Die Hauptprobleme seien Drogen, Alkohol sowie die Verbindung von Medikamentenmißbrauch mit Alkohol. Eine Reduzierung der Hilfsangebote komme für sie nicht in Frage. Außerdem sprach sich Smejkal dafür aus, die verschiedenen privaten Projekte für den Bereich der intensiven Sozialarbeit zusammenzufassen. Man könne dann besser helfen.

Neuer Gemeinderat

Durch das Ausscheiden von Dr. Hannes SWOBODA (SPÖ) wurde ein Meidlinger Mandat vakant. Dieses Mandat hat Franz RUPANER (SPÖ) angenommen. Rupaner wurde in seiner Funktion als Wiener Gemeinderat angelobt.

Zilk dankt Sallaberger

Stadtrat Günther SALLABERGER hat seine Funktion zurückgelegt. Bürgermeister Dr. Helmut ZILK sprach dem scheidenden Stadtrat seinen Dank für die geleistete Arbeit aus. Sallaberger war 15 Jahre in der Kommunalpolitik tätig. Zunächst als Gemeinderat, seit 1984 als Erster Präsident des Landtages und zuletzt als Amtsführender Stadtrat der Geschäftsgruppe Personal, Stadtplanung und Stadtentwicklung. Zilk verwies darauf, daß gerade der Kommunalpolitiker tagtäglich mit den Problemen der Bürger intensiv befaßt sei.

Dr. Hannes Swoboda zum Stadtrat gewählt

Auf Vorschlag der SPÖ wurde der bisherige SPÖ-Klubobmann Dr. Hannes SWOBODA vom Wiener Gemeinderat mit 65 von 95 abgegebenen Stimmen zum Stadtrat gewählt. Anschließend erfolgte seine Wahl zum Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Personal, Stadtplanung und Stadtentwicklung.

Rechnungsabschluß – Rede Mayr

Vizebürgermeister MAYR betonte in seiner Rede zum Rechnungsabschluß 1987, daß dieser ein Bild geordneter Finanzen zeige. Höhere Einnahmen und geringere Ausgaben verbesserten die Situation gegenüber dem Voranschlag um 3,3 Milliarden Schilling, der Schuldenstand der Stadt

Forts. von Blatt 1227

Forts. auf Blatt 1229

Wien fiel auf 40 Milliarden und damit auf das Niveau von 1982, die Stadt verfügt insgesamt über Rücklagen von 7,4 Milliarden Schilling. Diese Zahlen seien auch als Ergebnis einer guten Wirtschaftspolitik zu sehen, die sich an den Kriterien der Vollbeschäftigung und der Schaffung einer sinnvollen Infrastruktur orientiere.

Im Detail nannte Mayr folgende Zahlen: Der Rechnungsabschluß 1987 weist Einnahmen von 79,9 Milliarden und Ausgaben von 83,5 Milliarden Schilling, bei einem Abgang von 3,6 Milliarden, aus. Ein Plus bei den Einnahmen von 3,4 Prozent und ein Minus von 0,8 Prozent bei den Ausgaben bewirkte die Verbesserung beim Abgang um 3,3 Milliarden — ein Ergebnis, das auch die Opposition anerkennen sollte. Auch die seit sechs Jahren stabile Wiener Verschuldung mit dem derzeitigen Stand von 40 Milliarden Schilling sei als Erfolg anzusehen. Die Stadt tätigte 1987 Investitionen von insgesamt 11,7 Milliarden, was gegenüber 1986 ein Plus von 0,8 Milliarden, gegenüber dem Voranschlag 1987 ein Minus von 1,5 Milliarden bedeutet. Diese Unterschreitung bei den Investitionen gegenüber dem Voranschlag ist vor allem auf Planungsänderungen und damit Bauverschiebungen bei der U 6, auf Einsparungen und Zahlungsverchiebungen beim AKH und auf Übertragungen beim Wohnhausbau von Gemeindebauprojekten auf Genossenschaften zurückzuführen. Bezüglich der Rücklagen der Stadt Wien von insgesamt 7,4 Milliarden, wovon vier Milliarden auf den Wohnbauförderungs- und -sanierungsbereich entfallen, wies Mayr auf deren Wichtigkeit für Finanzgebarung und Wirtschaftsplanung der Stadt hin. Mayr betonte im besonderen die positive Entwicklung der Bauwirtschaft mit einer Umsatzsteigerung von 13,3 Prozent, die sehr gute Entwicklung im Fremdenverkehr mit dem Rekordergebnis von sechs Millionen Nächtigungen im Jahr 1987 und die Trendentwicklung in der Wiener Wirtschaft zur Software im weitesten Sinn wie Planung, Entwicklung, Beratung und Problemlösungen aller Art. All diese positiven Entwicklungen finden auch — so Mayr — ihr Pendant im Bevölkerungstrend der Stadt, wo erstmals seit Jahren die Zahl der Zuwanderer das Geburtendefizit kompensiert.

Generaldebatte Rechnungsabschluß

Die Wiener FPÖ lehne den Rechnungsabschluß 1987 trotz seiner guten Optik ab, erklärte GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ). Zum einen seien umfassende Fragen wie Weltausstellung, Zentralbahnhof und Teilverkauf der Wiener Holding, die für die zukünftige Finanzpolitik der Stadt Wien relevant seien, nicht geklärt und nur oberflächlich diskutiert worden, zum anderen müsse man die Gründe für den so positiv scheinenden Rechnungsabschluß 1987 auch im planerischen und organisatorischen Versagen der einzelnen Ressorts suchen. So sei augenfällig, sagte Hirnschall, daß finanzielle Mittel nicht voll ausgeschöpft worden seien und der angekündigte Investitionsschub nicht stattgefunden habe. Dies weise auch auf eine alarmierende Kursänderung in der Wirtschaftspolitik der Stadt Wien hin. Ein weiterer Kritikpunkt sei das geplante Abgehen vom Kostendeckungsprinzip für kommunale Leistungen, das Vizebürgermeister Mayr habe anklingen lassen. Das Abgehen von diesem Prinzip, das zum Schutz der Konsumenten gute Gründe habe, würde den Auftakt für eine Tariflawine bedeuten.

Zur Weltausstellung meinte Hirnschall, daß die Idee einer Kooperation mit Budapest gut, die Diskussion aber bisher oberflächlich und von Euphorie bestimmt gewesen sei. Man höre nichts mehr von Sponsoren und vermisse konkrete Zusagen des Bundes, die für eine Standortentscheidung wichtig wären, sowie eine Kosten-Nutzen-Rechnung. Zum Zentralbahnhof erklärte Hirnschall, daß die Stadt Wien keinerlei Vorfinanzierung für die ÖBB übernehmen dürfe und darüber hinaus ein attraktives Beschleunigungsprogramm für die Wiener von höherem Stellenwert sei als ein zentraler Fernreisebahnhof. Als Privatisierung, kritisierte Hirnschall, könne man

Forts. von Blatt 1228

Forts. auf Blatt 1230

Forts. von Blatt 1229

den beabsichtigten Teilverkauf der Wiener Holding sicher nicht bezeichnen. Daher sei es für seine Fraktion entscheidend, daß eine öffentliche Kontrolle weiter stattfindet, und der Börsenhandel mit Holdinganteilen eine präzise Vertragsbedingung werde, damit eine Beteiligung für Kleinanleger möglich werde.

Hirnschall forderte weiters Verhandlungen mit dem Bund, um vor der parlamentarischen Beratung der Steuerreform einen Ausgleich für Gemeinden und Länder zu sichern. Hirnschall brachte einen BESCHLUSSANTRAG auf Ablehnung einer „Müllentsorgungssteuer“ ein. Diese Steuer würde sich kontraproduktiv auf den Umweltschutz auswirken und die Gemeinden zu Inkassanten herabwürdigen.

GR. Dr. WÖBER (ÖVP) sagte, seine Fraktion werde den Rechnungsabschluß 1987 ablehnen. Habe die SPÖ beim Budget 1987 noch von Wirtschaftsimpulsen durch Investitionen geredet, lobe sie nun den sparsamen Budgetvollzug, nachdem diese Investitionen ausgeblieben seien. Von 1986 auf 1987 sei die Zahl der Arbeitslosen um 6.000 gestiegen. Die Investitionsquote sei in den letzten Jahren von einem Viertel auf ein Siebtel des Budgetvolumens gesunken. Von der angekündigten antizyklischen Budgetpolitik sei nichts zu bemerken. Minderausgaben habe es beim U-Bahn-Bau (500 Millionen durch Verzögerung bei der U 6) und beim AKH gegeben, Wohnbau- und Stadterneuerung wurden vernachlässigt. Das gelte auch für den Umweltschutz und die Sanierung der zweiten Hochquellenwasserleitung. Die Sanierung von EBS und Hauptkläranlage sei mit Ausnahme der Rauchgasreinigung nicht über die Planung hinaus gediehen. Beim Schuldenstand der Stadt Wien sei festzustellen, daß die Verwaltungsschulden gestiegen sind.

Wöber begrüßte die Auswirkungen der Steuerreform auf die Stadterneuerung, die von seiner Fraktion gefordert worden sei, und verwies auf den Wirtschaftsoptimismus, der vom WIFO aufgrund der neuen Steuergesetze geortet werde. Zu begrüßen sei die Privatisierung der Holding, auch wenn sie sich derzeit auf den Aktienkauf durch Großbanken beschränke. Dieser Verkauf sei, sagte Wöber, ein Erfolg der Demokratie — eine gute Idee habe sich durchgesetzt.

Für GR. Ing. SVOBODA (SPÖ) spiegelt der Rechnungsabschluß die erfolgreiche Wirtschaftspolitik der Stadtverwaltung wider. Die Ausgaben seien auch deshalb hinter dem Voranschlag zurückgeblieben, sagte Svoboda, weil getätigte Investitionen im Jahre 87 nicht mehr budgetwirksam geworden seien. Die Beschäftigung habe zugenommen, allerdings sei die Arbeitslosenrate durch erhöhte Zuwanderung negativ beeinflusst worden. Diese Zuwanderung sei aber ebenfalls ein Hinweis dafür, daß die Attraktivität Wiens als Arbeits- und Wohnort weiter steige. Vollbeschäftigung bleibe das Ziel der Wiener Wirtschaftspolitik, wie auch die Sicherung der Aufwärtsentwicklung der gesamten Ostregion. Dazu müsse aber auch der Bund seinen Beitrag leisten, forderte Svoboda.

Die Privatisierung der Holding sei für ihn keine ideologische Frage von „privat“ oder „Staat“, sondern habe das Ziel, den Holdingbetrieben eine optimale Struktur zu geben, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen, erklärte Svoboda.

Finanzen und Wirtschaftspolitik

GR. Ingrid KARIOTIS (FPÖ) sprach von der großen Bedeutung der mittelständischen Betriebe in Wien und meinte, daß die Rahmenbedingungen verbessert werden müßten. Zum geplanten Verkauf von 60 Prozent der Wiener Holding meinte die Rednerin, das Kontrollamt werde damit ausgeschaltet, und die SPÖ behalte ihren Einfluß weiterhin. Von einer echten Privatisierung könne bei einem Verkauf von Anteilen an verstaatlichte Großbanken nicht die Rede sein. Im Bereich der Wiener Holding seien Firmen,

Forts. auf Blatt 1231

die einen Versorgungsauftrag zu erfüllen hätten. Die Gemeinnützigkeit dürfe jedoch kein Recht auf Verluste mit sich bringen, hinter der Gemeinnützigkeit dürfe sich keine Unfähigkeit verstecken. Kariotis meinte, die Holding solle im Zusammenhang mit der Privatisierung an die Börse gehen.

GR. Dr. Ferdinand MAIER (ÖVP) warf Bürgermeister Zilk vor, zu den wichtigen Fragen der Stadt zu schweigen. Er erwarte sich Aussagen zur Ladenöffnungszeit im Interesse des Fremdenverkehrs, zur Entwicklung der Verstaatlichten Industrie in Wien sowie zu den verschiedenen Vorfällen in letzter Zeit, wie etwa den Stadionskandal und den Rohbericht des Rechnungshofes zur GESIBA. Die Privatisierung der Holding sei ein erster Schritt in die richtige Richtung. Die ÖVP sei der geistige Motor für die Privatisierungsdebatte. Die Privatisierung dürfe aber keine Geldbeschaffungsaktion sein. Der Erlös solle der Stadterneuerung zugute kommen. Im Zusammenhang mit der Privatisierung der Holding müsse auch die Fünf-Prozent-Begünstigungsklausel für die Holdingfirmen fallen. In einem BESCHLUSSANTRAG forderte Dr. Maier, daß der Gemeinderatsbeschluß aus dem Jahr 1978 über die Verlustabdeckung der Wiener Stadthalle-KIBA sistiert werden müsse. Außerdem, so Dr. Maier, solle auch die Zentralsparkasse in eine Aktiengesellschaft umgewandelt und im Anschluß daran ebenfalls teilprivatisiert werden. In einem weiteren BESCHLUSSANTRAG forderte Dr. Maier den Verkauf von zumindest 60 Prozent der derzeit zu 99,8 Prozent im Eigentum der Wiener Stadtwerke/Gaswerke befindlichen Firma Teerag-Asdag AG an Private.

GR. Ing. RIEDLER (SPÖ) sagte, daß ihm die Stellungnahmen der ÖVP zur Verstaatlichten Industrie in Wien oft parteipolitisch beeinflußt erscheinen. Die Zitierung des GESIBA-Rohberichtes des Rechnungshofes in der Öffentlichkeit sei ohne die Stellungnahme der Geschäftsleitung nicht zulässig. Die Konzeption des Budgets entspreche der Pflicht des Finanzreferenten, Einnahmen zunächst möglichst gering und Ausgaben am höheren Limit zu schätzen. Das Ergebnis des Budgetjahres spreche für eine gute Konzeption des Budgets und eine florierende Wirtschaft, der letzten Endes die erhöhten Einnahmen zum größten Teil zu danken sind.

Vizebürgermeister MAYR (SPÖ) nahm zu verschiedenen Punkten der Diskussion Stellung. Zur Weltausstellung sagte Mayr, daß hier die eigentlichen Ausstellungskosten durch Eintrittsgelder, Sponsorengelder und andere Einnahmen zu decken sein müßten. Das gelte aber nicht für die begleitenden Infrastrukturmaßnahmen. Die Weltausstellung wegen der Einsprüche verschiedener Gruppen nicht durchzuführen, hieße jeden Gestaltungsanspruch aufzugeben. In der Standortfrage bezeichnete Mayr die 40 Hektar bei der Wagramer Straße ohne Bäder und ohne Donaupark als ausreichend. Das Gelände des Nordbahnhofs habe als Nachteile die Lage im dichtverbauten Gebiet und die zu erwartenden hohen Freimachungskosten wegen der privaten Pächter. Die Schaffung eines Zentralbahnhofs in Wien nannte Mayr als unbedingte Notwendigkeit für die Zukunft Wiens als mitteleuropäische Metropole. Zur Wiener Holding sagte er, daß hier zukunftsweisende Lösungen mit allen Interessierten ohne parteipolitische Brille zu suchen seien. Bezüglich der Steuerreform wies er auf die Notwendigkeit hin, die daraus entstehenden Belastungen zwischen dem Bund und den anderen Körperschaften gerecht zu verteilen. Die von Umweltministerin Flemming anvisierte „Müllsteuer“ lehnte Mayr ab, da Wien in Fragen der Entsorgung allen Städten und Ländern Österreichs weit voraus sei und die Wiener Bevölkerung daher ein zweites Mal für die entsprechenden Einrichtungen außerhalb Wiens zur Kassa gebeten würde. Zur Publikwerdung des Rohberichtes über die GESIBA sagte Mayr, derartige Vorgänge, die offensichtlich vom Rechnungshof selbst ausgehen, seien gegen das Gesetz und daher abzulehnen. Schließlich bekannte sich Mayr

Forts. von Blatt 1230

Forts. auf Blatt 1232

dazu, die Absiedlung von Teilen der VEW aus Wien zu bekämpfen und der Belegschaft jede Hilfe in diesem Kampf zu leisten. Die zukünftige Entwicklung der österreichischen Kreditinstitute im gesamteuropäischen Raum sei, so Mayr, eine Sorge, der man sich mit gemeinsamen Kräften annehmen muß.

Wohnbau und Stadterneuerung

Das Umdenken von der Philosophie der Stadterweiterung zur Stadterneuerung sei in Wien zwar gelungen, sagte StR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ), doch sei man noch weit davon entfernt, historische und alte Bausubstanz wirklich zu sichern. Mehr als 10.000 Häuser aus der Zeit vor der Jahrhundertwende seien derzeit noch vom Verfall bedroht, während bereits Bauten aus den 50er und 60er Jahren aufwendig saniert werden müßten. Die Stadt Wien müsse durch die Steuerreform des Bundes mit einer Kürzung der Wohnbaumittel in der Höhe von jährlich rund 500 Millionen Schilling rechnen. Trotzdem halte er eine offensichtlich zur Diskussion stehende Wohnbausteuer beziehungsweise Stadterneuerungssteuer für keine gute Idee, zumal die Rücklage aus der Wohnbauförderung per Ende 1987 eine Höhe von mehr als vier Milliarden Schilling erreicht hätten. Eine derartige Rücklagenpolitik müsse, sagte Pawkowicz, die Bundesregierung förmlich „animieren“, die Budgetsanierung auf Kosten der Länder durchzuführen. Vorhandene finanzielle Möglichkeiten können durch zu viel bürokratischen Aufwand nicht voll ausgenutzt werden, kritisierte Pawkowicz die Arbeit des Stadterneuerungsfonds.

Die Vorlage für die Wiener Wohnbauförderung weise gravierende Mängel auf. Sie sei wettbewerbs- und eigentumsfeindlich, berücksichtige in keiner Weise die Größe von Familien, und es lasse sich keinerlei Rechtsanspruch auf eine Förderung feststellen. Voraussetzungen für die Förderung sollten weiters die Unterstellung unter die Kontrolle des Kontrollamts und eine begleitende Kontrolle ab einem bestimmten Bauvolumen sein.

Massive Bedenken gegen die sozialistische Wohnbaupolitik äußerte GR. Dr. PETRIK (ÖVP). Bei der Stadterneuerung habe seine Fraktion schon früh davor gewarnt, daß bei der Beibehaltung der jetzigen Förderungsmodalitäten der Finanzierungsrahmen bald erschöpft sein werde. Heute können an die 1.000 Förderungsansuchen, die bereits geprüft und bewilligt sind, nicht finanziert werden. Es wäre wichtig, dafür zu sorgen, den Erneuerungswilligen wieder das Vertrauen in das Förderungssystem zu geben. Alle jene Förderungswerber, deren Ansuchen bereits positiv begutachtet sind, sollten bevorzugt für die Mittelzuteilung vorgesehen werden. Die im Raum stehende Wohnbausteuer wäre nach Meinung von GR. Petrik eine „politische Exhumierung“ von Hugo Breitner und ein totales Eingeständnis einer falschen Politik. Das Land Wien solle vielmehr wie andere Bundesländer auch Mittel aus einer Landeswohnbauförderung zur Verfügung stellen.

Ernsthaft müsse die Frage nach Einkommensgrenzen für den Anspruch auf Gemeindewohnungen geprüft werden. Wenn jetzt ein neues Wiener Wohnbauförderungs- und -sanierungsgesetz geschaffen werden soll, dann sollte dafür gesorgt werden, daß nur jene eine Gemeindewohnung bekommen, die sie wirklich brauchen. Wenn die SPÖ daran denke, Eigenmitteldarlehen für Eigentumswohnungen nicht mehr zur Verfügung zu stellen, solle sie auch ihre grundsätzliche Einstellung zum Wohnungseigentum offenlegen. Und wenn man überlege, Gastarbeitern Gemeindewohnungen zu geben, dürfe man auch nicht auf österreichische Mehrkinderfamilien vergessen. Abschließend deponierte Petrik neuerlich den Gedanken, Gemeindewohnungen ins Eigentum von Mietern zu übertragen.

GR. HONAY (SPÖ) erklärte, der Stadterneuerungsfonds habe auch 1987

Forts. von Blatt 1231

Forts. auf Blatt 1233

seine Aufgabe erfüllt: Die Bodenpreise seien weitgehend stabil geblieben, das Sanierungsvolumen habe sich erhöht, und das BTX-Wohnservice habe über 80.000 Wohnungssuchende beraten. Die Beseitigung des Substandards, so Honay, bleibe weiterhin Schwerpunkt der Stadterneuerung. Mittlerweile befinde sich jede fünfte Wiener Wohnung in einem Haus, das saniert werde oder vor der Sanierung stehe. Nicht weniger als 5.500 Arbeitsplätze in der Baubranche lassen sich auf die Stadterneuerung zurückführen.

Honay wandte sich gegen Prognosen, daß bis zum Jahr 2000 kein Bedarf nach Wohnungsneubau mehr bestehe. Abbrüche, Umwidmungen und Wohnungszusammenlegungen würden im Gegenteil jährlich etwa 4.000 neue Wohnungen erforderlich machen.

GR. KIRCHNER (FPÖ) meinte, es könne etwas am System nicht stimmen, wenn vier Milliarden Rücklagen aus der Wohnbauförderung vorhanden seien. Er bedauerte, daß die Baupreise gestiegen seien, während gleichzeitig die durchschnittliche Wohnungsgröße zurückgegangen sei und die Bauzeit verlängert wurde. Die Förderungsmethoden seien unsozial. Während die oberste Gruppe der Einkommensbezieher, die lediglich 15 Prozent aller Haushalte ausmachen, 25 Prozent der Gesamtförderungsmittel erhalten, kann die unterste Einkommenschicht mit 26 Prozent aller Haushalte lediglich auf 10 Prozent der Förderungsmittel zurückgreifen. Je größer die Wohnung, desto größer der Anteil an Eigenmittel, die nur die sozial Stärkeren aufbringen können, und desto größer sei auch die Förderung. Das sei unsozial. Den Entwurf der neuen veränderten Wohnbaugesetze bezeichnete Kirchner als familienfeindlich. Man müsse weg von der Objektförderung und hin zur Subjektförderung kommen.

GR. FUCHS (ÖVP) kritisierte Einsparungen und Minderausgaben auf dem Wohnungssektor. Auf der anderen Seite hebe die Stadt Wien ungerechtfertigt Zinse auf Basis der Rohbaumaße statt der Nutzfläche ein. Es gebe zahlreiche Versäumnisse bei der Instandhaltung von Gemeindebauten, die dann mit großangelegten Sanierungen renoviert werden müßten. Aber auch Neubauten, wie etwa in der Gerasdorfer Straße, seien durch gravierende Baumängel gekennzeichnet. Weiters gebe es Bau- und Revitalisierungsvorhaben, die — obwohl seit Jahren versprochen, wie in der Hermannsgasse und in der Kirchengasse im 7. Bezirk — nicht durchgeführt würden. Daß man von der Befriedigung des Wohnungsbedarfes in Wien weit entfernt sei, sei schließlich an den 21.000 Vormerkscheinbesitzern zu ersehen, die auf eine Gemeindewohnung warten. Es sei den Sozialisten nicht gelungen, das soziale Wohnen der Zeit anzupassen, wie man es etwa auch durch die Möglichkeit des Ankaufes von Gemeindewohnungen tun könnte.

Die Wiener SPÖ werde die Verländerung der Wohnbauförderung zugunsten der 19.000 Wohnungswerber, einer verstärkten Kontrolle und der Partizipation durch Mietermitbestimmung zu nützen wissen, erklärte GR. FAYMANN (SPÖ). Zu der von der Opposition verlangten Kontrolle von Bauträgern meinte Faymann, daß, sofern man sich zu einer derartigen Regelung entschließe, dies für alle Bauträger, die öffentliches Geld unter dem Titel Wohnhaussanierung erhalten, gelten müßte. Man habe nie verheimlicht, daß es bei manchen der 220.000 Gemeindewohnungen — von 1945 bis 1988 sind 151.945 Wohnungen fertiggestellt worden — Fehler und Mängel gebe. Es seien gezielte Maßnahmen, wie die Dezentralisierung der Wohnhausverwaltung durch die Einführung von Gebietsgruppen, ein Konzept zur Sanierung von Baumängeln, das bis 1990 realisiert wird, eine verstärkte Bauaufsicht und die Einbindung der Mieter bei Sanierungen, die Renovierung abgewohnter Wohnungen und die Erleichterung des Wohnungstausches, gesetzt worden. Allein 1987 habe man für die Instandhaltung von Gemeindewohnungen zwei Milliarden Schilling aufgewendet. Es sei einseitig, zu behaupten, daß alle Probleme, die Mieter in dieser Stadt

Forts. von Blatt 1232

Forts. auf Blatt 1234

hätten, in den Gemeindewohnungsbereich fielen. Bereits erfolgte Verbesserungen, wie gezielte Information und ein Mitspracherecht der Mieter, seien beispielgebend für den privaten Wohnungssektor in Wien, bei dem eine derartige Entwicklung immer noch auf sich warten lasse.

GR. Ing. MANDAHUS (ÖVP) befaßte sich in seinem Beitrag mit dem Thema Energiesparen. In zwei BESCHLUSSANTRÄGEN setzte er sich dafür ein, einen Arbeitskreis im zuständigen Gemeinderatsausschuß zu installieren, der Grundlagen zum Thema Energiesparen im Rahmen des Wohnhaussanierungsgesetzes ausarbeiten soll; ein weiterer Arbeitskreis soll Energiesparmaßnahmen bei Neubauten, baulichen Änderungen und beim Betrieb von städtischen Objekten forcieren und koordinieren. Mandahus kritisierte, daß aus einer acht Jahre zurückliegenden Vereinbarung der Bundesländer über Energieeinsparungen erst ein Punkt von 23 erfüllt wurde. Beispiele bewiesen, daß in vielen Bereichen Energie gespart werden könnte, ohne etwa in Industriebetrieben die Produktivität zu gefährden. Wien solle auf dem Gebiet des Energiesparens beispielgebend wirken.

Stadtrat EDLINGER (SPÖ) wies darauf hin, daß bei einer Neuordnung der Wohnbauförderung weit in die Zukunft reichende Entscheidungen getroffen werden und auf langfristige finanzielle Folgen Bedacht genommen werden müsse. So sei eine Umstellung der Wohnbauförderung von Annuitätenzuschüssen auf Darlehen auf die Dauer nicht finanzierbar. Die neue Wohnbauförderung werde ein Mischsystem aus beiden sein und zwar höheren Eigenmittelbedarf, aber langfristig Vorteile bei der monatlichen Belastung bringen. Edlinger stellte ausdrücklich fest, daß an die Einführung einer Wohnbausteuer nicht gedacht sei.

Die Übertragung von Gemeindewohnungen ins Eigentum sei für den Großteil der Mieter nicht finanzierbar und werde von der SPÖ aus sozialen Überlegungen abgelehnt. „Die Zukunft im Wohnbau liegt in der demokratischen Mitbestimmung und nicht im Eigentumsfetisch“, schloß Edlinger.

Bildung, Jugend, Familie und Soziales

Bei allen Verbesserungsvorschlägen heiße es, es mangle an Geld, bedauerte GR. Karin LANDAUER (FPÖ). In Wirklichkeit mangle es nicht an der Verfügbarkeit, sondern am sinnvollen Einsatz gerade im sozialen Bereich. Die Jungbürgerfeiern verschlingen neun Millionen, und dabei werde noch Propaganda für die SPÖ gemacht. Dieses Geld wäre besser für die Kinder vom Karlsplatz bzw. für die Jugendlichen am Lindenhof zu verwenden. Den Randgruppen müssen Hilfe und Arbeitsplätze angeboten werden. Mit Worten allein gehe es nicht. Landauer vermutete parteipolitischen Einfluß besonders in den Pensionistenklubs. Es gehe nicht an, sagte sie, daß Parteilokale der SPÖ auf dem Umweg über die städtischen Pensionistenklubs renoviert werden.

GR. Dr. SALCHER (ÖVP) warf Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL Konzeptlosigkeit in der Jugendpolitik, besonders hinsichtlich jugendlicher Problemgruppen, vor. Bei diesen Randgruppen gelte es, Ursachenbekämpfung zu betreiben, das heißt, bei den Problemen Alkoholismus, Drogensucht und Arbeitslosigkeit anzusetzen. Salcher forderte in diesem Zusammenhang — besonders für die „Kinder vom Karlsplatz“ — drei zusätzliche Streetworker zu den derzeit sechs Tätigen, die zu wenig seien. Für die insgesamt 8.000 von Arbeitslosigkeit betroffenen Jugendlichen forderte Salcher geschützte Arbeitsplätze und betreute Wohngemeinschaften. Generell bedürfe es Konzepte für jene Jugendlichen, die bereit sind, sich helfen zu lassen.

Bei den Jugendzentren der Stadt Wien kritisierte Salcher die Aufblähung des Verwaltungsapparates und die Ineffizienz hinsichtlich ihrer eigent-

Forts. von Blatt 1233

Forts. auf Blatt 1235

lichen Aufgaben. Hier sei eine echte Reform und damit eine Dezentralisierung und Privatisierung, ein Aufgeben des Monopols der Stadt Wien nötig. Generell sprach sich Salcher für dezentrale jugendnahe Problemlösungen aus.

Die SPÖ habe aus der Zurverfügungstellung von Lokalen für die Pensionistenklubs der Stadt Wien in keinem Fall Nutzen gezogen, betonte GR. Gerda JERABEK (SPÖ) in ihrem Debattenbeitrag, der sich mit den Leistungen der städtischen Kindertagesheime beschäftigte. Eine Verlängerung der Öffnungszeiten und eine Flexibilisierung seien beim derzeit gegebenen budgetären Spielraum und aufgrund des bildungspolitischen und sozialpädagogischen Auftrages der städtischen Kindertagesheime nicht realisierbare Forderungen. Es müsse gewährleistet bleiben, daß der Kindergarten eine familienergänzende, aber keine familienersetzende Funktion habe. Weder die Verlängerung der Öffnungszeiten, noch eine flexiblere Handhabung derselben seien kindgemäß und pädagogisch vertretbar. Die Staffelung der Elternbeiträge bis hin zum Nulltarif schließe soziale Härten aus, sagte Jerabek, die vorgeschriebenen Gruppengrößen in den Wiener Kindergärten seien nicht mit der tatsächlichen Zahl der anwesenden Kinder ident. Gegen die Kritik an der Einführung von Halbtagsgruppen sagte Jerabek, man entspreche damit den Bedürfnissen von derzeit 3.000 Kindern, die halbtägig in Ganztagsgruppen untergebracht seien. 1988 würden weitere vier, 1989 weitere zehn Kindertagesheime eröffnet, von „Rationalisierung“ und Sozialabbau könne in diesem Zusammenhang also keine Rede sein.

GR. GINTERSDORFER (FPÖ) würdigte die Bemühungen von Stadtschulratspräsident Matzenauer um eine Objektivierung der Postenvergabe, vor allem der leitenden Funktionen, im Schuldienst. Dennoch blieben noch Wünsche offen. Es könnte beispielsweise ein Punktesystem wie in Oberösterreich eingeführt werden. Gintersdorfer beleuchtete die Überlegungen, die seine Fraktion im Parlament bewogen habe, die 11. SchOG-Novelle schließlich in dritter Lesung abzulehnen. Das Realgymnasium erfülle den bildungspolitischen Auftrag nicht und führe Darstellende Geometrie als einzigen wirklich formenbildenden Pflichtgegenstand nur mehr als Freifach.

GR. Maria RAUCH-KALLAT (ÖVP) gab zu bedenken, ob der Rückgang der Schülerzahlen Ausdruck einer gewissen Kinderfeindlichkeit in Österreich sein könnte. Auch mangelnde Partnerschaft in der Ehe könnte dies begründen. Haushaltsführung und Kindererziehung durch die Väter würden noch vielfach diskriminiert. Die von der ÖVP favorisierte Neue Hauptschule sei in Wien von Anfang an „zum Tode verurteilt“ worden. Hier sei daher ein Ansturm auf die AHS erfolgt. Daraus resultiere ein ständig sinkendes Leistungsniveau, und es werde der Weg zur Gesamtschule ebnet. An Stadtrat Smejkal wandte sich Rauch-Kallat mit den Fragen nach einem Konzept für die Hauptschulen und nach Prognosen über die Schülerentwicklung in der Zukunft. Abschließend kritisierte die Gemeinderätin den baulichen Zustand des Konservatoriums, insbesondere der Ballettschule, und forderte eine rasche Behebung der Mängel.

Sozialphilosophische Überlegungen zur Wiener Sozialpolitik stellte GR. KÖNIG (SPÖ) an: Die konservative Wende in der Sozialpolitik sei in den Köpfen vieler Österreicher bereits vollzogen. Dem radikalkonservativen „Marktwirtschafts-Enthusiasmus“ und dem gemäßigt konservativem „Subsidiaritätsprinzip“ stellte er das sozialdemokratische „Solidaritätsprinzip“ gegenüber. König warnte vor der „Neuen Ehrenamtlichkeit“ in den sozialen Dienstleistungen, die bedeuten würde, daß die Hauptlast der sozialen Fürsorge Frauen durch unbezahlte Arbeit zu tragen hätten. Die Verantwortung für die Schwächeren müsse gesetzlich geregelt sein und dürfe sich nicht in Mildtätigkeit erschöpfen.

Das Programm der Stadt Wien zur Integration von Behinderten sei erfolg-

Forts. von Blatt 1234

Forts. auf Blatt 1236

reich gewesen, erklärte König, und habe deshalb auch zu einem Mehrbedarf im Budget geführt. Mit diesem Geld seien Behindertenwohnplätze, geschützte Arbeitsplätze und Beschäftigungstherapieprogramme finanziert worden.

Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL (SPÖ) wies Vorwürfe zurück, sie habe auf das Problem der „Kinder vom Karlsplatz“ nicht adäquat reagiert. Durch den sofortigen Einsatz zusätzlicher Sozialarbeiter habe man einige Betroffene von der Straße wegbekommen. Einige haben Beschäftigung beim Stadtgartenamt gefunden.

Jugendarbeit sei mühsam und könne nur langfristig Erfolge zeigen, meinte Smejkal, und müsse daher auch in ihren langfristigen Auswirkungen bewertet werden.

Das von GR. Rauch-Kallat urgierte Konzept für die Hauptschulen sei bereits in Vorbereitung. Ein großes Problem stelle dabei die falsche Einstellung vieler Eltern dar, für die die AHS die einzig akzeptable Schulform sei. In diesem Konzept müsse auch die Ganztagschule einen Platz haben, da sie von vielen Eltern gewünscht werde. Die Raumnot des Konservatoriums sei seit längerem bekannt. Durch die Anmietung eines Stockwerkes werde sich die Situation bald bessern.

Konsumentenschutz, Frauenfragen, Recht und Bürgerdienst

GR. Ingrid KARIOTIS (FPÖ) meinte, die Sicherung der Nahversorgung dürfe kein Schlagwort bleiben. In diesem Sinne urgierte sie ein Konzept für die Nahversorgung. Die Wiener Märkte, so Kariotis, haben nicht nur eine wirtschaftliche Bedeutung, sie hätten auch einen hohen kulturellen Stellenwert im lokalen Kolorit. In den alten Ortskernen könnten sinnvolle Märkte gedeihen, und die Frage der Gründung neuer Märkte soll in Zusammenarbeit mit Bezirksparlamenten geregelt werden.

Zum Komplex Frauenfragen, sagte Kariotis, hätten sich bisher mit Ausnahme der Befestigung eines Türschildes für die Frauenservicestelle kein Aktivitäten feststellen lassen.

GR. Rosemarie WALLNER (ÖVP) befaßte sich mit der, wie sie sagte, oft schwierigen Situation der Marktpächter. Die Marktgebühren seien in den letzten zwei Jahren um sieben Prozent gestiegen. Andererseits hätte sich gerade am Blumengroßmarkt die Privatinitiative der Pächter, etwa durch die Abfuhr der Abfälle in Eigenregie, bewährt. Die Märkte sind ein wesentlicher Beitrag zur Nahversorgung, sie bieten frische Waren, Qualitätsprodukte, und wirken preisregulierend. Es fehle aber ein echtes Werbekonzept für die Wiener Märkte mit Bedarfs- und Verbrauchsanalysen.

GR. Edith LAHL (SPÖ) wies auf die Entsorgungsprobleme durch Verpackungsmüll hin. Hier zahle der Konsument zweimal, beim Einkauf und für die Entsorgung für einen Bestandteil der Ware, den er eigentlich nicht brauche. Lahl forderte in diesem Zusammenhang auch eine Vereinheitlichung der Flaschen und damit eine Verbesserung der Rückgabemöglichkeiten sowie generell bundeseinheitliche Lösungen zur Abfallvermeidung in diesem Bereich. Die Stadt Wien habe bereits bei der getrennten Müllsammlung und der Wiederverwertung von Rohstoffen große Erfolge erzielt. Schließlich wies die Rednerin auch auf die Probleme der Hundehaltung in der Stadt hin und erwähnte in diesem Zusammenhang das von der verstorbenen Stadträtin Friederike Seidl initiierte Tierschutzgesetz als positive Grundlage für das Zusammenleben von Mensch und Tier in Wien.

Frauenfragen zu einem gesellschaftspolitischen Anliegen werden zu lassen, sagte GR. Elisabeth DITTRICH (SPÖ), sei das Ziel eines Teils der Arbeit in der Geschäftsgruppe Konsumentenschutz, Frauenfragen, Recht und Bürgerdienst. Frauenfragen seien in allen Bereichen der Kommunalpolitik zu diskutieren. Die Frauenservicestelle habe seit Dezember 1987 658 Klientinnen verzeichnet. Häufigstes Problem sei die Gewalt in der

Forts. von Blatt 1235

Forts. auf Blatt 1237

Familie. Die Einführung geschlechtsbezogener Amtstitel bedeute ein sichtbares Zeichen für die Bemühungen, Probleme von Frauen im gesellschaftlichen Bewußtsein deutlicher darzustellen.

Stadtrat Christine SCHIRMER (SPÖ) stellte fest, es obliege der Privatinitiative, zur Attraktivierung der Märkte beizutragen. Sie werde dafür stets ein offenes Ohr haben und begrüßenswerte Initiativen unterstützen. Die Offenheit gegenüber privaten Initiativen werde unter anderem auch dadurch dokumentiert, daß es in ihrer Geschäftsgruppe ein Büro für Bürgerinitiativen gibt.

Schirmer verwies auf den seit kurzer Zeit bestehenden Kunst- und Kulturmarkt am Donaukanal, der vielleicht teilweise noch steril wirke, doch müßten die Beteiligten den richtigen Weg für eine Belebung des Donaukanalbereiches finden. Derzeit werde an einer Studie gearbeitet, wie weit umweltfreundliche Produkte bei der Stadt Wien verwendet werden können, auch wenn sie im Augenblick teurer sind. Doch würden sich jetzt höhere Kosten bei der Entsorgung amortisieren. Abschließend würdigte Christine Schirmer als neue Stadträtin die Tätigkeit der ihr unterstehenden Dienststellen und erklärte unter anderem, daß bei den Staatsbürgerschaftsverleihungen heuer erstmals Einbürgerungsfeiern abgehalten und Lenkerprüfungen von zunehmend mehr Frauen abgenommen werden.

Personal

GR. Mag. KABAS (FPÖ) forderte den neuen Stadtrat Swoboda auf, jetzt ein Versprechen einzulösen, das er noch als Klubobmann gegeben habe: nämlich Mechanismen zur Kontrolle öffentlicher Auftragsvergaben einzuführen, damit „Skandale wie bei der Stadionrenovierung“ in Zukunft verhindert werden. Ebenso forderte er die Einführung eines „stimmengerechten Verhältniswahlrechtes“. Einem Wahlrecht für Ausländer stehe er skeptisch gegenüber, erklärte Kabas. Österreich besitze ein liberales Staatsbürgerrecht, wer sich mit diesem Land identifiziere, könne innerhalb von zehn Jahren die Staatsbürgerschaft und damit das Wahlrecht erwerben. Das Ausländerwahlrecht löse die wirklichen Probleme der Ausländer nicht, sondern bringe im Gegenteil eine neuerliche Diskriminierung, da es auf Bezirkswahlen beschränkt bleibe.

Abschließend forderte Kabas Swoboda auf, eine „tragfähige Objektivierung“ bei der Besetzung öffentlicher Posten in Angriff zu nehmen.

GR. DALLER (ÖVP) verwies darauf, daß der Personalstand der Stadt Wien gegenüber dem Dienstpostenplan mit mehr als 1.000 Bediensteten überbesetzt sei. Welchen Sinn habe dann die Erstellung eines Dienstpostenplanes, fragte Daller. Besonders kritisierte er, daß der Personalstand in der Magistratsdirektion um 15 Prozent über dem Plan liege. Die Volkspartei verlange zwar keinen Personalabbau, habe aber Vorbehalte gegen die Personalvermehrung.

Die Situation der Wiener Wirtschaft und die Lage am Arbeitsmarkt seien besorgniserregend. Die Prognosen für Wien seien auch für die Zukunft düster. Daller unterstrich die Forderung der ÖVP nach einem Gesetz zur Objektivierung für Personalaufnahmen und Beförderungen innerhalb der Stadtverwaltung. Dazu zähle auch die öffentliche Bekanntgabe aller freien Stellen.

GR. STEIER (SPÖ) wies auf die Bedeutung der Stadt Wien als Arbeitgeber hin. Dabei bemerkte Steier, daß nur 10 Prozent der Beschäftigten unmittelbar in der Verwaltung tätig seien. Zur Arbeitszeitverkürzung sagte Steier, daß diese in Abstimmung mit der Wirtschaft und mit anderen Ländern möglich sein müsse. Steier wies darauf hin, daß Wien nunmehr mit 740.000 unselbständig Beschäftigten den höchsten Prozentsatz Beschäftigter, gemessen an der Anzahl der Bevölkerung habe, den es je gegeben hat. Zur Frage des Wahlrechts der Gastarbeiter sagte er, daß dieses zu prüfen sei:

Forts. von Blatt 1236

Forts. auf Blatt 1238

Man sollte auch diese an den demokratischen Willensbildungen teilnehmen lassen. Sorge bereite ihm der Rückgang der Beschäftigung in der Industrie, im besonderen in der Metall- und Textilindustrie. Für die Zukunft sei generell eine verstärkte Betonung des technischen Sektors vor allem auch in der Ausbildung notwendig.

Als Wünsche an die Verwaltung deponierte Steier eine permanente Verwaltungsreform und vermehrte Eigenkompetenz und Eigeninitiative für die Beamten.

Die Anforderungen an die Stadt Wien werden immer größer, sagte GR. RIEPL (SPÖ), weil der „mündige Bürger“ die Bürgerdienste und Serviceleistungen der Stadt Wien in immer größerem Ausmaß in Anspruch nehme. Man müsse die Frage der Arbeitszeit sachlich und ruhig diskutieren und den Bediensteten der Stadt Wien für ihre verständnisvolle Haltung bezüglich der budgetären Erfordernisse dankbar sein.

StR. Dr. SWOBODA (SPÖ) bekannte sich zu einer wirksamen begleitenden Kontrolle, meinte aber, man solle nicht unbedingt bestehende Institutionen mit neuen Aufgaben überfrachten. Er könne sich eher die Befassung eines Referates in der Baudirektion vorstellen. Hinsichtlich eines neuen Wiener Wahlrechtes sagte Swoboda, es wäre sinnvoller, eine Veränderung auf der Bundesebene abzuwarten und dann in Wien entsprechende Anpassungen vorzunehmen als jetzt eine Novelle zu beschließen und dann vor der nächsten Wahl schon wieder eine neue zu formulieren.

Ein Ausländerwahlrecht wäre etwa auf Bezirksebene vorstellbar, doch wären damit wohl noch nicht alle Probleme einer Diskriminierung gelöst. Immerhin würde dies jedoch eine Verbesserung der Situation bedeuten. Swoboda hofft dabei auf ein möglichst gemeinsames Vorgehen aller drei im Gemeinderat vertretenen Fraktionen.

Eine Arbeitszeitverkürzung bei der Stadt Wien hält Swoboda aufgrund der derzeitigen finanziellen Situation für nicht rasch verwirklichtbar.

Was die Objektivierung von Postenvergaben betrifft, erinnerte der Personalstadtrat daran, daß sie nach der derzeitigen Regelung etwa dann problematisch werden kann, wenn soziale Gesichtspunkte berücksichtigt werden sollen. Bei einer Überschreitung der Dienstposten, die von der ÖVP kritisiert worden war, müsse unter anderem berücksichtigt werden, daß die Stadt Wien 260 Behinderte beschäftigt. Swoboda bekannte sich dazu, deren Zahl weiter aufzustocken. Überdies habe es Personalvermehrungen im Bereich des Jugendamtes und in der Spitalsverwaltung gegeben. Der SPÖ gehe es bei der Vergabe von Dienstposten um die Qualifikation der Mitarbeiter. Sie sei an effizienter, guter und objektiver Verwaltung interessiert, denn nur diese würde von den Bürgern anerkannt.

Die Gemeinderatssitzung wurde um 23.20 Uhr unterbrochen und wird Donnerstag früh fortgesetzt. (Schluß) red

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlags- und Informationsdienst (MR 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Donnerstag, 23. Juni 1988

Blatt 1239

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

Vizebürgermeister Mayr feiert 60. Geburtstag (1242)

Kommunal/Lokal:

Großes Familienfest im Hamerlingpark (1240)

Rätselrallye durch das Karmeliterviertel (1240)

Samstag Blumenkorso im Volksprater (1240)

Stadtbahn wird auf U-Bahn-Betrieb umgestellt: Sperre in den Sommermonaten (1241)

Umweltdiplom für umweltfreundlichen Lokalbesitzer (1243)

Hatzl: Spittelau wird alle Werte einhalten (1244)

Wiener Gemeinderat (1245-1251)

Großes Familienfest im Hamerlingpark

Clowns, Country-Musik, Bauernmarkt

Wien, 23.6. (RK-KOMMUNAL) Ungarische Folklore, Kindertheater, Clowns und Country-Musik sowie verschiedene Aktivitäten für Kinder und Erwachsene gibt es kommenden Sonntag, den 26. Juni, von 14 bis 19 Uhr im Josefstädter Hamerlingpark. Veranstalter ist der Kulturverein „Freunde der Josefstadt“, der dieses Fest mit Unterstützung des Wiener Volksbildungswerkes und des Kulturamtes durchführt.

Im Rahmen eines bunten Unterhaltungsprogrammes gibt es u.a. eine „Musikalische Reise“ eines ungarischen Blockflötenensembles und das Kaikukas-Kindertheater. Unter dem Motto „Den Wurschtl kann kana darschlogn“ bringen bekannte Künstler, wie z.B. Heinz ZUBER und Karl KALKUSCH, Kostproben von Clowns, Wurschtlern und anderen lustigen Personen. Den Abschluß bildet Western- und Country-Musik, dargeboten von der Gruppe „Black and White“.

Gesundheitsstraße und Gesundheitsinformation

Darüber hinaus besteht für die Besucher auch die Möglichkeit, ihre Gesundheit durch kostenlose Blutdruckmessungen, Lungenfunktions- und Sehtests zu überprüfen. Ebenso werden Ärzte und Therapeuten des Gesundheitsamtes über Impfungen, Zahnhygiene u.s.w. informieren. Zahlreiche weitere Informationsstände und Aktivitäten werden das Programm noch ergänzen. Für das leibliche Wohl der Besucher ist durch einen Bauernmarkt gesorgt. Der Eintritt zu sämtlichen Aktivitäten ist frei. (Schluß) zi/rr

Rätselrallye durch das Karmeliterviertel

Wien, 23.6. (RK-LOKAL) Eine Rätselrallye durch das Stadterneuerungsgebiet Karmeliterviertel findet am kommenden Samstag statt. Veranstalter ist die Gebietsbetreuung des Stadterneuerungsgebietes. Start ist zwischen 9 und 10 Uhr im Informationslokal der Gebietsbetreuung (2, Tandelmarktgasse 1). Allen, die ihr Grätzl kennen oder es besser kennenlernen wollen, winken viele schöne Preise. Information unter 35 99 63. (Schluß) ah/bs

Samstag Blumenkorso im Volksprater

Wien, 23.6. (RK-LOKAL) Am kommenden Samstag, dem 25. Juni, steht der Wiener Volksprater im Mittelpunkt einer farbenprächtigen Veranstaltung: Um 15 Uhr beginnt ein großer Blumenkorso, bei dem für viel Unterhaltung gesorgt ist. Die Korsoroute führt von der Südportalstraße, Lagerhausstraße, Perspektivstraße, Zufahrtsstraße, Straße des 1. Mai, Verbindungsweg zwischen Straße des 1. Mai und Hauptallee über die Hauptallee zur Kaiserallee. Das Programm, das bereits um 14.30 Uhr mit einem Platzkonzert am Riesenradplatz eröffnet wird, endet um ca. 16.30 Uhr mit dem traditionellen Empfang des Bürgermeisters auf der Liliputbahnwiese. Dort werden auch die höchstbewerteten Korso-Teilnehmer von einer prominenten Jury unter Vorsitz von Franz ANTEL ausgezeichnet. Moderiert wird die Veranstaltung von Brigitte XANDER. (Schluß) ull/bs

Stadtbahn wird auf U-Bahn-Betrieb umgestellt: Sperrung in den Sommermonaten

Wien, 23.6. (RK-KOMMUNAL) Um den Betrieb der zukünftigen U-Bahn-Linie U 6 an die übrigen U-Bahn-Linien anzugleichen, werden die derzeitigen Stadtbahnlinien von Links- auf Rechtsverkehr umgestellt. Damit ist auch die Installierung von neuen Signalanlagen und die Errichtung eines neuen Stellwerkes verbunden. Mit diesen neuen Anlagen ist in Zukunft auch auf der Stadtbahn ein Gleiswechselbetrieb möglich. Dadurch kann bei einer eventuellen Störung der Stadtbahnbetrieb in beiden Fahrrichtungen aufrechterhalten werden.

Während der Umstellungsphase muß in den Sommermonaten der Stadtbahnbetrieb eingestellt werden.

Von Samstag, den 25. Juni, bis Freitag, den 1. Juli, wird die Stadtbahn zwischen den Stationen Nußdorfer Straße und Friedensbrücke eingestellt. Die Fahrgäste können in dieser Phase die Stadtbahnlinie „G“ nach Heiligenstadt und die U-Bahn-Linie U 4 zur Friedensbrücke benutzen.

Ab Samstag, den 2. Juli, bis Sonntag, den 4. September 1988, muß der Stadtbahnbetrieb zur Gänze eingestellt werden. In diesem Zeitraum wird die Straßenbahnlinie „8“ verstärkt geführt. Weitere Ausweichmöglichkeiten für die Fahrgäste sind die U-Bahn-Linie U 4, die Vorortelinie (S 45) sowie die Linien „D“ und „10 A“. (Schluß) roh/bs

Vizebürgermeister Mayr feiert 60. Geburtstag

Wien, 23.6. (RK-POLITIK) Kommenden Montag, den 27. Juni, feiert Vizebürgermeister Hans MAYR seinen 60. Geburtstag. Mayr wurde 1928 in Wien geboren und schloß die schulische Ausbildung mit der Matura an der Höheren Technischen Lehranstalt, Fachrichtung Elektrotechnik, im Jahr 1947 ab. Er ist seit 1949 verheiratet, seine Gattin ist Lehrerin, der Sohn arbeitet als Arzt in Wien.

Beruflich trat Mayr 1949 in die Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten ein, war dort zuletzt als Direktor tätig — heute ist er von dieser Position freigestellt.

1963 wurde er in den Wiener Gemeinderat gewählt, 1971 in den Nationalrat. 1973 kehrte er als amtsführender Stadtrat für Finanzen und Wirtschaftspolitik in die Landes- und Kommunalpolitik zurück. In seiner nunmehr 15jährigen Tätigkeit als Wiener Finanzstadtrat gelang es Mayr, die Wiener Finanzen in Ordnung zu halten und langfristige Projekte der Bundeshauptstadt wie den Bau der Donauinsel, den U-Bahn-Bau, den Spitalsbau, den Wohnbau und die Stadterneuerung finanziell abzusichern. Speziell fallen in die bisherige Amtszeit Mayrs unter anderem ein neues U-Bahn-Finanzierungsabkommen mit dem Bund (Kostenteilung 50:50 Prozent), die Entschuldung der Wiener Verkehrsbetriebe, der Aufbau der Wiener Holding zu einem angesehenen Wirtschaftsfaktor in Wien, die Gestaltung eines neuen Mietenrechtes zu Beginn der 80er Jahre als Basis der Stadterneuerung in Wien sowie eine Reihe von Wirtschaftsförderungsaktivitäten wie die Ansiedlung von General Motors in Wien, die Rettung der Ankerbrotwerke und die Gründung des Wiener Wirtschaftsförderungsfonds. Im Jahr 1984 wurde Mayr auch zum Vizebürgermeister und Landeshauptmann-Stellvertreter von Wien gewählt.

Neben diesen öffentlichen Funktionen bekleidete und bekleidet Mayr auch Funktionen in der SPÖ. Von 1971 bis 1988 war er Bezirksvorsitzender der SPÖ-Fünfhaus, seit 1974 ist er Mitglied des Parteivorstandes der SPÖ, seit 1985 Mitglied des Parteipräsidiums der SPÖ und seit 1988 Vorsitzender der Wiener SPÖ.

Mayr hat im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit als Finanzstadtrat auch andere Funktionen inne — so ist er z.B. Präsident des Wiener Fremdenverkehrsverbandes, Präsident des Wiener Wirtschaftsförderungsfonds, Präsident des Wiener Zuwandererfonds und geschäftsführender Präsident des „Vereins Weltausstellung“. (Schluß) sei/rr

Umweltdiplom für umweltfreundlichen Lokalbesitzer

Aktion gemeinsam mit den Gästen

Wien, 23.6. (RK-LOKAL) „Wir tauschen jede leere, umweltfreundliche Spraydose gegen eine Stange Pils.“ Mit dieser Idee hat Fritz ZIEGLER, Besitzer des „Victoria“ in der Burggasse 100, seine Gäste zur gemeinsamen Aktion im Interesse des Umweltschutzes eingeladen. Das ist noch nicht alles: Übriggebliebene Essensreste kommen nicht in den Müll, sondern ins Tierschutzhaus, Energie stammt umweltfreundlich aus der Wärmepumpe, und durch die Wasserspülung der Toiletten rauscht Abwasser aus Küche und Schank.

Dafür hat sich Fritz Ziegler das Wiener Umweltdiplom verdient, meinte Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL. Er wird es dem rührigen Lokalbesitzer am kommenden Dienstag, dem 28. Juni, um 20 Uhr, überreichen. Umweltschützer Ziegler feiert dies bei einem Fest gemeinsam mit seinen Gästen an diesem Tag bereits ab 15 Uhr. (Schluß) and/bs

Hatzl: Spittelau wird alle Werte einhalten

Wien, 23.6. (RK-KOMMUNAL) Es habe keinerlei „massiven Druck der Wiener Sozialisten“ hinsichtlich des neuen Luftreinhaltegesetzes gegeben, sagte Donnerstag Energiestadtrat Johann HATZL zu einer Pressekonferenz von ÖVP-Gemeinderat Dr. Johannes HAWLIK über die Müllverbrennungsanlage Spittelau. Der vorliegende Bescheid war natürlich nach den bisherigen gesetzlichen Bestimmungen zu erlassen, stellte Hatzl fest. Das neue Gesetz beinhalte jedoch, daß seine vorgegebenen Werte unabhängig von allen Bescheiden, die es schon gibt, erreicht werden müssen. Das sei selbstverständlich auch für die Heizbetriebe Wien verpflichtend, betonte der Energiestadtrat. Gerade weil es ein neues Gesetz gebe, das sehr strenge Bestimmungen für Müllverbrennungsanlagen enthält, bedürfe es keines neuerlichen Behördenverfahrens. Auf diese Weise würde man das Gesetz ad absurdum führen. „Herr Dr. Hawlik sollte endlich zur Kenntnis nehmen, daß dieses Thema im Sinne der Wiener abgeschlossen ist“, schloß Hatzl. (Schluß) roh/rr

Wiener Gemeinderat

Stadtentwicklung und Stadtplanung

Wien, 23.6. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Gemeinderat nahm am Donnerstag um 9 Uhr seine am Vorabend unterbrochene Sitzung mit der Rechnungsabschlußdebatte über das Kapitel Stadtentwicklung und Stadtplanung wieder auf.

GR. PRINZ (FPÖ) sprach sich dagegen aus, die Weltausstellung im Bereich Alte Donau und Donaupark durchzuführen. In der Bevölkerung des 22. Bezirks gebe es einhellige Ablehnung einer Zerstörung von Erholungsgebieten. Prinz brachte in diesem Zusammenhang ZWEI ANTRÄGE ein und sprach sich dafür aus, die Weltausstellung, falls Wien überhaupt als Veranstaltungsort ausgewählt wird, auf dem Areal des Nordbahnhofes durchzuführen. Zur Frage eines Wiener Zentralbahnhofes schlug er vor, dafür den Westbahnhof ins Auge zu fassen. Prinz forderte eine Aufwertung des Fachbeirates für Stadtplanung und mehr Mitsprache der Stadt Wien bei Bundesbauten. Zur Errichtung der Veterinärmedizinischen Universität brachte Prinz einen weiteren ANTRAG ein, um die mit der Errichtung des Baus verbundenen Probleme konstruktiv zu lösen.

GR. Dr. MAYR (ÖVP) erinnerte an die Weltausstellung 1873 in Wien und stellte Parallelen zu heute fest. Damals sei zunächst ein Direktoreingesezt, ein Büro eingerichtet worden, und man habe kein Thema gehabt. Die ÖVP sei aber grundsätzlich nicht gegen eine Weltausstellung in Wien, doch gelte es, ein interessantes Thema zu finden. Abgesehen von diesen Überlegungen müsse man abwarten, ob Wien überhaupt den Zuschlag erhält. Zu Plänen bezüglich der Mariahilfer Straße forderte Mayr, daß nichts geschehen dürfe, wodurch der Charakter dieser Straße als Einkaufsstraße in irgendeiner Weise eingeschränkt wird.

GR. Christine SOTONA (SPÖ) wies auf die Bedeutung der Arbeit der Gürtelkommission für die Zukunft der Bereiche Gürtel-Wiental hin. Die Planungsarbeiten sind im Sinne einer Verbesserung der Wohnqualität der Bewohner dieses Stadtraumes zu sehen. Senkung von Lärm und Abgasbelastigungen, Schaffung von Grün- und Freiflächen und natürlich auch eine funktionierende Abwicklung des Verkehrs werden aufgrund einer Reihe von Maßnahmen dazu beitragen. Unter anderem sind, wo es notwendig und möglich ist, Tunnellösungen vorgesehen, weiters sind ein Abrücken der Fahrbahnen von den Wohnhäusern und ein breites bepflanztes Vorland als Möglichkeiten der Verbesserung dieses Lebensraumes geplant. Zur Weltausstellung sagte Sotona, daß diese ein Symbol der friedlichen Koexistenz in Europa sein werde, und daß sie einen Auftrieb für die Wirtschaft und damit die Schaffung von Arbeitsplätzen bedeuten werde. Im Gefolge der Weltausstellung werde sich auch eine Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur ergeben.

GR. Mag. KARL (ÖVP) sagte, daß in Meidling seit mehr als neun Jahren an der Erstellung eines Bezirksentwicklungsplanes gearbeitet werde. Er hoffe, daß Stadtrat Dr. Swoboda in seiner neuen Funktion mehr Effizienz zeige als in seiner Eigenschaft als Bezirksmandatar. Den Wienflußbereich hält Karl für ungeeignet zur Übernahme einer Erholungsfunktion. Sinnvoller wäre es, die B 1 in das Wienflußbett zu verlegen. Zum Zentralbahnhof meinte Karl, wenn er schon gebaut werden solle, dann sollte es Tunnels in Hietzing und Meidling geben. Diese Unterführungen könnten gleich für die Verlängerung der Vorortelinie verwendet werden. In der Idee einer Weltausstellung sieht Karl eine Jahrhundertchance für Wien. Im Donauraum verlangt die ÖVP ein Gesamtgestaltungskonzept mit Zeit- und Finanzierungsplan und die Mitsprache der Bevölkerung. Die Straßenbahnlinie „8“ möchte Mag. Karl erhalten wissen. Über Flächenwidmungspläne forderte Karl mehr Information der Bevölkerung.

GR. Ruth BECHER (SPÖ) würdigte die engagierte Beteiligung der Bevölkerung an der Donauraumplanung und erläuterte die ökologischen Gründe für eine Staufstufe Wien. Wichtig wären Maßnahmen für eine Revitalisierung der alten Ortskerne. Sie unterstrich die Forderung ihrer Fraktion nach einem vierspurigen Ausbau der Umfahrungsstraße B 3. Die Bundesstraßen-AG arbeite effizient, suche den Kontakt mit der Bevölkerung und sei kompromißbereit. Auf diese Weise könne nun die Verlängerung der A 23 nach Norden verwirklicht werden. Der Ausbau der Donauuferautobahn erfolge planmäßig und werde im nächsten Jahr fertiggestellt werden.

Zur Radroute West äußerte sich GR. Mag. KAUER (ÖVP) skeptisch. Trotz wiederholter Ankündigungen gebe es nur Teilbereiche dieses Radweges, von einer durchgehenden Route könne keine Rede sein. Das Budget für die Radwege, das für 1988 mit 10 Millionen Schilling angekündigt war, sei auf sechs Millionen reduziert worden. In Gesprächen über die Radfahrmöglichkeiten auf der Mariahilfer Straße habe er festgestellt, daß es genügen würde, den Verkehr zu verlangsamen, um sichere und gesicherte Möglichkeiten für die Radfahrer zu schaffen. Ein finanzaufwendiger Radweg, wie die SPÖ ihn für notwendig halte, sei nicht erforderlich.

StR. Dr. SWOBODA (SPÖ) erklärte, daß er prinzipiell weder für noch gegen Großprojekte sei. Die Frage laute nicht „groß oder klein“, sondern „gut oder schlecht“. Entscheidend sei das Abwägen der Vor- und Nachteile, des Nutzens und der Kosten. Dies gelte auch für jene Projekte, die der Bund oder die ÖBB in Wien planen. Bezüglich eines Standortes für eine mögliche Weltausstellung gehe es darum, die einzelnen Varianten aufgrund ausreichender Unterlagen mit all ihren Vor- und Nachteilen zu diskutieren. Ganz sicher werde weder die Alte Donau noch der Donaupark für eine Weltausstellung angegriffen werden.

Grundsätzlich müsse man der Gefahr vorbeugen, daß Wirtschaft und Politik Projekte planen, mit denen sich die Bevölkerung nicht identifizieren kann. Auch die mögliche Weltausstellung müsse in der Bevölkerung verankert sein und von ihr bejaht werden.

Bezüglich eines möglichen Zentralbahnhofes versicherte Swoboda, daß Wien seine Interessen vertreten werde. Zur Gürtelplanung erklärte Swoboda, daß man den Bürgern die stadtplanerischen Vorstellungen im Zusammenhang mit der tatsächlichen Finanzierbarkeit nahebringen müsse. Generell werde er sich nicht zu raschen Entscheidungen drängen lassen, wenn diese nicht gut vorbereitet sind. Zur Frage des Donauraums vertrat Swoboda den Standpunkt, daß man die Kraftwerksentscheidung nicht isoliert vorlegen könne, sondern die gesamte Donauraumgestaltung in einem Sondergemeinderat im Detail besprechen müsse.

Abschließend bekräftigte Swoboda seinen Standpunkt, daß man bei Großprojekten dafür sorgen müsse, daß die Vorteile die Kosten überwiegen und, daß die Menschen informiert und beteiligt werden, damit sie sich mit den Projekten auch identifizieren können. Seine Maxime in der Stadtplanung sei, daß man eine Kombination von Realismus und Phantasie finden müsse.

Gesundheits- und Spitalswesen

GR. Karin LANDAUER (FPÖ) wertete die Ankündigung positiv, daß nötige Arbeiten im Krankenhaus Floridsdorf demnächst durchgeführt werden. Sie stellte fest, daß im Gerätepool der Rudolfstiftung Geräte lagern, während andere Spitäler unzureichend ausgestattet sind. So gebe es beispielsweise im Krankenhaus Floridsdorf zu wenige Überwachungsgeräte für die Intensivstation.

Es müßten zusätzliche Schritte gesetzt werden, um die Säuglingssterblichkeit weiter zu verringern. Sie stellte die Fragen, ob das Pulmologische Zentrum tatsächlich in ein Orthopädisches Krankenhaus umgewandelt

Forts. von Blatt 1245

Forts. auf Blatt 1247

werden soll, und ob es keine Möglichkeit gebe, das Labor des St. Anna Kinderspitals in größerem Ausmaß zu unterstützen.

Das AKH nimmt eine zentrale Stellung im österreichischen Gesundheitswesen ein, erklärte GR. Dr. RASINGER (ÖVP). Hochgerechnet von den Baukosten sei mit jährlichen Betriebskosten von acht Milliarden Schilling zu rechnen, und dies mache es notwendig, zu überlegen, was uns das Gesundheitswesen wert sei. Es dürfe nicht passieren, daß der Ambulanzbetrieb „ausgehundert“ werde. Obwohl die Inbetriebnahme in Abschnitten ab dem zweiten Quartal 1989 beginnen soll, fehle es noch an wichtigsten Entscheidungen, darunter über das Funktionieren der internen Struktur.

Wichtig wäre ein Ausbau der dezentralen Versorgung für alle Menschen. Mit den Sozialen Stützpunkten und der Zusammenarbeit mit den niedergelassenen Ärzten allein, wie es Stadtrat Stacher vorsehe, sei nichts gewonnen. Er vermisse ein umfassendes Drogenkonzept, monierte Rasinger weiter und verwies auf die großen Probleme, die durch Drogen und Alkohol über Betroffene und Familien hereinbrechen. Hinsichtlich der Impfaktionen kritisierte Rasinger, daß die Stadt Wien nur die von ihr in den Gesundheitsämtern durchgeführten bewerbe, jedoch auf die niedergelassenen Ärzte vergesse. Man müsse von einer zentralen Gesundheitsverwaltung abgehen. Die ÖVP bekenne sich zu einer Zusammenarbeit im Gesundheitswesen, schloß Rasinger.

GR. Dr. Elisabeth NECK-SCHAUKOWITSCH (SPÖ) wies auf die Erfolge der Gesundheitspolitik in Wien hin. Es gelte auch in Zukunft, die entsprechenden Strukturen an die Erfordernisse der Zeit anzupassen, verändernd und gestaltend einzugreifen.

Neck-Schaukowitsch wies in besonderen auf die verbesserte Möglichkeit für Eltern hin, Kinder im Spital zu besuchen. Mit dem Wiener Risikokinderprogramm sei es gelungen, große Verbesserungen im gesamten Bereich von der Schwangerschaft bis zur medizinischen Betreuung von Kleinkindern zu erreichen. Weiters betonte die Rednerin die Bedeutung der Präventivmedizin, mit der Ausweitung der Vorsorgeuntersuchungen und Einrichtungen wie etwa der medizinisch-meteorologischen Beratung. Ebenso sei die Einrichtung des Instituts für Umweltmedizin von größter Bedeutung als Teil der Prävention. Die zahlreichen Maßnahmen für die Wiener Senioren bezeichnete Neck-Schaukowitsch als wichtige Vorkehrungen, das Leben für ältere Menschen lebenswert zu gestalten.

GR. Dkfm. Hilde SCHILLING (ÖVP) kritisierte, daß im Bereich der Pflegeheime und Spitäler das Budget 1987 um 31 Millionen unterschritten wurde, dabei aber notwendige Investitionen und Anschaffungen unterlassen wurden. Schilling brachte einen ANTRAG auf Generalrenovierung und Neuausstattung der Pavillons 11 und 5 des Pflegeheimes Sanatoriumstraße und auf Sanierung der derzeit leerstehenden Pavillons 8 und 15 des Psychiatrischen Krankenhauses Baumgartner Höhe ein. Verwundert zeigte sich Schilling über 13 unbesetzte, von 73 zur Verfügung stehenden, Planungsposten für Ergotherapeuten. Da Ergotherapeuten zur Rehabilitation kranker, behinderter und alter Menschen in steigendem Ausmaß gebraucht würden, brachte Schilling einen ANTRAG auf Aufstockung von Ausbildungs- und Planungsposten für Ergotherapeuten ein. Ebenfalls im argen liege die Hauskrankenpflege. Bei der abzusehenden Entwicklung der Bevölkerungsstruktur sei es nötig, die Pflege kranker und alter Menschen in ihren Wohnungen effizienter zu gestalten. Schilling stellte den ANTRAG, die Planposten für Mobile Krankenschwestern aufzustocken und eine Installierung der Hauskrankenpflege voranzutreiben.

GR. SCHIEL (SPÖ) vertrat den Standpunkt, daß die verschiedenen von der ÖVP geäußerten Kritikpunkte jeder Grundlage entbehren. Zum AKH meinte er, daß die vorgelegten Kosten nicht überschritten werden. Im neuen AKH würden die Patienten bestens betreut werden, wobei bereits

Forts. von Blatt 1246

Forts. auf Blatt 1248

jetzt 36 Prozent der Patienten im AKH Nichtwiener seien. 800 Millionen Schilling aus Pflegegebühren müsse die Stadt Wien für Nichtwiener zahlen.

Zu dem ab 1. Juli einzuhebenden Kostenbeitrag von 50 Schilling pro Tag stellte er einen **BESCHLUSS- UND RESOLUTIONSANTRAG**, demzufolge der Stadtrat für Gesundheits- und Spitalswesen Ende 1989 einen Bericht über die Einnahmen aus diesen Pflegegebühren und die mit der Einhebung verbundenen Verwaltungskosten geben solle.

Schiel wies auf die hervorragende Ausstattung der Wiener Spitäler (Computertomographen, Farbstofflasergerät) sowie auf die 9.500 Akutbetten hin. Abschließend gab er der Hoffnung Ausdruck, daß die ÖVP bei der nach voller Inbetriebnahme von AKH und SMZ-Ost geplanten Umwandlung von kleineren Spitälern bzw. Abteilungen keine Schwierigkeiten machen werde.

StR. Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ) sagte, ein Überschuß beim Rechnungsabschluß bedeute nicht unbedingt einen realen Überschuß, da Rechnungen oft erst im Laufe des Folgejahres eintreffen. Das Rehabilitationszentrum im Psychiatrischen Krankenhaus bezeichnete er als eine richtungsweisende Einrichtung, die sich allerdings durch die Psychiatriereform in einem gewissen Grad überholt habe. Daher habe man einen Teil des Personals dort abgezogen und in andere Primariate eingegliedert. Zur Kritik am Gerätepool stellte er fest, daß alle Spitäler eine Liste der dort befindlichen Geräte erhalten, und mitteilen können, wenn davon etwas benötigt wird. Zur Forderung nach mehr Geld für das St.-Anna-Kinderspital meinte Stacher, die Stadt Wien habe verfassungsmäßig nicht die Aufgabe der Forschung, und für den Umbau seien ohnehin große Geldmittel flüssig gemacht worden. Zur Drogensituation sagte Stacher, es gibt kaum eine Großstadt mit einer solchen Kette von Einrichtungen für Drogensüchtige. Die illegalen Drogen spielen eine vergleichsweise geringere Rolle, besonders gefährlich seien legale Drogen zusammen mit Alkohol. Aus Methadon dürfe man kein Politikum machen. Nicht der Politiker, sondern der Arzt müsse die entsprechende Entscheidung treffen.

Kultur

GR. GINTERSDORFER (FPÖ) erkundigte sich nach der Zukunft der städtischen Kulturbetriebe nach der Privatisierung der Holding. Weiters: Die ständige Ausweitung der Programme bei den Wiener Festwochen habe dazu geführt, daß jetzt schon fast das ganze Jahr über entsprechende Veranstaltungen abgehalten werden. Jetzt wäre allerdings der Zeitpunkt gekommen, das Angebot zu reduzieren und übersichtlicher zu gestalten. Trotzdem sollte es aber auch künftig möglich sein, Ausstellungen wie „Imago Mexiko“ nach Wien zu bringen. Was Eigenproduktionen betrifft, soll man nach Ansicht von GR. Gintersdorfer überlegen, ob man diese den Theatern überlassen solle. Ob es möglich wäre, den Festwochen einen wienerischen Charakter zu geben, beurteilte Gintersdorfer skeptisch. Er regte an, auch kulturelle Leistungen aus anderen Bundesländern nach Wien zu bringen. Die Rücklagen im Altstadterhaltungsfonds sind seit 1984 von 27 auf zuletzt 84 Millionen gestiegen. Gintersdorfer fragte, was mit diesen angesammelten Mitteln in Höhe von einem Jahresbedarf geschehen soll. Eine bessere Dotation der Bezirksmuseen ist ein weiteres Anliegen des FPÖ-Gemeinderates, wobei er vor allem die Sanierung des Bezirksmuseums Josefstadt als vordringlich betrachtet.

GR. Mag. KAUER (ÖVP) kritisierte die Überschreitung des Voranschlages der Wiener Festwochen. Statt 60 Millionen Schilling seien letzten Endes 76 Millionen ausgegeben worden. Generell stellte Kauer die Fragen, ob die Festwochen nicht verwechselbar geworden seien, ob der Zeitpunkt nicht anders gewählt werden solle oder zumindest die Bezirksfestwochen nicht zeitlich verlegt werden sollten. Weiters sei das Budget der Festwochen zu

Forts. von Blatt 1247

Forts. auf Blatt 1249

limitieren, mit dem Geld müsse sorgsamer umgegangen werden. Grundsätzliche Fragen zu den Wiener Festwochen seien vor Bestellung eines neuen Intendanten zu klären. Kauer beklagte schließlich die mangelnde Information der Opposition über Fragen der Kulturpolitik. Für die Zukunft seien viele Probleme offen, wie etwa die weitere Führung der Kulturbetriebe in der Wiener Holding oder die Schaffung einer Wiener Kunsthalle.

Man habe in Wien ein ständiges, lebendiges und noch ausweitbares kulturelles Angebot geschaffen, sagte GR. STRANGL (SPÖ). Das Programm der Wiener Festwochen sei vor allem ein Programm für die Wiener, die Produktionen seien aber auch für Touristen außerordentlich attraktiv. Man habe die Erfahrung gemacht, daß nicht nur Klassik, sondern auch neue Angebote wie Big Beat beim Publikum großes Interesse finden. Die Auslastung des Messepalastes sei dafür ein Beispiel. Mit zusätzlichen Subventionen der Stadt Wien wahre man die Chance, daß die Preise auch für Wiener mit durchschnittlichem Einkommen erschwinglich bleiben. Wien habe im Bereich der Kultur zahlreiche Trends gesetzt, wie das Schluß-Open-Air des Landesjugendreferates, die nun vom kommerziellen Veranstaltern übernommen und ausgebaut würden. Zur Kritik an der Arbeit des Altstadterhaltungsfonds sagte Strangl, man habe mit dieser Einrichtung eine einmalige Gelegenheit, das kulturelle Klima dieser Stadt auch durch ihr Aussehen und die Wertschätzung, die man ihren Kulturgütern entgegenbringe, zu dokumentieren.

GR. CZERNY (ÖVP) meinte, die diesjährigen Wiener Festwochen zählten zu den teuersten Festwochen, die der Steuerzahler zu bezahlen hatte. An 39 Tagen habe es unzählige Veranstaltungen gegeben, darunter allein 1.099 im Rahmen der Bezirksfestwochen. Czerny vertrat den Standpunkt, daß angesichts des „eher tristen“ Kulturbudgets ein quantitatives Weniger ein qualitatives Mehr bringen würde. Czerny bedauerte, daß Wien kein Operntheater mehr habe, kritisierte künstlerische und theaterpolizeiliche Aspekte der diesjährigen Festwocheneröffnung und bedauerte, daß „Cats“ bei 97 Prozent Auslastung den Wiener Steuerzahlern bereits 500 Millionen Schilling gekostet habe. Hingegen sei es in Hamburg bereits nach 8,5 Monaten „Cats“ zu beträchtlichen Gewinnen für die Geldgeber gekommen.

Czerny urgierte u. a. die Renovierung des Grassalkovics-Schlössels und gab seiner Hoffnung darüber Ausdruck, daß „Cats“ vielleicht doch einmal Gewinne abwerfen könne, wodurch mehr Mittel für wichtige Bauwerke zur Verfügung stehen könnten.

GR. STEINBACH (SPÖ) sagte, man werde sich bemühen, die Subvention in der Höhe von 18 Millionen Schilling für ein Bezirksmuseum Josefstadt in der Schmidgasse 18 im Budget 1989 unterzubringen. Er würdigte die Arbeit des Wissenschaftsreferates, dessen Verdienste um die Förderung der Wissenschaft und um die Kontakte mit wissenschaftlichen Organisationen. Eine Vielzahl von Aktivitäten, etwa die „Vierteltour“ oder die „Wiener Vorlesungen“ hätten zur Förderung von Kultur und Wissenschaft beigetragen.

Stadtrat Dr. Ursula PASTERK (SPÖ) sagte, durch den Verkauf der Holding werde sich im Bereich der Kulturbetriebe nicht viel ändern. Die Festwochen selbst werden, so Pasterk, im Mai und Juni abgehalten, doch das effiziente Management organisiere Veranstaltungen, mit anderem Budget, auch während des übrigen Jahres. Das sei wesentlich kostengünstiger, als andere Veranstalter damit zu beauftragen. Die Festwochen sollen internationale Strömungen widerspiegeln und eine Plattform für die heimische Szene sein.

Der Altstadterhaltungsfonds enthalte derzeit tatsächlich 84,1 Millionen Schilling. Durch die Fortführung der Werbeaktion sollen Hauseigentümer gewonnen werden, diese Mittel in Anspruch zu nehmen. Das Palais

Forts. von Blatt 1248

Forts. auf Blatt 1250

Grassalkovics werde derzeit renoviert und solle nach der Fertigstellung vom Fremdenverkehrsverband genutzt werden. Das Bezirksmuseum Josefstadt soll im nächsten Jahr renoviert werden. Sie teile die Ansicht von GR. Kauer, daß nicht die Kulturpolitik das Kulturschaffen bewirke, aber diese Politik schaffe die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Tätigkeit, sagte Pasterk. Die Tatsache, daß Wien als Theater und Musikhauptstadt bezeichnet wird, sei nicht zuletzt auf die Wiener Kulturpolitik zurückzuführen. Durch die Aufführung der Cats-Produktion im Ronacher werde auch ein sinnvoller und wirtschaftlicher Personaleinsatz möglich. Die Einrichtung der Kunsthalle im Messepalast sei wohl nur ein kleiner Schritt vorwärts, doch sei dies wertvoller als Großprojekte, die nie realisiert werden.

Forts. von Blatt 1249

Umwelt, Freizeit und Sport

GR. Mag. KABAS (FPÖ) sagte, Wien sei noch weit vom Ziel einer Umweltmusterstadt entfernt. Das sei nicht allein an der geringen Dotation von 24 Millionen Schilling für den Umweltschutz im engeren Sinn im Jahr 1987 zu ersehen. Es sei noch viel auf dem Gebiet der Müllvermeidung zu tun; die Wirksamkeit der getrennten Müllsammlung, wie derzeit geplant, sei fraglich. Angesichts der ungünstigen Standorte der Wiener Müllverbrennungsanlagen sei die Reduktion der Schadstoffe nach dem letzten Stand der Technik erforderlich. Zum österreichischen Luftreinhaltegesetz bemerkte Kabas, daß er dieses für lückenhaft und verunglückt halte. Schließlich forderte der Redner die Förderung des Nachrüstkatalysators in Wien und die Erklärung des Wienerwaldes zum Bannwald im Sinne des Forstgesetzes. Für die Weltausstellung dürfe auf keinen Fall Naherholungsraum geopfert werden.

Das „Baustellenchaos“ bei Straßenbauarbeiten kritisierte GR. Dr. NEUBERT (ÖVP). Man habe die Chance der Koordinierung von Bauarbeiten trotz Computereinsatz und spezieller EDV-Programme versäumt. Es gebe immer noch zahlreiche Beispiele für Langzeitbaustellen, unkoordinierte Einbauten und Schlampereien. Dies betreffe Gleisbauarbeiten und Kabelverlegungen ebenso wie die Sanierung der Kanäle und des Wasserleitungsnetzes. Ein weiterer Kritikpunkt sei die trotz des vor zwei Jahren beschlossenen Kanalausbauprogramms steigende Anzahl von Senkgruben in Wien. Bei zahlreichen Kleingartenanlagen könnte z.B. ein Anschluß an das Kanalnetz raschest durchgeführt werden, statt dessen plane man in Aspern die Errichtung von 600 Schrebergärten mit Senkgruben. Neubert brachte einen ANTRAG hinsichtlich eines Programmes zur Senkgrubenreduzierung und zum Start einer eigenen Förderungsaktion ein.

GR. Elisabeth FLEISCHMANN (SPÖ) betonte, daß Umweltpolitik nicht Sache einiger weniger Experten sein dürfe, sondern die Aufgabe jedes einzelnen engagierten Bürgers. Als positive Beispiele für den Umweltschutz in Wien nannte sie die erfreuliche Frequenz der Problemstoffsammelstellen, die Altbatteriensammlung, die von mehr als 800 Firmen durchgeführt wird, und die Apotheken, die 1987 fast 100 Tonnen alte Medikamente gesammelt haben. Wien habe das Ziel, unter den Großstädten der Welt als Umweltmusterstadt zu gelten. Dieser Anspruch sei nicht utopisch. So sei Wien die einzige vergleichbare Großstadt, die bald zur Gänze in Normalzeiten mit Gebirgswasser versorgt wird. Durch die Sanierung der Deponie Rautenweg und andere Maßnahmen soll die Qualität des Grundwassers sichergestellt werden. Neben verschiedenen umweltpolitischen Vorhaben führte GR. Fleischmann die Sanierung des Kanalnetzes an, die bis zur Jahrhundertwende abgeschlossen sein wird.

GR. FÜRST (ÖVP) kritisierte, daß Wien noch immer über keinen ausreichenden Hochwasserschutz verfüge. Auch seien zahlreiche anstehende Umweltprobleme noch immer nicht gelöst. Das gelte beispielsweise für die Hauptkläranlage, die EBS oder für die Sortierung beim Hausmüll. Man

Forts. auf Blatt 1251

sei von einer Lösung weit entfernt, und der Weg zur Umweltmusterstadt sei noch lang. Der Naturschutzbericht gebe keinen umfassenden Überblick. Fürst regte — wie das in anderen Bundesländern üblich sei — einen eigenen Wiener Umweltbericht an. Für den Zivilschutz sei so gut wie nichts geschehen. Im Budget seien zwar 200.000 Schilling vorgesehen gewesen, laut Rechnungsabschluß sei jedoch kein einziger Schilling ausgegeben worden. Er stellte den ANTRAG, daß für den Neubau der Hauptfeuerwache Floridsdorf umgehend die erforderlichen Mittel bereitzustellen sind und, daß am Standort der neuen Hauptfeuerwache auch eine Wiener Feuerwehr-, Zivil- und Katastrophenschutzschule errichtet werden soll.

GR. STOCKINGER (SPÖ) erklärte, die Sorge, Wien könne den Weg zur Umweltmusterstadt nicht schaffen, sei unbegründet. Schon heute sei Wien vorbildlich auf der ganzen Welt. Das Wort von der Umweltmusterstadt sei kein Slogan, sondern ein Versprechen. Schon vor 20 Jahren haben die Sozialisten die Bedeutung des Umweltschutzes erkannt. Immer mehr wird dieser zu einem Anliegen der Bevölkerung. Die städtischen Dienststellen, die in diesem Ressort zusammengefaßt sind, erbringen maßgebliche Leistungen, wie Aufforstungen, Schaffung und Pflege von Grünflächen oder Errichtung von Bädern. Die Sportförderung unterstützt kleine Vereine und schafft auch die finanzielle Basis für den Spitzensport und sportliche Großereignisse.

Stadtrat Dr. HÄUPL (SPÖ) nahm zunächst zur Frage der Luftreinhaltung Stellung. Häupl bezeichnete das Luftreinhaltegesetz auf Bundesebene als ersten Schritt, der differenziert zu sehen und weiter zu entwickeln sei. Die Stadt Wien werde sich jedenfalls an die vorgeschriebenen Grenzwerte halten. Die Müllverbrennung Spittalau werde zu den bestausgestatteten und damit schadstoffärmsten Anlagen der Welt zählen. Zur Müllvermeidung sagte Häupl, das hier jene in die Verantwortung zu nehmen seien, die für das derzeitige große Müllaufkommen verantwortlich seien. Hier werde es sicher auch zu Konflikten kommen, die auch auszutragen seien. Die ABA im Rinter Zelt habe ihre Effizienz gegenüber dem Vorjahr immerhin verdoppelt, es sei jedoch eine weitere Effizienzsteigerung anzustreben. Die Fragen der Erklärung des Wienerwaldes zum Bannwald und der Förderung des Nachrüstkatalysators müßten weiter diskutiert werden.

Die Sitzung des Gemeinderates wurde um 16.15 Uhr unterbrochen. Sie wird Freitag fortgesetzt. (Schluß) red

Forts. von Blatt 1250

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Verlag: Pressesum, Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt!

Freitag, 24. Juni 1988

Blatt 1252

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Bürgermeister Zilk begrüßt den Papst in Wien (1253/FS: 23.6.)
- Täglich Fahrten ins Grüne (1255)
- 71 116 — neue Telefonnummer des Marktamtes (1255)
- Josefstadt erhält „Max-Böhm-Hof“ (1256)
- Mayr: Kauer gefällt sich als Kontrollor der Kontrolleure (1257)
- Wiener Landtag (1258)
- Wiener Gemeinderat (1258-1266)
- Größere Durchfahrtshöhe für Unterführung Stadionbrücke (nur FS)
- „J“ abends eingestellt (nur FS)
- Straßenkehrer entdeckte Handgranate (nur FS)

Wirtschaft:

- AdöG-Tagung setzte neue Akzente (1254)

Bürgermeister Zilk begrüßt den Papst in Wien

Wien, 23.6. (RK-KOMMUNAL) Wiens Bürgermeister Dr. Helmut ZILK begrüßte am Donnerstag das Oberhaupt der katholischen Kirche, Papst Johannes Paul II, in der Bundeshauptstadt. Der Papst hatte auf dem Weg vom Flughafen Schwechat zum Wiener Stephansdom einen kurzen Aufenthalt auf der Marienbrücke genommen. Dort erwarteten Bürgermeister Zilk und Mitglieder der Wiener Landesregierung den Gast, der sich auch in das Goldene Buch der Stadt Wien eintrug. (Schluß) fk/rr

Bereits am 23. Juni 1988
über Fernschreiber ausgesendet!



AdöG-Tagung setzte neue Akzente

Wien, 24.6. (RK-WIRTSCHAFT) Von der schon traditionellen Ruster Tagung der Arbeitsgemeinschaft der österreichischen Gemeinwirtschaft (AdöG), die in dieser Woche unter dem Generalthema „Wissenschaft und Gemeinwirtschaft“ abgehalten wurde, gingen deutliche Signale aus, die der Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft, Dipl.-Vw. Herbert TIEBER so formulierte: „Diese Tagung soll ein Anstoß für neue Initiativen sein, die Zeit für eine neue Offensive der Gemeinwirtschaft ist da, um von einer defensiven Position wegzukommen. Das sollte zu einer Bewußtseinsbildung auf allen Ebenen führen, bei den Mitarbeitern ebenso wie bei den Politikern.“

Eine wesentliche Hilfe dabei wird die von Tieber angekündigte Erarbeitung einer neuen Formel für den Begriff „Gemeinwirtschaft“ sein, die im kommenden Herbst durch den bei der Tagung neu konstituierten Wissenschaftlichen Beirat der AdöG unter dem Vorsitz von Generaldirektor Dr. Walter FREMUTH erfolgen soll.

Übereinstimmung herrschte bei den Diskussionsteilnehmern — der Bogen spannte sich von Universitätsprofessoren über Verantwortliche für kommunale Betriebe bis zu Direktoren verstaatlichter Unternehmungen — darüber, daß die Gemeinwirtschaft als großes Ganzes zu betrachten sei, wobei die Notwendigkeit einer neuen Standortbestimmung anerkannt wurde, nicht zuletzt im Hinblick auf das zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft bestehende Spannungsfeld. Vermieden werden sollte ein Auseinanderdriften, auch wenn etwa bei kommunalen Versorgungseinrichtungen andere Kriterien wirken als bei Bereichen, die sich in zunehmendem Maße „am Markt“ orientieren müßten.

Welches wirtschaftliche Potential insgesamt in diesem Bereich zusammengefaßt ist, bringen einige Zahlen am deutlichsten zum Ausdruck: über 490.000 Beschäftigte in rund 4.500 Betrieben mit einem Bruttoproduktionswert von 665 Milliarden Schilling jährlich stellen ein Drittel der gesamten Wirtschaft dar. (Schluß) pz/gg

Täglich Fahrten ins Grüne

Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) Auch im Juli und August 1988 führt die Stadt Wien im Rahmen der Seniorenbetreuung wieder Fahrten ins Grüne durch. Jeweils Montag bis Freitag können Pensionisten und Dauersozialhilfebezieher der grünärmeren Bezirke 1, 4, 5, 6, 7, 8 und 9 täglich Fahrten zu am Stadtrand gelegenen Erholungsgebieten machen. Teilnehmerkarten für diese im Rahmen der Seniorenbetreuung schon traditionelle Ausflugsaktion können im zuständigen Sozialreferat des Wohnbezirkes gelöst werden. Karten, die bereits in den Vorjahren gelöst wurden, behalten auch 1988 ihre Gültigkeit.

Die Ausflügler werden von geschultem Begleitpersonal betreut. Die Halbtagsfahrten dauern jeweils von 13.30 bis 18 Uhr. Die Abfahrtsstellen für die Fahrten ins Grüne sind:

- 1, Schwertgasse/Wipplingerstraße
 - 4, Favoritenstraße 18
 - 5, Rechte Wienzeile 107
 - 6, Amerlingstraße 11
 - 7, Hermannngasse 24
 - 8, Schlesingerplatz 4
 - 9, Währinger Straße 43.
- (Schluß) jel/gg

71 116 - neue Telefonnummer des Marktamtes

Wien, 24.6. (RK-LOKAL) Das Marktamt — MA 59 — ist ab Montag unter einer neuen Telefonnummer erreichbar. Diese lautet 71 116. Die Klappen bleiben unverändert. (Schluß) red/rr

Josefstadt erhält „Max-Böhm-Hof“

Wien, 24.6. (RK-LOKAL) Nach dem bekannten Schauspieler und Kabarettisten Max BÖHM wird morgen, Samstag, ein Wohnhausneubau der Gemeinde Wien benannt werden. Mit dem „Max-Böhm-Hof“ in der Tigergasse 22 wurde nach 27jähriger Unterbrechung wieder ein Gemeindeneubau in der Josefstadt errichtet.

Max Böhm wurde am 23.8.1916 in Wien geboren und war seit seiner frühesten Jugend mit dem Theater verbunden. Bekannt wurde er als Schauspieler, Kabarettist, aber auch als Textautor, Regisseur und Conferencier, vor allem aber durch eine 20jährige Zusammenarbeit mit Karl Farkas. Max Böhm arbeitete in den letzten Jahren seines Lebens viel am Theater in der Josefstadt. Er war Träger der Goldenen Ehrenmedaille der Stadt Wien. Max Böhm starb am 30.6.1982 im 66. Lebensjahr.

Das Wohnhaus in der Tigergasse 22 umfaßt 26 Wohnungen in sechs Hauptgeschoßen sowie eine Tiefgarage für 18 PKW. Die Planung stammt von der Architektin Eva WEIL. Die Mieter konnten bereits bei der Grundrißgestaltung sowie bei der Ausstattung ihrer Wohnungen mitbestimmen. Das Wohnhaus wurde zwischen August 1986 und Mai 1988 durch die Firma WIBEBA als Generalunternehmer errichtet. Die Bauführung war durch Anrainereinsprüche und komplizierte Fundamentierungen sehr schwierig. Für die Beheizung und Warmwasserbereitung wird Fernwärme genutzt. Die umfangreiche künstlerische Gestaltung der Eingangshalle und der Straßenfassade stammt von Johann JASCHA. Besondere Wohnqualität soll durch die Gestaltung des „Tigerparks“ in unmittelbarer Nähe des Hauses entstehen. Die Gesamtbaukosten betragen 36,6 Millionen Schilling.

Die Benennung der Wohnhausanlage wird Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER um 10 Uhr vornehmen. (Schluß) ah/gg

Mayr: Kauer gefällt sich als Kontrollor der Kontrolleure

Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) Ich nehme die Sachverhaltsdarstellung des ÖVP-Gemeinderates Mag. KAUER mit Gelassenheit auf, denn für mich ist nicht Mag. Kauer, sondern das Wiener Kontrollamt das berufene Kontrollorgan der Stadt Wien, erklärte Vizebürgermeister Hans MAYR Freitag der „RATHAUSKORRESPONDENZ“. Das Wiener Kontrollamt habe die Vorfälle um das Wiener Stadion penibelst geprüft und daraus andere Schlüsse gezogen als Mag. Kauer. Kauer gefalle sich offensichtlich in der Rolle des nachkontrollierenden Kontrollors, er habe allerdings in dieser Rolle schon einmal — bei den Vorfällen um das Kurbad Oberlaa — Schiffbruch erlitten.

Drei Dinge seien jedoch festzuhalten:

- Nicht der Finanzstadtrat, sondern die zuständige Fachabteilung habe eine Sachkreditserhöhung zu beantragen — die Kritik des Kontrollamts richtete sich daher auch gegen die Vorgangsweise der Abteilung;
- der formelle Fehler der Fachabteilung führte zu keinem Schaden von 216 Millionen — die Behauptung Kauers stehe im Gegensatz zu den Fakten des Kontrollamtsberichts;
- Bürgermeister Dr. Helmut ZILK habe bei den Stadionvorfällen keine Strafanzeige gemacht, sondern dem Staatsanwalt den Kontrollamtsbericht zugeleitet.

Der vom Wiener Kontrollamt kritisierte Betrag — rund 20 Millionen — ist noch immer hoch genug, man solle ihn aber nicht gewaltsam auf über 200 Millionen hinauftreiben, betonte Mayr. Man sei derzeit dabei, möglichst viel von diesem Geld über die Wiener Holding auf dem Rechtswege von den betroffenen Firmen zurückzubekommen, erklärte Mayr abschließend. (Schluß) sei/rr

Wiener Landtag

Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Landtag trat am Freitag um 9 Uhr unter dem Vorsitz seines Ersten Präsidenten, Ing. Fritz HOFMANN, zu seiner siebenten Sitzung der laufenden Legislaturperiode zusammen.

Die Anwendung des Unvereinbarkeitsgesetzes für die laufende Wahlperiode wurde einstimmig angenommen. Eine Novelle zum Wasserversorgungsgesetz 1960 wurde in erster und zweiter Lesung mit den Stimmen von SPÖ und FPÖ angenommen. Die Novellen zum Wiener Krankenanstaltengesetz und zur Wiener Landarbeitsordnung wurden in erster und zweiter Lesung einstimmig beschlossen. Ebenso wurde der Naturschutzbericht 1987 von allen Parteien zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Sitzung des Landtages endete um 9.30 Uhr. (Schluß) fk/rr

Wiener Gemeinderat

Verkehr und Energie

Wien, 24.6. (RK-KOMMUNAL) Anschließend setzte der Gemeinderat seine am Vortag unterbrochene Debatte über den Rechnungsabschluß 1987 fort.

GR. PRINZ (FPÖ) forderte für den Weiterbau der Südost-Tangente eine Führung entlang der Ostbahn. Generell seien Straßenführungen durch bestehende Siedlungsgebiete, wie es in der Donaustadt geplant sei, zu vermeiden. Prinz sprach sich für Tempo 30 in Wohngebieten aus, ein generelles Nachttempo 30 sei jedoch nicht sinnvoll. Weiters forderte er eine bessere Überwachung der Kurzparkzonen und eine Verbesserung der Möglichkeiten und Abwicklungsmodalitäten für den Bau geförderter Garagen. Diesbezüglich brachte er einen ANTRAG ein. In bezug auf den U-Bahn-Bau forderte der Redner Verlängerungen der vorhandenen und auch der geplanten Linien, um damit die einpendelnden Autofahrer zum Umsteigen zu bewegen.

Auf zwei Punkte, die im Budget 1987 vorgesehen waren, nun aber mit einem Nullabschluß bilanziert hätten, ging GR. Mag. Dipl.-Ing. REGLER (ÖVP) ein. Es handle sich dabei um die Verlängerung der U6 nach Siebenhirten, deren Planung im Einvernehmen mit den Bezirken erstellt wurde, deren Realisierung beim Bund aber immer noch nicht durchgesetzt werden konnte. Um den vorgeschriebenen Betrag von 1,2 Milliarden sei eine sinnvolle, verkehrstechnisch gute Lösung nicht durchführbar. Die Sparvariante finde das Einverständnis der Bezirke nicht. Ebenso wenig Fortschritte gebe es bei den geplanten Straßenbaumaßnahmen im Bereich des Schwarzenbergplatzes. Es sei aber zu hoffen, sagte Regler, daß in Zusammenarbeit mit dem Planungsressort nun eine rasche Lösung gefunden werden könne.

GR. Josefa TOMSIK (SPÖ) hielt ihren Vorrednern entgegen, es sei nicht sehr leicht, Garagenbauer zu finden, die bereit sind, gegen geringes Entgelt zu vermieten. Dazu kommt, daß auch die Autobesitzer nur ungern für das Abstellen ihres Fahrzeuges zahlen.

Josefa Tomsik gab dann einen Überblick über die Geschichte des Wiener U-Bahn-Baus und dessen Impulse für Arbeitsmarkt und Wirtschaft, für die Archäologie und den Denkmalschutz. Die U-Bahn sei auch ein Beitrag zum Umweltschutz, weil sie Autofahrer bewege, auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen. Abschließend unterstützte Tomsik die Initiative des Bürgermeisters zum Langsamfahren während der Nachtstunden als Beitrag zur Verkehrssicherheit. Die Stadtverwaltung habe es durch verschie-

dene Maßnahmen erreicht, daß die Zahl der bei Verkehrsunfällen verletzten und getöteten Personen gesenkt werden konnte.

StR. HATZL sprach in seiner Wortmeldung einige konkrete Punkte an:

Garagenbau: Es sei nicht immer leicht, im dichtverbauten Gebiet geeignete Grundstücke und die Zustimmung der Bürger zu einem neuen Garagenprojekt zu finden. Beim Westbahnhof gebe es Überlegungen, den Stadtbahnbereich in eine Garagenlösung einzubeziehen. Bei der Johnstraße werde im Zuge des U-Bahn-Baues eine Garage errichtet, die Frage des Betreibers sei noch nicht geklärt.

Eine Ausweitung der Vorortelinie in beiden Richtungen sei verkehrs- und umweltpolitisch wirksamer als nur die Schaffung von Stellplätzen bei der U 3 in Ottakring. Im Rahmen des Verkehrsverbundes müsse man generell Möglichkeiten schaffen, die bewirken, daß Pendler durchgehend öffentliche Verkehrsmittel benutzen können.

Am Schöpfwerk sei im Bereich der Verlängerung der U 6 nach Siebenhirten nun die Entscheidung gefallen, keinen Schranken, sondern eine Überführung für die U 6 zu errichten.

Das Projekt der Garage am Schwarzenbergplatz werde immer realistischer. Dieses Großprojekt werde mit einer Umgestaltung des Schwarzenbergplatzes in Verbindung stehen, wobei auch eine Anbindung der Linie „71“ an die U 1 überlegt wird.

Die Bauarbeiten an der A 22 gehen zügig voran. Am 28./29. Juni wird ein weiterer Abschnitt der A 22 provisorisch eröffnet. Außerdem werden am 1. Juli aller Voraussicht nach alle Fahrspuren des Brückenobjektes Klosterneuburger Straße freigegeben.

Rechnungsabschluß 1987 angenommen

In einem kurzen Schlußwort dankte Finanzstadtrat MAYR den Debattenrednern für ihre Beiträge und empfahl die Zuweisung der 18 während der Debatte eingebrachten Anträge.

Der Rechnungsabschluß 1987 wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen, das Inventar mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ. Die 18 Anträge wurden einstimmig zugewiesen.

Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke

Stadtrat HATZL (SPÖ) verwies als Berichterstatter darauf, daß die Wiener Stadtwerke zu den größten Kundendienstunternehmen zählen und das größte kommunale Unternehmen Österreichs seien. Das Rechnungsjahr 1987 war gekennzeichnet durch eine deutlich gestiegene Energieabgabe. Beim Strom gab es einen Zuwachs von fünf Prozent, beim Gas sechs Prozent und bei der Fernwärme 17 Prozent. Hatzl betonte, daß das Umweltprogramm fortgesetzt werde. Die Wiener Stadtwerke haben 1987 mehr als eine halbe Milliarde Schilling für den Umweltschutz ausgegeben. Eine interdisziplinäre Studie des Wissenschaftsministeriums zeige, daß das Wiener Energiekonzept richtig sei. Er habe nun die zweite Fortschreibung des Energiekonzeptes in Auftrag gegeben. Damit soll eine Basis für die Wiener Energiepolitik bis zum Ende des Jahrtausends geschaffen werden. Auch die Energieberatung hat sich bewährt.

Die Versorgungssicherheit mit Energie muß in den kommenden Jahren auch weiter gesichert sein. Die technischen Einrichtungen sind mit sicherlich hohen Investitionen auf dem letzten Stand zu halten. Als Zielorientierungen seiner Politik nannte Hatzl Wirtschaftlichkeit, Umweltschutz sowie moderne und kundenfreundliche Energietarife. Im Bereich der Verkehrspolitik sind die Fortsetzung des Ausbauprogrammes der U-Bahn und das Beschleunigungsprogramm für den öffentlichen Verkehr die wesentlichen Schwerpunkte.

Forts. von Blatt 1258

Forts. auf Blatt 1260

GR. ZEIHSEL (FPÖ) kritisierte die zögernde Weitergabe der gesunkenen Energierohstoffpreise, die nicht nachvollziehbare Kalkulation und den Nettajahresgewinn der E-Werke von 273 Millionen Schilling. Es könne nicht Aufgabe eines kommunalen Monopolbetriebes wie der E-Werke sein, Gewinne auf Kosten der Stromabnehmer zu erwirtschaften. Zu den Verkehrsbetrieben sagte Zeihsel, die Beschleunigungsmaßnahmen der öffentlichen Verkehrsmittel ließen zu wünschen übrig, zu die Attraktivität zu steigern, müsse man an Intervallverkürzungen, mehr Fahrgastinformation, einer Intensivierung des Nachtverkehrs sowie an behindertengerechter Ausstattung arbeiten. Zeihsel forderte die Einrichtung einer U-Bahn-Polizei.

GR. STRATIL (ÖVP) kritisierte die Wirtschaftspolitik der Wiener Stadtwerke als konsumentenfeindlich. Tatsächlich vorhandene Gewinne würden nicht oder nicht in ganzer Höhe ausgewiesen, Rohstoffe undurchschaubar verwertet und Preisvorteile, die aufgrund der tatsächlichen Zahlen an die Konsumenten weitergegeben werden müßten, eben nicht für diese lukriert. Insgesamt habe man im Rechnungsabschluß 1987 Gewinne von 3.550 Millionen Schilling auf Verluste von 68,5 Millionen heruntergerechnet.

Stratil regte mit einem BESCHLUSSANTRAG an, von der Verbundgesellschaft in den wasserreichen Monaten Billigstrom zu erwerben, um über die Verminderung des finanziellen Aufwandes eine Senkung des Abnehmerpreises zu erreichen und durch die Reduzierung der Eigenproduktion die Schadstoffe zu verringern.

Im Zug seiner Kritik an der von den Wiener Stadtwerken an die Hoheitsverwaltung zu zahlenden Gebrauchsabgabe, die lediglich eine verdeckte Gewinnabschöpfung darstelle, forderte Stratil in einem weiteren BESCHLUSSANTRAG die Aufhebung dieser Steuer für die Wiener Stadtwerke.

Positiv bewertete der Redner die Investitionen von 490 Millionen Schilling für Umweltverbesserungen und das neue Tarifmodell der E-Werke.

GR. DAMPIER (SPÖ) wandte sich gegen den Vorwurf der ÖVP, die Stadtwerke würden eine Hochpreispolitik verfolgen, vielmehr gebe es immer wieder Preissenkungen. Die Stadtwerke sind ein bedeutender Faktor für die Wirtschaft und für den Arbeitsmarkt, sagte Dampier, und berichtete, daß 15.561 Aktive und 379 Lehrlinge bei den Stadtwerken beschäftigt sind. E-Werke und Gaswerke haben Vorkehrungen getroffen, um bei Krisen für mehrere Monate autark zu sein. Aus der Kraft-Wärme-Kupplung stammt ein Drittel der Wiener Fernwärme. Dampier verwies auf die Umweltinvestitionen der Stadtwerke, wie beispielsweise den Flüssiggasbetrieb und Katalysatoreinbau bei Autobussen. Eine Verlängerung der U 1 nach Norden strebe auch er als Donaustädter Mandatar an, fügte Dampier hinzu, doch müsse man als Vertreter der Mehrheitsfraktion seine Forderungen unter dem Blickwinkel der gesamten Budgetsituation formulieren.

GR. NETTIG (ÖVP) verlangte im Sinne einer besseren Koordination und Vereinfachung vieler Tätigkeiten die Wiedereingliederung der Heizbetriebe in die Wiener Stadtwerke. Derzeit sei es so, daß der Gemeinderat zwar den Wiener Strompreis, nicht aber den Fernwärmepreis beschließen könne. Die Heizbetriebe sollten daher in ein städtisches Unternehmen umgewandelt werden, um Reklamationen der Kunden und eine Transparenz der Preise zu gewährleisten. GR. Nettig brachte einen entsprechenden BESCHLUSS- UND RESOLUTIONSANTRAG ein.

GR. HUMMEL (SPÖ) meinte, daß er die Berechnungen von GR. Stratil nicht nachvollziehen könne. Darüber hinaus gebe es Kontrollmöglichkeiten hinsichtlich der Fernwärmepreisgestaltung der Heizbetriebe. Hummel wies darauf hin, daß durch einen gesunkenen Energiebedarf im ersten Quartal des Jahres 1988, insbesondere bei Erdgas, mit einem Ein-

Forts. von Blatt 1259

Forts. auf Blatt 1261

nahmenminus gegenüber dem Wirtschaftsplan zu rechnen sei. Er unterstrich die beträchtlichen Investitionen der Wiener Stadtwerke, insbesondere auch im Umweltschutzbereich. Die Nutznießer all dieser Investitionen seien zum Großteil Wiener Betriebe, darunter vor allem die Elektro-, die Maschinen- und die Bauindustrie.

GR. HAUBENBURGER (ÖVP) kritisierte die Defizite der Friedhofgärtnerei und der Steinmetzwerkstätte, die seit Jahren gleichbleibend hoch sind. Er sehe nicht ein, daß die Stadt Wien die Gärtnerei mit einer nur 60prozentigen Kostendeckung betreibe, und der Steuerzahler die Verluste abdecken müsse. Auch bei der gemeindeeigenen Sargtischlerei hätten sich 1987 Probleme abgezeichnet. Haubenburger stellte den **BESCHLUSS- UND RESOLUTIONSANTRAG**, daß die Friedhofsgärtnerei, die Steinmetzwerkstätte und die Sargtischlerei privatisiert werden mögen. Bezüglich der dort tätigen Bediensteten sei es zweifellos leicht möglich, diese in der Privatwirtschaft unterzubringen.

StR. HATZL (SPÖ) stellte sich auf den Standpunkt, daß eine 100prozentige Kostendeckung bei Gärtnerei und Steinmetzwerkstätte bedeuten würde, daß die Konsumenten nicht nur für die erbrachte Leistung, sondern auch für andere Tätigkeiten dieser Betriebe mitzahlen müßten. Das sei nicht sinnvoll. Dennoch könne er sich eine Anhebung der Tarife in vertretbarem Ausmaß vorstellen. Bei der Sargtischlerei habe sich 1988 die Situation durch Aufträge, die durch öffentliche Ausschreibungen zustande gekommen sind, gebessert.

Zum Verhalten mancher U-Bahn-Benützer meinte Hatzl, ein Erziehungsprozeß müsse das Bewußtsein schaffen, daß öffentliches Gut verantwortungsbewußt zu nutzen sei. Dieser Erziehungsprozeß könne nicht mit den Mitteln der Polizeigewalt durchgeführt werden.

Zur Frage der Benützung öffentlicher Verkehrsmittel durch Rollstuhlfahrer warnte Hatzl eindringlich vor billiger Polemik und stellte den Sicherheitsaspekt in den Vordergrund. Besonders in Autobussen und U-Bahnen könne bei Bremsmanövern ein Rollstuhl nicht ausreichend gesichert werden. Eine behindertengerechte Adaptierung von Haltestellen und Verkehrsmitteln scheitere nicht an finanziellen Fragen, die Behindertenorganisationen seien aber in erster Linie am Ausbau und der Verbesserung des Fahrtendienstes interessiert, da dies ihren Bedürfnissen eher entspreche.

Zur Forderung der ÖVP, die Pensionslasten der Energieunternehmen sollen vom Magistrat getragen werden, rechnete Hatzl vor, daß dies bedeuten würde, daß nurmehr ein Drittel der Investitionen der Stadt Wien insgesamt getätigt werden könnte. Dieser ÖVP-Vorschlag sei daher ein „ungeheurer Anschlag“ gegen die wirtschaftlichen Interessen und die Beschäftigungslage dieser Stadt.

Als bemerkenswert bezeichnete Hatzl die Forderung der ÖVP, die HBW stärker von der Hoheitsverwaltung und vom Gemeinderat kontrollieren zu lassen. Angesichts der laufenden Forderung nach Privatisierung sei es erstaunlich, daß im konkreten Fall die Kontrolle durch Geschäftsführung und Aufsichtsrat als nicht ausreichend empfunden werde. Abschließend bekannte sich Hatzl zur Müllverbrennung und meinte, daß ein „Ausführen“ des Mülls ja wohl keine Lösung sein könne.

ABSTIMMUNG: Der Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke 1987 wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Kontrollamtsbericht 1987

GR. Mag. Dipl.-Ing. REGLER (ÖVP) legte als Berichterstatter den Kontrollamtsbericht 1987 vor. Dieser umfaßt 162 Prüfberichte, die der Kontrollausschuß in mehreren Sitzungen behandelt hat. Damit sei die hohe fachliche Kompetenz der Mitarbeiter des Kontrollamtes bewiesen, sagte Regler. Die beabsichtigte Privatisierung der Wiener Holding werde Probleme für das

Forts. von Blatt 1260

Forts. auf Blatt 1262

Kontrollamt bringen; es sei fraglich, ob das Kontrollamt bzw. der Kontrollausschuß berechtigt seien, Firmen zu prüfen, die sich nur mehr zu 40 Prozent im Eigentum der Stadt Wien befinden. Regler meinte, daß eine Lösung gefunden werden müsse, damit auch weiterhin derartige Beteiligungsverhältnisse in die Prüfkompetenz des Kontrollamtes fallen. An einigen Beispielen des Kontrollamtsberichtes und der Tätigkeit des Kontrollamtes, z. B. Stadionbau, Zentrum Meidlinger Hauptstraße, Fertigteilbau, Edition Wien, Wintersportgala und Schülerjauseverrechnung, zeigte Regler das erfolgreiche Wirken des Kontrollamtes auf. Positiv wertete Regler den neuen Abschnitt II des Kontrollamtsberichtes, der die innerhalb von drei Monaten nach Beendigung einer Prüfung abzugebende Äußerung der geprüften Stelle über die getroffenen Maßnahmen enthält. Damit, so Regler, sei die Chance gegeben, daß die Prüfberichte des Kontrollamtes auch Konsequenzen nach sich ziehen und Fehlleistungen sich nicht wiederholen.

Regler bedauerte, daß im Kontrollausschuß von den sieben Anträgen, die seitens der Opposition eingebracht worden sind, vier Anträge von der Mehrheit abgelehnt worden sind.

Man sei sich einig, sagte StR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ), daß Vertrauen gut, Kontrolle aber besser sei. Unterschiedliche Auffassungen gebe es allerdings dabei, wie und was kontrolliert werden solle. Als Beispiel dafür nannte Pawkowicz die Wohnbauwirtschaft, die zu einem großen Teil öffentliche Förderungsmittel in Anspruch nehme und sich dementsprechend auch einer freiwilligen Kontrolle unterziehen sollte. Zur Arbeit des Kontrollamtes regte Pawkowicz weiter an, man möge auch Positives aufzeigen. Kontrolle solle nicht demotivieren bzw. die Entscheidungsfreude beeinträchtigen, sondern auch eine notwendige und nützliche Motivation ausüben. Das Kontrollamt habe in umfassender Weise seine Prüfaufgaben wahrgenommen und zahlreiche Vorschläge zur Verbesserung gemacht, wobei wichtig sei, schloß Pawkowicz, daß die Folgemaßnahmen nachgeprüft würden.

GR. Dkfm. Karl KÖNIG (ÖVP) betonte die Bedeutung der Kontrolle für die kommunale Arbeit. König führte eine Reihe von Beispielen an, bei denen die Arbeit des Kontrollamtes Mängel aufgezeigt habe und nannte dabei auch die Vergabe eines Auftrages von Personalcomputern, die nicht nach wirtschaftlichen Kriterien erfolgt sei. In diesem Zusammenhang schlug er vor, das Kontrollamt solle bei der Vergabe der EDV für das AKH bereits im vornhinein tätig werden, um eine optimale Abwicklung zu garantieren. König schlug schließlich vor, einen Vertreter der jeweils stärksten Oppositionspartei zum Vorsitzenden des Kontrollausschusses zu wählen und forderte mehr Liberalität bei Oppositionsanträgen zur Kontrolle.

GR. WIMMER (SPÖ) bezeichnete den Kontrollamtsbericht als Nachweis für die umfangreiche und wichtige Tätigkeit des Kontrollamtes und des Kontrollausschusses. Ziele der jeweiligen Kritik seien immer wieder die Verbesserung der Arbeit im Dienste der Kommune und die Reduktion der angesichts der großen Aufgaben immer wieder auftretenden Fehler auf ein Minimum. Zum Vorschlag der Kontrolle von Firmen, die öffentliche Mittel in Anspruch nehmen, sagte Wimmer, daß er dafür sei, jedoch sollten wirklich alle Firmen geprüft werden können. Zur Bemerkung von GR. König bezüglich des Ankaufs von Computern bemerkte er, daß es hier keine den ursprünglichen Vermutungen der ÖVP entsprechende Vorkommnisse gegeben habe. Generell solle die Arbeit des Kontrollamtes nicht für parteipolitische Zwecke genützt werden, sondern zu einer noch besseren, effizienteren, bürgernahen Verwaltung beitragen.

ABSTIMMUNG: Der Bericht wurde einstimmig zur Kenntnis genommen.

Forts. von Blatt 1261

Forts. auf Blatt 1263

Flächenwidmung Maurer-Lange-Gasse

GR. GAAL (SPÖ) beantragte die Aufhebung und Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für ein Gebiet an der Maurer-Lange-Gasse in Liesing zugunsten einer Wohnbebauung.

GR. PRINZ (FPÖ) wies darauf hin, daß die Liesinger Bezirksvertretung einstimmig für eine Grünwidmung eingetreten sei. Dieser Beschluß hatte zum Ziel, daß die Rodauer Straße nicht verlängert wird und daß sowohl der Wald an der Kaserngasse wie das Schlössl erhalten bleiben. Die FPÖ kann daher einer Änderung des Flächenwidmungsplanes nicht zustimmen.

GR. Dr. MAYR (ÖVP) wies darauf hin, daß dieses Grundstück des Bundes jahrelang ungenützt blieb, bis plötzlich der Vorschlag einer Wohnbebauung auftauchte. Die Errichtung von 300 Wohnungen würde aber unlösbare Verkehrsprobleme verursachen. Auch Mayr wies auf den einstimmigen Beschluß der Bezirksvertretung hin, dieses Grüengebiet zu erhalten. Er kritisierte auch die Vorgangsweise, wonach „beim Heurigen“ die Entscheidung zugunsten einer Bebauung durch die Stadtplanungsverantwortlichen getroffen worden sei. Auch die ÖVP ist daher gegen diesen Antrag.

StR. Dr. SWOBODA (SPÖ) erklärte sich mit der Vorgangsweise seines Amtsvorgängers einverstanden. Es werde daher zu einer Wohnbebauung kommen, allerdings nicht in der ursprünglich geplanten Form. Auch die Bürgerinitiative habe ihre Wünsche äußern können und sich sehr kompromißbereit gezeigt. Ein Erwerb des Grundstückes durch die Stadt Wien hätte 40 bis 50 Millionen Schilling gekostet.

GR. Dr. PETRIK (ÖVP) sprach von einem „mißglückten Erbe“, das StR. Swoboda nun zu verwalten habe. Er sprach sich dagegen aus, daß in diesem Fall angebliche Stadtplanungsüberlegungen über lokale Interessen gestellt werden.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Flächenwidmung in Hetzendorf

GR. SEVCIK (SPÖ) beantragte die Aufhebung und Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für das Gebiet zwischen Hetzendorfer Straße, Jägerhausgasse, Marschallplatz, Hermann-Broch-Gasse und Boergasse im 12. Bezirk sowie die Festsetzung einer Schutzzone in einem Teil dieses Gebietes.

GR. PRINZ (FPÖ) forderte die Absetzung des Geschäftsstückes, da seiner Ansicht nach die Wünsche des Bezirkes nicht ausreichend diskutiert wurden.

GR. Mag. KARL (ÖVP) betonte, daß auch die ÖVP für eine Absetzung des Geschäftsstückes eintrete beziehungsweise andernfalls das Geschäftsstück ablehnen müsse. Das bedeute aber keine Ablehnung des Neubaus der Volksschule Hetzendorf. Seiner Ansicht nach seien die Entscheidungen nicht ausreichend vorbereitet worden, und Bürgermeister Zilk habe zwei Einspruchswerbern eine nochmalige Überprüfung zugesagt. Seine Einwände bezog Karl auf den Schulstandort, auf die unzulängliche Erfüllung von Wünschen des Bezirkes, auf die zu geringe Ausdehnung der Schutzzone und verschiedene Verkehrslösungen. Auch sei der Baumbestand gefährdet. Der Dorfcharakter in Hetzendorf müsse erhalten bleiben.

Bei der folgenden Abstimmung sprach sich die SPÖ für eine Weiterverhandlung des Geschäftsstückes aus.

GR. HUFNAGL (SPÖ) bezeichnete die Forderung nach Ausweitung der Schutzzone als unrealistisch und sagte, daß durch die vorgesehene Lösung

Forts. von Blatt 1262

Forts. auf Blatt 1264

neue Grünflächen geschaffen werden. Zur Frage der Schule vertrat er den Standpunkt, daß eine Sanierung der 120 Jahre alten Schule, die obendrein verkehrstechnisch ungünstig gelegen sei, wirtschaftlich nicht vertretbar sei. Sämtliche Alternativstandorte für den Neubau wurden seit 1985 ausreichend überprüft.

ABSTIMMUNG: Mit Stimmenmehrheit angenommen.

Subventionen – Stadtkino und Stiftung Bruno-Kreisky-Archiv

GR. SRAMEK (SPÖ) stellte den Antrag auf Subventionen im Gesamtausmaß von 20,4 Millionen Schilling für verschiedene Organisationen, darunter 2,3 Millionen für das Stadtkino und 400.000 Schilling für die Stiftung Bruno-Kreisky-Archiv.

GR. PROCHASKA (ÖVP) sprach sich gegen die beiden zuletzt genannten Subventionen aus. Das Kontrollamt habe bescheinigt, daß beim Stadtkino größere Sparsamkeit nötig sei. Obwohl Bürgermeister Zilk bei der Gründung des Stadtkinos zugesichert hätte, daß nur die Investitionen, aber keine Subventionen nötig seien, habe das Wiener Stadtkino seit 1981 bereits mehr als 17 Millionen Subventionen benötigt. Prochaska wertete das auch als Scheitern der Philosophie des Stadtkinos. Die Subvention für die Bruno-Kreisky-Stiftung lehne die Volkspartei ab. Diese Stiftung sei mit dem Versprechen gegründet worden, daß sie der Öffentlichkeit nicht zur Last fallen werde.

GR. Dkfm. Dr. AINGER (SPÖ) sagte zur Subventionsliste, er als Vorsitzender des Kulturausschusses sei stolz darauf, daß der Anteil der Kulturausgaben höher sei, als es aus dem Ziffernmaterial des Kulturbudgets ersichtlich sei. Aigner zeigte sich enttäuscht darüber, daß die Volkspartei die beiden Subventionen ablehne. Er sage „Ja zum Stadtkino“, es sei eine wertvolle Einrichtung, und habe eine gute Auslastung. Die Mehrkosten für das Stadtkino ergeben sich unter anderem durch die Untertitelung bei fremdsprachigen Originalfilmen, durch manchmal kostspielige Retrospektiven und durch eine Förderung der Eintrittspreise. Die Subventionsmittel würden optimal eingesetzt. Die Kreisky-Stiftung besitze umfangreiches Schriftmaterial des ehemaligen Bundeskanzlers. Der Vorwurf der Parteilichkeit gehe ins Leere, so Aigner, da die Stadt Wien seit eh und je Institutionen unterschiedlichster Geisteshaltung unterstütze. Die SPÖ sei für die Freiheit von Kunst und Wissenschaft.

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) sagte, die FPÖ werde den Subventionsanträgen zustimmen. Das Stadtkino sei ein Beitrag zur Vielfalt der kulturellen Ausdrucksformen in der Großstadt, und Wien sei gut beraten, das Lebenswerk des Staatsmannes Bruno Kreisky — unabhängig von der politischen Position — zu dokumentieren.

ABSTIMMUNG: Die Subventionen für Stadtkino und Bruno-Kreisky-Stiftung wurden mit den Stimmen von SPÖ und FPÖ, die übrigen Subventionen einstimmig beschlossen.

„Tanz mit den Tanz der Völker“

GR. HANKE (SPÖ) beantragte eine Ausfallshaftung in der Höhe von 250.000 Schilling für die Veranstaltung „Tanz mit den Tanz der Völker“.

GR. Dolores BAUER (ÖVP) bedankte sich im Namen aller Beteiligten an der Nod-Süd-Kampagne des Europarates für die Durchführung dieser Veranstaltung. Damit habe man eine Chance wahrgenommen, das Bewußtsein der europäischen Staaten für die Probleme, aber auch den kulturellen Reichtum der Dritten Welt zu öffnen. „Tanz mit den Tanz der Völker“ sei zu einer Gelegenheit zur Begegnung geworden und nicht nur zum Konsumieren einer Veranstaltung.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

Forts. von Blatt 1263

Forts. auf Blatt 1265

Kanalbau

GR. REITER (SPÖ) beantragte die Erhöhung eines Sachkredites für den Kanalbau 23, Schellenseegasse — Pippichgasse — Auf der Schanz in Liesing von 9 auf 10,5 Millionen Schilling. Für das Jahr 1988 ist eine Baurate von 5,5 Millionen vorgesehen.

GR. CVETKOVIC (ÖVP) kritisierte, daß dieses Vorhaben durch bürokratische Versäumnisse verschleppt und auch um 2,4 Millionen Schilling verteuert worden sei.

GR. Erich HUBER (SPÖ) entgegnete, daß die Verzögerung ihre Ursache in einer Verkettung unglückseliger Umstände habe. Daran seien durchaus auch die teilnehmenden Firmen und der Wasserwirtschaftsfonds beteiligt.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Verkauf des Palais Harrach

GR. FAYMANN (SPÖ) beantragte den Verkauf des Palais Harrach an die Oskar Josef Schmidt GmbH.

StR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) wies auf die zur Zeit ungeklärte Rechtslage hin, da der frühere Interessent Baumeister Kallinger an dem Objekt Mietrechte erworben und Planungsleistungen erbracht hätte, die er nun gegenüber der Stadt Wien einklagen will. Weil also dieser Verkauf problematisch sei, wird ihm die FPÖ nicht zustimmen.

GR. PRAMEL (SPÖ) wies auf zahlreiche erfolgreiche Beispiele von Revitalisierungen wertvoller Baujuwelen hin. Die Erhaltung des Palais Harrach sei notwendig, und die Schmidt GmbH. scheine die Voraussetzungen dafür zu haben.

GR. Mag. KAUER (ÖVP) erinnerte an den Verkauf des Palais an die GESIBA vor 13 Jahren und den notwendigen Rückkauf durch die Stadt Wien. Die Ankündigung des seinerzeitigen Kulturstadtrates Dr. ZILK, das Palais zu einer Galerie für Gegenwartskunst zu machen, wurde nicht verwirklicht. Es sei unkorrekt, dafür die ÖVP des 1. Bezirkes verantwortlich zu machen. Darüber hinaus sei der Verkaufsvertrag ein „wahrer Pfusch“. Der Käufer trage praktisch kein Risiko. Wien werde das Palais wieder zurückkaufen müssen, weil der Käufer seiner Renovierungspflicht innerhalb eines Jahres nicht nachkommen können. Weil es sich um ein „klares Spekulantengeschäft“ handle, sollte der Akt abgesetzt werden.

GR. FAYMANN wies als Berichterstatter darauf hin, daß ein Rechtsgutachten das Klagebegehren des Dr. Kallinger als nicht gerechtfertigt ansehe. Darüber hinaus sei die Bonität des nunmehrigen Käufers gegeben und ein Wiederverkaufsrecht der Stadt Wien zum ursprünglichen Betrag gesichert.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

AKH-Schenkung

GR. BROSCH (SPÖ) beantragte die Schenkung einer 95.719 Quadratmeter großen Fläche des alten AKH-Geländes an die Universität Wien.

StR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) bezeichnete diese Schenkung als einen bedeutsamen Schritt für die Zukunft unserer Stadt und als eine Festigung der Geltung Wiens als Universitätsstadt. Es sei zu hoffen, daß durch die Ansiedlung der Universitätseinrichtungen auf diesem Areal das Miteinander von Universität und Bevölkerung gefördert wird. Pawkowicz meinte, man müsse beim Bund anregen, daß dieser die Stadt bei der nächsten großen städtebaulichen Aufgabe, nämlich bei der Weltausstellung, unterstütze, zum Beispiel durch die Überlassung geeigneter Grundstücke.

Forts. von Blatt 1264

Forts. auf Blatt 1266

Forts. von Blatt 1265

GR. Dr. HAWLIK (ÖVP) begrüßte ebenfalls die Schenkung, bezeichnete es aber als „Schönheitsfehler“, daß es keinen Abtausch an Grundstücken mit dem Bund im Hinblick auf die Weltausstellung gegeben habe. Er bedauerte, daß es keinen städtebaulichen Wettbewerb gegeben habe. Seine Partei habe die Anrainer befragt und folgende Wünsche erheben können: weitestgehende Erhaltung und Revitalisierung, Erhaltung der Grünflächen, Innenhöfe, Gärten und Bäume, öffentliche Zugänglichkeit, gemischte Nutzung, Schaffung einer Infrastruktur und Erklärung zur Schutzzone. Da der Schenkungsvertrag ein relativ offener Vertrag sei, müsse der Bezirk laufend informiert und eingebunden werden. Hawlik bezeichnete die Schenkung als eine Chance für die Universität, für den Bezirk und für alle Wiener.

GR. LUSTIG (SPÖ) gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Redner der beiden Oppositionsparteien so positiv zum vorliegenden Geschäftstück gesprochen haben. Auch er könne die Schaffung eines „Campus“ nur positiv bewerten. Nun werde die langjährige Forderung nach einer lebendigen Nutzung realisiert. Anhörung und Information des Bezirkes seien selbstverständlich notwendig. Da viele Universitätsinstitute in Wohnungen der Bezirke 1, 8 und 9 untergebracht sind, werde durch die zentrale Ansiedelung der Institute auf dem Areal des alten AKH Wohnraum für junge Familien frei.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

Die Sitzung des Gemeinderates schloß um 17.20 Uhr. (Schluß) red

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Verlag: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133940, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
gesetzlich in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Montag, 27. Juni 1988

Blatt 1267

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Stadtplaner Prof. Jäger feiert 75. Geburtstag (1268/FS: 25.6.)
- Reparaturarbeiten auf Wiener Brücken (1269/FS: 25.6.)
- U-Bahn-Bau: Verbesserungsvorschlag bringt Millioneneinsparung (1271)
- Außenstelle des Wohnungsamtes übersiedelt (1272)
- Erfolgreicher Kampf gegen Spekulation (1273/1274)
- Neue Vorsitzende im Gemeinderatsausschuß Verkehr und Energie (1275)
- Verkehrsfreigabe für weiteren Abschnitt der Donauufer-Autobahn (1275)
- Mehr offene Stellen als Lehrstellensuchende (1276)
- Stromausfall in Teilen des 4. und 5. Wiener Gemeindebezirkes (nur FS/26.6.)
- Mann stürzte in Kuppelraum der Straßenbahnlinie 58 (nur FS/26.6.)
- Ferienspiel-Eröffnungsfest auf dem Rathausplatz (nur FS/26.6.)

Bezirke:

- Sitzungen von Bezirksvertretungen (1272)

Kultur:

- Ronacher: Adaptierung im Gange (1270)

Stadtplaner Prof. Jäger feiert 75. Geburtstag

Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL/KULTUR) Heute, am 25. Juni 1988, feiert der Raumplaner Prof. Ing. Werner JÄGER seinen 75. Geburtstag. Jäger ist einer der Planer der „ersten Stunde“. Seit Mitte der 30er Jahre beschäftigte er sich mit der Gestaltung des Lebensraumes, sei es in Form von Ortsplanungen, Stadtplanungen oder Regionalplanungen. Immer hatte bei ihm das Ganze Vorrang vor dem Einzelnen, die Gesamtschau Vorrang vor der eingeschränkten, sektoralen Betrachtung. Heutige Forderungen nach einer ganzheitlichen Betrachtung von Planungsproblemen, die Berücksichtigung von technischen, wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Faktoren waren für Jäger immer eine Selbstverständlichkeit. Er gehört damit zu den Pionieren der Raumplanung in Österreich. Mehr als ein Vierteljahrhundert lang hat er das Österreichische Institut für Raumplanung geleitet — einen großen Teil der Zeit gemeinsam mit Prof. Fritz KASTNER. Mehrere Generationen von Stadtplanern und Raumplanern gingen in dieser Zeit durch seine Schule. Auch nach seinem Ausscheiden im Jahre 1978 hat sich Jäger weiter wichtigen Planungsfragen gewidmet. Besonders mit dem Raum Wien, aber auch mit Niederösterreich und im besonderen Maße mit den Gemeinsamkeiten dieses Raumes hat sich Jäger immer wieder befaßt. Deshalb wird die Stadt Wien gemeinsam mit dem Land Niederösterreich in den nächsten Wochen einen Sammelband von wichtigen Vorträgen und Veröffentlichungen herausgeben. Damit soll das Lebenswerk eines Mannes dokumentiert werden, der die Raumplanung und damit die Entwicklung unseres Lebensraumes wesentlich beeinflußt hat. (Schluß) lf/gg

Bereits am 25. Juni 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Reparaturarbeiten auf Wiener Brücken

Wien, 25.6. (RK-KOMMUNAL) Am kommenden Montag, dem 27. Juni, beginnen auf der Schwedenbrücke voraussichtlich bis Freitag dauernde Belagsarbeiten, die jeweils in der verkehrsschwächeren Zeit zwischen 9 und 15 Uhr durchgeführt werden. Gesperrt werden muß die stadteinwärts führende Fahrbahn; die nächste Überquerung des Donaukanals stadteinwärts ist über die Salztorbrücke möglich.

Ein „neues Gesicht“ in zwei Grün-Schattierungen erhält der im 3. Bezirk im Zuge der Kleistgasse über die Verbindungsbahn führende Kleiststeg, wo ebenfalls am kommenden Montag für die Dauer einer Woche angesetzte Korrosionsschutzarbeiten beginnen werden. (Schluß) pz/gg

Bereits am 25. Juni 1988
über Fernschreiber ausgesendet

Ronacher: Adaptierung im Gange

**Auch Athen und Taiwan wollen „Cats“ –
Übersiedlung ab 3. Oktober, Premiere am 15. Oktober**

Wien, 27.6. (RK-KULTUR) Die Arbeiten an der Adaptierung des Ronachers für das Musical „Cats“ sind im Gange. Das Haus wird an das Wiener Fernwärmenetz angeschlossen und erhält eine neue Belüftung. Die technischen Einrichtungen für Beleuchtung, Ton etc. sind so konzipiert, daß sie später in das komplett umgebaute Ronacher übernommen werden können und daher keinen verlorenen Aufwand darstellen.

Bei „Cats“ wird man im Ronacher 1.218 Besucher unterbringen können, um 200 mehr als im Theater an der Wien.

Die Übersiedlung beginnt am 3. Oktober, die Premiere von „Cats“ im Ronacher findet am 15. Oktober 1988 statt. Gespielt wird täglich außer Montag und Dienstag. Samstag und Sonntag gibt es auch Nachmittagsvorstellungen.

Eine Marktstudie hat ergeben, daß in Österreich, Deutschland und der Schweiz mehr als fünf Millionen Menschen die Absicht haben, eine Vorstellung von „Cats“ in Wien zu besuchen (Österreich 1,17 Millionen, Bundesrepublik Deutschland 3,28 Millionen, Schweiz 650.000). Selbst unter der Berücksichtigung der Tatsache, daß die Österreicher und Deutschen zu einem Drittel, die Schweizer zu einem Siebentel ihre Absicht auch in die Tat umsetzen, ergibt sich für „Cats“ im Ronacher ein Besucherpotential von mehr als 1,4 Millionen.

Der Plan, das Musical im Ronacher etwa ein Jahr auf dem Spielplan zu lassen, basiert auf realistischen Annahmen. In dieser Zeit kann die Planung für den vollständigen Umbau des Hauses ungestört weitergehen.

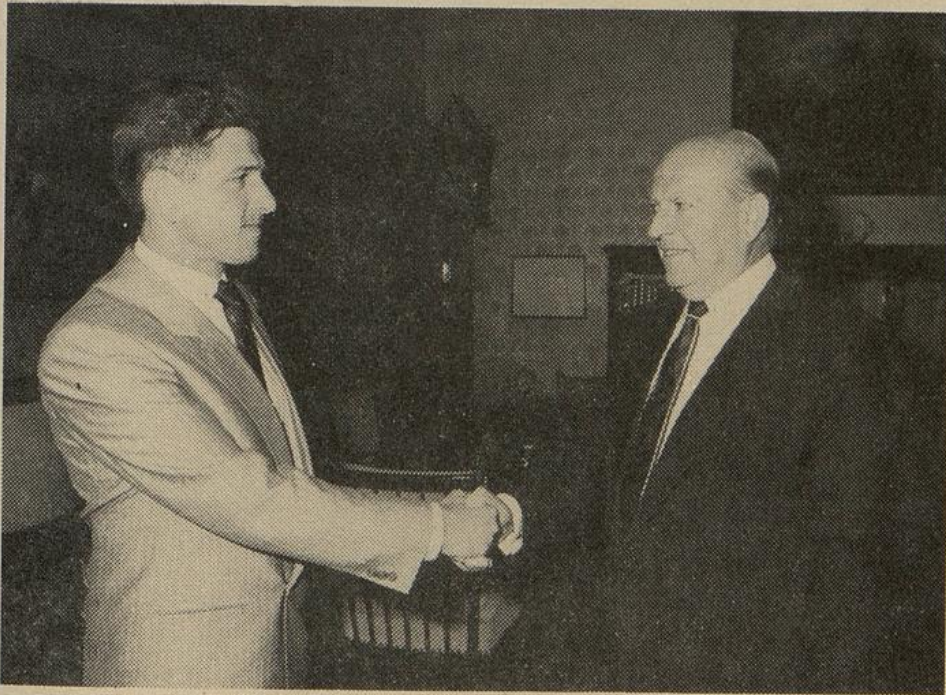
Die Wiener Katzen waren nicht nur bei ihrem Gastspiel in Ostberlin und in Moskau ein großer Erfolg, sie sind auch anderswo begehrt. Derzeit liegen Anfragen aus Athen und Taiwan für ein Gastspiel der Wiener Aufführung von „Cats“ vor. (Schluß) wh/rr

U-Bahn-Bau: Verbesserungsvorschlag bringt Millioneneinsparung

Bandion überreicht Prämie von 50.000 Schilling

Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Eine Einsparung von mindestens 2,8 Millionen Schilling beim Wiener U-Bahn-Bau bringt ein Verbesserungsvorschlag eines Mitarbeiters der Wiener Verkehrsbetriebe. Ing. Josef SAGHY erhielt dafür eine der höchsten Prämien, die im Rahmen des Betrieblichen Vorschlagswesens der Stadt Wien bisher zuerkannt wurden: Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION überreichte dem Bauinspizienten einen Betrag von 50.000 Schilling.

Die derzeit in Bau befindlichen U-Bahn-Strecken werden mit einer Schalldämmschicht ausgestattet. Bisher war es üblich, diese zwischen Unterbeton und Gleistragplatte eingebauten sogenannten Roofingplatten auf der Baustelle in Folien einzuschweißen, um beim Betonieren eine Beeinträchtigung durch eindringenden Betonschlamm zu verhindern. Auf Anregung von Ing. Saghy übernahm das Einschweißen der Schalldämmplatten nunmehr die Erzeugerfirma direkt in der Fabrik. Die Herstellung und Lieferung fertig umhüllter Roofingplatten stellte zwar für den Baustoffhandel eine Neuheit dar, erwies sich aber tatsächlich als wesentlich rationeller und kostengünstiger. Die Einsparung beläuft sich auf 100 bis 150 Schilling pro Laufmeter Gleis, bei der Gesamtlänge der U-Bahn-Baustellen ergibt dies einen Mindestbetrag von insgesamt 2,8 Millionen Schilling. (Schluß) ger/gg



Außenstelle des Wohnungsamtes übersiedelt

Wien, 27.6. (RK-LOKAL) Die Außenstelle der Magistratsabteilung 50 (Wohnungsamt) für den 22. Bezirk wird verlegt. Ab 30. Juni befindet sich die Außenstelle in 22, Donaustadtstraße 1/4. Stock (bisher 22, Schrödingerplatz 1). Die Telefonnummer 23 65 29 DW 208 bleibt unverändert.

Die Außenstellen der MA 50 sind vor allem für die Entgegennahme von Ansuchen für Gemeindewohnungen zuständig, beraten aber auch in allgemeinen und rechtlichen Angelegenheiten des Wohnungswesens. (Schluß) ah/gg

Sitzungen von Bezirksvertretungen

Sitzung der Bezirksvertretung Donaustadt

Wien, 27.6. (RK-BEZIRKE) Die nächste Sitzung der Donaustädter Bezirksvertretung findet kommenden Donnerstag, dem 30. Juni, um 15 Uhr, im Haus der Begegnung 22, Schrödingerplatz 1, statt. Auf der Tagesordnung stehen Anträge zur Genehmigung von Baumpflanzungen an Straßen und Plätzen mit Gesamtkosten von einer Million Schilling, die Erhöhung der Kosten für Straßeninstandsetzungen um zwei Millionen auf insgesamt 11,6 Millionen Schilling sowie eine Abänderung des Bebauungsplanes für ein Gebiet zwischen Rautenweg, Hosenedlgasse und Obachgasse.

Sitzung der Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus

Donnerstag, dem 30. Juni, findet um 16 Uhr, im Sitzungssaal der Bezirksvorstehung, 15, Gargasse 8-10, eine Sitzung der Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus statt. Auf der Tagesordnung stehen u. a. die Abänderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für das Gebiet zwischen Zinckgasse, Märzstraße, Hackengasse und Hütteldorfer Straße sowie Berichte der Vorsitzenden des Finanzausschusses und des Bauausschusses.

Sitzung der Bezirksvertretung Ottakring

Im Sitzungssaal der Bezirksvorstehung, 16, Richard-Wagner-Platz 19, findet am 30. Juni, 16 Uhr, eine Sitzung der Bezirksvertretung Ottakring statt. (Schluß) smo/end/gg

Erfolgreicher Kampf gegen Spekulation

Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Die „Kummernummer gegen unredliche Absiedlungsmethoden 43 59 19 DW 55“ und die „Mobile Gebietsbetreuung“ feiern ihren zweiten Geburtstag. Sie haben sich als erfolgreiche Instrumente zur Bekämpfung der Spekulation im Bereich der Stadterneuerung erwiesen.

Die hervorragende öffentliche Förderung der Wohnhaussanierung in Wien hatte im Frühjahr 1986 zu einer Welle von Vorgangsweisen einzelner privater Hauseigentümer und -verwalter geführt, die die Absiedlung der ansässigen Bewohner, eine öffentlich geförderte Sanierung und eine profitable Weiterverwertung dieser „leergemachten“ Häuser zum Ziel hatten.

Um den übervorteilten und oft wenig über ihre Rechte bescheidwissenden Bewohnern rasch mit Information und Rechtsberatung zu helfen, richtete die Stadt Wien im Juli 1986 die „Kummernummer gegen unredliche Absiedlungsmethoden 43 59 19 DW 55“ und im Oktober 1986 die „Mobile Gebietsbetreuung“ ein. Ergänzt wurden diese Instrumente durch Informationsblätter und mehrere administrative Maßnahmen im Bereich des Förderungsverfahrens (restriktive Ausstellung von Interessensbescheiden, keine Substandardwohnung als Ersatzwohnung usw.).

Diese Maßnahmen haben sich bewährt. Es ist ohne gesetzliche Maßnahmen gelungen, die Sanierungsspekulation in Wien deutlich zu bremsen und den Trend in Richtung einer „sanften, mieterorientierten Stadterneuerung“ deutlich zu verstärken.

2 Jahre „Kummernummer 43 59 19 DW 55“

Die „Kummernummer gegen unredliche Absiedlungsmethoden 43 59 19 DW 55“ wurde im Juli 1986 als Soforthilfe für bedrohte Althausbewohner beim Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds eingerichtet. Sie war und ist die erste Anlauf- und Informationsstelle bei Sanierungsspekulation.

In den zwei Jahren des Bestehens wurden über 1.500 Anrufe verzeichnet. 80 Prozent der Anrufer konnte sofort durch Beratung geholfen werden. 320 „schwerere“ Problemfälle wurden zur genaueren Behandlung weitergegeben, 150 davon an die „Mobile Gebietsbetreuung“, 170 an die anderen Gebietsbetreuungen, an Magistratsdienststellen, Mieterorganisationen oder andere Hilfs- und Beratungseinrichtungen. 90 Prozent der gesamten Anrufe betrafen Privatwohnhäuser, 10 Prozent Wohnhäuser von Gemeinnützigen Bauvereinigungen oder der Gemeinde Wien.

Das Schwergewicht dieser größeren Problemfälle sind harte Absiedlungsmethoden und schwere Baugebrechen an Wohnhäusern. Hauptbetroffen sind die erneuerungsbedürftigen Stadtgebiete entlang des Gürtels bzw. Gastarbeiter und ältere Menschen.

Erfolgreiche „Mobile Gebietsbetreuung“

Die „Mobile Gebietsbetreuung“ wurde im Oktober 1986 eingerichtet, um dort zu helfen, wo einerseits telefonische Auskunft über die „Kummernummer“ allein nicht mehr half, und wo andererseits keine andere lokale Gebietsbetreuung eines Stadterneuerungsgebiets vorhanden war, um helfen zu können.

377 Problemfälle — und damit etwa zwei Drittel aller Problemfälle, die der „Kummernummer“ oder der „Mobilen Gebietsbetreuung“ bekannt wurden — wurden seither durch die „Mobile Gebietsbetreuung“ behandelt. Etwas weniger als die Hälfte der Problemfälle (150) wurde von der „Kummernummer“ vermittelt. Unzählige Telefonanrufe wurden entge-

genommen. Rund 60 Hausversammlungen wurden organisiert. An insgesamt 130 Hausversammlungen nahmen die vier Mitarbeiter dieser Gebietsbetreuung (Mietrechtsexperten, Architekten, Juristen) bisher teil. Unzählige Einzelberatungsgespräche mit Hausbewohnern, zahlreiche Vermittlungsgespräche mit Hauseigentümern und -verwaltern wurden geführt. Im gesamten Stadtgebiet wurden mit dem Bürgerdienstbus zusätzlich Beratungsaktionen durchgeführt, die erste im Herbst des Vorjahres, die zweite läuft derzeit noch bis Ende Juli.

Hauptprobleme sind harte Absiedlungsmaßnahmen, schwere Baugebrechen, ein dringlicher Sanierungsbedarf, überhöhte Mieten bzw. Betriebskosten und ungerechtfertigte Kündigungen. Erfreulicherweise konnte aber ein deutlicher Rückgang festgestellt werden: 1986 mußten monatlich durchschnittlich 25 Problemfälle behandelt werden, 1987 nur mehr 17 und im ersten Halbjahr 1988 nur mehr 14. (Schluß) ah/gg

Forts. von Blatt 1273

Neue Vorsitzende im Gemeinderatsausschuß Verkehr und Energie

Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie hat eine neue Vorsitzende: In seiner letzten Sitzung am Freitag im Anschluß an die Sitzung des Gemeinderates wurde auf Vorschlag der SPÖ-Fraktion einstimmig GR. Eleonora HOSTASCH zur neuen Vorsitzenden gewählt. Sie folgt damit GR. Gerhard OBLASSER nach, der Vorsitzender des Finanzausschusses wird, aber als Mitglied im Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie verbleibt. Neuer Stellvertretender Vorsitzender wurde GR. Ing. Rolf HUBER (SPÖ). Zweiter Stellvertretender Vorsitzender bleibt GR. Robert STRATIL (ÖVP). (Schluß) roh/rr

Verkehrsfreigabe für weiteren Abschnitt der Donauufer-Autobahn

Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) In der Nacht vom Dienstag, den 28., auf den 29. Juni wird ein weiterer Abschnitt der A 22 Donauufer-Autobahn provisorisch dem Verkehr übergeben. „Damit steht den Wiener Autofahrern wieder ein wesentliches Teilstück einer Hauptverkehrsstraße zur Verfügung“, erklärte dazu Verkehrsstadtrat Johann HATZL gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“.

Es handelt sich dabei um den Bauabschnitt Süd, dritter Teil, von der Brigittenauer Brücke bis zum nördlichen Portal des Lärmschutztunnels Kaisermühlen. Er umfaßt die Anschlußstelle IAKW (UNO-City und Konferenzzentrum) mit sämtlichen Rampenfahrbahnen, die nordwestlich der Reichsbrücke gelegenen Rampen der Anschlußstelle Reichsbrücke, die landseitige Haupt- und Nebenfahrbahn der A 22, sowie einen provisorischen Anschluß an die Straße „Am Kaisermühlendamm“.

Die A 22 — Donauufer-Autobahn weist in dem betreffenden Bauabschnitt je Richtungsfahrbahn drei durchgehende Fahrstreifen von jeweils 3,50 Meter Breite auf; der Mittelstreifen ist 2,50 Meter breit und befestigt. Weiters ist im Bereich der Anschlußstelle Reichsbrücke eine Nebenfahrbahn mit zwei Fahrstreifen vorhanden. Die Rampen sind je nach Erfordernis mit einem oder zwei Fahrstreifen ausgestattet.

Im Bereich der Autobahnhaupttrasse wurde eine lärmindernde Drainasphaltdecke aufgebracht, die Rampenstrecken sind mit Asphaltbeton und die Brücken mit Gußasphalt befestigt. Insgesamt wurden elf Überbeziehungsweise Unterführungsobjekte errichtet.

Der gesamte Autobahnbereich ist mit einer öffentlichen Beleuchtungsanlage ausgestattet; ebenso wurden die erforderlichen Beschilderungen und Bodenmarkierungen bereits angebracht. (Schluß) pz/rr

Mehr offene Stellen als Lehrstellensuchende

Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL/WIRTSCHAFT) Derzeit gibt es mehr offene Stellen für Lehrlinge in Wien als Stellensuchende. Das gab ÖVP-Stadtrat Wilhelm NEUSSER am Montag in einem Pressegespräch bekannt. Andererseits, so Neusser, heißt es in diesen Wochen für 4.400 AHS-Maturanten, was tun? Die Wiener Wirtschaft bietet AHS-Maturanten eine verkürzte Lehrzeit an, damit sollen die dringend benötigten Fachkräfte im mittleren Management ausgebildet werden.

Neusser kritisierte die starre Bildungs-Gesetzgebung und regte zur Lösung der regionalen Arbeitskräfteprobleme eine Föderalisierung der Schulgesetze und insbesondere des Berufsausbildungs-Gesetzes an. Der Bund sollte, so Neusser, wie auf vielen anderen Gebieten, Rahmengesetze schaffen. Die Bundesländer hätten dann die Möglichkeit, die nötigen Maßnahmen nach ihren Bedürfnissen zu treffen.

ÖVP für Verstaatlichten Krisengipfel

ÖVP-Landesparteisekretär GR. Dr. Ferdinand MAIER sprach sich anlässlich der aktuellen Ereignisse, dem Warnstreik bei der VEW, für einen Krisengipfel über die Zukunft der verstaatlichten Industrie in Wien aus. In den letzten Jahren habe die Verstaatlichte in der Bundeshauptstadt mehr als 5.000 Arbeitsplätze verloren. (Schluß) fk/rr

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: Pressesport, Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (PA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240. Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich. Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetz in der Helvetica 11 Punkt. Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Dienstag, 28. Juni 1988

Blatt 1277

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- „Z“ errichtet Hans Mayr-Fonds (1278/FS: 27.6.)
- Neues Betriebsgebäude für 600 E-Werke-Mitarbeiter (1279/FS: 27.6.)
- Rekorde im Kundendienstzentrum der Stadtwerke (1280)
- Aktuelle Probleme der Gesundheitspolitik (1282)

Wirtschaft:

- Wiener Holding macht Gewinn (1283)

Sport:

- Breites Programm beim „Sportplatz der offenen Tür“ (1281)

„Z“ errichtet Hans Mayr-Fonds

Goldene Kammermedaille der Wiener Wirtschaft

Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Bei einer kleinen Feier im Wiener Rathaus gab Z-Generaldirektor Dr. Karl VAK bekannt, daß sein Institut einen mit fünf Millionen Schilling dotierten Fonds anlässlich des 60. Geburtstages von Vizebürgermeister Hans MAYR errichten wird. Mit diesem Fonds sollen Gastprofessuren in- und ausländischer Wissenschaftler an den Wiener Universitäten ermöglicht und gefördert werden.

Der Wiener Handelskammerpräsident Ing. Karl DITTRICH überreichte Mayr die Goldene Kammermedaille, die höchste Auszeichnung der Wiener Wirtschaft. In den letzten 25 Jahren wurde diese Auszeichnung nur wenigen Vertretern der Wiener Wirtschaft verliehen, Mayr ist der erste aus dem Kreis der Nichtfunktionäre. (Schluß) sei/rr

Bereits am 27. Juni 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Neues Betriebsgebäude für 600 E-Werks-Mitarbeiter

Wien, 27.6. (RK-KOMMUNAL) Ein neues Betriebsgebäude der Wiener E-Werke wurde Montag in der 7. Haidequerstraße in Simmering in Anwesenheit von Energiestadtrat Johann HATZL, Bezirksvorsteher Otto MRAZ und Mitgliedern des Wiener Landtages seiner Bestimmung übergeben. Es bietet 600 Mitarbeitern der Wiener E-Werke Platz, die mit dem Betrieb und Ausbau der Kabel- und Freileitungsnetze, der öffentlichen Beleuchtung, der Planung, Errichtung, dem Ausbau und der Erhaltung der Umspanneranlagen sowie mit dem Zentralmagazin beschäftigt sind.

Bisher waren diese Abteilungen mit ihren Werkstätten, Materiallagern und dem Fahrzeugpark in unzureichenden und überalterten Gebäudekomplexen im Bereich der Oberen Donaustraße untergebracht. „Mit dem neuen Betriebsgebäude wurde eine Einrichtung geschaffen, die nicht nur dem neuesten Stand der Technik entspricht, sondern auch den Bedürfnissen der dort ihren Dienst versiehenden Mitarbeiter hinsichtlich einer modernen Arbeitsplatzgestaltung voll entspricht“, konnte Energiestadtrat Johann Hatzl bei der feierlichen Eröffnung feststellen. Stadtwerke-Generaldirektor Dr. Heinrich HORNY und der Direktor der E-Werke, Dipl.-Ing. Helmut KASTL, hoben in ihren Ansprachen vor allem die Aktivitäten der E-Werke für den Umweltschutz hervor: So wurden seit 1980 bereits 1,6 Milliarden Schilling für Umweltschutzmaßnahmen ausgegeben, allein 1987 waren es 490 Millionen Schilling.

Besonders erfreulich ist, daß der für das Betriebsgebäude vorgesehene Kostenrahmen von 440 Millionen Schilling um zehn Prozent unterschritten werden konnte. Diese Investition von nunmehr rund 400 Millionen Schilling ist fast zur Gänze in die Wiener Wirtschaft geflossen — es wurden nahezu ausschließlich Wiener Betriebe beauftragt. (Schluß) roh/gg

Bereits am 27. Juni 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Rekorde im Kundendienstzentrum der Stadtwerke

Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Gestern, Montag, konnten im Kundendienstzentrum der Wiener Stadtwerke in der Spitalgasse 5-9 gleich zwei erfreuliche Jubiläen gefeiert werden: Im kaufmännischen Kundendienst wurde in Anwesenheit von Energiestadtrat Johann HATZL der 500.000ste Besucher, Frau Eva FUCHS aus Döbling, geehrt, in der Energieberatungsstelle des Kundendienstzentrums wurde als 25.000ster Gast Frau Bibiane BIEDER aus Simmering empfangen.

Das Kundendienstzentrum der Wiener E-Werke und Gaswerke (Tel. 4380/0) gibt es seit dem 18. Juni 1984, also fast genau vier Jahre. Sein wesentlicher Vorteil: Es erspart den Gas- und Stromkunden das mühevollere Aufsuchen der für den jeweiligen Bezirk zuständigen Stellen. Die Betreuer können an ihren Arbeitsplätzen sämtliche kundenbezogene Daten für das gesamte Versorgungsgebiet über Bildschirmterminals abrufen. Eine Rohrpostanlage ermöglicht das rasche Übermitteln von Schriftstücken. Nur mehr schwierige Einzelfälle müssen an die Bezirksreferenten in den oberen Stockwerken des Gebäudes weitergegeben werden.

Die hohe Besucherfrequenz von mehr als 700 Kunden pro Tag zeigt, wie richtig seinerzeit die Entscheidung war, die zum Bau dieses Kundendienstzentrums geführt hat, und wie sehr die Kunden mit dieser Einrichtung zufrieden sind.

Eine wichtige Ergänzung des Kundendienstzentrums ging etwa ein Jahr darauf, am 8. Juli 1985, in Betrieb: Eine gemeinsame Energieberatungsstelle der E-Werke, Gaswerke und Heizbetriebe Wien. Ihr Zweck ist es, den Konsumenten über die sinnvolle Anwendung aller leitungsgebundenen Energieträger zu informieren und ihn damit über alle Möglichkeiten einer Energie- und damit Kosteneinsparung zu beraten. Die Energieberatungsstelle hat Montag bis Freitag von 8 bis 15 Uhr offen, die Telefonnummer lautet 4380/3995-3998. (Schluß) roh/gg

Breites Programm beim „Sportplatz der offenen Tür“

Wien, 28.6. (RK-SPORT/LOKAL) Vom 4. Juli bis 2. September führt das Sportamt der Stadt Wien in Zusammenarbeit mit dem Verein Wiener Jugendkreis wieder die Aktion „Sportplatz der offenen Tür“ durch, die unter der Anleitung und Betreuung von Sportlehrern für Kinder und Jugendliche im Alter zwischen 6 und 15 Jahren, aber auf einigen Anlagen auch für Erwachsene, bestimmt ist.

Insgesamt stehen elf Sportanlagen zu folgenden Öffnungszeiten zur Verfügung:

- Montag bis Freitag von 9 bis 12 bzw. 14 bis 17 Uhr:
2, Augarten, Jahnwiese; 2, Spenadlwiese, Rustenschacher Allee; 12, Haydn-Park, Flurschützstraße; 15, Schmelz, Freizeitpark; 15, Stadthalle (Halle A und B), Vogelweidplatz.

- Montag bis Freitag von 14 bis 17 Uhr:
10, Eising Süd, Windtenstraße; 12, Johann-Hoffmann-Platz; 17, Marswiese, Neuwaldeggerstraße 57a; 18, Währinger Park, Gymnasiumstraße; 21, Jochbergengasse (Union-Landhaus); 22, Erzherzog-Karl-Straße 170 (Feuerwache Donaustadt).

Im Jahr der Olympischen Spiele wird auch ein Leichtathletik-Fünfkampf durchgeführt. Bei dieser „Mini-Olympiade“ sind je nach Leistung eine Gold-, Silber- oder Bronze-Plakette zu erringen. Außerdem sind bei einem Olympia-Quiz-Spiel zahlreiche schöne Preise zu gewinnen.

Umfangreiches Schwerpunktprogramm

Beim diesjährigen „Sportplatz der offenen Tür“ gibt es auf einigen Anlagen wieder Schwerpunktprogramme in den Disziplinen Leichtathletik und Volleyball, Fußball-Grundschule, Hallenfußball und Fußball für Knaben und Mädchen.

Die gesamte Familie ist außerdem herzlichst eingeladen, auf zwei zur Auswahl stehenden Sportplätzen ihre gemeinsame Freizeit zu verbringen (2, Spenadlwiese; 17, Marswiese).

Weiters werden den Jugendlichen im Rahmen dieser Aktion und des „Wiener Ferienspiels“ folgende weitere Sportaktivitäten angeboten:

Tennis-Grundkurse in Gruppen in den Rundturnhallen 10, Jura-Soyfergasse (PAHO) und 22, Steigenteschgasse 1.

Tennis-Grundkurse auf Freiluftplätzen der Anlage 17, Marswiese, Neuwaldeggerstraße 57a.

Rollschuhlaufen am Eising Süd.

Tischtennis in 1, Postgasse 7; 6, Liniengasse 13; 10, Eising Süd; 14, Flötzersteig 115; 15, Schmelz, Freizeitpark; 16, Kirchstetterngasse 57 und 22, Donauparkhalle.

Fischen an der Neuen Donau.

Judo in 22, Steigenteschgasse 1 (Rundhalle).

Eislaufen in der Wiener Stadthalle und in der Donauparkhalle.

Sämtliche Angebote sind kostenlos. Weitere Informationen und Auskünfte erteilt das Sportamt der Stadt Wien unter den Telefonnummern 42 800 DW 4188, 4189, 2733, 3739 und 2799. (Schluß) hof/rr

Aktuelle Probleme der Gesundheitspolitik

Gesundheitsreferenten der Bundesländer tagten in Wien

Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Auf Initiative des Wiener Gesundheitsstadtrates Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER fand Montag nachmittag im Wiener Rathaus eine Konferenz der Landesgesundheits- und Krankenanstaltenreferenten der österreichischen Bundesländer statt. Die Gesundheits- und Spitalsreferenten beschlossen, einander in Zukunft zweimal jährlich zu treffen, um aktuelle Probleme des Gesundheits- und Spitalwesens zu besprechen und Erfahrungen auszutauschen. Die nächste Konferenz wird im November in Salzburg stattfinden.

Wie Stadtrat Stacher feststellte, seien in den vergangenen Jahren in der Diskussion über das Gesundheitswesen hauptsächlich Finanzierungsfragen behandelt worden. Nun müsse man sich wieder mehr auf die Gesundheit konzentrieren. Neben der hochentwickelten Spitalsmedizin müsse man sich in Zukunft besonders mit der Gesundheitsförderung, der Gesundheitsvorsorge, der Rehabilitation, der Hauskrankenpflege usw. beschäftigen. Das sei vor allem auch deshalb notwendig, weil die Menschen immer älter werden, und ältere Menschen öfter und länger krank sind. Zur Bewältigung dieser Aufgaben der Gesundheitspolitik wollen die Bundesländer nun gemeinsam neue Strategien entwickeln.

Unter Hinweis auf die Vereinbarung mit dem Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds forderte der Wiener Gesundheitsstadtrat genaue Definitionen der Begriffe Akutbetten, Intensivbetten, Langzeitbetten und Pflegebetten. Es sei auch nicht einzusehen, daß Betten in neurologischen Abteilungen nicht zu den Akutbetten gerechnet würden.

Fonds „Gesundes Österreich“

Gesundheitsminister Dr. Franz LÖSCHNAK berichtete über den Fonds „Gesundes Österreich“, der der Förderung der Gesundheit der österreichischen Bevölkerung in den Jahren 1988 bis 1990 dient. Der Fonds wurde durch den Bund, den Hauptverband der Österreichischen Sozialversicherungsträger, die Österreichische Ärztekammer, die Österreichische Apothekerkammer und den Verband der Versicherungsunternehmen Österreichs errichtet. Da die Bundesländer bisher dem Fonds nicht beigetreten sind, beschlossen die Gesundheitsreferenten, den Landesregierungen zu empfehlen, dem Fonds für drei Jahre Mittel zur Verfügung zu stellen, da die Prävention ein wesentlicher Teil der Gesundheitspolitik sei. In diesem Jahr läuft über den Fonds die Aktion „Gesunde Zähne bis ins hohe Alter“. Im nächsten Jahr wird die Krebsvorsorge das Thema einer österreichweiten Aktion sein.

Mehrfach wurde von den Gesundheitsreferenten der Bundesländer darauf hingewiesen, daß es in verschiedenen Regionen einen Mangel an bestimmten Fachärzten gebe, vor allem an Fachärzten für Psychiatrie, Dermatologie, Augenkrankheiten, Hals-, Nasen-, Ohrenkrankheiten und für Zahnheilkunde. In verschiedenen Bereichen gebe es auch zu wenig Ausbildungsplätze für Fachärzte. Die Gesundheitsreferenten wollen nun die derzeitige Situation und den künftigen Bedarf an Fachärzten in ihren Bundesländern erheben. Diese Unterlagen sollen dazu dienen, durch eine Gesetzesänderung die Voraussetzung für die notwendigen Ausbildungsplätze zu schaffen. Zahnärzte könnten zum Beispiel auch an Schulzahnkliniken und an den Zahn-Abteilungen der großen Krankenhäuser ausgebildet werden.

Für die Pflege von chronisch Kranken, für die Rehabilitation und für die Altenpflege sollte ein eigenes Ausbildungssystem geschaffen werden. Dabei sei auch zu berücksichtigen, daß es in Zukunft einen großen Bedarf an Heimpflegerinnen geben werde. Für diese Tätigkeiten werde eine zweijährige Ausbildung empfohlen.

Schließlich forderten die Gesundheitsreferenten der Bundesländer ein Mitspracherecht des Gesundheitsministeriums und der Bundesländer bei der Versorgung der Bevölkerung mit praktischen Ärzten, Fachärzten und Zahnärzten. Derzeit ist die Zahl der Kassenplanstellen in den einzelnen Bundesländern eine Angelegenheit von Verträgen zwischen den Krankenversicherungsträgern und den Ärztekammern. (Schluß) sc/gg

Wiener Holding macht Gewinn

Wien, 28.6. (RK-WIRTSCHAFT) Die Wiener Holding konnte 1987 wieder mit einem Jahresgewinn von 30,6 Millionen Schilling abschließen, gab Holding-Generaldirektor Dkfm. Dr. Ernst KRAUS Montag abend bei der Bilanz-Presskonferenz bekannt. Der Konzernumsatz betrug 6,57 Milliarden Schilling, um 4,3 Prozent mehr als 1986. Die höchsten Umsatzsteigerungen verzeichnete der Gastronomiebereich — allein die WIGAST erhöhte ihren Umsatz um 22 Prozent auf 722 Millionen Schilling. Der Beschäftigtenstand des Konzerns machte im Jahresdurchschnitt 6.181 Mitarbeiter aus, auch hier gab es eine Steigerung um 2,6 Prozent.

Die Gesamtinvestitionen beliefen sich auf 1,86 Milliarden Schilling — die größten Investitionssummen fielen bei der GESIBA, bei den EBS und der Hauptkläranlage, bei den Wiener Messen, bei der WIGAST und bei den Kurbetrieben Oberlaa an.

Der bisherige Geschäftsverlauf des Jahres 1988 lasse für die Wiener Holding ein ähnlich gutes wirtschaftliches Ergebnis wie im Vorjahr erwarten, betonte Generaldirektor Kraus. (Schluß) sei/gg

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Verlagsgesellschaft Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MR 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. Auf Recyclingpapier gedruckt

Mittwoch, 29. Juni 1988

Blatt 1284

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

Weltausstellung Wien / Budapest 1995: „Brücken in die Zukunft“ (1286/1287/FS: 28.6.)

Kommunal/Lokal:

Auflösung einer Simmeringer Hauptschule (1285/FS: 28.6.)

Klosterneuburger Straße zum Schulabschluß wieder voll befahrbar (1288/FS: 28.6.)

Gesundheitsstadtrat von Shanghai zu Gast in Wien (1291)

Neues Kindertagesheim im Pflegeheim Lainz (1292)

Umweltdiplom für engagierten Lokalbesitzer (1293)

Stadterneuerung im „Kalvarienbergviertel“ (1294/1295)

Fensterberatungsstelle macht Sommerpause (1297)

Kultur:

Großer Preis der Stadt Wien für Hermann Nitsch (1289/FS: 28.6.)

Wirtschaft:

Vortrag über die amerikanische Wirtschaft (1296)

Sport:

Europameisterschaft der Wasserwerke in Wien (1290)

Auflösung einer Simmeringer Hauptschule

Bereits am 28. Juni 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Zu dem Problem der möglichen Schließung einer Hauptschule in der Region Kaiser Ebersdorf, erklärte der Amtsführende Präsident des Stadtschulrates, Prof. Hans MATZENAUER, gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

„Aufgrund der heuer vorliegenden Anmeldungen für die ersten Klassen der Hauptschulen Rzehakgasse und Hoefftgasse und der Prognosen über die Schülerzahlentwicklungen für diese Schultype, war es unumgänglich, schulorganisatorische Konsequenzen zu ziehen. Es ist allerdings festzuhalten, daß zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht von einer Auflösung des Hauptschulstandortes Hoefftgasse gesprochen werden kann, sondern es ist nur die Entscheidung getroffen worden, daß diese Schule keine erste Klasse im Schuljahr 1988/89 bekommen wird. Der Grund, warum im nächsten Schuljahr die Schüler der ersten Klassen die Hauptschule Rzehakgasse besuchen werden, ist, daß sich die Hauptschule Rzehakgasse einer wesentlich höheren Akzeptanz bei den Eltern erfreut.

Dies bedeutet allerdings nicht, daß die Schüler, die derzeit die Hauptschule Hoefftgasse besuchen, in die Rzehakgasse übersiedeln müssen. Ferner ist festzustellen, daß das relativ neue Schulgebäude Hoefftgasse, in dem derzeit schon die Volksschule untergebracht ist, nicht leer stehen wird. Es ist beabsichtigt, in Zukunft an diesem Standort eine ganztägig geführte Volksschule einzurichten. Diese Schulform zeichnet sich durch einen wesentlich höheren Bedarf an Schulräumen aus. Dieser Stand der Planung ist auch durch die projektierten Besiedlungsvorhaben zu rechtfertigen“, schloß Prof. Hans Matzenauer. (Schluß) wstr/gg

Weltausstellung Wien / Budapest 1995: „Brücken in die Zukunft“

Präsentation einer Projektstudie von Bechtel und GP Plan

Wien, 28.6. (RK-POLITIK) Unter der Schirmherrschaft des Wiener Organisationskomitees wurden heute, Dienstag, im Rahmen einer Pressekonferenz in der Hofburg die Erkenntnisse und Schlußfolgerungen einer von Bechtel Civil, Inc., San Francisco, USA, und GP Plan, Wien durchgeführten Projektstudie hinsichtlich der Weltausstellung Wien & Budapest 1995 präsentiert.

Die grundlegenden Erkenntnisse sind:

Die vorgeschlagene Weltausstellung Wien und Budapest 1995 ist eine große Herausforderung, aber auch eine in ihrer Konzeption einmalige internationale Ausstellung. Nicht nur wäre es das erste Mal, daß eine Weltausstellung gleichzeitig in zwei Städten abgehalten würde, sondern es wäre auch das erste Mal, daß die Regierungen zweier Staaten mit unterschiedlichen politischen Systemen bei einer derartigen Veranstaltung zusammenarbeiten. Die Veranstaltung verspricht ungeahntes internationales Interesse auszulösen — insbesondere im Lichte der Ost-West Beziehungen. Zwar sind die Herausforderungen und praktischen Aspekte dieses Projektes zahlreich, aber die Möglichkeit, eine Veranstaltung zu organisieren, die die Phantasie und das Weltinteresse auf positive und kreative Weise weckt, besteht relativ selten, und daher sind die potentiellen Erfolge nur umso größer.

Auf der Grundlage einer Übersicht über die Thematiken großer internationaler Ausstellungen der letzten 30 Jahre und einer Bewertung von über 50 Themenkonzepten, die für Wien und Budapest vorgeschlagen wurden, hat sich als bevorzugtes Thema das Thema „Brücken in die Zukunft“ herauskristallisiert; eine Reihe von Subthemen, wie „Die Welt der Kunst“, „Die Welt im Heim“, „Die Welt der Wissenschaft“, „Die Welt der Jugend“ und „Die Welt des Handels“ wäre ebenso Teil der thematischen Ausrichtung der Veranstaltung, womit beiden Ländern und den Ausstellern ausreichend Möglichkeiten geboten wären, interessante und bildungsorientierte Ausstellungen anzubieten.

Das bevorzugte Hauptthema stellte sich in Bezug auf zahlreiche Kriterien als äußerst positiv heraus: Das Thema paßt zu Wien und zu Budapest, es ist einfach und flexibel, läßt sich leicht in verschiedene Sprachen übersetzen, ist originell (wurde noch nicht bei anderen Ausstellungen verwendet), verkörpert den Versuch, das Wissen der Menschen zu erweitern, hat weltweiten Appeal für potentielle Besucher und transportiert die Faszination eines Ost-West Ereignisses.

Mehr als 20 Millionen Besucher

Die Gesamtbesucherzahl der Veranstaltung wird auf 20,5 Millionen geschätzt, wobei auf Wien geschätzte 9,9 Millionen, auf Budapest 10,6 Millionen entfallen dürften. Es wird angenommen, daß die Besucher der Weltausstellung über 5.900 Millionen Schilling in Wien ausgeben werden; die Besucher in Budapest geben — so wurde errechnet — über 18.300 Millionen Forint aus, was etwa 4.700 Millionen Schilling entspricht. Darin enthalten sind Ausgaben am Ausstellungsgelände für Eintritt, Essen und Trinken, Handelswaren, Shows und Unterhaltung, usw. sowie Ausgaben außerhalb der Ausstellung für Unterbringung, Transport, Essen und Trinken.

Wirtschaftliche Vorteile

Eine Weltausstellung in Wien & Budapest wird zahlreiche, quantifizierbare wirtschaftliche Vorteile bringen — wie z.B. Beschäftigung, Einnahmen der

Bereits am 28. Juni 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Wirtschaft, Löhne und Steueraufkommen aus den wirtschaftlichen Aktivitäten in Zusammenhang mit der Ausstellung. Die Zahl der von der Veranstaltung geschaffenen Arbeitsplätze wird letztlich vom Umfang der Anlagen und Einrichtungen am jeweiligen Standort abhängen. Jedenfalls werden Arbeitskräfte für den Bau, für die Planung, Verwaltung und den Betrieb benötigt werden. Eine hypothetische Annahme für Wien und Budapest, die zwecks Veranschaulichung der möglichen Auswirkungen des Projektes entwickelt wurde, weist auf eine Gesamtsumme von 750 in der Administration Beschäftigten und — für die sechsmonatige Dauer der Ausstellung — 15.000 im Betrieb beschäftigten Arbeitnehmern hin (diese Schätzung umfaßt beide Städte). Unter Verwendung eines Multiplikators von 3, der das Verhältnis zwischen einem direkten Arbeitsplatz und einem indirekten Arbeitsplatz angibt, könnte die Gesamtsumme der von der Ausstellung geschaffenen Arbeitsplätze bis zu 50.000 betragen.

Eine wesentliche Dimension der langfristigen Vorteile aus einer Weltausstellung ist der Restwert der geschaffenen Anlagen und Einrichtungen. Im Falle Wiens könnten — bei sorgsamer Planung und Koordinierung — die Anlagen der Weltausstellung von der Wiener Messe langfristig weiterverwertet bzw. benützt werden. Derzeit werden Untersuchungen durchgeführt, die Kosten und Nutzen einer derartigen Vorgangsweise festzustellen.

Da das Bureau of International Expositions (B.I.E.) eine Vertragsorganisation, die die Veranstaltung sanktionieren muß, damit sie internationale Anerkennung erhalten kann, die Anzahl der zwischen 1992 (Expo '92 Sevilla, Spanien) und dem Jahr 2001 auf zwei beschränkt hat, und da mehrere Konkurrenten (darunter Hannover, Hong Kong und Miami, Florida) sich für diesen Zeitraum interessieren, müssen die Veranstalter von Wien und Budapest schnell und entschlossen ihren Antrag beim B.I.E. einreichen. Mehrere technische Studien und eine aggressive Kommunikationskampagne sind während der nächsten Monate zur Vorbereitung der Präsentation vor dem B.I.E. im November erforderlich, um das Interesse und die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft zu wecken und zu erhalten. (Schluß) red/rr

Forts. von Blatt 1286

Klosterneuburger Straße zum Schulschluß wieder voll befahrbar

Wien, 28.6. (RK-KOMMUNAL) Bereits im Verlauf des kommenden Donnerstags, 30. Juni, erfolgt die Fertigstellung der umfangreichen Instandsetzungsarbeiten an der Heiligenstädter Hangbrücke im Zuge der Klosterneuburger Straße (B 14). Mit der Freigabe aller Fahrspuren wird diese wichtige Ausfallstraße rechtzeitig zum Schulschluß wieder unbehindert befahrbar sein.

Verkehrsstadtrat Johann HATZL erklärte dazu gegenüber der „RATHAUS-KORRESPONDENZ“: „Durch eine — von mir stets angestrebte — Optimierung des Bauablaufes und auch dank der günstigen Wetterlage in der letzten Zeit konnte eine Verkürzung der Bauzeit um zirka fünf Wochen erzielt werden. Die effektive Gesamtbauzeit hat damit neun Monate betragen“.

Durchgeführte Arbeiten

Es war ein ganzes Maßnahmenpaket durchzuführen, wozu Grundsätzliches festzustellen ist:

Bei vielen Reparaturvorhaben im Straßen- und Brückenbau kann erst nach den ersten Arbeitsgängen (Abbruch, Abraum) der volle Umfang der Sanierungsmaßnahmen überblickt werden. Bei der Heiligenstädter Hangbrücke waren beispielsweise technische Mehrleistungen zu erbringen, wie etwa eine zusätzliche Sanierung des bergseitig gelegenen Hauptträgers; die Notwendigkeit dieser Maßnahme stellte sich erst nach den angelaufenen Abtragarbeiten heraus.

Hingegen wirkte sich die über längere Zeitabschnitte hin günstige Wetterlage positiv auf die Verkürzung der Bauzeit aus.

Die Instandsetzungsmaßnahmen im einzelnen:

- Abtrag- und Neuherstellung aller Fahrbahnbeläge und der Fahrbahnabdichtung im Bereich der Richtungsfahrbahn Klosterneuburg.
- Instandsetzen des Randstreifens sowie der Leiteinrichtungen und Neuherstellung des Geländers; außerdem Montage eines 1,5 Meter hohen durchgehenden Aluminiumspritzschildes mit lärmdämmender Wirkung gegenüber dem Erholungsgebiet Kuchelau.
- Einbau einer Längsdehnfugenkonstruktion zwischen hangseitiger Stützmauer und dem Brückentragwerk in einer Länge von 880 Metern. Damit wird eine der längsten Dehnfugenkonstruktionen der Welt hergestellt!
- Auswechslung sämtlicher Dehnfugenkonstruktionen zwischen den Tragwerken gegen neue wasserdichte Konstruktionen.

Technische Angaben

• Fahrbahnabdichtung	7.000 m ²
• Betonflächen: Hochdruckwasserstrahlen und Instandsetzen	7.800 m ²
• Belagsarbeiten	15.000 m ²
• Geländer und Spritzschutz	1.100 m
• Fahrbahnübergangskonstruktionen	1.000 m
• Betonstahl	20 t
• Randsteine	1.100 m
• Reparaturmörtel für von Tausalz beschädigten Beton	50 t
• Verkehrszeichen zur Aufrechterhaltung des Verkehrs in beiden Fahrrichtungen	200 Stk.
• Tragwerksadaptierung mit Spezialmörtel	120 t
• Klebeanker	3.700 Stk.

Die Gesamtkosten für diese umfangreichen Instandsetzungsarbeiten betragen zirka 38 Millionen Schilling. (Schluß) pz/rr

Bereits am 28. Juni 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Großer Preis der Stadt Wien für Hermann Nitsch

Wien, 28.6. (RK-KULTUR) Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK überreichte am Dienstag Hermann NITSCH den Preis der Stadt Wien für Malerei und Graphik.

Pasterk betonte Nitsch Stellung als „Eckpfeiler der Kunstgeschichte des 20. Jahrhunderts“. Trotz der internationalen Anerkennung sei er in Österreich immer wieder auf aus Unverständnis und Intoleranz genährten Widerstand gestoßen. Kunst sei jedoch, dies zeige auch die Arbeit von Hermann Nitsch, nie am Mittelmaß zu messen. Mit dem Preis der Stadt Wien dokumentiere die Stadt ihre Verantwortung dieser Kunst gegenüber, zeige Wien, daß der Prophet sehr wohl auch im eigenen Land etwas gelte. (Schluß) gab/rr

Bereits am 28. Juni 1988
über Fernschreiber ausgesendet

Europameisterschaft der Wasserwerke in Wien

Wien, 29.6. (RK-SPORT) Auf der Franz-Höbl-Sportanlage in Favoriten geht am 2. Juli (Beginn 11.15 Uhr) und am 3. Juli (10.15 Uhr) die Fußball-Europameisterschaft der Wasserwerke in Szene. Teilnehmer sind Italien, Frankreich, England, Holland, Belgien, die Schweiz, BRD und Österreich. Vor drei Jahren konnte Österreich, das diesmal wieder von Wien vertreten wird, dem EM-Titel gewinnen. Den Ehrenschatz über die Veranstaltung hat Sportstadtrat Dr. Michael HÄUPL übernommen. (Schluß) hof/rr

Gesundheitsstadtrat von Shanghai zu Gast in Wien

Stacher: Zusammenarbeit soll intensiviert werden

Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER empfing Dienstag nachmittag in seinem Büro eine chinesische Gesundheitsdelegation unter der Leitung des Gesundheitsstadtrates von Shanghai, Dr. WANG Dao Min, zum Erfahrungsaustausch und zu Gesprächen über eine zukünftige, engere Zusammenarbeit zwischen Wien und Shanghai auf dem Gebiet des Gesundheits- und Spitalswesens.

Der Gesundheitsstadtrat verwies in diesem Zusammenhang auf die traditionellen Beziehungen zwischen den beiden Städten. So hat Professor Dr. Julius TANDLER, der nach dem Ersten Weltkrieg in Wien die Basis für das weltweit anerkannte Gesundheits- und Sozialwesen gelegt hat, Anfang der 30er Jahre als Gesundheitsplaner in Shanghai gewirkt. Prof. Stacher gab — gemeinsam mit leitenden Beamten des Gesundheitsressorts — einen Überblick über die Situation des Wiener Gesundheitswesens und informierte die Gäste über den „Zielplan für die Krankenversorgung und Altenhilfe in Wien“.

Der Gesundheitsstadtrat von Shanghai äußerte vor allem den Wunsch, die Zusammenarbeit auf medizinisch-wissenschaftlichem Gebiet zu forcieren. Die chinesischen Experten absolvieren in Wien ein dichtes Fachprogramm und besichtigen unter anderem den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses, die bereits in Betrieb befindliche neue Neurochirurgische Universitätsklinik, das Wiener städtische Institut für Umweltmedizin, die Medizinische Abteilung von Prof. Stacher im Hanusch-Krankenhaus und eine Herstellerfirma von medizintechnischen Geräten.

Außerdem führen die chinesischen Gäste Gespräche mit der „VAMED-ENGINEERING“ über die Planung und Errichtung eines 700-Betten-Schwerpunkt- und Lehrspitals in der 12-Millionen-Stadt Shanghai. (Schluß) sc/gg

Neues Kindertagesheim im Pflegeheim Lainz

115 Plätze für Kinder von Mitarbeitern

Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER eröffnete Mittwoch mittag in Vertretung von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK das neue Kindertagesheim im Pflegeheim Lainz. Es kann 115 Kinder von Mitarbeitern des Pflegeheims, aber auch des Krankenhauses Lainz und des Neurologischen Krankenhauses Rosenhügel aufnehmen. Derzeit betreuen sechs diplomierte Kindergärtnerinnen und vier Kindergartenhelferinnen schon 58 Kinder. Den Arbeitsbedingungen der Schwestern und Pfleger entsprechend, ist das Kindertagesheim von 6.30 bis 19.30 Uhr geöffnet.

Das neue Kindertagesheim befindet sich im Haus der ehemaligen „Wild'schen Stiftung“. Für die Umbauarbeiten und die Einrichtung wurden mehr als zehn Millionen Schilling aufgewendet.

Wie Stacher betonte, ist die Errichtung von Tagesheimen für die Kinder des Pflegepersonals eine wichtige Maßnahme, um Krankenschwestern in ihrem Beruf zu halten. Mit dem neuen Heim stehen nun in den Wiener städtischen Krankenanstalten bereits 415 Plätze für Kinder der Mitarbeiter zur Verfügung, und zwar 50 Plätze in der Krankenanstalt Rudolfstiftung, 165 Plätze im Allgemeinen Krankenhaus (dort gibt es zusätzlich zwei Hortgruppen für Volksschüler), 40 Plätze im Wilhelminenspital und 45 Plätze im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe (auch für die Kinder der Mitarbeiter des Pulmologischen Zentrums und des Pflegeheims Baumgarten). (Schluß) sc/rr

Umweltdiplom für engagierten Lokalbesitzer

Wien, 29.6. (RK-LOKAL) Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL überreichte gestern, Dienstag abend, dem Besitzer des Lokals „Victoria“ in der Burggasse 100 im 7. Bezirk, Herrn Franz ZIEGLER, ein Umweltdiplom. Der engagierte Lokalbesitzer führt das ganze Jahr lang eine Aktion durch, bei der er jede treibgaslose Spraydose, die ein Gast mitbringt, gegen eine Stange Pils eintauscht. Auch in seinem Lokal hat sich durch das neue Umweltbewußtsein einiges geändert: Der Müll wird sorgfältig getrennt, Energie wird durch Wärmepumpen erzeugt, und noch im Laufe des Jahres soll eine Nutzwasseranlage in Betrieb genommen werden, wobei die Toilettenanlagen mit dem Abwasser aus Küche und Schank versorgt werden sollen.

Anlässlich der Verleihung des Umweltdiploms wird auch ein Gewinnspiel durchgeführt: Es winken schöne Preise für alle, die eine treibgaslose Spraydose ins „Victoria“ bringen. Das Gewinnspiel läuft noch bis Ende Juli. (Schluß) du/gg



Wiens Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL überreicht an Franz ZIEGLER ein Umweltdiplom, links im Bild der Neubauer Bezirksvorsteher Komm.-Rat. Josef KARRER.

Stadterneuerung im „Kalvarienbergviertel“

Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Das „Kalvarienbergviertel“ ist Wiens jüngstes Stadterneuerungsgebiet. Als Stadterneuerungsgebiete werden Teile der Stadt bezeichnet, in denen die Qualität der Wohnungen und Wohnhäuser besonders schlecht ist, aber auch die Qualität der Wohnumwelt stark unter Verkehr und Grünmangel leidet. Seit 1974 unternimmt die Stadt besondere Anstrengungen, um die Wohn- und Lebensqualität in derartigen Gebieten zu verbessern. Nunmehr gibt es neun Stadterneuerungsgebiete, die zusammen rund ein Zehntel der Wiener Stadtfäche umfassen.

Das 106 Hektar große und von über 25.400 Menschen bewohnte Stadterneuerungsgebiet „Kalvarienbergviertel“ erstreckt sich über größere Bereiche von Hernals und Währing (etwa zwei Drittel des Gebietes liegen in Hernals, ein Drittel in Währing).

Seit März des Jahres arbeitet hier im Auftrag des Magistrats eine sogenannte „Gebietsbetreuung“, ein fünfköpfiges Team aus Fachleuten, das die künftigen Aufgabenschwerpunkte feststellen und an deren Verwirklichung mitwirken soll. Mittwoch vormittag eröffnete Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER im Beisein zahlreicher Gäste das Informationslokal der Gebietsbetreuung in Wien 17, Lacknergasse 35.

Fast 40 Prozent Substandard-Wohnungen

Die genaue Untersuchung des Gebietes ergab, daß ein Drittel der rund 16.500 Wohnungen kleiner als 35 Quadratmeter ist. Überdurchschnittlich viele Wohnungen (38,4 Prozent) haben Substandard, also kein WC. Und jede sechste Wohnung (genau 17,6 Prozent) steht leer. Fast ein Fünftel der Bevölkerung sind Ausländer. Das Fehlen von größeren Erholungs- und Grünbereichen ist ebenso unübersehbar wie die Probleme durch den Autoverkehr. Mehrere stark befahrene Straßen und Gassen (Hernalser Hauptstraße, Martinstraße, Kreuzgasse, aber auch Rosenstein-, Hormayr- und Kalvarienberggasse) queren und durchschneiden das Gebiet. Der Parkraumangel ist insbesondere entlang der Einkaufs- und Geschäftszentren sowie in den Nachtstunden groß.

Hauptaufgabe ist Verbesserung der Wohnqualität

Und dennoch bestehen Chancen für dieses Gebiet: Chancen dadurch, daß das Gebiet abseits der großen Hauptverkehrswege liegt. Chancen daher auch im Zuge der Neugestaltung des gesamten Gürtelbereiches. Chancen auch durch die Nähe und leichte Erreichbarkeit der Innenstadt. Und Chancen dadurch, daß es für die Bevölkerung im Gebiet einige vertraute, charakteristische Identifikationspunkte gibt, wie den Dornermarkt oder die Einkaufsbereiche.

Stadterneuerung im „Kalvarienbergviertel“ verlangt daher besondere Bemühungen im Bereich der Althausanierung und Wohnungsverbesserung, wobei gleichzeitig auf eine günstige und sinnvolle Durchmischung von Wohn- und Arbeitsbereichen zu achten ist. Die Erweiterung und Schaffung von Frei- und Grünflächen sowie die Anlage eines sicheren Fußwegenetzes sind notwendig. Die Verkehrsbelastungen sind vor allem dadurch zu reduzieren, daß die Verkehrssicherheit zu erhöhen ist, verkehrsberuhigende Maßnahmen zu setzen und billige Sammelgaragen zu errichten sind. Und schließlich muß die Nahversorgung gesichert und die Versorgung mit sozialen Einrichtungen verbessert werden.

Kostenlose Beratung durch die Gebietsbetreuung

Die Gebietsbetreuung „Kalvarienbergviertel“ wird dafür konkrete Ideen und Planungen entwickeln und als Kontakt- und Koordinationsstelle zwischen den Bezirksverwaltungen, den Magistratsdienststellen und der

Bevölkerung wirken. Sie wird ebenso eine kostenlose Informations- und Beratungsstelle für die Bevölkerung sein und in Konfliktfällen vermitteln und damit dem Wiener Modell und Prinzip einer „sanften“, bewohnerorientierten Stadterneuerung nachkommen.

Die Gebietsbetreuung des Stadterneuerungsgebietes „Kalvarienbergviertel“ befindet sich im 17. Bezirk in der Lacknergasse 35. Das Informationsbüro ist jeweils von Montag bis Mittwoch von 9 bis 12 Uhr und von 13 bis 17 Uhr sowie jeden Donnerstag von 13 bis 19 Uhr geöffnet und unter der Telefonnummer 45 98 82 erreichbar. (Schluß) ah/gg

Forts. von Blatt 1294

Vortrag über die amerikanische Wirtschaft

Wien, 29.6. (RK-WIRTSCHAFT/KOMMUNAL) Der amerikanische Finanzmanager, Felix ROHATYN, ein gebürtiger Wiener, hielt am Mittwoch im Wiener Rathaus vor zahlreichen österreichischen Bankmanagern einen Vortrag über das Thema „Die amerikanische Wirtschaft und ihre Auswirkungen“. Bürgermeister Dr. Helmut ZILK begrüßte den Manager und dankte ihm für sein Kommen. (Schluß) fk/rr

Fensterberatungsstelle macht Sommerpause

Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Die Fensterberatungsstelle der MA 39 in Simmering, Rinnböckstraße 15, geht in die Sommerpause: Der letzte Beratungstermin vor der Sommerpause ist morgen, Donnerstag, den 30. Juni von 15 bis 18 Uhr. Dieses Service der Stadt Wien steht ab Donnerstag, den 1. September, wieder zur Verfügung. (Schluß) red/rr

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Verlag: Pressesamt, Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt!

Donnerstag, 30. Juni 1988

Blatt 1298

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Rauchgasreinigungsanlage der EBS arbeitet optimal (1299/FS: 29.6.)
- Ausbau der Triester Straße: Zweite Bauphase beginnt (1300/FS: 29.6.)
- Ferien: Schüler fahren gratis (1302)
- Straßenbahneinstellungen in den Sommermonaten (1302)
- Berufstitel „Regierungsrat“ für Ing. Zoubek (1303)
- Eigene Betriebsfeuerwehr im neuen AKH (1304/1305)
- Bilanz der städtischen Spitäler (1306)
- Erfolgreiche Bilanz der Familienhebammen (1307)
- Jedes zehnte Neugeborene ein Risikokind (1308)
- Lesen im Park (1309)
- Neues AKH: Vierköpfiges Direktorium fixiert (1311)
- Auto parkte schlecht — „D“ stand 37 Minuten (nur FS/29.6.)
- Eigene Straßenbahnlinie zum „Open-Air“ (nur FS)
- Währinger Bad wieder geöffnet (nur FS)

Kultur:

- „Musik aus Wien: Die Familie Strauß“ (1310)
- Goldenes Ehrenzeichen für Ernst Plischke (1310)

Sport:

- Ruder-Sternfahrt auf der Donau (1301)

Rauchgasreinigungsanlage der EBS arbeitet optimal

Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Anlässlich der Übernahme der Rauchgasreinigungsanlage der EBS nach erfolgreichem Probebetrieb fand am Mittwoch eine Pressekonferenz in der EBS statt, bei der in Anwesenheit von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL die Rauchgasreinigungsanlage, die von der Firma SGP errichtet worden war, präsentiert wurde.

Die Rauchgasreinigungsanlage erbringt Werte, die unter den erst vor wenigen Tagen beschlossenen Grenzwerten des neuen Luftreinhaltegesetzes liegen, das weit strenger ist als vergleichbare Gesetze in Europa. Mit der Einhaltung der vorgegebenen Reingaswerte zählt diese Rauchgasreinigungsanlage zu den fortschrittlichsten ihrer Art in der ganzen Welt.

Bürgermeister Dr. Zilk sprach von einer Umweltgroßtat, die zeige, daß Wien auf dem besten Wege sei, Umweltmusterstadt zu werden. Umweltstadtrat Dr. Häupl betonte, daß die Einhaltung der Grenzwerte nach dem neuen Luftreinhaltegesetz selbstverständlich auch die Werte für Dioxin einschließe. Das Luftreinhaltegesetz sei für ihn ein erster Schritt, dem weitere Schritte auf dem Gesetzessektor — die Umwelt betreffend — folgen müssen.

Die Rauchgasreinigungsanlage ist für zwei Drehrohr- und drei Wirbelschichtöfen angelegt. Derzeit angeschlossen sind die beiden der Sonderabfallverbrennung dienenden Drehrohröfen und zwei Wirbelschichtöfen, in denen der in der Hauptkläranlage anfallende Schlamm und der Klärschlamm aus der Kläranlage Blumental verbrannt werden. Mit dem Bau der Anlage wurde im September 1986 begonnen. Insgesamt kostete die Anlage einschließlich Infrastruktur sowie verbessertem Brandschutz 560 Millionen Schilling. (Schluß) du/rr

Bereits am 29. Juni 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Ausbau der Triester Straße: Zweite Bauphase beginnt

Bereits am 29. Juni 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Wien, 29.6. (RK-KOMMUNAL) Im Rahmen des Gesamtvorhabens Ausbau der Triester Straße zwischen der Raxstraße und der Süd-Autobahn wird ab Freitag, den 1. Juli, die zweite Bauphase in Angriff genommen. Zwischen der Computerstraße und der Raxstraße ist die stadteinwärts führende Richtungsfahrbahn nunmehr fertiggestellt.

Der Abschluß der ersten Bauphase bedingt auch eine neue Konzeption für die Verkehrsumleitungen:

Der stadteinwärts fahrende Verkehr, der bisher auf einem Teil der alten Triester Straße geführt wurde, kann ab Donnerstag, den 30. Juni, zirka 20 Uhr, bereits die neu errichtete, stadteinwärts führende Fahrbahnhälfte benutzen.

Die Baustelle im Bereich der Raxstraße wird mit Montag, dem 4. Juli, fertiggestellt sein, womit die bestehende Verkehrsumleitung auf der Raxstraße über die Altdorferstraße aufgelassen werden kann. Ab kommenden Montag, zirka 20 Uhr, werden damit die Verkehrsrelationen Raxstraße/Triester Straße wieder in vollem Umfang zur Verfügung stehen.

In den Monaten Juli und August wird der Kreuzungsbereich Triester Straße/Wienerbergstraße in zwei Abschnitten umgebaut werden. Hiefür muß der von Süden kommende Linksabbiegeverkehr in die Wienerbergstraße über die Altdorferstraße und die Raxstraße sowie die Eschenallee umgeleitet werden. Der aus der Wienerbergstraße kommende Verkehr kann jedoch weiterhin in beiden Richtungen in die Triester Straße eingebunden werden.

Der Umbau der Triester Straße auf einer Länge von 2,3 Kilometer ist im Sommer 1987 begonnen worden und wird voraussichtlich plangemäß im Juni 1989 fertiggestellt werden können. Generell sind während der gesamten Baudauer bei den Umleitungsmaßnahmen jeweils zwei Fahrspuren je Fahrtrichtung vorgesehen. Die Gesamtkosten für diese umfangreichen Baumaßnahmen betragen 320 Millionen Schilling. (Schluß) pz/gg

Ruder-Sternfahrt auf der Donau

Wien, 30.6. (RK-SPORT) Der Wiener Landesruderverband veranstaltet am 3. Juli eine Sternfahrt auf der Donau von Wien nach Hainburg, bei der mehr als 300 Teilnehmer aus allen Bundesländern erwartet werden. Der Startschuß erfolgt durch Sportstadtrat Dr. Michael HÄUPL um 8.30 Uhr vor dem Donauhotel Scandic Crown. (Schluß) hof/rr

Ferien: Schüler fahren gratis

Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Diese Regelung ist in Westeuropa einmalig: Bei den Wiener Verkehrsbetrieben werden Schüler in den Ferien, und zwar heuer vom 2. Juli bis 8. September, unentgeltlich befördert. Das gilt für alle Schüler bis zum Ende des Schuljahres, in dem sie das 19. Lebensjahr vollenden. Berufsschüler sind von dieser Regelung ausgenommen.

Alter und Schulbesuch müssen mittels Schülerschein oder Schülerkarte, die für das Schuljahr 1987/88 gültig waren, nachgewiesen werden können.

Achtung: Schülerstrecken- und Schülernetzfreikarten für Hochschüler mit dem aufgedruckten Gültigkeitszeitraum 1. März 1988 bis 30. Juni 1988 sind bis einschließlich 2. Juli 1988 gültig. (Schluß) roh/rr

Straßenbahneinstellungen in den Sommermonaten

Linien „41“ und „9“

Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Die Gleisanlagen in der Gersthofer Straße zwischen Ferrogasse und Alsegger Straße sind erneuerungsbedürftig und müssen aus Sicherheitsgründen ausgetauscht werden. Der Betrieb der Straßenbahnlinie „41“ muß deshalb ab Montag, den 4. Juli, bis Samstag, den 3. September, eingestellt werden. Zwischen der Schnellbahnstation Gersthof und Pötzleinsdorf wird ein Schienenersatzverkehr mit Autobussen eingerichtet. Die Wiener Verkehrsbetriebe ersuchen ihre Fahrgäste, zwischen Schottentor und Gersthof die Straßenbahnlinie „40“ zu benutzen.

Gleichzeitig muß die Autobuslinie „10 A“ ab Türkenschanzplatz/Gersthofer Straße über Hockegasse — Alsegger Straße und Ferrogasse zur Gersthofer Straße umgeleitet werden. Auf Dauer der Umleitung wird zusätzlich die Haltestelle des Schienenersatzverkehrs der Linie „41“ in der Alsegger Straße nach der Höhnegasse von den Bussen der Linie „10 A“ eingehalten.

Die Straßenbahnlinie „9“ wird wegen Gleisbauarbeiten in der Panikengasse ebenfalls von Montag, den 4. Juli, bis Samstag, den 3. September, zwischen Johann-Nepomuk-Berger-Platz und Mariahilfer Straße/Westbahnhof eingestellt. In diesem Streckenteil wird ein Schienenersatzverkehr mit Autobussen eingerichtet.

Linie „6“ fährt länger

Die Linie „6“ fährt am Abend um zehn Minuten länger: Der Betriebsschluß der Linie „6“ wird ab Simmering/Grillgasse von 23.09 auf 23.19 Uhr verlegt. Die Abfahrtszeit ab Mariahilfer Straße/Westbahnhof bis Favoriten/Quellenplatz wird von 23.39 auf 23.49 Uhr verschoben.

Ab Montag, den 4. Juli, treten auf verschiedenen Autobuslinien die Sommerfahrpläne in Kraft. Die Wiener Verkehrsbetriebe informieren ihre Fahrgäste durch die Fahrplanaushänge an den Haltestellen. (Schluß) roh/gg

Berufstitel „Regierungsrat“ für Ing. Zoubek

Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER überreichte Mittwoch nachmittag dem Technischen Oberamtsrat in der Magistratsabteilung 23 (Gebäude des Gesundheitswesens), Ing. Paul ZOUBEK, das Dekret über den ihm vom Bundespräsidenten verliehenen Berufstitel „Regierungsrat“.

Ing. Zoubek war unter anderem mit den vorbereitenden Arbeiten und der Bauüberwachung beim Bau der Wiener Stadthalle, mit Arbeiten für den Wiederaufbau und die Generaladaptierung des Theaters an der Wien und mit der Bauleitung des Neubaus der Krankenanstalt Rudolfstiftung beschäftigt. Er ist derzeit Chef der Technischen Betriebsleitung in der Krankenanstalt Rudolfstiftung, von wo aus auch das Mautner-Markhof'sche Kinderspital und die bereits fertiggestellten Objekte des Sozialmedizinischen Zentrums Ost betreut werden. (Schluß) sc/rr

Eigene Betriebsfeuerwehr im neuen AKH

Stacher eröffnete Feuerwehrgebäude

Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER eröffnete Donnerstag vormittag in Vertretung von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK das Feuerwehrgebäude des neuen Allgemeinen Krankenhauses am Währinger Gürtel. Der Betriebsfeuerwehr im AKH, der einzigen Betriebsfeuerwehr in einem österreichischen Spital, werden 38 Mann Branddienstpersonal und 3 Brandschutztechniker angehören. Die Feuerwehrmänner werden in einem 24-stündigen Wechseldienst arbeiten, sodaß die Feuerwehr rund um die Uhr einsatzbereit ist.

Brandschutz durch Konstruktion

Stadtrat Stacher betonte bei der Eröffnung des Feuerwehrgebäudes, daß die Betriebsfeuerwehr nur ein Teil — wenn auch ein sehr wichtiger Teil — des umfangreichen Brandschutzes im neuen Allgemeinen Krankenhaus ist. Generell ist das AKH so konstruiert, daß Türen, Wände und Decken eines jeden Raumes einem Brand eine halbe Stunde lang widerstehen können. Bei den größeren Brandabschnitten, zum Beispiel einer Pflegestation mit 28 Betten in einem der Bettentürme, braucht ein Brand eineinhalb Stunden, um Wände oder Geschoßdecken zu überwinden. Das gilt auch für die Stiegenhäuser, Schleusen, Technikschränke, Technikräume und Lager. Besondere Räume, wie das Lager für brennbare Flüssigkeiten, das Gasflaschenlager und das Strahlentherapiezentrum, sind überhaupt baulich vom Spital getrennt.

30.000 Brandmelder

Im gesamten Spitalsbereich sind rund 30.000 Brandmelder — größtenteils Rauchmelder, in besonderen Bereichen Wärmemelders — installiert, das sind fast so viele wie im übrigen Wiener Stadtgebiet zusammen. Die „Wahrnehmungen“ der Melder werden an die Betriebsfeuerwehr und an die Nachrichtenzentrale der städtischen Feuerwehr weitergegeben. Die Informationen über einen angezeigten Brand werden sowohl als Text wie auch als Plan im Feuerwehrgebäude auf einem Bildschirm dargestellt und gleichzeitig über einen Schnelldrucker ausgedruckt. Das ermöglicht einen raschen und gezielten Einsatz der Löschkräfte. Auch bei den 19 festgelegten Anfahrtsplätzen für die Löschmannschaften werden diese Informationen ausgedruckt.

Die Brandmeldeanlagen kontrollieren sich selbst. So werden zum Beispiel Verschmutzungen registriert und damit Fehlalarme minimiert. Im Falle einer Brandmeldung werden automatisch

- die Brandschutzklappen in der Klimaanlage und die Brandschutztüren geschlossen,
- der Betrieb der Förderanlagen eingestellt,
- die Aufzüge des Brandabschnittes in die Eingangsebene geführt und
- die Stiegenhausschleusenlüftung eingeschaltet.

55.000 Sprinklerköpfe

Die Nutzerbereiche des Hauses sind außerdem mit Sprinkleranlagen ausgestattet. Insgesamt gibt es rund 55.000 Sprinklerköpfe, die ansprechen, wenn die Temperatur in ihrer nächsten Nähe 70 Grad Celsius übersteigt. Durch die Sprinklerköpfe wird das Brandgebiet mit einem Wassernebel überzogen, der ausreicht, um Entstehungsbrände zu bekämpfen oder zumindest an ihrer weiteren Ausbreitung zu hindern. In bestimmten Bereichen, wo der Einsatz von Wasser gefährlich wäre, wie zum Beispiel in der EDV und in der Telefonzentrale, in den Kältelabors und Trafostationen,

wird statt des Wassers das Gas Halon eingesetzt, das die Flammen durch eine chemische Reaktion ohne Folgeschäden löscht.

Eigene Wasserspeicher im AKH

Die eigenen Wasserspeicher im AKH sind so groß, daß für eine Brandbekämpfung fünf Stunden lang 15.000 Liter Wasser pro Minute zur Verfügung stehen. Zusätzlich zu den öffentlichen Hydranten hat das AKH ein eigenes notstromversorgtes Hydrantennetz, das 6.000 Liter Wasser pro Minute liefern kann. An der außenliegenden Studententriege befindet sich eine trockene Steigleitung bis auf das Dach des Flachkörpers. Der Hubschrauberlandeplatz ist mit stationären Schaumlöschkanonen ausgestattet, die vom Feuerwehrgebäude aus fernbedient werden können. Außerdem gibt es dort Löschkasten mit Wasser, Löschpulver und Halon-Gas.

Vielfältige Aufgaben der Betriebsfeuerwehr

Die Betriebsfeuerwehr im neuen AKH wird nicht nur zur Brandbekämpfung eingesetzt. Sie

- unternimmt zum Beispiel auch Kontrollgänge, um Gefahrenquellen zu beseitigen;
- stellt den Brandsicherheitswachdienst bei Arbeiten und Veranstaltungen;
- sorgt für die Information und Ausbildung der Beschäftigten des AKH (Verhalten im Brand- und Gefahrenfall);
- und besorgt auch den Haussicherheitsdienst (Sperrkontrolle).

Für das Training der Angehörigen der Betriebsfeuerwehr, aber auch von Mitarbeitern des AKH steht im neuen Feuerwehrgebäude eine moderne Atemschutzübungsstrecke zur Verfügung.

Brandschutzkonzept des AKH

Im neuen Allgemeinen Krankenhaus wurde das neueste Brandschutzkonzept für Spitäler vollständig umgesetzt. Dazu gehören eine leistungsfähige Brandmeldeanlage, eine optimale Lüftungssteuerung, eine effiziente Sprinkleranlage und eine stets einsatzbereite Betriebsfeuerwehr. Auf Grund dieser Voraussetzungen kann man davon ausgehen, daß Brände bereits in ihrer Entstehungsphase unter Kontrolle zu bringen sind. Das heißt, das Patienten kaum transferiert und nur in extremen Ausnahmefällen evakuiert werden müssen. (Schluß) sc/gg

Forts. von Blatt 1304

Bilanz der städtischen Spitäler

Mehr Aufnahmen, kürzere Verweildauer

Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Im Jahr 1987 ist in den städtischen Spitälern die Verweildauer gesunken, die Zahl der Aufnahmen hat zugenommen. Zugenommen hat ferner auch die Zahl der Patienten in den Ambulanzen. 18 Prozent der stationär behandelten Patienten waren Nicht-Wiener. Rund 40 Prozent der stationären Patienten waren über 65 Jahre alt. Dies waren wesentliche Ergebnisse einer Bilanz, die Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Mittwoch abend im Rahmen eines Pressegespräches bekanntgab.

Insgesamt wurden im Vorjahr in den städtischen Spitälern 278.316 Patienten aufgenommen, das sind um 2,6 Prozent mehr als 1986. Die durchschnittliche Verweildauer lag bei 10,86 Tagen (gegenüber 11,12 im Jahr 1986).

Weitere Bettenreduktion

Die Bettenkapazität wurde entsprechend dem Krankenanstaltengesetz um 67,7 Betten, das sind 0,7 Prozent, reduziert. Insgesamt standen 1987 durchschnittlich 9.650 Betten zur Verfügung. Von den 278.316 Aufnahmen entfielen über 32 Prozent auf Personen zwischen dem 16. und 45. Lebensjahr, das heißt, daß diese Altersgruppe den stärksten Anteil aller Spitalsaufnahmen bildete. In einzelnen Spitälern betrug der Anteil der über 65jährigen Patienten bis zu 40 Prozent (Allgemeine Poliklinik fast 50 Prozent).

18 Prozent Nicht-Wiener

18 Prozent aller behandelten Patienten (1986 waren es 17 Prozent) hatten ihren ordentlichen Wohnsitz außerhalb Wiens. Für diese über 49.000 Patienten (1986: 47.000) wurden 502.770 Pflage tage geleistet. Das sind 18 Prozent aller Pflage tage.

1,7 Millionen ambulante Patienten

Der Gesundheitsstadtrat wies im Rahmen des Pressegespräches auch auf die hohe Zahl der ambulant behandelten Patienten hin. Insgesamt wurde im vergangenen Jahr 1,7 Millionen Fälle in den Ambulanzen gezählt. Bei rund 819.000 ambulanten Patienten handelt es sich um reine Ambulanzfälle, die übrigen waren durch die Spitalsambulanzen betreute stationäre Patienten. Laut Stacher wurden insgesamt in den nichtstationären medizinischen Einrichtungen der Spitäler mehr als 28 Millionen Behandlungen und Untersuchungen (1986: 25 Millionen) durchgeführt.

Psychiatrie: 16 Prozent weniger Pflage tage

Wesentlich reduziert wurde auch die Verweildauer in den Psychiatrischen Krankenhäusern. 1987 wurden 491.817 Pflage tage verzeichnet, das sind um 16,6 Prozent weniger als im Jahr davor. Dieser Rückgang ist, wie der Stadtrat betonte, auf die Weiterführung der Psychiatriereform zurückzuführen, die es ermöglicht, die Bettenzahl zu reduzieren. So wurde unter anderem im Bereich des Psychiatrischen Krankenhauses Baumgartner Höhe das Pflegeheim Sanatoriumstraße, sowie das Förderpflegeheim geschaffen.

Ausgaben stiegen um fast 4,5 Prozent

Die Gesamtausgaben des Betriebes des Anstaltenamtes beliefen sich — inklusive der Förderung medizinisch-wissenschaftlicher Arbeiten — im Jahr 1987 auf rund 16.039 Millionen, denen Einnahmen in der Höhe von 7.649 Millionen Schilling gegenüberstehen. Verglichen mit dem Rechnungsabschluß 1986 stiegen die Ausgaben um 4,47 Prozent. Den stärksten Anteil davon hatten die Personalkosten mit 6.711 Millionen, gefolgt von den Kosten für den Sachaufwand mit 3.954 Millionen, 1.941 Millionen für bauliche Investitionen (inklusive AKH) und 1.629 Millionen für Pensionen. (Schluß) zi/rr

Erfolgreiche Bilanz der Familienhebammen

Über 2.000 Risikoschwangerschaften betreut

Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Erfolgreiche Bilanz über die bisherige Tätigkeit der sogenannten „Familienhebammen“ des Gesundheitsamtes zog Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Mittwoch abend bei einem Pressegespräch. Seit dem Einsatz der ersten Familienhebamme — derzeit sind bereits fünf Familienhebammen tätig — im Jahr 1986, wurden insgesamt 2.236 Frauen mit Problemen und Risiken während der Schwangerschaft bzw. bei der Entbindung erfolgreich betreut. Zur Zeit gibt es zwei Stützpunkte, und zwar im 10. Bezirk, Gellertgasse 42-48 (Telefon 627 26 98), und im 20. Bezirk, Dresdner Straße 73 (Telefon 35 66 11/Klappe 590).

Zu ihren Aufgaben gehört unter anderem das persönliche Gespräch mit Informationen über Schwangerschaft und Geburt. Darüber hinaus können die werdenden Mütter gemeinsam mit den Familienhebammen im Spital ihrer Wahl den Kreissaal besuchen und die dort tätigen Hebammen kennenlernen. Ebenso finden in den Stützpunkten Geburtsvorbereitungskurse bzw. Diskussionen statt, wo neben der Geburt auch Schwangerschaftshygiene, Stillvorbereitungen und Babypflege besprochen werden. Zu den weiteren Angeboten in den Stützpunkten zählen Schwangerschaftsgymnastik und Atemübungen für eine möglichst schmerzfreie Geburt, wobei auch der Partner teilnehmen kann. Wie Stacher erklärte, ist diese Einrichtung ein wichtiger Beitrag der Stadt Wien zur Vorsorge bei Risikoschwangerschaften.

2.300 Hausbesuche im Vorjahr

Einen wesentlichen Schwerpunkt im Rahmen der Betreuung bildet aber auch die Möglichkeit von Hausbesuchen der mobilen Familienhebammen mit dem Zweck, Blutdruckmessungen und Harnkontrollen durchzuführen bzw. die Herztöne des Kindes zu kontrollieren. Allein im vergangenen Jahr wurden 2.292 Hausbesuche durchgeführt. 1986 betreuten die Familienhebammen 428 und im Vorjahr 981 Schwangere. 1988 nahmen bisher bereits 827 Frauen diese Einrichtung in Anspruch. Aufgrund des regen Interesses ist daher, wie Gesundheitsstadtrat Stacher erklärte, an eine Ausweitung dieser Aktion durch die Anstellung zusätzlicher Familienhebammen bzw. eine Vermehrung der Stützpunkte gedacht. (Schluß) zi/rr

Jedes sechste Neugeborene ein Risikokind

Nur zwei Drittel kommen zur Kontrolluntersuchung

Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) In Wien kommen jährlich rund 14.500 Kinder zur Welt. Jedes sechste Kind davon ist aufgrund von Störungen in der Schwangerschaft oder während der Geburt ein sogenanntes „Risikokind“. Im Rahmen eines seit 1979 bestehenden Risikokinderprogrammes werden diese Kinder seitens des Gesundheitsamtes regelmäßig zu entwicklungsdiagnostischen Kontrollen eingeladen. Bedauerlicherweise kommen jedoch nur rund zwei Drittel der Eltern dieser Einladung nach. Dies berichtete Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Mittwoch abend im Rahmen eines Pressegespräches.

Laut Stacher werden diese Kontrolluntersuchungen im 4., 7. und 17. Lebensmonat von speziell geschulten Ärzten, Physiotherapeuten und Logopäden durchgeführt, wofür zwei spezielle Ambulanzen im 10. Bezirk, Gellertgasse 42-48, und im 18. Bezirk, Währinger Gürtel 141, zur Verfügung stehen.

Bei 32 Prozent Entwicklungsstörungen

Im Rahmen des „Wiener Risikoprogrammes“ wurden von 1979 bis Ende 1987 insgesamt 4.744 Risikokinder untersucht, davon waren 1.374 auffällig (das sind 29 Prozent). Im vergangenen Jahr wurden 1.213 Kinder zur Untersuchung eingeladen, wovon 780 dieser Einladung gefolgt sind. Von diesen 780 Risikokindern waren 250 (das sind 32 Prozent) leicht bis schwer auffällig.

Wiener Entwicklungsstudie

Neue Ergebnisse präsentierte der Gesundheitsstadtrat aber auch von der mit Unterstützung des „Medizinisch-Wissenschaftlichen Fonds des Bürgermeisters der Bundeshauptstadt Wien“ durchgeführten „Wiener Entwicklungsstudie“. Im Rahmen dieser Studie wurden insgesamt rund 300 Risikokinder und ebensoviele „normale“ Kinder untersucht. Die Untersuchung erstreckte sich vom März 1984 bis November 1985, wobei die Kinder im 6. und 17. Lebensmonat eingeladen wurden. Dabei stellte sich heraus, daß die Meinung nicht stimmt, das Risikokind habe „bis zum ersten Lebensjahr alles aufgeholt“. In einem zweiten Teil der Studie wurden diese Kinder vom März 1987 bis Februar 1988 im Alter von dreieinhalb Jahren erneut zu einer Untersuchung eingeladen. Rund 60 Prozent davon kamen dieser Einladung nach. Dabei zeigte sich, daß etwa ein Drittel der Risikokinder noch immer leichte Auffälligkeiten aufzuweisen hatten. So wurden etwa Teilleistungsschwächen im motorischen Bereich („tolpatschig und ungeschickt“), Wahrnehmungsstörungen von Raum und Zeit, Sprachentwicklungsstörungen und visuelle Wahrnehmungsstörungen festgestellt. Die nächsten Kontrolluntersuchungen sollen sodann wieder im Alter von viereinhalb Jahren erfolgen. (Schluß) zi/gg

Lesen im Park

Literatur für Kinder und Jugendliche

Wien, 30.6. (RK-LOKAL) Literatur für Kinder und Jugendliche gibt es im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Lesen im Park“, die auch ein Bestandteil des Wiener Ferienspiels ist. Bis zum 10. September haben Kinder und Jugendliche die Möglichkeit, im Kurpark Oberlaa und am Sparefroh-Spielplatz des Donauparks in Büchern zu schmökern. Wer auf den Geschmack gekommen ist und sich von dem einen oder anderen Buch nicht trennen kann, kann es auch entleihen.

Bei Lesen im Park, einer Aktion des Internationalen Institutes für Leseforschung und der Städtischen Büchereien, wird aber auch vorgelesen, erzählt und gespielt. Ziel dieser Aktion ist es, Kinder mit Büchern auf unkonventionelle Art vertraut zu machen, und neue junge Leserschichten zu gewinnen.

Lesen im Park: Kurpark Oberlaa, täglich von 10 bis 17 Uhr.
Sparefroh-Spielplatz im Donaupark, täglich von 14 bis 17 Uhr.
(Schluß) jel/rr

„Musik aus Wien: Die Familie Strauß“

Ausstellung des Landesarchivs im Arkadenhof des Rathauses

Wien, 30.6. (RK-KULTUR/LOKAL) Unter dem Titel „Musik aus Wien: Die Familie Strauß“ hat das Wiener Stadt- und Landesarchiv eine kleine Ausstellung gestaltet, die bis Ende September, Montag bis Freitag von 8 bis 18 Uhr, im Arkadenhof des Rathauses zu sehen ist. Für Besucher der Arkadenhofkonzerte ist sie auch abends zugänglich.

Auch heute noch gelten die Werte der Mitglieder dieser wichtigen Wiener Musikerfamilie als Inbegriff wienerischer Musik schlechthin. Seit ihrem musikalischen Stammvater, Johann Strauß (Vater), haben sechs Vertreter der Dynastie Strauß das Musikleben unserer Stadt in diesem und im vergangenen Jahrhundert mitgeprägt. Der wohl bedeutendste Vertreter der Familie Strauß war Johann Strauß (Sohn), der „Walzerkönig“; aber auch seine Brüder Josef und Eduard bereicherten das Musik- und Kulturleben unserer Stadt durch ihr Wirken und ihr Werk.

Die Mitglieder dieser Familie waren es, die den Walzer zu einer Kunstform entwickelten, in der er schließlich Eingang in die klassische Musik fand. Auch die Operette, diese typisch-wienerische Form des Musiktheaters, wurde entscheidend in ihrer „Goldenen Ära“ vor allem von Johann Strauß (Sohn) weiterentwickelt. Die Ausstellung bietet ein abgerundetes Bild der Vertreter dieser Musikerdynastie, ihres Werkes und vor allem über ihr Wirken in den diversen Konzert- und Aufführungsstätten. (Schluß) am/rr

Goldenes Ehrenzeichen für Ernst Plischke

Wien, 30.6. (RK-KULTUR) Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK überreichte am Donnerstag im Wiener Rathaus Prof. Ernst PLISCHKE das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien.

Pasterk betonte Plischkes Verdienste um die Architektur der Moderne. Mit dem Arbeitsamt Liesing habe er in Wien ein Bauwerk verwirklicht, das seine Auffassung, demokratisches Bewußtsein in Architektur zu fassen, verkörpert. Leider sei dies Plischkes einziger Bau in Wien geblieben. Die zweite Republik habe es verabsäumt, ihm nach seiner Rückkehr aus dem Exil in Neuseeland, wo Plischke in den Jahren von 1939 bis 1945 ein bedeutendes architektonisches Oeuvre verwirklichte, die entsprechenden Aufgaben zu übertragen. Als Professor an der Akademie habe Plischke jedoch mit der Ausbildung eines großen Teiles der heutigen Architektengeneration wichtige Aufgaben erfüllt. (Schluß) gab/rr

Neues AKH: Vierköpfiges Direktorium fixiert

Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Für die Betriebsführung des neuen AKH sind nun die wichtigsten Entscheidungen gefallen. Das neue AKH wird, wie Bürgermeister Dr. Helmut ZILK heute, Donnerstag, bekanntgab, von einem vierköpfigen Direktorium kollegial im Rahmen einer selbstständigen Magistratsabteilung geführt werden. Als neue Direktoren sind vorgesehen: Als Verwaltungsdirektor Senatsrat Dipl.-Ing. Peter BRODESSER, als technischer Direktor Oberstadtbaurat Dipl.-Ing. Eduard FROSCH, als ärztlicher Direktor a.o. Univ.-Prof. Dr. Reinhard KREPLER und als Direktorin des Pflegedienstes Ingrid OBERMAIER.

Noch im nächsten Gemeinderat im September sollen die Ausgliederung des AKH aus der MA 17 und die Errichtung einer neuen Magistratsabteilung 16 beschlossen werden. Die Magistratsabteilung 16 wird ausschließlich für den Betrieb des Allgemeinen Krankenhauses zuständig sein und als eigenständiger Betrieb im Sinne des § 72 der Wiener Stadtverfassung geführt werden. Zusammen mit der kollegialen Führung soll durch diese Maßnahme der effiziente Betrieb nach modernen Managementmethoden im AKH sichergestellt werden. Die neue MA 16 wird im Verband der Geschäftsgruppe Gesundheits- und Spitalswesen geführt werden.

Die neue Führung des AKH wird als erste wesentliche Aufgabe ein umfassendes Übernahmekonzept für das neue AKH vorzulegen haben. Darüber sind bereits umfangreiche Vorarbeiten vorhanden, die endgültige Fertigstellung des Übernahmekonzeptes ist für den 15. Dezember 1988 fixiert worden.

Die neuen Direktoren

Senatsrat Dipl.-Ing. Brodessa, Jahrgang 1944, begann seine Tätigkeit 1970 in der Magistratsdirektion — Automatische Datenverarbeitung (MD-ADV) und hat bis heute Leitungsfunktionen in allen Bereichen MD-ADV wahrgenommen. Seit 1977 ist er stellvertretender Leiter der MD-ADV, seine Bestellung zum Direktor des AKH erfolgte nicht zuletzt deshalb, weil Belange der EDV in der Krankenhausführung einen immer höheren Anteil einnehmen.

Oberstadtbaurat Dipl.-Ing. Frosch, Jahrgang 1946, studierte Elektrotechnik an der TU-Wien und begann 1977 seine Arbeit im Wiener Kontrollamt, Gruppe Sicherheit. 1979 wechselte er in die MA 17, seit 1980 leitet Frosch das Dezernat III der MA 17, „Planungs-, Organisations- und Sicherheitsangelegenheiten“.

A.o. Prof. Dr. Krepler, Jahrgang 1946, trat 1971 in das Institut für Pathologische Anatomie der Universität Wien, Prof. Dr. Holzner, ein. 1985 wurde er a.o. Universitätsprofessor, seit 1984 ist er Mitglied der Kommission „Struktur-Team AKH“, seit 1985 kooptiertes Mitglied der Kommission Neubau AKH und Baukommission. Prof. Krepler vertritt die Ansicht, daß im Neuen AKH unter Beachtung moderner betriebswirtschaftlicher und medizinischer Grundsätze den Patienten eine dem höchsten internationalen Standard entsprechende ärztliche Versorgung geboten werden kann.

Ingrid Obermaier, Jahrgang 1939, ist derzeit Direktorin des Pflegepersonals im Elisabeth-Spital. Von 1975 bis 1980 war sie Lehrschwester im Allgemeinen Krankenhaus, seit 1980 ist sie Oberin im Elisabeth-Spital.

Datenverarbeitung bekommt neuen Chef

Mit dem Einzug von Dipl.-Ing. Brodessa in das Direktorium des Neuen AKH erfolgt auch eine Personalentscheidung im Bereich der Datenverarbeitung der Stadt Wien. Neuer Leiter der MD-ADV soll Oberstadtbaurat Dipl.-Ing. Heinz SACK werden. Sack, Jahrgang 1948, ist seit 1983 Leiter des Dezernates Entwicklung der MD-ADV und leistete in diesem Zusammenhang die Entwicklungsarbeit für das EDV-Krankenhausprogramm im Neuen AKH. (Schluß) red/gg/rr



60984 81800

